



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Kind- und jugendgerechte Städte? Über die
Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen in der
Stadtplanung. Eine Untersuchung anhand der Beispiele
Stuttgart und Wien.“

verfasst von / submitted by

Malena Haas, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 857

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Raumforschung und Raumordnung

Betreut von / Supervisor:

Mag. Dr. Yvonne Franz

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Hiermit gebe ich die Versicherung ab, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten und nicht veröffentlichten Publikationen entnommen sind, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form weder im In- noch im Ausland einer Beurteilerin/einem Beurteiler zur Begutachtung in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt.

Wien, am

Master's Thesis

Malena Haas

2023

**Kind- und jugendgerechte Städte?
Über die
Partizipationsmöglichkeiten
junger Menschen in der
Stadtplanung. Eine Untersuchung
anhand der Beispiele Stuttgart und
Wien.**



universität
wien

Diese Arbeit wurde von der Universität Wien im Rahmen eines KWA-Stipendiums gefördert. (KWA = Kurzfristiges wissenschaftliches Auslandsstipendium)

„I now think that listening to kids can help us become more innovative in our practices, making our built environment more friendly and lively. If we keep doing everything the old way, all the buildings and streets looking exactly the same, we will come into a dull world.“

(DERR 2015:123)

„Whatever you do for me but without me you do against me“ - Gandhi

(HUFFMANN et al. 2022:2)

DANKSAGUNG

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen bedanken, die mich bei der Erstellung dieser Arbeit unterstützt haben. Ein großes Dankeschön gilt hier meiner Betreuerin Yvonne Franz, die mir immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden ist. Dank gilt auch meiner Familie und Freunden, die mich schon während des ganzen Studiums mit voller Energie unterstützt haben.

Jegliche Arbeit über Partizipation lebt von Interaktion, so auch hier mit Interviews zum Forschungsgegenstand. Den Interviewpartner:innen gilt besonderer Dank. Zu nennen sind hier aus Wien: Mitarbeiter:innen des Vereins Wiener Jugendzentren, der MA 13, der MA 18, der MA 21, der Gebietsbetreuung-Stadterneuerung und WienXtra. Für Stuttgart sind zu nennen: die Mitarbeiter:innen der Koordinierungsstelle für die Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen & Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung, die Kinderbeauftragte im Amt für Stadtplanung und Wohnen, das Kinderbüro, der Stadtjugendring Stuttgart, die Stuttgarter Jugendhaus Gesellschaft, die Bürgerstiftung Stuttgart und die Mitarbeiter:innen des Jugendamts. Neben den großartigen Einblicken in den Interviews möchte ich an dieser Stelle noch einmal explizit ihr über die Interviews hinausgehendes Engagement würdigen.

Zu guter Letzt möchte ich mich noch bei der Universität Wien bedanken, die diese vergleichende Arbeit mit einem KWA-Stipendium ermöglicht hat. Dank gilt jenen, die mir meinen Aufenthalt in Stuttgart erleichtert haben und mich dabei unterstützten, die Stadt in kurzer Zeit in möglichst vielen Facetten kennenzulernen. Die Interviewpartner:innen in Stuttgart sorgten mit ihrer herzlichen Art dafür, dass ich einen völlig neuen Blick auf die Stadt erfahren konnte.

ABSTRACT

This master's thesis investigates the exclusion of young people from planning practices in Vienna and Stuttgart by means of expert interviews and document analysis. The urban trends of recent decades have had a negative impact on the quality of life of young people in cities, including commercialization, privatization, and increased reliance on motorized individual transport. In order to create cities child- and youth-friendly, their participation in planning processes is crucial. Despite growing scientific interest in the topic as well as a multitude of models to describe, structure or discuss youth participation, there is a significant gap between theory and practical implementation. Children and youth are predominantly excluded from the planning of urban spaces. This is largely justified by their age and supposed lack of skills and competencies. The concept "competence bias" states that on the one hand the abilities of young people are doubted by adults, but on the other hand they themselves do not have the competences to adequately implement youth participation. By exploring the "competence bias" at normative, structural and implementation levels, obstacles to involvement are to be recorded and, as a result, recommendations for the effective implementation of youth participation are to be made. The findings indicate an increasing awareness of the needs of young people in cities. However, the capabilities of children and youth are partly perceived as deficient. In particular, a distinct perception about obstacles hinders the institutionalization of youth participation. It is argued that, for urban planning practices, the concept "competence bias" must be complemented by considering the legal framework: The legal situation plays a crucial role in determining the relevance of the "competence bias."

Keywords: children, young people, youth participation, urban planning, cities, competencies, competence bias, Vienna, Stuttgart

ZUSAMMENFASSUNG

Diese Arbeit untersucht im Rahmen einer Masterarbeit mithilfe von Expert:innen-Interviews und Dokumentenanalyse die Exklusion junger Menschen aus Planungspraktiken in Wien und Stuttgart. Die urbanen Trends der letzten Jahrzehnte wirken sich auf die Lebensqualität junger Menschen in Städten negativ aus: Kommerzialisierung, Privatisierung, motorisierter Individualverkehr etc. Um Städte kind- und jugendgerecht zu gestalten, ist Beteiligung an Planungsprozessen ein elementarer Bestandteil. Trotz steigenden wissenschaftlichen Interesses an der Thematik sowie einer Vielzahl an Modellen, um Kinder- und Jugendpartizipation zu beschreiben, zu gliedern oder zu diskutieren, mangelt es an der praktischen Implementierung von Kinder- und Jugendpartizipation. Kinder und Jugendliche sind von der Planung urbaner Räume überwiegend ausgeschlossen. Das wird großteils mit ihrem Alter sowie vermeintlich fehlenden Fähigkeiten und Kompetenzen begründet. Das Konzept des „competence bias“ besagt, dass einerseits die Fähigkeiten junger Menschen von Erwachsenen angezweifelt werden, diese aber andererseits selbst keine Kompetenzen haben, um Kinder- und Jugendbeteiligung adäquat durchzuführen. Durch die Ergründung des „competence bias“ auf normativer, struktureller und umsetzungsbezogener Ebene sollen Hindernisse der Einbindung identifiziert und daraus folgend Handlungsempfehlungen für die Implementierung der Kinder- und Jugendbeteiligung gegeben werden. Die Ergebnisse deuten auf ein zunehmendes Bewusstsein für die Bedürfnisse junger Menschen in Städten hin. Die Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen werden jedoch teilweise als defizitär empfunden. Besonders eine ausgeprägte Wahrnehmung über Hindernisse erschwert die Institutionalisierung von Kinder- und Jugendpartizipation. Es wird festgestellt, dass das Konzept des „competence bias“ für die urbane Planungspraxis um den Faktor der Gesetzeslage ergänzt werden muss: Die rechtliche Situation bedingt, ob der „competence bias“ tragend werden kann oder nicht.

Schlagwörter: Kinder- und Jugendpartizipation, Beteiligung, urbane Räume, Stadtplanung, Kompetenzen, competence bias, Wien, Stuttgart

INHALT

1.	Einleitung: Über Kind- und jugendgerechte Stadtplanung	13
1.1.	Relevanz der Arbeit	14
1.2.	Aufbau der Arbeit	16
2.	State-of-the-Art: Kinder- und Jugendpartizipation in urbanen Planungsprozessen	17
2.1.	Grundlagen: Partizipation in städtischen Planungsprozessen	17
2.1.1.	Repräsentativ bis deliberativ: Formen der Partizipation	22
2.1.2.	„Lokal, alltäglich, weich“: Wissen in Planungsprozessen	23
2.2.	Grundlagen: Junge Menschen in der Stadt	25
2.3.	Kinder und Jugendliche im Fokus	32
2.4.	Paradigmen in der geographischen Kinder- und Kindheitsforschung	34
2.5.	„Childism“ als kritischer Blickwinkel	37
2.6.	Kinder und Jugendliche in urbanen Planungsprozessen	38
2.7.	Junge Menschen als kompetente soziale Akteur:innen	46
2.8.	Forschungslücke	49
3.	Empirische Vorgehensweise	51
3.1.	Forschungsfragen und deren Zieldimensionen	51
3.2.	Operationalisierung der verwendeten Begriffe	52
3.3.	Forschungsdesign	53
3.4.	Methoden	55
3.4.1.	Literaturarbeit	55
3.4.2.	Komparative Fallstudienanalyse	56
3.4.3.	Semi-strukturierte Expert:innen-Interviews	58
3.4.4.	Auswahl der Expert:innen	60
3.4.5.	Dokumentenanalyse	61
3.4.6.	Zusammenführung der Daten	62
3.5.	Ziele & Reichweite der Forschung	63
3.6.	Positionalität & Selbstreflexion	63
4.	Empirische Analyse: Wien und Stuttgart im Fokus	65
4.1.	Einführung in die Fallstudien	65
4.2.	Fallstudie 1: Wiener Partizipationslandschaft im Aufbruch	68
4.2.1.	Kontexterläuterungen	68
4.2.2.	Darstellung der Daten: Kinder- und Jugendpartizipation in Wiener Planungsprozessen	71
4.2.3.	Diskussion der Ergebnisse	86
4.3.	Fallstudie 2: Good-Practice Beispiel Stuttgart	90

4.3.1.	Kontexterläuterungen.....	90
4.3.2.	Darstellung der Daten: Kinder- und Jugendpartizipation in Stuttgarter Planungsprozessen.....	93
4.3.3.	Diskussion der Ergebnisse	107
4.4.	Vergleichende Diskussion der Fallstudienergebnisse: Was Wien und Stuttgart voneinander lernen können.....	109
5.	Diskussion: Kinder- und Jugendpartizipation in Theorie und Praxis	115
5.1.	Theoriegeleitete Diskussion: Zwischen Bestätigen, Erweitern und Widerlegen.....	115
5.2.	Handlungsempfehlungen für die Praxis der Kinder- und Jugendpartizipation	118
6.	Conclusio: Zusammenfassung und Ausblick	121
	Literaturverzeichnis	123
	Quellenverzeichnis.....	129
	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	134
	Anhang 1: Interview-Leitfaden.....	135
	Anhang 2: Liste der Interviewpartner:innen.....	137
	Anhang 3: Zustimmungserklärung	138

1. EINLEITUNG: ÜBER KIND- UND JUGENDGERECHTE STADTPLANUNG

Die Frage, wie man kind- und jugendgerechte Städte verwirklichen kann, rückt immer mehr in den Fokus der urbanen Planung. Die städtischen Trends der letzten Jahrzehnte sorgen für eine immer stärkere Verdrängung junger Menschen aus urbanen Räumen. Zu diesen Trends gehören etwa die zunehmende Trennung der städtischen Nutzungen im letzten Jahrhundert, die sogenannte Verinselung von Orten für Kinder und Jugendliche (Spielplätze, Park etc.), die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums, Proteste gegen lärmende junge Menschen sowie die Priorisierung des motorisierten Individualverkehrs, die Kindern und Jugendlichen eine unabhängige Mobilität verwehrt. (EDELHOFF & MILLION 2021:506; GILL 2021:10f.) Die Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen ist stark lokal verankert. Bei Kindern wird der Großteil der Aktivitäten im Wohnumfeld erlebt, bei Jugendlichen wird der Handlungsradius um einige bestimmte Orte erweitert. Die Gestaltung des Quartiers ist für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse also besonders wichtig. „Thus, urban planning needs to provide infrastructure and public space that encourage young children to connect and build social capital within their local communities“. (HANSEN 2019:63) Kind- und jugendgerechte Städte priorisieren aktive Mobilitätsformen, sind durchzogen von einem Freiraumnetz, das zum Spielen und Bewegen einlädt, bestehen aus lebendigen Nachbarschaften, fördern Interaktionsmöglichkeiten und bieten günstige Wohnkonditionen (EDELHOFF & MILLION 2021:506f.). Es geht darum, jungen Menschen Entfaltungschancen zu bieten. „Das Recht auf Beteiligung ist dabei ein elementarer Bestandteil, wenn es darum geht, Städte und ländliche Räume kind- und jugendgerecht zu gestalten.“ (ebd. 505)

Diese Beteiligung sollte auf allen Ebenen der Stadtplanung erfolgen, sowohl bei der Planung von Stadterweiterungsgebieten als auch bei der Entwicklung vorhandener Quartiere. Auf einer übergeordneten Maßstabsebene werden allgemeine Fragen der Flächenverteilung oder Mobilitätskonzepte diskutiert. Auf Stadtteilebene sind Standorte der sozialen Infrastruktur, Wohnbauten oder Freiraumplanungen im Fokus. Bei der Planung des öffentlichen Raums stehen die konkrete Ausgestaltung und Nutzungsmöglichkeiten zur Debatte. Junge Menschen sind von Planungen auf all den genannten Maßstabsebenen betroffen. (EDELHOFF & MILLION 2021:508f.)

Für die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in urbane Planungsprozesse gibt es seit einigen Jahren ein gestiegenes (v.a. wissenschaftliches) Interesse. Es geht darum, Kinder und Jugendliche nicht als Empfänger:innen von Stadtplanung zu betrachten, sondern ihre aktive Rolle in der Gestaltung von Stadt anzuerkennen. Sie sind nicht passive Nutzer:innen, sondern prägen durch ihre Raumanerkennung Städte. Sie kennen nicht nur ihr eigenes Wohnumfeld gut und haben für dieses Wünsche und Ideen, sondern können Impulse für die Entwicklung der gesamten Stadt geben. Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen städtische Räume zu entwickeln, kann nicht nur inklusivere und nutzer:innenfreundlichere Orte schaffen, sondern ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Aushandlungsformen. (BOTCHWEY et al. 2019:259; DAVID & BUCHANAN 2020:9; EDELHOFF & MILLION 2021:509)

Das gestiegene Interesse an Partizipation junger Menschen einerseits und kind- und jugendgerechten Städten andererseits hat aktuell noch keine weitreichenden Änderungen der Stadtgestaltung oder der städtischen Aushandlungsformen zur Folge. MICHAIL et al. (2023:2) sprechen in diesem Zusammenhang von einem „*theory to practice gap*“. Es gibt zwar eine Vielzahl an Modellen, um Kinder- und Jugendpartizipation zu beschreiben, zu gliedern oder zu diskutieren, es fehlt aber weitgehend die praktische Implementierung. (ebd.)

Kinder und Jugendliche sind von der Planung urbaner Räume überwiegend ausgeschlossen (RODELA & NORSS 2022:1f.). Das wird großteils mit ihrem Alter sowie vermeintlich fehlenden Fähigkeiten begründet: „*[T]here is a tendency for age-related or competency-related assessments of the child's capacity*“. (MORAN-ELLIS & SÜNKER 2018:287) Der Ausschluss junger Menschen aus der Stadtplanung ist eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale:

„This continued exclusion from urban planning fields has a long-term negative impact on communities and perpetuates the cycle of marginalization of children and vulnerability that continues into adulthood.“ (MANSFIELD et al. 2021:170f.)

Es handelt sich um eine „*cyclical relationship between children's lack of participation that leads to increased vulnerability, resulting in reduced agency and therefore less ability to participate.*“ (MANSFIELD et al. 2021:171)

Um die Partizipation junger Menschen in der Praxis zu implementieren und somit in weiterer Folge kind- und jugendgerechte Städte entwickeln zu können, ist es notwendig, bestehende Strukturen, Routinen und Prozesse zu verändern (MICHAIL et al. 2023:4).

Die vorliegende Forschungsarbeit macht deutlich, inwiefern Kinder und Jugendliche Mitsprachemöglichkeiten in partizipativen Planungsverfahren haben, und zeigt Optionen auf, wie die Partizipation junger Menschen in Planungsprozessen verankert werden kann. Das kann als Baustein gesehen werden, die eben erwähnte fehlende Repräsentation von Kindern und Jugendlichen zu überwinden. An dieser Stelle soll klargestellt werden, dass es sehr wohl positive Einzelbeispiele von Kinder- und Jugendpartizipation gibt, auf die die in der folgenden Arbeit dargestellten Herausforderungen und Kritikpunkte nicht zutreffen. Der Fokus der (theoretischen) Arbeit liegt aber nicht darauf, Vorzeigbeispiele darzulegen, sondern zu ergründen, warum Kinder- und Jugendpartizipation bis heute strukturell in weiten Teilen die Ausnahme und nicht die Regel ist.

1.1. Relevanz der Arbeit

Durch die Erkenntnisse dieser Masterarbeit soll ein wesentlicher Beitrag zu Institutionalisierungsmöglichkeiten von Kinder- und Jugendpartizipation geleistet werden. Die Verbindung zwischen der Wahrnehmung Erwachsener über Kinder und Jugendliche und dem Vorhandensein von Beteiligungsangeboten für junge Menschen hilft zu verstehen, wo die Hürden bzw. Wegbereiter einer Institutionalisierung liegen.

In jüngerer Zeit steigt einerseits das Interesse an der Lebensrealität junger Menschen. Andererseits richtet sich der Fokus auf die drohende Erstarkung antidemokratischer Bewegungen und darauf, wie eine Erneuerung der Demokratien Europas gelingen kann. Ende 2022 veröffentlichte das „European Committee of the Regions“ eine Charta zu Jugend und Demokratie. Das Ziel ist die Schaffung von jugendfreundlichen und demokratischen Räumen in Europa. (EUROPEAN COMMITTEE OF THE REGIONS 2022) Wie die Einbindung junger Menschen in Entscheidungsprozesse gelingen kann, ist eine bedeutende Frage unserer Zeit. Urbane Räume stehen im Fokus, auch global: Die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen weltweit wohnt in städtisch geprägten Gebieten (DERR & KOVÁCS 2017:31).

Kinder- und Jugendbeteiligung ist Gegenstand mehrerer Rechtskonventionen. 2023 jährt sich ein entscheidender Moment: Die Verabschiedung der Erklärung der Menschenrechte ereignete sich vor genau 75 Jahren (VEREINTE NATIONEN 2023). Auch in der Stadt Wien gibt es ein Jubiläum: Vor zehn Jahren begann sie den Prozess, eine Stadt der Menschenrechte zu werden (STADT WIEN, RATHAUS o.J.a).

Die 2020er Jahre sind von multiplen globalen Krisen geprägt: Klimawandel, Diversitätsverlust, Covid-19, steigende Ungleichheit. Junge Menschen sind aufgrund ihres Alters nicht nur besonders betroffen, sie sind auch besonders an Veränderung interessiert: *„Young people are the most affected by today's policy and investment decisions and, as a generation, are more likely to prioritise long-term social and environmental progress“* (LISNEY 2021:11). Gleichzeitig sind 54% der österreichischen Jugendlichen von 16 bis 25 mit ihren Mitbestimmungsmöglichkeiten wenig oder gar nicht zufrieden (ORF 2023). 49% der 16- bis 26-jährigen Deutschen fühlen sich von der Politik kaum oder gar nicht vertreten (TUI STIFTUNG 2023:44), 75% der deutschen Jugendlichen von 10 bis 17 Jahren wünschen sich mehr Mitbestimmung in Wohngebiet und Stadt (DEUTSCHES KINDERHILFSWERK E.V. 2020:42). In jüngerer Zeit waren Kinder und Jugendliche während der Covid-19-Pandemie den politischen Entscheidungen über Schulschließungen, soziale Isolation, Sperrungen von Grünräumen und deren Auswirkungen ausgeliefert. *„In Krisenzeiten wie der aktuellen Pandemie wird Beteiligung zum Seismografen dafür, wie ernst es Erwachsene mit den Kinderrechten meinen.“* (WOLFF 2022:33)

Kinder- und Jugendpartizipation wird im Hinblick auf die sozial und ökologisch nachhaltige Gestaltung unseres Lebensumfelds eine bedeutende Rolle spielen.

„Politik und Verwaltung in den Kommunen sollten Jugendliche als Akteure der Stadtentwicklung anerkennen, sie ernst nehmen und auf allen Handlungsebenen unterstützen.“ (EDELHOFF & MILLION 2021:515)

Der Zeitdruck für den ökologischen und demokratischen Wandel unserer Gesellschaft steigt. Weder die sozialökologische Transformation noch Demokratiepoltik sind punktuelle Aufgaben. Es dauert, Umbrüche anzustoßen und Veränderung zu gestalten. Deswegen ist es wichtig, jetzt zu handeln. Diese Arbeit zeigt Möglichkeiten auf, wie Kinder und Jugendliche in Planungsprozesse urbaner Gebiete strukturell eingebunden werden können.

1.2. Aufbau der Arbeit

Im Anschluss an Kapitel 1 (Einleitung) wird in Kapitel 2 der State-of-the-Art, vorwiegend bezüglich Forschung zu Kinder- und Jugendpartizipation in urbanen Planungsprozessen, vorgestellt. Es spiegelt den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs zum Thema der vorliegenden Arbeit wider. Zu Beginn werden Grundlagen der Partizipation sowie über Kinder und Jugendliche in der Stadt erarbeitet. Darauf aufbauend werden Paradigmen der geographischen Kinder- und Kindheitsforschung sowie zentrale Konzepte und Perspektiven zu Kindern und Jugendlichen in urbanen Planungsprozessen vorgestellt. Kapitel 3 (Methodischer Teil) stellt die Forschungsfragen dar, die sich aufgrund der Forschungslücke sowie des State-of-the-Art ergeben, und rückt die getroffene Methodenauswahl zur Beantwortung der Forschungsfragen in den Fokus. In Kapitel 4 (Empirie) werden die Ergebnisse der empirischen Forschung, aufgeschlüsselt nach den Untersuchungsstädten, dargestellt. Außerdem werden Vergleiche zwischen den beiden Städten gezogen und Unterschiede sowie Ähnlichkeiten herausgearbeitet. Kapitel 5 (Diskussion) diskutiert und interpretiert die Ergebnisse der Empirie im Licht der wissenschaftlichen Literatur, die in Kapitel 2 aufbereitet ist, und stellt Handlungsempfehlungen für die Praxis der Kinder- und Jugendpartizipation auf. Abgeschlossen wird die vorliegende Arbeit in Kapitel 6 (Conclusio), welches die zentralen Aussagen der Arbeit zusammenfasst und einen Ausblick auf weitere Forschung bietet.

2. STATE-OF-THE-ART: KINDER- UND JUGENDPARTIZIPATION IN URBANEN PLANUNGSPROZESSEN

Dieses Kapitel erläutert die theoretischen Grundlagen der vorliegenden Arbeit. Als Grundlage wird der aktuelle Wissensstand im Kontext der geographischen Fachdisziplin zu Partizipation, Alltagswissen und Kindern in der Stadt zusammengefasst. Anschließend stehen eine Abgrenzung unterschiedlicher theoretischer Rahmen im Kontext der geographischen Kindheitsforschung sowie die Vorstellung des kritischen Blickwinkels „Childism“ im Vordergrund. Folgend widmet sich das Kapitel der Partizipation junger Menschen sowie jungen Menschen als soziale Akteur:innen. Abschließend wird die Forschungslücke dargestellt.

2.1. Grundlagen: Partizipation in städtischen Planungsprozessen

„Paulo Freire gibt uns mit seiner Pädagogik der Unterdrückten eine erste Definition: Aktive Teilhabe an der Gestaltung der Welt bedeutet zu handeln und nicht behandelt zu werden.“ (GABU HEINDL ARCHITEKTUR 2022:84)

LEITENDE FRAGESTELLUNGEN

Was versteht man eigentlich genau unter Partizipation? Wie hat sich Partizipation entwickelt? Mit welchen Herausforderungen sind partizipative Prozesse konfrontiert?

Partizipation: Eine Begriffsannäherung

Partizipation ist im Kontext von „Governance“ statt „Government“ eine neue Regierungsform, die zivilgesellschaftlicher Teilhabe mehr Macht einräumen soll und Bürger:innen zu Partner:innen in der Entscheidungsfindung macht. Partizipation, auch Bürger:innenbeteiligung, ist interdisziplinär, findet auf unterschiedlichen Ebenen, zu verschiedenen Themen und mit diversen Akteur:innen statt. (MEIER 2018:13) Die Grundidee ist, Demokratie grundsätzlich zu ermöglichen und zu beleben (HELLER et al. 2020:14).

Partizipation in der Planung bezeichnet „die Einbindung verschiedenster Akteure in den Planungs- und Entwicklungsprozess, mit dem Ziel, den Planungsprozess wie das Planungsergebnis zu optimieren und eine bedarfsgerechte Planung zu gewährleisten.“ (KLÖTI & DRILLING 2014:20)

So sollen mit Hilfe von inklusiven Planungsprozessen nachhaltige, faire und nutzer:innengerechte Städte entstehen. Hinzu kommt, dass Bürger:innen mehr Verantwortung für und Identifikation mit Umgebungen entwickeln, die sie selbst mitgeplant haben, was zu einer langlebigeren Form der Nutzung beiträgt. (DERR & KOVÁCS 2017:29; DERR & TARANTINI 2016:1535)

Partizipation bedeutet, dass „Nicht-Planungsexpertinnen und -Planungsexperten in Planungs- und Entwicklungsfragen, mit dem Ziel, die Expertenmeinungen kritisch zu hinterfragen, sie mit sog. ‚Alltagserfahrungen‘ zu ergänzen und dadurch die

Planungsprozesse und -ergebnisse zu optimieren“, beteiligt werden. (KLÖTI & DRILLING 2014:33)

Hier stehen insbesondere öffentliche Räume in Städten im Vordergrund, da diese eine hohe gesellschaftliche Bedeutung haben und viele unterschiedliche Ansprüche an sie in einer kooperativen Planung berücksichtigt werden müssen. (ebd. 33) Partizipation in der Planungsdisziplin kann auch „integrierte Planung“ bedeuten. Dabei steht nicht die Beteiligung der Bevölkerung, sondern eine ressortübergreifende Vernetzung in der Verwaltung im Vordergrund. (ebd. 34)

Partizipation in Planungsprozessen findet meist mittels sogenannter informeller und deliberativer Verfahren statt. Diese sind nicht rechtsverbindlich, aber stärker dialogorientiert ausgerichtet als bestehende rechtlich vorgegebene Verfahren. (Siehe Kapitel 2.1.1.) Exemplarisch dafür genannt sind Bürgerforen, Runde Tische oder Planungswerkstätten. Die letzte Entscheidung verbleibt meist bei einer demokratisch gewählten Instanz.

„Dies führt zu einer Aufwertung des Demokratiebegriffs, da zum einen die Möglichkeit der Mitwirkung gegeben ist, zum anderen das Prinzip der repräsentativen Demokratie gewahrt bleibt.“ (MEIER 2018:14)

Entwicklung und Geschichte von Partizipation

Partizipation gewann erstmals in den 1960er Jahren mit dem „participatory turn“ in der Planung an Bedeutung, als Methoden der Beteiligung sowohl von Planenden selbst als auch der Bevölkerung gefordert wurden. Intensiviert wurden partizipative Bemühungen in den 1990er Jahren, die mit der Wende „von einer hierarchisch-funktionalistischen zur kommunikativen Planung“ assoziiert werden. (KLÖTI & DRILLING 2014:32)

Im Zuge dessen wurden neue Regierungsformen entwickelt, „Governance“ stand im Fokus. Das bedeutet, dass einerseits private gewinnorientierte Akteur:innen und andererseits die gesellschaftliche Zivilbevölkerung Aufgaben übernehmen, die zuvor der Staat bzw. die Verwaltung alleine durchgeführt hat. Insbesondere in urbanen Gebieten wurden diese neuen Formen früh umgesetzt. (SWYNGEDOUW 2005:1992f.)

Es gibt zwei Gründe für die Hinwendung zu diesen neuen Regierungs- und Entscheidungsfindungsformen. Einerseits begründet SWYNGEDOUW (2005:1997) solche Umstrukturierungen mit „schmerzvollen Schocks“, die die Legitimität des Staates schwächen und neue Aushandlungsformen verlangen. Das aktuelle Demokratiedefizit, welches sich auch in Wien manifestiert, wo über 30% der Wiener:innen im wahlfähigen Alter kein Wahlrecht haben, kann so ein „Schock“ sein, der neue, informelle Mitbestimmungsmethoden verlangt (STADT WIEN – INTEGRATION UND DIVERSITÄT 2020:55). Als zweiter Grund werden die globalen und komplexen sozialen und umweltbezogenen Veränderungen genannt. Solche Entwicklungen benötigen „new theory and practices of collaborative rationality“. (STENBERG & FRYK 2021:2)

Arten von Partizipation

Partizipation ist nicht gleich Partizipation. Das gängigste Modell, Partizipation zu systematisieren, hat 1969 Sherry Arnstein entwickelt: „A Ladder of Citizen Participation“. In der deutschen Sprache wird von einer „Partizipationsleiter“ oder „Stufen von Partizipation“ gesprochen. Die Spanne innerhalb solcher Skalen reicht von inhaltsleeren Veranstaltungen (zu „Alibi-Partizipation“ siehe weiter unten) bis zu idealisierten vollständigen Teilhabeformen. Die acht Stufen der Leiter werden gröber in fünf Partizipationsarten gegliedert. Die unterste Form der „Nicht-Partizipation“ ist eine Illusion, bei der Bürger:innen keine Entscheidungsmacht haben. „Alibi-Partizipation“ oder auch „Schein-Partizipation“ stellen Formate dar, in denen nur informiert oder konsultiert wird, die Meinung der Bürger:innen jedoch keine bindende Konsequenz hat. Bereits hier muss ein Großteil der aktuellen auf urbaner Ebene durchgeführten „Partizipationsprozesse“ verortet werden. In der Mitte der Leiter befindet sich der Bereich der „Vorstufe zu Partizipation“. Bürger:innen haben hier zwar noch kein entscheidendes Stimmrecht, sie können jedoch Projekte mitverhandeln und Schwerpunkte setzen. Solche Prozesse, wie in diesem Bereich beschrieben, kommen auf urbaner Ebene aktuell noch selten vor. Auf den höheren Stufen der Leiter wird das erste Mal von „Partizipation“ gesprochen. Hier hat Beteiligung tatsächlich Einfluss auf die getroffenen Entscheidungen, *„ist der Bürgerwille ein unumgängliches Kriterium im Entscheidungsprozess“* (MEIER 2018:16). Der oberste Bereich „Selbstverwaltung“ stellt bis jetzt lediglich eine ideale Vollendung des theoretischen Modells dar. Selbstverwaltung bedeutet das Auslassen staatlicher Regulation, und findet aktuell in demokratischen Prozessen nicht statt. (BOTCHWEY et al. 2019:258f.; MEIER 2018:15ff.)

Herausforderungen von Partizipation

Partizipation hat sich in den letzten Jahren ständig weiterentwickelt und wird als nützliche Entscheidungsgrundlage anerkannt. Trotz der vielen Vorteile, v.a. die Entwicklung gerechterer Städte, gibt es im Bereich der Partizipation noch viele Herausforderungen und somit Potential zur Verbesserung.

Partizipation hat keine Definition

Der Begriff der Partizipation ist unscharf abgegrenzt. Es braucht eine Vielzahl an Zusatzerklärungen, Adjektiven oder Leitern, um eine bestimmte Art von Partizipation zumindest annäherungsweise zu beschreiben. Die Möglichkeit, den Begriff so umfassend verwenden zu können, ist ein weiterer Grund, warum Partizipation so beliebt ist. Der Begriff ist ein unklar definierter Behälter, der mit den unterschiedlichsten Dingen gefüllt werden kann, darunter auch sogenannten Beteiligungsformen, die gar keine Mitsprache ermöglichen. (BEČEVIĆ & DAHLSTEDT 2022:363) Partizipation ist in der Praxis beliebt, auch die wissenschaftlichen Arbeiten dazu sind inflationär, trotzdem hat sich bislang keine Disziplin zu einer klaren Definition durchgerungen (MEIER 2018:13). BEČEVIĆ und DAHLSTEDT (2022:364) beschreiben den Begriff der Partizipation als *„under-theorised and over-practicalised“*, charakterisiert durch *„conceptual confusion“*.

Partizipation kann auch ausschließend wirken

Während formelle, direkt-demokratische oder repräsentative Beteiligungsformate (siehe Kapitel 2.1.1.) wie Wahlen auf dem Prinzip „eine Person – eine Stimme“ basieren, sind informelle Partizipationsformen, wo Bürger:innen unabhängig von Wahlen ihre Meinung einbringen können, viel abhängiger von den individuellen Fähigkeiten zur Teilhabe (SWYNGEDOUW 2005:2000). Die Möglichkeit zur Partizipation wird zwar allen gegeben, nicht jede:r hat aber die Kompetenzen und Skills, an solchen Beteiligungsformaten teilzunehmen. Ob man die Teilhabemöglichkeit annimmt, hängt stark von der individuellen (Selbst-)Wahrnehmung ab. (BEČEVIĆ & DAHLSTEDT 2022:368)

Partizipation kann so zu einer „Waffe der Starken“ werden. Um wirkungsvoll zu partizipieren, braucht man nicht nur Zeit und fachliches Wissen, sondern auch Sprachkenntnisse, rhetorische Fähigkeiten, Ausdrucksfähigkeit und Argumentationsstärke. Beteiligungsformate können somit auch exklusiv wirken und zu „Bildungsbürger:innenbeteiligung“ werden. (MEIER 2018:82,208) Diese kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten werden auch als „civic skills“ zusammengefasst (RENNER 2022:13). Die Einbeziehung marginalisierter oder bildungsferner Gruppen, die vom Partizipationsgegenstand meist am stärksten betroffen sind, gelingt mit bestehenden Formaten selten. Wird Partizipation nicht niederschwellig und offen, sondern anspruchsvoll und exklusiv durchgeführt, besteht die Gefahr vom Ausschluss von weiten Teilen der Bevölkerung sowie einer *„sich selbst verstärkender sozialer Ungleichheit“* (MEIER 2018:82). MEIER warnt vor Partizipation, die so lediglich *„bestehende Muster der neoliberalen und gentrifizierten Stadtentwicklung“* (ebd.) verstärkt. (MEIER 2018:82,208)

In den letzten Jahren ist das Format der Online-Partizipation oder E-Partizipation verstärkt in den Fokus gerückt. Auch wenn es Hinweise darauf gibt, dass junge Bevölkerungsgruppen bei Onlinepartizipation weniger unterrepräsentiert sind als in Formaten vor Ort (partizipative Spaltung), birgt auch die internetbasierte Partizipation Exklusionsmechanismen (digitale Spaltung). Für eine Beteiligung im Internet sind die sogenannten „internet skills“ oder „online skills“ relevant. (KERSTING 2019:114f.; RENNER 2022:52f.) Junge Menschen, die zu den „digital natives“ zählen, haben diese Skills und können so für Partizipation mobilisiert werden.

Allerdings „wird davon ausgegangen, dass sich vor allem diejenigen neue Partizipationsformen im Internet aneignen, die ein höheres politisches Wissen haben sowie stärker politisch informiert und interessiert sind.“ (RENNER 2022:29)

Es besteht die Gefahr, dass bestehende Formen der ungleichen Repräsentation bei Partizipation fortgeführt werden (ebd.). Außerdem hat digitale Partizipation *„eine hohe Reichweite, aber oft eine geringe Qualität“* (KERSTING 2019:115). Es gibt bereits best-practice Instrumente, aufgrund fehlenden gegenseitigen Lernens zwischen Kommunen oder Projekten werden diese noch nicht in der Breite implementiert (ebd.). Das zukünftige Ideal von Partizipation wird in einer Verknüpfung von Online- und Offline-Instrumenten liegen (KERSTING 2017:114).

Diagnose: Alibi-Partizipation

Die Erwartungen an partizipative Planungsprozesse und deren Realität klaffen oft auseinander. Statt einer Demokratisierung der Gesellschaft wurden intransparente Entscheidungen in Prozessen mit artikulationsstarken Teilnehmer:innen getroffen. (SWYNGEDOUW 2005:2003) „*Dabei wird viel diskutiert, viel zugehört, aber im Regelfall wenig gestaltet*“ (HELLER et al. 2020:14). Alibi-Partizipation beschreibt solche Formate, in denen Partizipation zwar inszeniert wird, aber nicht ernst gemeint ist. Diese Ernüchterung oder auch Frustration gegenüber Partizipationsprozessen führt zum „Partizipationsparadox“. Das beschreibt, dass einerseits immer mehr Beteiligungsoptionen angeboten werden, aber andererseits das Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse sinkt und Meinungen, dass vermeintliche Eliten ohne Mitsprache der Bürger:innen regieren würden, die vor allem von populistischen Bewegungen geäußert werden, mehr werden. (ebd.)

Der deutsche Planungstheoretiker Klaus Selle kritisiert solche nicht ernst gemeinten Beteiligungsprozesse als „Particitation“. In solchen Prozessen werden kleine gestalterische Entscheidungen getroffen, keine bedeutenden oder strategischen. Die Ergebnisse werden kaum ernst genommen und so formuliert, dass sie „den Wünschen der Planenden entsprechen“, oder landen in Schubladen. (GABU HEINDL ARCHITEKTUR 2022:92)

Fehlende Entscheidungsmacht trotz Partizipation

Einer der Hauptkritikpunkte an vielen aktuellen Partizipationsprozessen ist, dass sie keine wirkliche Entscheidungsmacht an Bürger:innen abgeben. Um Bürger:innen Spielraum bei Entscheidungsprozessen zu überlassen, müssen staatliche Stellen Kompetenzen abgeben bzw. Bürger:innen überlassen. Dies bereitet dem Staat bzw. anderen Verwaltungsebenen große Mühe. (SWYNGEDOUW 2005:1999)

Das hängt damit zusammen, dass (Entscheidungs-)Macht oft als quantifizierbar wahrgenommen wird. Würden Bürger:innen solche Macht bekommen, verlöre diese der Staat/die Verwaltung. Dabei ist nicht entscheidend, wer diese Macht besitzt, sondern wie sie realisiert und verhandelt wird. (HULTGREN & JOHANSSON 2019:376) Partizipation stellt keinen Machtverlust für Regierende dar, sondern einen Gewinn an ermächtigten Bürger:innen mit vermehrten Kompetenzen (CELE & VAN DER BURGT 2015:20).

Hinzu kommt, dass die Umsetzung von partizipativen Prozessen viel Zeit und Ressourcen auf Seiten der Planenden benötigt. Ist die Auffassung vorherrschend, dass Partizipation ohnehin keine neuen Erkenntnisse bringe bzw. den Verlauf der Planungen nicht verändere, ist die Organisation von komplexen Beteiligungsformaten manchen planenden Stellen zu aufwendig. „*Planners and politicians alike felt citizen participation was awkward and demanding*“. (CELE & VAN DER BURGT 2015:23)

Die gelisteten Herausforderungen zu Partizipation sollen keine Argumentation bieten, warum Beteiligungsprozesse grundsätzlich nicht durchgeführt werden sollen, sondern vielmehr Denkanstöße, in welchen Bereichen Beteiligungsmöglichkeiten Potential zur Veränderung und Verbesserung haben. Ehrlich gemeinte, offene, mehrsprachige und niederschwellige Partizipation kann die Demokratieinnovation darstellen, die dabei hilft,

nicht nur Städte und Gemeinden gerechter und fairer zu gestalten, sondern die auch dabei unterstützt, neue, innovative Mitbestimmungsmethoden in der Demokratie zu verankern.

2.1.1. Repräsentativ bis deliberativ: Formen der Partizipation

„So alt wie die Demokratie sind auch die Mittel und Möglichkeiten der Organisation von Beteiligung.“ (HAMMER 2018:41)

LEITENDE FRAGESTELLUNGEN

Wie lassen sich unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten gliedern? Welche Beteiligungsformen werden in der Stadtplanung angewandt?

Demokratische Beteiligungsmöglichkeiten

Die in Kapitel 2.1. bereits erwähnten Formen von Partizipation (informell, rechtlich-verbindlich etc.) sollen hier näher erläutert werden. Mit dem Wandel zu Governance seit dem Ende des letzten Jahrhunderts lassen sich vier Bereiche beobachten, in denen demokratische Innovationen stattfinden und politische Beteiligung verstärkt ermöglicht wird. Die vier Beteiligungsbereiche erfüllen unterschiedliche demokratische Funktionen. (KERSTING 2017:81)

Repräsentative Beteiligung: Diese Form beschreibt hauptsächlich numerische Instrumente, wie Wahlen, und auch die Möglichkeit, politische Ämter auszuüben und Parteien beizutreten (KERSTING 2017:83).

Demonstrative Beteiligung: Diese Ausgestaltung scheint aktuell zuzunehmen und beschreibt „bottom-up“ Beteiligung aus der Bevölkerung. Sie beinhaltet Demonstrationen, Bürger:inneninitiativen oder die Teilnahme an Kampagnen. Diese Form wird auch eigeninitiierte Beteiligung genannt. (HAMMER 2018:42; KERSTING 2017:84)

Direktdemokratische Beteiligung: Diese Art zählt wie die repräsentative Beteiligung zum Bereich der numerischen Demokratie. Es werden allerdings nicht Personen oder Parteien gewählt, sondern es wird über thematische und sachbezogene Fragestellungen abgestimmt. Sie beinhaltet Volksabstimmungen, Petitionen oder Referenden. Diese Form der Beteiligung erlebte insbesondere in den 1990er und frühen 2000er Jahren einen Aufschwung. (KERSTING 2019:110; KERSTING 2017:84,101)

Deliberative Beteiligung: Partizipation, wie sie meist in Planungsprozessen stattfindet, ist deliberative Beteiligung. Sie zeichnet sich durch einen dialogorientierten, konsenssuchenden und gesprächszentrierten Charakter aus und findet vor allem auf lokaler Ebene statt. Deliberative Beteiligungsformen werden als Methode zur Konfliktlösung und bei Planungsmaßnahmen eingesetzt. Meist gibt es bei den diskutierten Planungsmaßnahmen einen direkten Bezug zum öffentlichen Raum. Es geht um Platz-, Straßen- oder Parkneu- und -umgestaltungen oder Infrastrukturprojekte. Die eingesetzten Methoden unterscheiden sich nach Ziel der Beteiligung, möglichen Ressourcen und der Zielgruppe. Beispielhaft genannt sind offene Foren, Planungswerkstätten oder Runde Tische. Dieser demokratische Bereich hat seit den 1990er Jahren eine „deliberative Welle“

erfahren. Weltweit zeigt sich ein starker Zuwachs solcher Beteiligungsformen. (HAMMER 2018:46ff.; KERSTING 2019:110ff.; KERSTING 2017:84ff.)

Beteiligungsformen nach gesetzlicher Implementierung

Eine weitere Unterscheidungsmöglichkeit von Partizipationsformen ist die Verrechtlichung der Beteiligungsformen. Formelle Beteiligung ist verrechtlicht, das heißt gesetzlich vorgeschrieben oder einklagbar. Darunter fallen repräsentative Beteiligungsformen, wie der Wahlakt, direkt-demokratische Beteiligungsformen, wie Volksbegehren, und bestimmte Formen der demonstrativen Demokratie, wie Demonstrationen. (MEIER 2018:13) Deliberative Verfahren sind der informellen Beteiligung zuzuordnen. Sie sind großteils nicht rechtlich normiert und können je nach Veranlassung unterschiedlich organisiert sein. (JONAS & HASSEMER 2020:9) MEIER (2018:13) nennt diese Form deswegen auch „weiche“ Planungsverfahren. Sie sind dialogorientierter ausgerichtet als rechtlich verbindliche Verfahren und erlauben deswegen mehr Innovationen im Planungsprozess. Ziel von informellen deliberativen Verfahren sind die prozessbegleitende Diskussion und Aushandlung von Planungsvorhaben sowie die Offenlegung von unterschiedlichen Perspektiven. Bei informellen Verfahren können alle Bewohner:innen eines Stadtteils teilnehmen, während bei formellen Verfahren Personen ohne Staatsbürgerschaft oft ausgeschlossen werden. (JONAS & HASSEMER 2020:9; MEIER 2018:14) JONAS & HASSEMER (2020:10) bezeichnen deliberative Prozesse gegenüber formeller Einflussnahme als echte Partizipation.

2.1.2. „Lokal, alltäglich, weich“: Wissen in Planungsprozessen

„Nevertheless, the basic premise of participation is that the people who live and work in cities are experts about their own lives [sic] and how well places serve them—and this expertise extends to young people.” (DERR et al. 2018:36)

LEITENDE FRAGESTELLUNGEN

Welches Wissen können Bewohner:innen allgemein und Kinder und Jugendliche im Speziellen in Planungsprozessen einbringen?

Wissen von „Nicht-Expert:innen“

Wissen stellt in vielen Bereichen die Grundlage für Entscheidungen und politische oder wirtschaftliche Macht dar. Somit ist Wissen auch für Stadtentwicklung und -planung und demzufolge für partizipative Prozesse von großer Bedeutung. Da Verwaltung und Planung für die Legitimation von Entscheidungen Wissen benötigen, dies aber oft nicht in dem benötigten Ausmaß selbst generieren können, dient Partizipation auch der Funktion, dass Wissensressourcen Eingang in die Planung finden können. Einerseits um kommunale Entscheidungen mit höherer Qualität treffen und umsetzen zu können, andererseits um Entscheidungen argumentieren zu können. (MEIER 2018:79f.; ZIMMERMANN 2010:115)

In den letzten Jahren hat sich die Bedeutung des Begriffs „Wissen“ stark verändert. Heute wird nicht mehr nur akademisches, professionelles, fachliches oder technisches Wissen darunter verstanden, sondern auch alltägliches Erfahrungswissen von „Nicht-Expert:innen“. In den aktuellen vielfältigen Stadtgesellschaften, in denen viele Lebensentwürfe und -realitäten neben- und miteinander existieren, braucht man kooperative Formate, um alle Wissensressourcen über alltägliche Bedürfnisse etc. zusammenzuführen und hochwertige Planungsergebnisse zu generieren. (MEIER 2018:80; ZIMMERMANN 2010:115) Für die verschiedenen Ausprägungen von Alltagswissen, welches durch Erfahrungen entsteht, gibt es unterschiedliche Bezeichnungen. In der englischen Sprache wird die Summe an Alltagswissen, das sich auf räumliche Prozesse bezieht, als „*ordinary local knowledge*“ bezeichnet. (FISCHER 2000:194)

Lokales Wissen bezeichnet Wissen über einen Ort, ein Quartier oder ein Viertel. Bewohner:innen können durch ihre Erfahrungswerte – entstanden, indem sie viel Zeit in diesen Räumen verbringen – einschätzen, was an Orten benötigt wird, wo es Potential gibt oder was am Bedarf vorbeigeht. Sie besitzen detaillierte Ortskenntnisse und erkennen Zusammenhänge, wissen über Eigentümer:innen oder historische Entwicklungen Bescheid. So können sie Planenden eine Innensicht des lokalen Kontexts vermitteln, welche bei Planungen im Wohnumfeld große Bedeutung hat. (FISCHER 2000:194; MEIER 2018:80f.,207)

Milieuwissen beschreibt das Wissen über Nachbarschaften und Netzwerke sowie deren lokale Eigen- und Besonderheiten. Bewohner:innen sind in soziale Netze eingebunden und wissen über die individuellen Bedürfnisse, Mentalitäten und sozialen Treffpunkte von Personengruppen Bescheid. Sie sind sensibel für Problemlagen von gewissen Gruppen, die die Verwaltung nicht kennt. (ebd. 80,207f.)

Reflexives Wissen bezeichnet darüber hinaus Wissen über vergangene Fehlentscheidungen und -entwicklungen. Bewohner:innen können so Einspruch erheben, wenn Planungen an der Lebensrealität im Quartier vorbeigehen. (ebd. 80f.)

Die genannte Summe an Alltagswissen kann auch als „weiches Wissen“ bezeichnet werden. Es lässt sich nicht festschreiben, sondern ist personengebunden, implizit. Um in Planungsprozessen auf dieses Wissen zugreifen zu können, ist die Einbindung der Bevölkerung unumgänglich. (MEIER 2018:207f.) Die Begriffe implizites, auf Englisch „*tacit knowledge*“, und explizites Wissen gehen beide auf Michael Polanyi (1966) zurück. Explizites Wissen kann schriftlich festgehalten werden. Implizites Wissen ist dadurch charakterisiert, dass es normalerweise unartikulierte ist. Es bezeichnet „*local action, procedures, routines, commitment, ideals, values and emotions*“. (SILBY & WATTS 2015:801) Das gesamte Wissen, das so Eingang in die Planung findet, kann aufgrund seiner Bedeutung auch als lokales Kapital (nach Bourdieu) bezeichnet werden (MEIER 2018:207).

Implizites Wissen von Kindern und Jugendlichen

Ist davon auszugehen, dass Personen aufgrund ihrer alltäglichen Erfahrung Expert:innen für ihre Wohnumgebung und die Bedürfnisse ihres Milieus sind, dann trifft diese Kompetenz auch auf Kinder und Jugendliche zu (DERR et al. 2018:36). Über die Beteiligung junger

Menschen kann spezifisches Wissen über die Kinderfreundlichkeit von Orten Einzug in die Planung nehmen. Kinder und Jugendliche haben eine ganz eigene Wahrnehmung davon, was Orte ausmacht und wie ihre Bedürfnisse dort erfüllt werden. (HANSSEN 2019:54) Man kann junge Menschen genauso als Expert:innen ihrer Lebensrealitäten und ihrer Lebenswelten bezeichnen. Kinder und Jugendliche wissen aufgrund ihres spezifischen Erfahrungswissens selbst, was gut für sie ist und was nicht. Da für sie der öffentliche Raum von großer Bedeutung ist, ist es umso wichtiger, sie in Planungen einzubinden und ihre Wünsche und Überzeugungen zu kennen. (GIESINGER 2022:86f; KEMPER & HERZOG 2015:170f.)

Besondere Aufmerksamkeit muss man allerdings der Übertragung dieses von Kindern und Jugendlichen beigetragenen Wissens in festgehaltenes Wissen in der Planungspraxis schenken. *„One of the challenges of bringing the children’s voice into local planning and policy processes is that they need to be translated into a ‘language’ that fits the planning format.”* (HANSSEN 2019:55) Implizites Wissen muss in explizites Wissen übertragen werden, damit es in der Planung verwendet werden kann. Das wird über diverse Formate versucht, die in Kapitel 2.6. als geeignete Methoden gelistet sind. Bei all diesen Übersetzungsleistungen besteht die Gefahr, dass Wissen verloren geht. Insbesondere da diese meist von Erwachsenen durchgeführt werden, die auf kein kindspezifisches Erfahrungswissen mehr zurückgreifen können. *„Thereby, the rich experiences of how local space is perceived by the children are at risk of being lost ‘in translation’”* (HANSSEN 2019:55). Damit das nicht passiert, sind für die Übersetzung des Wissens viel Zeit sowie Ressourcen einzuplanen. (ebd.)

In einer breit verstandenen Auffassung zählen zu Wissen nicht nur aus Erfahrung generierte Erkenntnisse, sondern auch Kompetenzen und Fähigkeiten, die man erreichen kann. Dazu zählen etwa Kompetenzen wie Ausdrucksfähigkeit oder Argumentationsstärke. Werden diese Kompetenzen als Wissen vorausgesetzt, verkommt Partizipation zu einer „Waffe der Starken“. (MEIER 2018:82,209) Darauf wird in Kapitel 2.7. verstärkt eingegangen.

2.2. Grundlagen: Junge Menschen in der Stadt

„Die Erzählung der kinderfeindlichen Stadt übersieht allerdings, dass städtisches Leben immer auch von Kindern mit hervorgebracht wird und eine Stadt ohne junge Menschen letztlich gar nicht denkbar ist.” (SCHREIBER & GHAFOR-ZADEH 2023:226)

LEITENDE FRAGESTELLUNGEN

Was bedeutet es, eine Kindheit und Jugend in der Stadt zu verbringen? Was brauchen junge Menschen in der Stadt? Welche Inhalte sind in der UN-Kinderrechtskonvention?

Dieses Kapitel dient dazu, die Bedeutung von Stadt für Kindheit und junge Menschen zu erfassen. Die Hälfte aller Kinder und Jugendliche weltweit wohnt in städtisch geprägten Gebieten (DERR & KOVÁCS 2017:31). Die Stadt stellt für junge Bewohner:innen den Lebensmittelpunkt dar (SCHREIBER & GHAFOR-ZADEH 2023:224).

Über die Geschichte der Kindheit in der Stadt

Das Konzept der „Kindheit“ ist im 18. Jahrhundert entstanden. Im Zeitalter der Entstehung der Nationalstaaten in Europa rückten Kinder in den Blickpunkt wirtschaftlichen Interesses. Kindheit wird als eigene Lebensphase konstruiert, die sich vor allem dadurch auszeichnet, dass Kinder als „noch nicht fertige Erwachsene“ wahrgenommen werden, die es zu erziehen, schützen und kontrollieren gilt. Die Stadt und ihre dahingehenden Institutionen (Schulen, Erziehungseinrichtungen, Kinderheime etc.) haben eine wichtige Rolle dabei gespielt, dass sich diese gesellschaftliche Vorstellung etablieren konnte. (GHAFOOR-ZADEH & SCHREIBER 2021:61f.; OSWALD 2018:15)

„Damit beginnt ein langer Prozess der Einsperrung der Kinder (wie der Irren, der Armen und der Prostituierten), der bis in unsere Tage nicht zum Stillstandkommen sollte und den man als ‚Verschulung‘ (scolarisation) bezeichnen könnte.“ (ARIÈS 1985:48)

Bis heute findet diese Vorstellung Anwendung, auch im Sinne eines normativen Anspruches, wie Kindheit auszusehen hat. Mit dem Prozess der Verschulung ist nicht nur das Konzept Kindheit entstanden, sondern Kinder sind auch erstmals von der Straße in Institutionen „verdrängt“ worden. (GHAFOOR-ZADEH & SCHREIBER 2021:61f.; OSWALD 2018:15) Die erstmalige Beschäftigung mit Kindheit hängt dementsprechend untrennbar mit der (Groß-)Stadt an sich zusammen. Das, obwohl die Wahrnehmung davon von Beginn an konträr erscheint: *„Anders als ländliche Räume scheint die Stadt gleichwohl für viele per se in Widerspruch zu kindlichen Bedürfnissen zu stehen.“* (SCHREIBER & GHAFOOR-ZADEH 2023:225)

Die ungesunde Luft der Stadt, das Bild der unwirtlichen und bedrohlichen – kurz: kinderfeindlichen – Großstadt veranlasste Pädagogen schon früh dafür zu plädieren, Kinder aufs Land zu schicken. Bis heute, und erst kürzlich wieder vermehrt seit der Corona-Pandemie, wird die Kindheit am Land und inmitten der Natur romantisiert und idealisiert. Dabei ist *„eine Stadt ohne junge Menschen letztlich gar nicht denkbar“* (SCHREIBER & GHAFOOR-ZADEH 2023:226). Junge Menschen tragen ebenfalls zu der spezifischen Bedeutung von Stadt bei und bringen städtisches Leben hervor. (SCHREIBER & GHAFOOR-ZADEH 2023:225f.)



ABBILDUNG 1: AUTOGERECHTE STADT, QUELLE: PIXABAY.COM, "PEXELS".

Eine prägende Zeit für Kinder in der Stadt waren die Nachkriegsjahrzehnte. Dem Leitbild der autogerechten Stadt (Abbildung 1) folgend, wurden (junge) Menschen von den Straßen verdrängt. *„[D]er öffentliche städtische Raum dient zunehmend ausschließlich dem Verkehr und ökonomischen Interessen“* (BEHNKEN & ZINNECKER 2019:332). Die großräumigen Stadtumbauprozesse hatten zur Folge, dass die Bewegungsgewohnheiten von zumeist männlichen Erwachsenen zur Norm wurden. Kindern und Jugendlichen wurden im

Gegenzug einzelne, abgetrennte Spiel- und Aufenthaltsbereiche zugestanden. Sie hatten weniger Möglichkeiten selbstbestimmt draußen zu spielen oder mobil zu sein. Auch wenn mittlerweile andere städtische Leitbilder diskursgebend sind, prägen „verinselte“ Bereiche in der Wohnumgebung in räumlicher Hinsicht noch immer das Aufwachsen von Kindern in der Stadt. (GHAFOOR-ZADEH & SCHREIBER 2021:62; SCHIER 2019:343; SCHREIBER & GHAFOOR-ZADEH 2023:228) SCHREIBER & GHAFOOR-ZADEH (2023:228) schreiben in dem Zusammenhang von einer „*Unsichtbarkeit von Kindern im städtischen Raum*“.

Gleichzeitig werden Kinder und Jugendliche in Zeiten multipler anhaltender Krisen als Hoffnungsträger:innen idealisiert. Sie gelten als Potenzial für Fortschritt, Veränderung und Erneuerung. GHAFOOR-ZADEH & SCHREIBER (2021:69) sprechen in diesem Zusammenhang von einer Inwertsetzung von Kindheit, wie sie in neoliberalen Gesellschaften zunehmend zu sehen ist. Dieser Widerspruch zur Verdrängung aus dem öffentlichen Raum wie oben beschrieben, ist ein Paradebeispiel für das ambivalente Verhältnis zwischen Kindheit und Stadt.

Junge Menschen und Stadtplanung: Kindsein in der gebauten Stadt

Analog zu der Entwicklungslinie der Kindheit in der Stadt lässt sich jene der Stadtplanungskonzepte, in denen Kinder mitgedacht werden, darstellen. Im 19. Jahrhundert wurden zwei elementare „verinselte“ Bereiche für Kinder erfunden, wie wir sie heute noch kennen: der Kindergarten in Deutschland sowie der Spielplatz (Abbildung 2) in New York. Erste Spielplätze gab es in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts, in der Zeit der Industrialisierung. Im Vordergrund standen zu der Zeit nicht kreative Bewegungsmöglichkeiten oder Entfaltung der Kinder. „*Enge, Gestank, Lärm und andere Mängelsituationen städtischen Wohnens verlangten nach einem Ausgleich*“ (HASSE 2019:315). (ebd.; KATSAVOUNIDOU 2021:7)



ABBILDUNG 2: „VERINSELT“ER SPIELPLATZ, QUELLE: PIXABAY.COM, „MEMORYCATCHER“.

Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts gab es einen bekannten Entwurf, der dafür plädierte, Kinder in kleinen begrünten Nachbarschaften aufwachsen zu sehen, anstatt in der Großstadt: Ebenezer Howard entwickelte das Konzept der „Gartenstadt“. Ein erstes urbanes Konzept im großen Maßstab, welches Kinder und deren Wohlbefinden in der Stadt mitdachte, war das Rote Wien in den Jahren 1919-1934. In den Höfen der Wohnblocks wurden weitläufige Grünanlagen und Spielplätze für Kinder errichtet. Kinder sollten so gesund und glücklich aufwachsen und einen Teil des öffentlichen Raums beanspruchen können. (KATSAVOUNIDOU 2021:8)

Mit dem Siegeszug des motorisierten Individualverkehrs wurden junge Menschen immer mehr aus der Stadt verdrängt.

„Instead of questioning the compatibility of the automobile with city life, however, it was children who were viewed as ‘incompatible’ users of urban centers because of their ‘vulnerability’.” (KATSAVOUNIDOU 2021:9)

Die zunehmende funktionale Trennung von Räumen zum Wohnen, Arbeiten und Einkaufen etc. erschwerte die Bildung lebenswerter Großstädte. Zu dieser Zeit lässt sich ein Rückzug junger Menschen aus dem öffentlichen Raum beobachten, ein Phänomen, das als „Verhäuslichung“ bezeichnet wird. (EDELHOFF & MILLION 2021:506)

Vorstädte, sogenannte Suburbs (Abbildung 3), wurden hingegen besonders für junge Familien als sicher, gesund und kinderfreundlich propagiert. Bereits in den späten 1970er Jahren waren jedoch erste Forschungsarbeiten bekannt, die die Vorteile von Urbanität für



ABBILDUNG 3: SUBURBS, QUELLE: PIXABAY.COM, "PUBLICCO".

das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den Vordergrund stellten – etwas, das es in den Suburbs nie gab. Soziale Infrastruktur wie Schulen und Freizeitangebote sind dort für junge Menschen nicht fußläufig und selbstständig erreichbar. Durch den Fokus auf autogerechtes Design werden junge Menschen in ihrer Mobilität eingeschränkt. (GILL 2021:10ff.; MANSFIELD et al. 2021:176)

Aktuelle Entwicklungen und Trends zeigen ein anderes Bild: urbane Konzepte, um Menschen statt Autos wieder in den Vordergrund zu bringen, werden immer mehr. Das Augenmerk liegt auf der fairen Verteilung von Flächen und der Errichtung von Grün- und Freiflächen. Die Superblocks in Barcelona sind dafür ein bekanntes, frühes Beispiel. (KATSAVOUNIDOU 2021:7ff.)

*„Wo infolge von Modernisierungsprozessen das Recht junger Menschen auf die Aneignung städtischer Räume lange Zeit ignoriert wurde, ist zuletzt der öffentliche Raum als Begegnungsort für alle Stadtbewohner*innen wieder verstärkt in das Bewusstsein von Stadtentwicklungsprozessen gerückt.“ (SCHREIBER & GHAFOR-ZADEH 2023:245)*

Über die Bedürfnisse junger Menschen in der Stadt

Obwohl Kinder und Jugendliche selten den Hauptfokus in Planungskonzepten darstellen, sind sie jene, die davon am meisten benachteiligt werden können. Kinder sind vulnerabler gegenüber Verkehr, Lärm, Luftverschmutzung und Hitze und weniger resilient, was ihre physische und psychische Gesundheit angeht. (GILL 2021:4) „*Städte stehen Kindern und Kindheit ausgesprochen gleichgültig gegenüber*“ beschreibt Colin Ward mit zahlreichen Beispielen (BISWAS 2021:281, siehe Kapitel 2.4.). Dennoch ist das Verhältnis zwischen Stadt und Kind ein sehr aussagekräftiges. Nicht nur beeinflusst die gebaute Umwelt unterschiedliche Kindheiten, sondern die Kinderfreundlichkeit einer Stadt ist auch ein allgemeines Zeichen einer hohen städtischen Lebensqualität. (KATSAVOUNIDOU 2021:1) Enrique Peñalosa, ehemaliger Bürgermeister von Bogotá, spricht von Kindern als Indikator

für Stadtgestaltung. Halten sich Kinder im öffentlichen Raum auf, ist es ein Zeichen von hoher urbaner Qualität. (GILL 2021:7)

Besonders wichtig für Kinder und Jugendliche in der Stadt sind öffentliche Räume wie Straßen, Plätze und Parks in ihrer Wohnumgebung. Nur „verinselte“ Bereiche wie Spielplätze zu entwickeln, ist deswegen nicht genug. Es braucht sichere, qualitätsvolle öffentliche Räume, damit sich Kinder und Jugendliche darin unabhängig bewegen können. (HANSSEN 2019:55) Diese öffentlichen Orte erfüllen für Kinder und Jugendliche eine gesellschaftliche Funktion. Neben Optionen zum Bewegen, Spielen und Experimentieren bieten sie Möglichkeiten zur Raumerfahrung, Sozialisation und Selbst- und Identitätsentwicklung. Sozialräumliche Bedürfnisse wie soziale Kontakte, Bewegung, Selbstdarstellung und Geborgenheit können dort erfüllt werden. Die alltägliche Lebenswelt junger Menschen findet zu einem wichtigen Teil in öffentlichen Räumen statt. (EDELHOFF & MILLION 2021:506; KEMPER & HERZOG 2015:169f.)

Gerade diese Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen treffen in öffentlichen Räumen auf die Nutzungswünsche von erwachsenen Personen. Die angestrebten Nutzungsformen können sich beeinträchtigen oder gar ausschließen (etwa Ballspiel und ruhige Erholung) und stehen somit in Konflikt. (KEMPER & HERZOG 2015:170) Insbesondere Jugendliche werden häufig als Grund für Angst oder Ärgernis dargestellt (NELISCHER & LOUKAITOU-SIDERIS 2022:2). *„Die Bedürfnisse Erwachsener haben dabei eine stärkere Position“* (KEMPER & HERZOG 2015:170). Raum ist die ständig umkämpfte Ressource. Dass Erwachsene in diesen Konflikten die wirkungsvollere Position haben als junge Menschen, zeigt sich im Umgang von Entscheidungsträger:innen mit öffentlichen Räumen. Die Spannweite reicht von ordnungspolitischen bis zu baulichen Maßnahmen, um kindliches Spiel einzuschränken. (ebd.)

Obwohl öffentliche Räume für Kinder und Jugendliche eine zentrale Bedeutung haben und ein Konfliktbereich in der Stadtplanung sind, fehlt es insbesondere jungen Menschen an Möglichkeiten zur Beteiligung an der Planung und Gestaltung ebendieser (KEMPER & HERZOG 2015:169).

Die Geschichte und Inhalte der UN-Kinderrechtskonvention und anderer Programme der Vereinten Nationen

Die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention (UN – United Nations, Vereinte Nationen; CRC – Convention on the Rights of the Child) ist eine von zwei großen Entwicklungen, die die gesellschaftliche Perspektive (in westlicher Welt) auf junge Menschen und ihre Rechte wirksam verändert haben. Der davor wichtigste Schritt war die Verabschiedung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ nach dem Zweiten Weltkrieg (1948). Die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention fand 1989 statt, die Ratifizierung erfolgte in den meisten Mitgliedsstaaten im darauffolgenden Jahr 1990. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt für alle Personen unter 18, außer es gibt nationale Gesetze, in denen junge Menschen vor 18 als „Erwachsene“ gelten. (BOTCHWEY et al. 2019:256) Die UN-Kinderrechtskonvention sichert Kindern die Schaffung sicherer Lebensgrundlagen und somit Recht auf Leben, Überleben und Entwicklung in allen möglichen Bereichen sowie den

Schutz vor Gewalt (KEMPER & HERZOG 2015:175). Das zu erstrebende Ziel der Konvention für Kinder ist anders gesagt „[to] be recognized as a full citizen“ (CELE & VAN DER BURGT 2015:14).

Für Partizipation insbesondere von Bedeutung ist:

Artikel 12: Berücksichtigung des Kindeswillens

(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

(2) Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.

(DEUTSCHES KOMITEE FÜR UNICEF E.V 2022:16)

Die Einschränkung „entsprechend seinem Alter und seiner Reife“ wirft Fragen auf. Wer die Reife und Fähigkeiten von diesen jungen Menschen beurteilen soll, vor allem wie und auf welche Art und Weise, bleibt unbeantwortet. (ALDRIDGE 2017:89) Auch die Formulierungen „zu äußern“ und „berücksichtigen“ bleiben vage. Es scheint, als sollen Kindern somit nur konsultative, beratende Meinungen zugestanden werden, keine Entscheidungsmacht. (GIESINGER 2022:28)

John Wall beschreibt die UN-Kinderrechtskonvention als Meilenstein, weil das erste Mal in internationalen Rechtsdokumenten die Beteiligung von Kindern rechtlich festgeschrieben wird. Trotzdem hat Wall Einwände, er sieht in der Konvention ein weiteres Beispiel von „Adulthood“, weil die Schutzbedürftigkeit und nicht das Empowerment von Kindern im Vordergrund steht. (HULTGREN & JOHANSSON 2019:378, siehe Kapitel 2.5.)

Die UN-Kinderrechtskonvention gibt die rechtlich-normative Grundlage für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen vor. Sie wird als Verpflichtung interpretiert, dass Kinder Methoden und Wege vorfinden müssen, wie sie wirkungsvolle Entscheidungen in Bezug auf ihr Leben, ihre Umgebung und ihren Wohnort treffen können. So sollen Orte adäquater geplant werden, wenn es ehrliche Versuche gibt, Kinder und Jugendliche daran zu beteiligen. (BOTCHWEY et al. 2019:256) Gäbe es ehrliche Bemühungen, Kinder und Jugendliche an städtischer Planung zu beteiligen, und würde diese Partizipation als notwendig und positiv angesehen, wäre das ein wichtiger Schritt, um die Kinderrechte in der Stadtplanung zu erfüllen (DERR 2015:131).

Weitere für Planungsverfahren wichtige Punkte (WOOD 2015:140) der UN-Kinderrechtskonvention sind:

- Artikel 15: Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit
- Artikel 31: Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben, staatliche Förderung

Ebenso wird in der **„Agenda 21“** die aktive Beteiligung Kinder und Jugendlicher *„auf allen für sie relevanten Ebenen“* (BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT 1992:245) gefordert. Bei der Agenda 21 handelt es sich um das entwicklungs- und umweltpolitische Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für das 21. Jahrhundert. Es wurde 1992 bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von über 170 Staaten unterzeichnet. Die Umsetzung dieser Agenda auf kommunaler Ebene ist bis heute als *„Lokale Agenda“* bekannt. (KEMPER & HERZOG 2015:175) In Kapitel 25 wird von der Einbeziehung junger Menschen in politische Entscheidungsprozesse als Grundlage für den langfristigen Erfolg der Agenda 21 gesprochen. Von den Unterzeichnerstaaten werden Maßnahmen, Ziele, Instrumente und die Finanzierung gefördert, um sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche *„ihre einzigartige[n] Ansichten“* einbringen können. (BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT 1992:245)

Der UN-Kinderrechtskonvention folgend wurde 1996 die **„Child Friendly Cities“-Initiative** hervorgebracht. Entwickelt wurde sie in Kombination von UNICEF und UN-Habitat, um Kommunen dabei zu unterstützen kinderfreundlicher zu werden. (RODELA & NORSS 2022:2) Ziel dabei ist es, Kinderrechte in urbanen Gebieten umzusetzen. Im Vordergrund stehen etwa Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Grünräumen, Möglichkeiten, Freunde zu treffen und zu spielen, sowie eine saubere und sichere Wohnumgebung. (DERR & TARANTINI 2016:1534) Die Initiative hebt somit hervor, dass Kinder Recht auf Zugang zu allen städtischen Bereichen haben und nicht nur den *„verinselten“*, die speziell für junge Menschen gebaut werden (DERR & KOVÁCS 2017:30).

Diese Vorgangsweise ist analog jener, die Colin Ward bereits früh beschrieben hat. Seine Vorstellung einer *„kinderfreundlichen“* Stadt bedeutete nicht einzelne Bereiche für Kinder, sondern eine *„utopische Konzeption von Stadt, in der Kinder und Erwachsene miteinander agieren, planen und die Stadt als ihre Stadt begreifen, die durch sie gestaltbar ist.“* (BEHNKEN 2021:275, siehe Kapitel 2.4.)

Obwohl viele Nationalstaaten sowohl die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert haben als auch die Absichten der *„Child Friendly Cities“-Initiative* unterstützen, erfolgt die Umsetzung der darin genannten Ziele erst langsam. RODELA & NORSS (2022:2) nennen vor allem den komplexen institutionellen Kontext der Stadtverwaltung sowie die dabei als herausfordernd wahrgenommene Beteiligung junger Menschen als Grund für die schleppende Umsetzung.

2015 wurde das aktuelle UN-Programm zur nachhaltigen Entwicklung, die **„Agenda 2030“**, beschlossen. In einem ganzheitlichen Ansatz sollen Ziele zur nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung verfolgt werden. Bekannt sind die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs – Social Development Goals). Innerhalb von Ziel 11, *„Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“*, soll die partizipatorische Siedlungsplanung in allen Ländern verstärkt werden (siehe Punkt 11.3). Eine explizite Erwähnung von Kindern und Jugendlichen kommt nicht vor. (BUNDESKANZLERAMT ÖSTERREICH 2023)

Trotz der vielen unterzeichneten Dokumente und Programme ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozessen bis heute noch ein selten vorkommendes Ereignis (MANSFIELD et al. 2021:181f.). Junge Menschen sind in Planungsentscheidungen aktuell unterrepräsentiert: Urbane Umgebungen werden primär von Erwachsenen für Erwachsene entworfen und gebaut. So entstehen Orte, die den Bedürfnissen von jungen Leuten nur ungenügend entsprechen (DAVID & BUCHANAN 2020:11), obwohl kinderfreundliche Städte eigentlich ein Zeichen für eine allgemein hohe urbane Lebensqualität für alle Bewohner:innen sind (KATSAVOUNIDOU 2021:1).

2.3. Kinder und Jugendliche im Fokus

*„So wie Geograph*innen immer wieder dafür sensibilisieren, dass es den Raum an sich nicht gibt, gibt es auch das Kind an sich nicht.“ (SCHREIBER & GHAFOOR-ZADEH 2023:229)*

LEITENDE FRAGESTELLUNGEN

Inwiefern werden junge Menschen bei Planungen mitgedacht? Welche Definitionen gibt es bezüglich Kindern und Jugendlichen?

Junge Menschen haben generell, wie auch in der Stadtplanung, eingeschränkte Möglichkeiten, dass ihre Stimmen wirkungsvoll Gehör finden. DAVID & BUCHANAN (2020:10) beschreiben junge Menschen als eine Bevölkerungsgruppe, die seit langer Zeit Diskriminierung ausgesetzt ist, da sie weder eine geeignete Repräsentation noch eine institutionalisierte Stimme in der Gesellschaft und in Entscheidungsprozessen haben. Dies trifft auch auf den (urbanen) Planungskontext zu. Obwohl die Hälfte der Kinder weltweit in städtischen Gebieten wohnt, werden sie in der großen Mehrheit der Planungsprozesse nicht berücksichtigt. Sowohl Kinder und Jugendliche selbst als auch Familien mit Kindern sind davon betroffen. (DERR & KOVÁCS 2017:31) Auch in der wissenschaftlichen Literatur zu Planung werden junge Menschen wenig berücksichtigt, wenn auch seit den 1990er Jahren ein gewisses Interesse bemerkbar ist. (DERR & KOVÁCS 2017:29; FREEMAN 2020:117)

Zahlreiche Kommunen und planende Behörden haben zwar junge Menschen als Nutzer:innengruppe im Sinn, vor allem die systematische Einbindung von Kindern und Jugendlichen wird allerdings kaum umgesetzt (DAVID & BUCHANAN 2020:29ff.). Das Bewusstsein, dass junge Menschen aus Planungsprozessen weitgehend ausgeschlossen werden, wächst immer mehr. Ebenso die Auffassung, dass dieser Ausschluss negative Auswirkungen einerseits auf die Entwicklung der Kinder als Stadtbewohner:innen, andererseits auch auf ihre Beziehung zur gebauten Umwelt haben kann. (ebd. 9)

Im Verhältnis zu Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene sind Kinder und Jugendliche weniger in urbane Planungsprozesse involviert:

„Jugendliche zählen nicht zu den wichtigsten Anspruchsgruppen der Gemeindeentwicklung und Ortsgestaltung. Dies, obwohl sie die stärkste Nutzergruppe im öffentlichen Raum sind, obwohl sie eine jener Bevölkerungsgruppen darstellen, die auf das Angebot einer Gemeinde zu sozialer

Teilhabe und zur Nutzung öffentlicher Räume durch ihre meist geringe Kaufkraft besonders angewiesen sind, obwohl öffentliche Räume für ihre Entwicklung eine essentielle Bedeutung haben. Ihnen fehlt es an Möglichkeiten der Einflussnahme bei Entscheidungen über die Gestaltung ihrer Lebensräume.“ (KEMPER & HERZOG 2015:171)

Zu Definitionen von Kindheit und Jugend

Weder in der wissenschaftlichen noch in der planerischen oder institutionellen Praxis besteht Einigkeit darüber, welche Altersgruppen als Kinder und Jugendliche gelten (DAVID & BUCHANAN 2020:17). Darüber hinaus ist wichtig zu betonen, dass das Alter von Kindern und Jugendlichen nur eine Zahl ist, mitunter auch eine willkürliche: „*Ein Kind ist ... nun ja, ein Kind ist das, was man in ihm sieht*“ (WARD 2021:243). An unterschiedlichen Orten der Welt können die Definitionen und die damit einhergehenden Rechte und Pflichten junger Menschen unterschiedlich sein (ebd. 241). Auch der Vorstellung von Kindern und Jugendlichen als einer homogenen Gruppe muss proaktiv widersprochen werden. Weder gibt es das Kind noch die Kindheit, vielmehr gibt es eine Pluralität an Kindheiten. (SCHREIBER & GHAFOR-ZADEH 2023:229f.) Kinder oder Jugendliche sind keine homogene Bevölkerungsgruppe, sondern eine mit diversen und vielfältigen Persönlichkeiten und Hintergründen. Nicht nur ist jedes einzelne Kind einer Altersgruppe in einer unterschiedlichen Entwicklungsphase, sondern auch fast entscheidender für die Alltagswelt des Kindes ist sein familiärer Hintergrund, in welcher Familie es zufällig aufwächst. (WARD 2021:241f.)

Da das Alter trotz alldem immer noch die wichtigste Bezugsgröße für den Handlungsspielraum von Kindern und Jugendlichen darstellt, sollen im Folgenden die möglichen unterschiedlichen Definitionen von Kindheit und Jugend abgebildet werden. Tabelle 1 zeigt einige für die vorliegende Arbeit relevante Definitionen, und zwar von der kommunalen bis zur nationalen und internationalen Ebene:

TABELLE 1: DEFINITIONEN ZU DEN BEGRIFFLICHKEITEN KINDER UND JUGENDLICHE, EIGENE DARSTELLUNG 2023.¹

Text ²	Alter & Begrifflichkeit(en)
Wiener Kinder- und Jugendstrategie 2020-2025 (2020)	Kinder und Jugendliche unter 19
Konzeption Kinderfreundliches Stuttgart 2015 bis 2020 (2015)	Kinder 0 bis ca. 14, Jugendliche 14-18
Nationaler Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Jugendlichen (Österreich, 2004)	Kinder und Jugendliche unter 19
Österreichisches Jugendschutzgesetz	Länderkompetenz:

¹ Quellen sind im Quellenverzeichnis mit Links ersichtlich. Beleg zur Definition der Weltbank siehe DAVID & BUCHANAN (2020:17). Belege zum Österreichischen Jugendschutzgesetz: siehe (BUNDES-MINISTERIUM FÜR FINANZEN 2023).

² Wenn Strategie: Erscheinungsjahr in Klammer.

	B, NO, W: junge Menschen bis 18, Begriffe Kinder & Jugendliche kommen nicht vor K,ST, T, V: Kind bis 14, Jugendliche zw. 14 & 18 OÖ: Jugendliche/junge Menschen bis 18 S: Kind bis 12, Jugendliche von 12 bis 18 ³
Deutsches Recht (Sozialgesetzbuch)	Kind unter 14 Jugendliche ab 14 & bis 18 Junge Volljährige ab 18 & bis 27 tw. Heranwachsender: zwischen 18 & 21
EU-Jugendstrategie 2019-2027 (2018)	Junge Menschen zwischen 15 und 30
EU-Kinderrechtsstrategie (2021)	Kinder bis 18
UN-Kinderrechtskonvention (1989)	Kinder bis 18
Definition der UN-Generalversammlung	Jugendliche zwischen 14 & bis unter 25 (junge Menschen zwischen zehn & bis unter 25)
Definition der Weltbank	Jugendliche zwischen 15 & bis unter 25

2.4. Paradigmen in der geographischen Kinder- und Kindheitsforschung

„Planning is about physically creating great places, children's geographies provides the understanding necessary to realise this.“ (FREEMAN 2020:120)

LEITENDE FRAGESTELLUNGEN

Welche Paradigmen beeinflussen die geographischen Kindheitsforschung? Was sind aktuelle Forschungsperspektiven?

In zahlreichen Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften beschäftigen sich Forscher:innen mit Kindern und Jugendlichen als soziale Gruppe. Kinder- und Kindheitsforschung lässt sich keinesfalls auf die geographische Fachdisziplin begrenzen. Nichtsdestoweniger spielten „Stadt, Raum und Ort [...] bereits in Klassikern der Kindheitsforschung eine Rolle“. (KÖGLER 2021:119) Das vorliegende Kapitel soll einen Überblick über die Ansätze der Kinder- und Kindheitsforschung im Kontext der geographischen Forschung geben.

Exkurs: „The Child in the City“ von Colin Ward (1978)

Die erste große Abhandlung über Kinder in der Stadt ist das 1978 erschienene Werk „The Child in the City“ von Colin Ward, einem einflussreichen Denker der vergangenen sechs Jahrzehnte. Das Buch zeichnet die vielschichtige Beziehung zwischen jungen Menschen und der städtischen Umwelt nach. Colin Ward beschreibt das Spielen und die Aneignung von Räumen junger Menschen in der Stadt genauso wie die Notwendigkeit von Freiraum für Kinder, während er der Frage nachgeht, wie „sich die Verbindung zwischen Stadt und

³ B (Burgenland), K (Kärnten), NÖ (Niederösterreich), OÖ (Oberösterreich), S (Salzburg), ST (Steiermark), T (Tirol), V (Vorarlberg), W (Wien)

Kind für beide Teile fruchtbarer und erfreulicher gestalten ließe“ (WARD 2021:241ff.) Colin Ward war vor allem ein Verfechter einer gleichberechtigten Lebensrealität von jungen Menschen und Erwachsenen in einer Stadt. Sein Ziel war eine offene Stadt für alle und keinesfalls eigene, besonders kinderfreundliche Stadtteile. (BEHNKEN 2021:263)

Der Inhalt von „*The Child in the City*“ ist bis heute aktuell geblieben (DUVENECK 2021:277). Das Buch bietet ebenso für die Forschung eine Vielzahl an Ideen und Ansätzen, wie die Beziehung von Kind und Stadt untersucht werden kann (BEHNKEN 2021:274). Vor allem aber liefert Ward ein Argument, warum Kinder selbst für sich sprechen können müssen und Erwachsene nicht für Kinder als Fürsprecher:innen denken können. Nicht nur ist der erwachsene Blick auf die eigene Kindheit aufgrund Erinnerungen verzerrt, Kinder haben auch einen ganz eigenen Blick auf urbane Räume. (DUVENECK 2021:279)

In geographischen Forschungsarbeiten stehen Kinder und Jugendliche insbesondere seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt im Fokus (FREEMAN 2020:117). Forschungsarbeiten der vergangenen 30 Jahre enthalten mit Blick auf junge Menschen folgende Themengebiete: Öffentlicher Raum, Spiel, Technologie, Beteiligung, Mobilität, Migration, Umweltbildung und Ausgrenzung (FREEMAN 2020:113; KATSAVOUNIDOU 2021:2). Lücken in der geographischen Kinder- und Kindheitsforschung bestehen bezüglich Kindern in ländlichen Gebieten, Kindern der Majority World⁴, sehr jungen Kindern sowie zu diversen in der Forschung unterrepräsentierten Lebensrealitäten (FREEMAN 2020:114).

Im Folgenden werden theoretische Paradigmen und Perspektiven herausgearbeitet, die die geographische Kinder- und Kindheitsforschung beeinflussen.

Childhood Studies, New Sociology of Childhood & New Social Studies of Childhood

In den 1980er Jahren entwickelte sich rund um die Disziplinen Soziologie und Anthropologie ein neues Paradigma, um Kinder und Jugendliche zu beforschen. Bis dahin dominierte ein entwicklungspsychologisches Paradigma, welches Kinder als zu entwickelnde Erwachsene einordnete. Der neue Ansatz der „Childhood Studies“ oder „New Sociology of Childhood“ versteht Kinder „*not as social 'becomings' but as social 'beings'*“ (QVORTRUP 1994 nach WALL 2019:2), demnach als diverse und aktive sozial handelnde Akteur:innen anstatt als passive Personen. Das neu vorherrschende Paradigma geht erstens davon aus, dass sich Kinder als soziale Akteur:innen in unterschiedlichen Situationen unterschiedlich ausdrücken und verhalten. Die theoretischen Grundlagen diesbezüglich stammen vor allem aus dem Strukturalismus, der besagt, dass soziale Phänomene Ausdruck von sozialen Strukturen einerseits und Handlungsfähigkeit andererseits seien. Diese theoretischen Ansätze hatten Ende der 1980er Jahre Einfluss auf die Entwicklung der UN-Kinderrechtskonvention, wo unter anderem Kindern und Jugendlichen Rechte zur

⁴ Die Begriffe „Majority World“ und „Minority World“ sind aktuelle Bezeichnungen für „Dritte“ und „Erste Welt“ oder „Globaler Süden“ und „Globaler Norden“. „Majority“, zu Deutsch Mehrheit, soll betonen, dass sich der größere Anteil an Personen, Landmasse und unterschiedlicher Lebensstile in den Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika befindet. Die Bezeichnung soll das Selbstbild der großen Bedeutung des „Westens“ in Frage stellen. (LE BORGNE & TISDALL 2017:124)

Redefreiheit, Beteiligung und Versammlungsfreiheit garantiert werden. (OSWELL 2016:20f.; TISDALL & PUNCH 2012:250f.; WALL 2019:2ff.)

Ein zweiter Grundsatz des neuen Paradigmas ist, dass Kindheit keinem universalen Verständnis folgt, sondern je nach Kontext unterschiedlich gelebt, hergestellt und begriffen wird. Der Ansatz geht im Kern von einer Konstruktion von Kindheit aus. Kindheit ist ein veränderbares Konstrukt und konstruiert sich in Abhängigkeit zu der Vorstellung von Erwachsenen. Weiters gibt es nicht eine universelle Kindheit, sondern diverse Erfahrungsmöglichkeiten, ein Kind zu sein. Mit diesem Paradigmenwechsel werden räumliche Handlungsfähigkeiten von Kindern und Jugendlichen verstärkt berücksichtigt. Bezogen auf Räume, in denen sich junge Menschen häufig aufhalten, wird ihnen Expert:innenwissen zugetraut. (GHAFOOR-ZADEH & SCHREIBER 2021:62; KOGLER 2021:119f.; RYAN 2008:555)

Ab dem Ende der 1990er Jahre wird vermehrt die Bezeichnung „New Social Studies of Childhood“ verwendet. Diese bedeutet nicht einen Paradigmenwechsel, sondern dass sich immer zahlreichere und verschiedene Sozialwissenschaften mit Kinder- und Kindheitsforschung auseinandersetzen, ebenso die geographische Fachdisziplin. *„These linkages have contributed [...] to a growing interest within geography in children as social actors“*. (HOLLOWAY & VALENTINE 2000:764)

Children's Geographies: sozialräumliche/geographische Kindheitsforschung oder kindzentrierte Stadtforschung

Das aktuell vorherrschende Paradigma bezüglich Kind- und Kindheitsforschung in der Stadt ist das der „Children's Geographies“, welches gleichermaßen durch den „Spatial Turn“ in den Sozialwissenschaften sowie dem „Cultural Turn“ in der Stadtforschung Anfang der 2000er Jahre entstand. Es folgt dementsprechend nicht einer linearen Entwicklungslinie, sondern vereint zahlreiche Perspektiven. *„Interdisziplinäre Studien zu Räumen und Orten der Kinder und Kindheit“* (KOGLER 2021:121) stehen im Fokus. Theorien, Konzepte und Perspektiven unterschiedlicher Disziplinen sollen vereint werden. Im angloamerikanischen Sprachraum ist von „Children's Geographies“ die Rede, im deutschsprachigen Raum von „sozialräumlicher/geographischer Kindheitsforschung“ oder „kindzentrierter Stadtforschung“. „Children's Geographies“ zeichnen sich im Gegensatz zu „New Social Studies of Childhood“ dadurch aus, dass sie sich mit Räumen, Orten und Skalen kritisch auseinandersetzen. (HOLT et al. 2020:126; KOGLER 2021:121f.)

Wie bei den oben dargestellten Paradigmen wird mit konstruktivistischen Raumtheorien gearbeitet und Kinder werden als selbstständige Akteur:innen wahrgenommen. Das Hinterfragen vermeintlich allgemeingültiger Vorstellungen ist zentral, um Widersprüche in dieser Wahrnehmung zu thematisieren. Weiters stehen im Vordergrund die raumbezogenen Wahrnehmungen von Kindern sowie Ursachen und Auswirkungen von Exklusion von Kindern aus vielen öffentlichen Bereichen. Darüber hinaus soll *„aus der Perspektive der Kinder – und nicht nur über sie – soll mit ihnen geforscht“* (KOGLER 2021:122) werden. Partizipative Methoden stehen im Vordergrund. Das Verhältnis zwischen jungen Menschen und ihrer Umgebung, ihre Erfahrungen und Praktiken sollen partizipativ mit

Kindern und Jugendlichen erfasst werden. (GHAFOOR-ZADEH & SCHREIBER 2021:63; HOLLOWAY 2014:382; KOGLER 2021:121f.; SCHREIBER & GHAFOOR-ZADEH 2023:224ff.)

„Children’s Geographies“ stellen keine eigne Subdisziplin im geographischen Forschungskanon dar, sondern können in allen Teilen der Geographie gefunden werden. „Children’s Geographies“ können Beiträge zu anderen Debatten, z.B. Neoliberalismus oder globalem Wandel, leisten. (HOLLOWAY 2014:386; SKELTON 2009:1430)

„However, what is often entwined in the fabric of Children’s Geographies is an understanding that as adults we should not be making things harder for children but working with them to improve their environments, their living conditions, their opportunities of play, learning and joy.“ (SKELTON 2009:1443)

Neuere Schwerpunkte innerhalb der „Children’s Geographies“ beschäftigen sich mit Kindheiten der „Majority World“ und „Minority World“. Weiters werden aktuelle Transformationsprozesse wie Nachhaltigkeit und Digitalisierung in den Fokus genommen. Von einem neuen Paradigma wird nicht gesprochen. (SCHREIBER & GHAFOOR-ZADEH 2023:229)

2.5. „Childism“ als kritischer Blickwinkel

„In the same way that feminists aim to make social structures more just and livable for women and men, scholars of childism attempt to use the experiences of children as a starting point for a more just world for people of all ages.“ (ELKINS 2013 nach WALL 2019:5)

LEITENDE FRAGESTELLUNGEN

Was macht das Konzept „Childism“ aus? Welche Unterschiede gibt es zwischen „Childhood Studies“ und „Childism“?

Obwohl das aktuell in der Forschungslandschaft vorherrschende Paradigma der „Children’s Geographies“ Kinder sehr wohl als selbstständige Akteur:innen begreift, sieht die Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen in der Praxis oft konträr aus. Wenn man von jungen Menschen spricht, liegt der Hauptfokus meist auf ihrer Zukunft als Erwachsene und wie man das Ziel des „Erwachsenwerden“ beeinflussen kann. Ist die Zukunft als Erwachsene jedoch wichtiger als die Gegenwart als Kind, drängt man junge Menschen in prekäre Situationen, wo ihnen aufgrund ihres „unfertigen“ Charakters und dadurch fehlender Kompetenzen eine relevante eigene Meinung oder Möglichkeiten zur Beteiligung verwehrt bleiben. (WOOD 2015:143)

Diese Überzeugung wird **„Adulthood“** genannt und ist in heutigen Gesellschaften weit verbreitet: Erwachsene seien Kindern überlegen. Kindheit wird dementsprechend als Phase der Schwäche und Inkompetenz definiert, die immer mehr nachlassen, je näher man dem Stadium des „Erwachsenseins“ kommt. (DERR et al. 2018:36; WALL 2019:1)

Bekanntester Kritiker dieser Denkweise, dass Erwachsene als erstrebenswerte Norm zu verstehen sind, ist der Sozialwissenschaftler John Wall. Mit seinem kritischen Gegenmodell

des „**Childism**“ möchte er die vorherrschende Form des „Adultism“ dekonstruieren sowie zu mehr alters-inklusiven Ansätzen beitragen. (WALL 2019:1)

Das Konzept „Childism“ ist verwurzelt in den oben näher ausgeführten „Childhood Studies“. Eine Vor-Form von „Childism“ sind „Kritische Childhood Studies“, die soziale Normen und Praktiken in Beziehungen von Kindern zu Erwachsenen in Frage stellen wollen. „Childism“ hat zusätzlich einen starken poststrukturalistischen, feministischen und postkolonialistischen Einfluss. Der zentrale Unterschied bei dem Konzept „Childism“ ist, dass die Erfahrungen von Kindern genutzt werden, um breite Kritik an gesellschaftlichen Normen und Praktiken an sich zu äußern und nicht nur an der Wahrnehmung von jungen Menschen oder Kindheit an sich. Es sollen bestehende gesellschaftliche Normen hinterfragt und „Childism“ als Blickwinkel helfen, um tiefverwurzelte Formen des „Adultism“ zu dekonstruieren. (WALL 2019:3f.) Schlussendlich soll „Childism“ dabei unterstützen, nicht nur bestehende Normen zu dekonstruieren, sondern auch neue gesellschaftliche Verhältnisse zu „rekonstruieren“ und Unterschiede und Vielfalt in der Gesellschaft zu begrüßen (ebd. 11).

Da „Childism“ in anderen Disziplinen zwei weitere Bedeutungen hat, die mitunter etwas Gegensätzliches bedeuten, sollen sie hier festgehalten werden. In den Literaturwissenschaften gibt es den Begriff „Childism“, der eine Methode bezeichnet, Kinder- und Jugendliteratur als Erwachsene aus Sicht der Kinder zu lesen. Eine weitere Bedeutung von „Childism“ stammt aus der Psychoanalyse und beschreibt Vorurteile gegenüber jungen Menschen, die deren Unterdrückung zur Folge haben, ähnlich den Begriffen Sexismus oder Rassismus. (WALL 2019:6)

2.6. Kinder und Jugendliche in urbanen Planungsprozessen

„Today, there is a renewed focus on incorporating children’s ideas, desires, and proposals for how to improve their urban environments.“ (BOTCHWEY et al. 2019:259)

LEITENDE FRAGESTELLUNGEN

Was macht Kinder- und Jugendpartizipation aus? Welche (positiven) Auswirkungen gibt es auf Planungsprozesse? Welche Barrieren müssen überwunden werden? Worauf muss geachtet werden, um Kinder- und Jugendpartizipation verbindlich zu verankern?

Was ist Kinder- und Jugendpartizipation?

Analog zu Bürger:innenbeteiligung allgemein gibt es auch zu Kinder- und Jugendpartizipation keine anerkannte Definition (BORKOWSKA-WASZAK et al. 2020:4). Wird der Begriff in der Planungspraxis gebraucht, ist meist davon die Rede, dass junge Menschen in Entscheidungsprozessen mitwirken können, deren Ergebnisse ihr Leben als Kinder bzw. Jugendliche beeinflussen. Neben dieser „politische Partizipation“ genannten Bedeutung gibt es auch die „soziale Partizipation“ von Kindern und Jugendlichen. Soziale Partizipation beschreibt Aktivitäten junger Menschen, die ihr Alltagsleben betreffen: kulturelle oder sportliche Aktivitäten, Mitgliedschaften in Vereinen sowie ihre Beziehungen zu anderen Menschen, insbesondere Erwachsenen. (BEČEVIĆ & DAHLSTEDT 2022:363)

Politische Kinder- und Jugendpartizipation hat damit zu tun, dass die Meinungen junger Menschen Raum und Gehör finden. Es geht um „*being recognized as a full member of society*“. (BEČEVIĆ & DAHLSTEDT 2022:373)

Trotz der unscharfen Definition besteht auch für Kinder- und Jugendpartizipation eine eigene „Partizipationsleiter“, die unterschiedliche Arten von Beteiligung listet. Die Leiter des Geographen Roger Hart („Hart’s ladder of youth participation“, 1992) ist die meist zitierte und anerkannteste Gliederung in Bezug auf junge Menschen. Parallel zur Leiter von Arnstein startet Hart mit drei Arten von Nicht-Partizipation (Manipulation; Beteiligung junger Menschen, um einen Prozess zu „dekoriern“; Tokenism). Erste Formen von Beteiligung beginnen bei Hart damit, dass Kinder und Jugendliche Informationen über den Prozess haben und konsultiert oder befragt werden. Als echte Partizipation definiert Hart unterschiedliche Arten, zu Entscheidungen zu gelangen, abhängig davon, ob die Beteiligung von Kindern oder Erwachsenen initiiert wird. Entscheidungen werden bei Hart in partizipativen Prozessen immer gemeinsam getroffen. Das gemeinsame Aushandeln von Entscheidungen stellt für ihn das höchste Maß an Zusammenarbeit dar. (BOTCHWEY et al. 2019:258; DERR et al. 2018:38) „*In the field of urban planning and design, where people of all ages use public spaces, shared decision-making by children and adults is the most realistic goal*“ (DERR et al. 2018:38).

Trotzdem exkludieren Planungsprozesse Kinder und Jugendliche großteils, geben ihnen keine Mitsprache bei der Aushandlung über Räume und deren Nutzung (MANSFIELD et al. 2021:175). Das „Civic Voluntarism Model“ erklärt die Gründe, warum sich Menschen nicht beteiligen. Einer davon ist: „...*weil sie niemand gefragt hat*“. Das trifft auf junge Menschen exemplarisch zu. (HELLER et al. 2020:18)

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird dementsprechend weitgehend noch als etwas Besonderes angesehen und ist üblicherweise „*not part of general community engagement processes*“ (WOOD 2015:140).

Konsequenzen von und Argumente für Partizipation junger Menschen

Junge Menschen sind meist nicht explizit in Planungsprozesse involviert. Es gibt allerdings zahlreiche Argumente, warum die Partizipation von Kindern und Jugendlichen institutionalisiert werden sollte. Kinder und Erwachsene benutzen und nehmen öffentliche urbane Räume ganz anders wahr. Weiters profitieren nicht nur junge Menschen selbst von der Teilhabe sowie auch der Planungsprozess, sondern auch machen junge Menschen einen besonders großen Teil der Bevölkerung aus und sollen deswegen mitsprechen dürfen. (DAVID & BUCHANAN 2020:31)

Positive Konsequenzen für teilnehmende Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche profitieren auf mehrere Arten direkt von einer Teilnahme an Planungsprozessen. Sie fördert ihre psychosoziale Entwicklung, stärkt ihre Teamfähigkeit, fördert kritisches Denken und steigert ihre Fähigkeiten, vor anderen zu argumentieren und sich zu präsentieren. (DAVID & BUCHANAN 2020:10f.) Junge Menschen können weiters

folgende Kompetenzen erlernen: Kooperationsfähigkeit, Verantwortungsfähigkeit, Pflichtbewusstsein und vor allem auch Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen (BOTCHWEY et al. 2019:258). Dass ihr Selbstvertrauen gestärkt wird, ist aus einer gesamtgesellschaftlichen und gesundheitsfördernden Perspektive besonders wichtig (HANSSEN 2019:54). Von den genannten positiven Konsequenzen profitieren Kinder auch, wenn ihre Perspektive keinen Einfluss auf die Entscheidung hat (DAVID & BUCHANAN 2020:11; STENBERG & FRYK 2021:9). Dass Kinder und Jugendliche bei partizipativen Prozessen immerhin etwas für sich lernen, kann jedoch keine Begründung sein, dass die Implementierung ihrer Meinung nicht stattfindet.

Partizipation als demokratische Bildung

Kinder und Jugendliche lernen bei partizipativen Prozessen, „Verantwortung für das demokratische Ganze“ (GIESINGER 2022:49) über ihre individuelle Situation hinaus zu übernehmen. Die Übertragung von Verantwortung fördert so die demokratische Entwicklung und Bildung junger Menschen, sie lernen, sich ins demokratische Geschehen einzubringen. (ebd. 49,86f.) Dazu gehört mitzubekommen, dass es vielfältige Meinungen zu einem Thema gibt und wie eine Entscheidung bei widersprechenden Standpunkten entsteht. Auch sich in andere hineinversetzen zu können und ihre Perspektive nachvollziehen zu können, gehört zu diesem Lernprozess. (PERCY-SMITH 2010:117)

Positive gesamtgesellschaftliche Konsequenzen

Partizipative Prozesse fördern den Austausch und somit das Verständnis zwischen jungen und älteren Menschen in der Gesellschaft. Dabei geht es zu einem großen Teil auch darum, Vorurteile gegen v.a. Jugendliche abzubauen. Das passiert, wenn diese in Planungsprozessen ihre Meinung vortragen und sich als gleichwertige Diskussionsteilnehmer präsentieren können. Werden junge Menschen ernst genommen, steigt ebenso ihre Verflechtung in und Identifikation mit ihrem Stadtteil. (HEINRICH & MILLION 2016:57) „Communities with strong youth participation demonstrate greater civic capacity and increased intergenerational understanding“ (BOTCHWEY et al. 2019:257).

Auswirkungen auf den Planungsprozess

Auch der Planungsprozess selbst und dem folgend das Ergebnis der Planung profitieren von der Beteiligung vielfältiger Bevölkerungsgruppen. Insbesondere junge Menschen sind mit Fähigkeiten ausgestattet, die wichtig sind, die Umgebung heute und morgen fair und (klima-)gerecht zu gestalten. Die heute junge Generation ist nicht nur die am besten ausgebildete, sie hat auch besondere Kompetenzen im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnik sowie der Verwendung von Social Media. „Europe cannot afford wasted talent, social exclusion or disengagement among its youth.“ (BORKOWSKA-WASZAK et al. 2020:5)

Die Einbindung junger Menschen kann neue Perspektiven in den Diskussionsprozess einbringen und zu mehr Dialog und Diskurs über die Lebensqualität in Städten und anderen urbanen Herausforderungen führen (DERR & KOVÁCS 2017:31). Kinder und Jugendliche bringen Kreativität und erfrischende Perspektiven mit ein (DERR & TARANTINI 2016:1535).

Dass die Ergebnisse von Planungsprozessen qualitativ hochwertiger werden, wenn man die Bevölkerung einbindet, wird mit folgenden Begründungen argumentiert: Man kann öffentliche oder gesellschaftliche Vorlieben identifizieren, lokales Wissen (siehe Kapitel 2.1.2.) findet Einfluss in die Entscheidung und Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen werden fairer und gerechter abgestimmt. Genau das passiert auch, wenn Kinder und Jugendliche teilnehmen. (FLANDERS CUSHING 2015:44) Die Perspektiven junger Menschen sind nicht nur ehrlich und repräsentativ für ihre Generation, sondern unterscheiden sich auch von den Wahrnehmungen von Erwachsenen. Deswegen ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche als eigenständige Gruppe partizipieren. (DAVID & BUCHANAN 2020:10)

Kinder und Jugendliche helfen Planenden nicht zuletzt dabei, ihre Art und Weise zu denken zu verändern. Sie unterstützen dabei, wegzukommen *„from thinking like a designer, and more like an everyday person“*. (DERR 2015:128)

Partizipation für urbane Transformationsfähigkeiten

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen fordert bestehende Machtrelationen heraus. Durch das Einbringen von neuem Wissen und Perspektiven kann das Verhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen, Erwachsenen untereinander, zu Behörden und zur Umwelt und Umgebung verändert werden. Junge Menschen können so nicht nur dazu beitragen, nutzer:innenfreundlichere Städte zu entwerfen, sondern stellen bestehende Routinen und Denkweisen in Frage. (NORDSTRÖM & WALES 2019:512) Der Partizipation von Kindern und Jugendlichen inhärent ist, dass sie eingespielte Systeme in Frage stellt und so zu einem positiven urbanen Wandel beiträgt (STENBERG & FRYK 2021:15).

Barrieren und Hürden bei der Umsetzung von Kinder- und Jugendpartizipation

Trotz der zahlreichen positiven Konsequenzen von Kinder- und Jugendbeteiligung, die auf der Hand liegen, ist sie weiterhin eine Herausforderung in der Umsetzung für lokale Verwaltungen. *„In particular, they fail to include young people in formal planning processes“*. (HEINRICH & MILLION 2016:56)

Das Ringen um wirkungsvolle Kinder- und Jugendbeteiligung in Planungsprozessen hat eine lange Geschichte. Die Partizipation Kinder und Jugendlicher spielt in der Praxis eine geringe Rolle und wird allgemein als wenig wichtig angesehen. Akteur:innen in der Verwaltung oder Planung denken häufig, sie planen ohnehin für junge Menschen mit, haben zu wenig Ressourcen, sehen keine Notwendigkeit oder warten darauf, dass junge Menschen den ersten Schritt machen und ihre Mitsprache aktiv einfordern. (DAVID & BUCHANAN 2020:31)

Ressourcenmangel in der öffentlichen, lokalen Verwaltung ist ein wichtiger Grund für fehlende Partizipationsmöglichkeiten. Dabei geht es um Personal, Zeit und Geld. Einerseits werden speziell ausgebildete Angestellte mit zusätzlichen themenspezifischen Fortbildungen benötigt. Für solche Fortbildungen werden wiederum auch kein Geld beziehungsweise Zeit zur Verfügung gestellt. Andererseits wird Partizipation bei der Zeitplanung in der Stadtentwicklung oft nicht von Anfang an mitgedacht, sodass die Zeit für Beteiligung fehlt. (DAVID & BUCHANAN 2020:11)

Strukturelle Herausforderungen

Stadtplanung wird von komplexen unterschiedlichen bestehenden Strukturen und Systemen beeinflusst. Strukturelle Probleme sind solche, die die Organisation, Prozesse und Institutionen, die an Stadtplanung beteiligt sind, betreffen. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist in diesen Strukturen und Systemen bis dato oft nicht vorgesehen, „*broad youth participation might not 'fit' within the existing institutional setting*“, und erfordert deswegen erhebliche Änderungen in den etablierten Strukturen. (DAVID & BUCHANAN 2020:12)

Bestehende Planungsstrukturen sind auf Erwachsene ausgerichtet. Ebenso sind „*adult-oriented institutions*“ oft Diskussions- und Meinungsführer in städtischen Aushandlungsprozessen um Raum. (HEINRICH & MILLION 2016:56) Hinzu kommt, dass Planende, wenn es einen Input junger Menschen in den Prozess gibt, diesen ohne entsprechende Aus-/Fortbildung nur ungenügend in (Stadt-)Pläne übersetzen können. Die Beiträge junger Menschen werden nicht immer korrekt verstanden und können somit auch leichter abgetan werden. (MANSFIELD et al. 2021:176)

Ökonomische Interessen sind in Aushandlungsprozessen überrepräsentiert (HEINRICH & MILLION 2016:56). Das wird darauf zurückgeführt, dass unsere bestehenden politischen Systeme auf wirtschaftliche Marktinteressen ausgerichtet sind. Entscheidungen über Landnutzung, Besitz und Entwicklung im urbanen Umfeld haben somit die Gruppen, die im wirtschaftlichen und politischen System die meiste Macht besitzen. Diese Herangehensweise steht im Widerspruch zu der Beteiligung junger Menschen, insbesondere wie sie von der UN-Kinderrechtscharta gefordert wird. (MANSFIELD et al. 2021:175)

Es mangelt an Wissen über die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen (HEINRICH & MILLION 2016:56). „*Die Distanz zur Lebenswirklichkeit junger Menschen ist in der Verwaltung oft groß*“ (KEMPER & HERZOG 2015:172). Kinder und Jugendliche werden nicht als zentrale Nutzer:innen- und Interessengruppe im öffentlichen Raum wahrgenommen. Außerdem existiert die Annahme, dass junge Menschen unrealistische Wünsche entwickeln würden, die nicht umsetzbar seien (ebd.), insbesondere da die geäußerten Wünsche von Kindern und Jugendlichen oft im Widerspruch zu dem stehen, was Erwachsene glauben, dass wichtig für junge Menschen in einem städtischen Umfeld sei (MANSFIELD et al. 2021:175).

Zweifel an den Fähigkeiten Kinder und Jugendlicher

Viele Partizipationsprozesse scheitern bereits an den untersten Stufen von Harts Partizipationsleiter. Junge Menschen dienen nur dazu, den Prozess „aufzuhübschen“, haben aber in Wahrheit keine Entscheidungsmacht oder zumindest Einfluss auf zu treffende Entscheidungen. Das liegt oft daran, dass Projekte, in denen vermeintlich die Meinung junger Menschen abgeholt werden soll, die Kompetenzen und die Selbstständigkeit von eben jenen nicht anerkennen. Über Tokenismus oder Particitainment kommen solche Prozesse nicht hinaus, solange junge Menschen nicht als gleichwertige Partner:innen erkannt werden. (CELE & VAN DER BURGT 2015:16; MANSFIELD et al. 2021:175)

Der wahrgenommene Mangel an Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen (beziehungsweise der Fokus auf diesen) trifft auf einen Kompetenzmangel bei Erwachsenen, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass junge Menschen partizipieren können (MICHAIL et al. 2023:15). LE BORGNE & TISDALL (2017:123) nennen diesen wechselseitigen Zusammenhang den **„competence bias“**. Er verstärkt generationsübergreifende Abhängigkeiten und Machtverhältnisse. Das in der Praxis (nicht in der Forschung, siehe Kapitel 2.4.) oft noch immer vorherrschende entwicklungspsychologische Paradigma, welches junge Menschen als „unfertig“ darstellt, die ihre vollen Kapazitäten und Kompetenzen bis ins Erwachsenenalter erst entwickeln müssen, kann dazu genutzt werden, junge Menschen aus Planungsprozessen zu exkludieren. Der „competence bias“ kann dazu führen, dass Kinder und Jugendliche erst gar nicht eingebunden werden, partizipative Prozesse ungenügend gestaltet werden, Strategien entwickelt werden, die an der Lebensrealität junger Menschen vorbeigehen oder Kinder- und Jugendbeteiligung in keiner politischen Zielsetzung vorkommt. (MICHAIL et al. 2023:15)

„The absence of a progressive public conception of children, or one that is secondary to other ideologies like managerial principles, capitalist economy or patriarchal systems, leads to attitudes that disrespect children as individual people with rights.“
(ebd. 15f.)

Partizipation wird oft als fordernde Tätigkeit verstanden, bei der jemand kompetent, verantwortungs- und selbstbewusst, wortgewandt und reflektierend sein muss, *„that is, adult-like individuals“* (HULTGREN & JOHANSSON 2019:376). Dieses Verständnis schließt in der breiten Wahrnehmung sowohl junge Menschen als auch solche Personen, die andere Kommunikationsmittel und nicht gesprochene Sprache verwenden, aus (ebd.).

Bedenken bezüglich der Fähigkeiten junger Menschen hängen in erster Linie mit ihrem Alter zusammen. Sie können vermeintlich weniger beitragen, weil sie (in Jahren) weniger Lebenserfahrung sammeln konnten. Daraus folgend fehlen ihnen vermeintlich die Fähigkeiten und das Wissen, passend zu partizipieren. (DAVID & BUCHANAN 2020:12) In dieser Argumentationslinie werden persönliche und individuelle Eigenschaften überbetont, passend zu aktuellen neoliberalen Denkweisen. Kinder- und Jugendpartizipation kann vielmehr dazu beitragen, bestehende Machtverteilungen und Zugänge zu (Wissens-)Ressourcen in Frage zu stellen. (BEČEVIĆ & DAHLSTEDT 2022:376)

Beteiligung nur an Planung „verinselter“ Orte

Selten steht im Vordergrund, was Kinder und Jugendliche wirklich zu Stadtentwicklungsgebieten oder entscheidenden strategischen Plänen zu sagen haben (WOOD 2015:139). Viel eher werden junge Menschen beteiligt, um einen Prozess als außergewöhnlich partizipativ, inklusiv und kinderfreundlich darstellen zu können. Wahres Interesse und Verständnis für die Anliegen junger Menschen ist selten. (CELE & VAN DER BURGT 2015:25)

Ein zweiter häufiger Anlass, junge Menschen an der Planung zu beteiligen, besteht bei der Planung sogenannter „verinselter Bereiche“, die speziell für Kinder und Jugendliche da sind. Solche *„spaces left over from planning“* (MANSFIELD et al. 2021:176) sind zum Beispiel

Parks, Schulen und Spielplätze, obwohl mittlerweile feststeht, dass solche Orte die Bedürfnisse junger Menschen in urbanen Umgebungen nicht befriedigen können. Weiterhin nur „verinselte“ Bereiche für junge Menschen zu planen (und sie dort zu beteiligen) und nicht kinderfreundliche Städte als solche, kann als „*childhood ghettoization*“ (ebd.) bezeichnet werden. Kinder und Jugendliche werden im urbanen Umfeld als Problem wahrgenommen und deswegen auf speziell designte Räume verwiesen. (ebd.)

Abstrakte Zeitperspektiven

Eine Herausforderung sind die unterschiedlichen Zeitperspektiven von teilnehmenden jungen Menschen und Planenden. Kinder und Jugendliche legen meist Wert darauf, recht zügig ein Ergebnis ihres Engagements zu sehen, Planende denken in jahrelangen Prozessen. Um dieses Problem zu umgehen, wird vorgeschlagen, einen Budgettopf für kurzfristige konkrete Umsetzungen einzuplanen. So wissen Kinder und Jugendliche, dass ihre Stimme und ihre Anliegen Gehör finden. (CELE & VAN DER BURGT 2015:24; HEINRICH & MILLION 2016:62)

Gesellschaftlicher Blick auf junge Menschen

Einerseits werden junge Menschen als vulnerable Bevölkerungsgruppe wahrgenommen, die es zu schützen gilt. Dementsprechend wird argumentiert, dass für diese Gruppe geplant werden soll und nicht mit ihnen. (DAVID & BUCHANAN 2020:12) Andererseits sind insbesondere Jugendliche mit negativ konnotierten Zuschreibungen konfrontiert. Ihnen wird fehlendes Interesse und Unproduktivität nachgesagt. Jugendliche seien vermeintlich nicht in der Lage, wertvolle Beiträge in Planungsprozessen zu leisten. (DAVID & BUCHANAN 2020:12; HEINRICH & MILLION 2016:56) Solche Ansichten können junge Menschen so weit diskriminieren und isolieren, dass sie bezüglich Partizipation gänzlich desillusioniert werden und gar kein Bedürfnis mehr haben teilzunehmen (WOOD 2015:143).

Wegbereiter von Kinder- und Jugendpartizipation

KEMPER & HERZOG (2015:175ff.) definieren eine Vielzahl an Grundsätzen, um Partizipation junger Menschen wirkungsvoll durchzuführen. Dazu gehören die Eigenverantwortung von Kindern und Jugendlichen zu stärken, ihre Beteiligung ernst zu nehmen und diese nicht als „Deko-Element“ eines Planungsprozesses einzusetzen, die Expertise junger Menschen wertzuschätzen und niederschwellige Partizipationsprozesse durchzuführen. Darüber hinaus besonders wichtig sind die konkrete Planung eines Partizipationsprozesses sowie die Institutionalisierung der Kinder- und Jugendbeteiligung. Ziel muss sein, dass Kinder und Jugendliche nicht mehr im Zuge von Projekten beteiligt werden, sondern, dass ihre Partizipation allgemein üblich ist (CELE & VAN DER BURGT 2015:24).

Geeignete Methoden nutzen

Die Planung des Partizipationsprozesses für Kinder und Jugendliche und die entsprechende Methodenwahl sind bedeutend. Junge Menschen benötigen spezifische

Beteiligungsmöglichkeiten, insbesondere ernst gemeinte Angebote, die auch für den gesamten Prozess bedeutsam sind. (FLANDERS CUSHING 2015:54)

Methoden, bei denen Kinder und Jugendliche sich am meisten engagiert zeigen, sind solche, die Raumerfahrungen und Ausdrucksmöglichkeiten erleichtern, kurz gesagt Methoden, die sie spannend und relevant finden (DERR et al. 2013:487,499). Dazu gehören etwa digitale, kreative und interaktive Methoden, Workshops, Fotodokumentationen, semantische Karten, Feedback in Nachbarschaften, Modellbauten und Interviews. Konventionelle Methoden, wie schriftliche Beiträge leisten oder bei öffentlichen Anhörungen dabei sein, sprechen junge Menschen in geringerem Ausmaß an. (ebd. 487ff.; MANSFIELD et al. 2021:176)

Neben der Methodenwahl speziell relevant ist der Ort, an dem Partizipation stattfindet. Die effektivste Vorgehensweise, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, ist, Plätze aufzusuchen, an denen sie gerne und viel Zeit verbringen. Diese aufsuchende Beteiligung ist gleichzeitig ein Zeichen der Wertschätzung junger Menschen und schafft eine angenehme Atmosphäre, da man nicht von ihnen verlangt, dass sie sich an erwachsene Formalitäten und Förmlichkeiten anpassen. (DERR & TARANTINI 2016:1549; DERR et al. 2013:500) *„It shifts participation from an adult-driven agenda to a youth-centered dialogue“* (DERR et al. 2013:500).

Institutionalisierung vorantreiben

Die wirkungsvollste Art und Weise, Kinder- und Jugendbeteiligung nachhaltig in der Planungspraxis zu verankern, ist, diese zu institutionalisieren. *„...ensure that the future of youth participation does not depend on the beliefs of a single person, but rather is protected by the jurisdiction as a whole.“* (DAVID & BUCHANAN 2020:18)

Ob Kinder- und Jugendbeteiligung in einer städtischen Verwaltung und Gesetzgebung institutionalisiert wird, hängt von vielen Faktoren ab. Folgende Punkte helfen dabei, den Weg zur Institutionalisierung voranzutreiben und zu begünstigen:

Ganz grundlegend helfen Angestellte, die Kinder- und Jugendpartizipation positiv gegenüberstehen und diese immer wieder ansprechen, fordern und fördern. Darüber hinaus ist es zentral, welche bestehenden Wahrnehmungen es von Kinder- und Jugendpartizipation gibt. Positive Beispiele aus der Vergangenheit wirken sich ebenso begünstigend aus wie die Unterstützung wichtiger anderer Akteur:innen. Zentral ist das wahrgenommene Verhältnis zwischen Hürden und Vorteilen bei der Partizipation junger Menschen. Überwiegen die Hürden, wirkt sich das negativ auf eine mögliche Institutionalisierung aus. Ein entscheidender Faktor ist weiters, wie Entscheidungsträger:innen zu Partizipation allgemein stehen. Wird diese allgemein als wichtig und richtig angesehen, ist das schon der erste Schritt auf dem Weg zu Kinder- und Jugendbeteiligung. (DAVID & BUCHANAN 2020:14ff.)

Kinder- und Jugendbeteiligung kann einen zentralen Beitrag dazu leisten, dass städtische Räume für alle Bevölkerungsgruppen mehr Lebensqualität bekommen. Der wichtigste Schritt ist, dass sich die Partizipation junger Menschen weg von Projekten hin zu

verbindlicher Routine entwickelt. Trotzdem ist darauf zu achten, dass sich Partizipation nicht zu einer „Waffe der Starken“ entwickelt, der starken jungen Menschen. *„Young people from groups that have limited political power often speak up less in public groups than young people from families that take privilege for granted“* (DERR et al. 2018:40). Dieses Ungleichgewicht gilt es dringend zu vermeiden.

2.7. Junge Menschen als kompetente soziale Akteur:innen

„One challenge is adults' perceptions of children's competence and competencies. These are frequently used as threshold criteria, so that children viewed as incompetent or lacking competencies are not allowed or supported to participate.“ (LE BORGNE & TISDALL 2017:122)

LEITENDE FRAGESTELLUNGEN

Sind Kinder und Jugendliche soziale Akteur:innen mit Handlungsfähigkeit? Welche Kompetenzen sind (vermeintlich) notwendig, um partizipieren zu können? Welchen Beitrag können junge Menschen in partizipativen Verfahren leisten?

Kinder und Jugendliche als soziale Akteur:innen

Damit junge Menschen wirkungsvoll partizipieren können, müssen sie als kompetente soziale Akteur:innen verstanden werden, die auf ihre soziale und kulturelle Umwelt einwirken können und mit dieser interagieren (HANSEN 2019:63). In welchem Ausmaß diese Wahrnehmung erfolgt, hat Einfluss auf die Ernsthaftigkeit von Kinder- und Jugendpartizipation, mit welchen Methoden und Formaten gearbeitet wird und ob die Meinungen junger Menschen danach auch Eingang in die Planung finden (CELE & VAN DER BURGT 2015:25). Die Zuschreibung junger Menschen als kompetente soziale Akteur:innen bleibt aber meist aus. Kindliches oder jugendliches Verhalten wird viel mehr als Gegenteil von politischem Verhalten verstanden, welches vermeintlich notwendig ist, um partizipieren zu können. Zusätzlich fokussieren viele partizipative Formate auf die Zukunft der jungen Menschen, sie werden nicht danach gefragt, welche Bedürfnisse sie aktuell haben, sondern was sie sich für die Zukunft wünschen. Im Vordergrund stehen demnach die Lebensbedingungen *„of the child as a future citizen instead of the child as a citizen of today“*. (ebd. 22) Kinder und Jugendliche werden so nicht als eigenständige Akteur:innen angesehen, die kreative und konstruktive Ideen beitragen können, sondern als *„citizens in the making“* (DEVINE & COCKBURN 2018:143) beziehungsweise *„future citizens“* (DERR & KOVÁCS 2017:43).

Dabei bietet Partizipation eigentlich Gelegenheit, dass große Wissensbestände junger Menschen in die Planung miteinfließen. Kinder und Jugendliche sind *„active agents of their own development“* und haben *„an active role in shaping the built environment“* (DAVID & BUCHANAN 2020:11). So kann eine städtische Umgebung entstehen, die inklusiver, nutzer:innenfreundlicher und bedürfnisorientierter ist als bei Planung ohne Partizipation. (ebd.)

Handlungsfähigkeit Kinder und Jugendlicher

Eine Komponente, die eng mit der Wahrnehmung als soziale Akteur:innen zusammenhängt, ist die der Handlungsfähigkeit oder Agency. Agency allgemein bedeutet, dass Kinder und Jugendliche nicht passive Wesen in ihrem sozialen Umfeld, dessen Strukturen und Prozessen, sind, sondern dieses aktiv mitgestalten. Agency in Planungsprozessen heißt, dass junge Menschen ebenfalls einen aktiven Beitrag bei der Gestaltung ihres Lebens- und Wohnumfelds leisten können. (SCHREIBER & GHAFOR-ZADEH 2023:227) Diese Agency, ergo Handlungsfähigkeit in Planung und partizipativen Prozessen, wird Kindern und Jugendlichen oft nicht zugetraut, sie haben keine Möglichkeiten, Entscheidungen zu beeinflussen. Sie wären aber sehr wohl fähig dazu, diese Agency innezuhaben. Vielmehr ist es oft so, dass Erwachsene in Planungsprozessen verhindern, dass jungen Menschen Handlungsspielraum zugestanden wird:

„The conflict arises when adults enact their own agency to disrupt that of children’s, effectively governing urban spaces by putting children back into their place of restricted agency.” (MANSFIELD et al. 2021:180)

Das liegt auch daran, dass bei dem Begriff Kinder- und Jugendpartizipation immer noch viele daran denken, dass *„children’s participation means performing the practices of adult professionals“* (CELE & VAN DER BURGT 2015:22). Dabei führen junge Menschen Agency einfach auch mittels anderer Methoden und Mittel aus als Erwachsene. Sehen Erwachsene vermeintlich keine Fähigkeiten, dass Kinder und Jugendliche Agency zuzutrauen ist, muss das nicht stimmen. Sie haben nur andere Methoden, das auszudrücken, als Erwachsene erwarten. (MANSFIELD et al. 2021:175)

Vermeintlich notwendige Kompetenzen in partizipativen Planungsverfahren

Der folgende Abschnitt soll klären, welche Fähigkeiten es vermeintlich sind, die Kindern und Jugendlichen fehlen und so ihren Ausschluss aus Planungsverfahren begründen. Tatsächlich sind diese viel genannten Kompetenzen in wissenschaftlicher Literatur selten genauer definiert oder beschrieben, meist wird ohne genauere Beschreibung einfach von dem Begriff „Kompetenzen“ gesprochen. Auch der Zusammenhang mit Partizipation wird selten genau definiert: *„[D]oes competence lead to participation or participation lead to competence?“* (LE BORGNE & TISDALL 2017:123) Braucht man gewisse Kompetenzen, um bei Beteiligungsverfahren mitmachen zu können, oder fördert Partizipation nicht eher diverse Kompetenzen? Trotzdem werden diese nicht näher definierten Kompetenzen dafür genutzt, um Kinder und Jugendliche aus Entscheidungsprozessen weitgehend auszuschließen. Dass Erwachsene annehmen, dass junge Menschen allgemein weniger kompetent sind, reicht als Ausschlussgrund oder zumindest als Grund, Kinder- und Jugendpartizipation nicht weiter zu fördern. (ebd. 122f.)

Kinder und Jugendliche werden deswegen nicht als kompetent wahrgenommen, weil Erwachsene manchmal ein ganz bestimmtes Konzept von Kompetenz meinen:

„[T]here was an underlying understanding of competency as defined from an adult definition of planning competencies, which, in turn, made it problematic to see

children as competent social actors in the planning process." (CELE & VAN DER BURGT 2015:21)

Es wird nicht unterschieden zwischen der Art von fachlichen Planungswissens oder Wissens, wie man sich Gehör verschaffen kann, und kindspezifischem Alltagswissen, das Kinder und Jugendliche beisteuern können (CELE & VAN DER BURGT 2015:21).

Junge Menschen sind ganz einfach genauso eine von vielen Nutzer:innengruppen in einem Planungsprozess. Ihre Beteiligung kann die Qualität im Stadtteil oder von ganzen Städten steigern. Sie als kompetente Akteur:innen wahrzunehmen, „*has radical potential – to change the political and policy-making process and outcomes*“ (DERR & KOVÁCS 2017:45). So können junge Menschen zwar einerseits Kompetenzen in Beteiligungsprozessen erlernen, aber andererseits auch ihr Wissen und ihre Erfahrungen beitragen. (ebd.)

Ein Unterschied in den wahrgenommenen Kompetenzen besteht darüber hinaus bei verschiedenen Altersgruppen junger Menschen. Je jünger die Kinder sind, desto weniger Kompetenzen werden ihnen zugetraut, und auch desto eher werden sie nicht als eigenständige soziale Akteur:innen wahrgenommen. Je älter Kinder und Jugendliche sind, desto mehr wird ihnen zugetraut, Planungspraxis zu verstehen und für partizipative Prozesse kompetent zu sein. „*Even if this reflects a rather general view of children in society it also shows that a child's participation is valued in terms of how well she can adapt to adult practices.*“ (CELE & VAN DER BURGT 2015:21) GIESINGER (2022:36) stellt dazu klar, dass es vor allem keinen klaren kausalen Zusammenhang rein zwischen Alter und Fähigkeiten gibt.

LE BORGNE & TISDALL (2017:128) schlagen vor, dass viel weniger diese unscharf definierten Kompetenzen darüber entscheiden sollen, ob junge Menschen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Im Vordergrund sollte stehen „*how all community members have potential knowledge, experiences, and expertise they can contribute*“ (ebd.). Der Fokus sollte nicht auf (vermeintlich fehlenden) Kompetenzen liegen, sondern auf alltäglichem Wissen, das alle Bewohner:innen und somit auch Kinder und Jugendliche beisteuern können.

Kinder und Jugendliche als geschätzte Komponente in Planungsverfahren

Kinder und Jugendliche haben eine aufmerksame und scharfsinnige Wahrnehmung von ihrer Umgebung. Forschungsergebnisse zeigen: Junge Menschen „*experience the environment more intensely than adults*“. (WOOD 2015:141) Mit geeigneten Methoden (geeignet in dem Sinne, dass sie sich von Partizipationsmethoden für Erwachsene unterscheiden) sind Kinder und Jugendliche in der Lage, ihre Wahrnehmungen und ihr Wissen in Planungsprozessen beizutragen. MANSFIELD et al. zeigen, dass es Beispiele gibt, wo bereits zweijährige Kleinkinder sinnvoll ihre Meinung beisteuern können. (MANSFIELD et al. 2021:176)

Junge Menschen haben für städtische Entwicklungen einen eigenen Blickwinkel und besonders für ihre eigene Wohnumgebung eine ausgeprägte Beobachtungsgabe. Darüber hinaus können sie gesamtgesellschaftliche Probleme wahrnehmen und fordern mitunter vehement eine Systemänderung ein. Städtische Räume, die unter Beteiligung junger

Menschen entwickelt und gestaltet werden, werden so qualitativ hochwertiger als ohne deren Einbindung. *„Channelling the knowledge and experience they possess can lead to better results and a more appropriate city, location, and service development“*. (HANSEN 2019:54)

Wesentliche Unterschiede zwischen Erwachsenen und jungen Menschen sind die Perspektive beziehungsweise das Einfühlungsvermögen, welche sie auf bzw. für andere räumliche Nutzer:innengruppen aufweisen. *„Adults tend to operate from an individual and self-attaining perspective whereas children are more socially oriented when it comes to urban environment matters of concern.“* (MANSFIELD et al. 2021:180) Erwachsene beteiligen sich in partizipativen Prozessen in erster Linie, um ihre eigene Position zu vertreten. Junge Menschen denken dabei viel mehr auch an die Bedürfnisse und Rechte von anderen Nutzer:innen außer ihnen selbst, seien es etwa andere Altersgruppen, Obdachlose oder auch Tiere. (DERR & TARANTINI 2016:1550) Von der Beteiligung Kinder und Jugendlicher kann dementsprechend die ganze Bewohner:innenschaft profitieren (MANSFIELD et al. 2021:170).

Die Annahme, dass Erwachsene und Planende einfach für Kinder und Jugendliche mitdenken können, hat sich als falsch herausgestellt. Auch wenn an junge Menschen gedacht wird, vielleicht sogar ein „verinseltes“ Ort für sie geplant wird, werden die meisten Orte ohne Kinder- und Jugendbeteiligung *„designed and developed to suit adult needs and purposes“*. (MANSFIELD et al. 2021:178) Erwachsene können sich in Kinder und Jugendliche und ihre Lebenssituation nicht einfach hineinversetzen.

„Sie blicken aus ihrer aktuellen Situation auf ihre Kindheit zurück und neigen womöglich zu einer Sichtweise, die dem Lebensgefühl, das sie selbst als Kinder hatten, nicht entspricht...“ (GIESINGER 2022:71)

Persönliche Erinnerungen können zudem die Sicht auf Kindheit verzerren. Ganz unabhängig davon haben Kinder und Jugendliche *„eben ihren eigenen Blick auf städtische Räume“*. (DUVENECK 2021:279) Diesen gilt es, in Planungsprozesse miteinzubeziehen.

2.8. Forschungslücke

Nach der Darstellung des State-of-the-Art zu Kinder- und Jugendpartizipation im Kontext der geographischen Fachdisziplin wird die dieser Arbeit zugrunde liegende Forschungslücke formuliert. Aktuell ist der wissenschaftliche Diskurs zu Kinder- und Jugendpartizipation laut STENBERG & FRYK (2021:3) in zumindest drei Forschungsrichtungen ausgeprägt. Erstens wird gefragt, was Partizipation wirklich bedeutet (z.B. BOTCHWEY et al. 2019; CELE & VAN DER BURGT 2015; PERCY-SMITH 2010). Zweitens wird geforscht welche Kompetenzen Kinder und Jugendliche vermeintlich in Partizipationsprozessen haben sollten und wie die vorherrschende Meinung bezüglich eines Kompetenzmangels dekonstruiert werden kann (z.B. LE BORGNE & TISDALL 2017; HULTGREN & JOHANSSON 2019; DAVID & BUCHANAN 2020). Drittens wird untersucht, welche Änderungen notwendig sind,

damit Kinder- und Jugendpartizipation in Planungssystemen integriert werden kann (z.B. DERR 2015; HEINRICH & MILLION 2016; STENBERG & FRYK 2021; RODELA & NORSS 2022).

Der Überblick über den aktuellen Forschungsstand zeigt, dass es zwei Hauptgründe für den Ausschluss junger Menschen an urbanen Planungsprozessen gibt. Einerseits der vermeintliche Mangel an Kompetenzen und andererseits die fehlende verbindliche Implementierung in Planungssystemen. Die fehlende Implementierung ist eine Folge des „competence bias“. Daher muss ein Verständnis dafür geschaffen werden, welche Wahrnehmungen von Kompetenzen Kinder und Jugendlicher existieren. Der „competence bias“ sowie die daraus folgende Agency junger Menschen soll in zwei mitteleuropäischen Städten erfasst und analysiert werden. Eine Untersuchung des „competence bias“ in partizipativen Planungsprozessen liegt zum aktuellen Zeitpunkt nicht vor. Im Anschluss kann die Brücke zur möglichen Institutionalisierung von Kinder- und Jugendpartizipation in urbanen Planungsprozessen erfolgen. Eine Forschungsarbeit in dieser Kombination liegt aktuell noch nicht vor. Die Arbeit trägt dazu bei diese Forschungslücke zu schließen.

Die vorliegende Arbeit wird somit zwei der drei aktuellen Forschungsrichtungen zusammendenken. Erstens die (wahrgenommene) Kompetenz von Kindern und Jugendlichen und zweitens die Möglichkeiten, Kinder- und Jugendpartizipation in Planungssystemen zu verankern. So sollen Handlungsmöglichkeiten für die Praxis abgeleitet werden, um in urbanen Planungsprozessen verstärkt Kinder- und Jugendpartizipation zu implementieren. Damit kann eine bestehende Lücke in der Planungspraxis geschlossen werden.

3. EMPIRISCHE VORGEHENSWEISE

„Think the urban through the diversity of urban experiences“ (ILS 2018:7)

Das vorliegende Kapitel erläutert die Methodologie dieser Masterarbeit. Zur systematischen Darstellung und Operationalisierung der Analyseschritte werden die Forschungsfragen, die Operationalisierungen der verwendeten Begriffe, das Forschungsdesign sowie die gewählten Methoden vorgestellt. Als abschließende Einordnung dieser Forschungsleistung folgt eine Präzisierung über Reichweite und Lücken der vorliegenden Arbeit sowie eine Selbstreflexion.

3.1. Forschungsfragen und deren Zieldimensionen

Die Forschungsfragen der Masterarbeit leiten sich aus dem in Kapitel 2 beschriebenen Forschungsstand und der daraus resultierenden Forschungslücke ab.

1. Warum spielt Partizipation, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, in städtischen Planungsprozessen eine Rolle?
2. Inwiefern sind Kinder und Jugendliche in Partizipationsprozessen integriert? Worin liegen Erwartungen, Chancen und Hindernisse im Partizipationsprozess?
 - 2a. Welchen Stellenwert hat Kinder- und Jugendpartizipation in Wien/Stuttgart? Inwiefern werden die Kompetenzen junger Menschen von Stakeholdern wahrgenommen?
 - 2b. Wie ist Kinder- und Jugendpartizipation strategisch & institutionell in Wien/Stuttgart verankert? Welche Kompetenzen werden jungen Menschen von Stakeholdern zugeschrieben?
 - 2c. Welche Handlungsmöglichkeiten erfahren junge Menschen in Wien/Stuttgart in konkreten Partizipationsprojekten der letzten fünf Jahre?
3. Inwiefern sind Änderungen in Planungssystemen notwendig, um Kinder- und Jugendpartizipation in urbanen Planungsprozessen verbindlich zu verankern?

Ein Ziel dieser Arbeit ist die wissenschaftliche Aufbereitung des theoretischen Verständnisses von Kinder- und Jugendpartizipation in urbanen Kontexten. Die übergeordneten Forschungsfragen (1, 2, 3) beziehen sich auch auf den wissenschaftlichen Diskurs der vorliegenden Thematik. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Kinder- und Jugendpartizipation erfordert neben der Darstellung des theoretischen State-of-the-Art ebenfalls eine empirische Herangehensweise an die Thematik. So können die theoretischen Grundlagen überprüft und um empirische Erkenntnisse ergänzt werden. Das wird mit einer Fallstudienanalyse erreicht. Das Ziel ist das Verstehen der Fälle, eine statistische Generalisierung kann nicht erreicht werden. Die spezifizierenden Fragen unter Punkt 2 (2a, 2b, 2c) werden mithilfe der Fallstudien beantwortet. Diese spezifizierenden Forschungsfragen orientieren sich an dem Analysemodell von HULTGREN & JOHANSSON (2019), welches in Kapitel 3.3. vorgestellt wird. Darüber hinaus tragen die Ergebnisse der

Fallstudien auch zur weiteren Beantwortung der übergeordneten Forschungsfragen (1, 2, 3) bei.

3.2. Operationalisierung der verwendeten Begriffe

Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt dieser Forschungsarbeit. Bei einer Forschungsarbeit zu Kindern und Jugendlichen ist eine Definition dieser Bevölkerungsgruppe unerlässlich. Mit einer präzisen Definition ist die Vergleichbarkeit von Analyseergebnissen gegeben. Zusätzlich wird die Aussagekraft erhöht, wenn eindeutig gemacht ist, um welche Bevölkerungsgruppe es sich handelt. Wird in der vorliegenden Arbeit von Kindern, Jugendlichen, jungen Menschen oder der Kindheit gesprochen, ist keine homogene Bevölkerungsgruppe gemeint, sondern eine mit diversen und vielfältigen Persönlichkeiten und Hintergründen. Die vorliegende Arbeit wird sich der häufigsten der aufgelisteten Definitionen aus Tabelle 1 (Kapitel 2.3.) bedienen und meint mit „Kindern und Jugendlichen“ beziehungsweise „jungen Menschen“ alle Personen bis inklusive 18 Jahren.

Anknüpfend an Kapitel 2.1. zeigt sich, dass es für Partizipation keine allgemeine Definition gibt. Diese Arbeit beschäftigt sich mit **Partizipation in Stadtplanungsprozessen**. Im Vordergrund stehen informelle, deliberative Beteiligungsverfahren in ausgewählten Städten. Als Ausgangspunkt wird ein Verständnis nach BEČEVIĆ & DAHLSTEDT angenommen:

„Youth participation is most commonly understood as a process in which children and young people engage in activities and decision-making which concern and affect their lives as individuals and as a group“. (BEČEVIĆ & DAHLSTEDT 2022:363)

Dieses Verständnis beinhaltet BORKOWSKA-WASZAK et al. folgend weiters ein vertiefendes Unterscheidungsmerkmal:

„[L]evel and depth of the engagement and therefore the actual influence on decisions that youth may have, i.e. whether young people are informed, consulted, or have an active role in decision-making“ können sich unterscheiden (BORKOWSKA-WASZAK et al. 2020:7).

Alle Ausprägungsformen von Partizipation in diesem Sinne werden in der vorliegenden Arbeit untersucht. Soziale Partizipation von Kindern und Jugendlichen nicht betrachtet. Die Begriffsverwendung von Partizipation im Sinne einer integrierten Planung ist hier nicht gemeint. Die Begriffe Partizipation, Beteiligung und Teilhabe werden synonym verwendet.

Der Begriff **Kompetenzen** wird in dieser Arbeit nicht genau definiert. Er umfasst den Bereich des Alltagswissen. Das entspricht erstens dem wissenschaftlichen Forschungsstand. Zweitens ist es Aufgabe herauszufinden, wie Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen in Stadtplanungsprozessen von Stakeholdern aufgefasst und definiert werden. Eine Auswahl an Kompetenzen, die junge Menschen in Planungsverfahren einbringen können, ist in Kapitel 2.7. dargestellt.

3.3. Forschungsdesign

Analysemodell

Das gewählte Forschungsdesign (Abbildung 6) orientiert sich analog zu den Forschungsfragen am Analysemodell von HULTGREN & JOHANSSON (2019:377f.). Wie in Abbildung 4 dargestellt, erklärt das Modell Partizipation anhand von drei Ebenen. Das „ontological level“ beschreibt normative Werte von Planenden im Partizipationsprozesses, das „ideological level“ erfasst vorhandene Richtlinien, Zielsetzungen und übergeordnete Planungsziele und das „implementation level“ die Umsetzung im Rahmen konkreter Projekte. Die drei Ebenen bedingen sich top-down. Das „ideological level“ basiert auf den Werten des „ontological levels“ und legt diese auf Ziele, Richtlinien, politische Maßnahmen und steuernde Dokumente um. Das „implementation level“ übersetzt die oberen beiden Ebenen in die Praxis mittels konkreter Partizipationsmöglichkeiten. (ebd. 380)

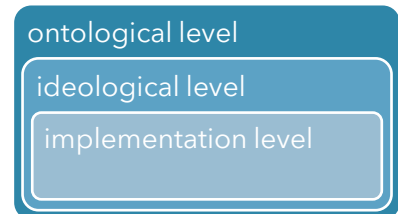


Abbildung 4: „Model of Participation“, nach HULTGREN & JOHANSSON 2019, eigene Darstellung 2023.

Ein Fokus nur auf ein konkretes Projekt, ohne Bezugnahme auf darüberliegende Wertvorstellungen und Zielrichtungen, kann nur eingeschränkte Analysemöglichkeiten der wahrgenommenen Kompetenzen und daraus folgender Agency von Kindern und Jugendlichen bieten.

Ein ähnliches Modell existiert von DERR et al. (2018:35f.) Es hat allerdings mehr Dimensionen, die für die vorliegende Arbeit in ihrer Summe nicht brauchbar sind. Was jedoch von dem Modell teils übernommen werden soll, sind die Benennungen der Ebenen. Für das „ontological level“ wird in dieser Arbeit der Begriff „normative Ebene“ verwendet, da so deutlicher wird, was damit gemeint ist. Das „ideological level“ wird in dieser Arbeit als „strukturelle Ebene“ bezeichnet und soll analog zum Modell in DERR et al. 2018 nicht nur Programme und Richtlinien beinhalten, sondern auch Jobstellen oder Budgetschwerpunkte. Aspekte, die zeigen, dass Kinder- und Jugendpartizipation nicht nur *„hollow words, but something that the organization actively supports“* (DERR et al. 2018:36) ist. Der Begriff „implementation level“ wird übersetzt in „Umsetzungsebene“. Die vorliegende Arbeit benutzt für die Analyse des „competence bias“ den Analyserahmen, der in Abbildung 5 dargestellt ist.

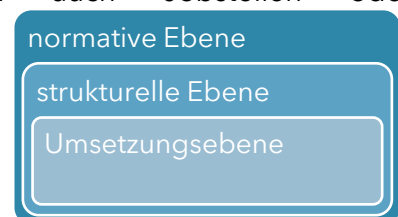


Abbildung 5: Analyserahmen der vorliegenden Arbeit, eigene Darstellung 2023.

Die spezifizierenden Forschungsfragen (2a, 2b, 2c - siehe Kapitel 3.1.) orientieren sich an dem gewählten Analyserahmen.

Forschungsdesign

Abbildung 6 zeigt die Forschungsschritte dieser Masterarbeit, die sich aus den Forschungsfragen, den gewählten Methoden (siehe Kapitel 3.4.) sowie dem vorgestellten Analysemodell ergeben.

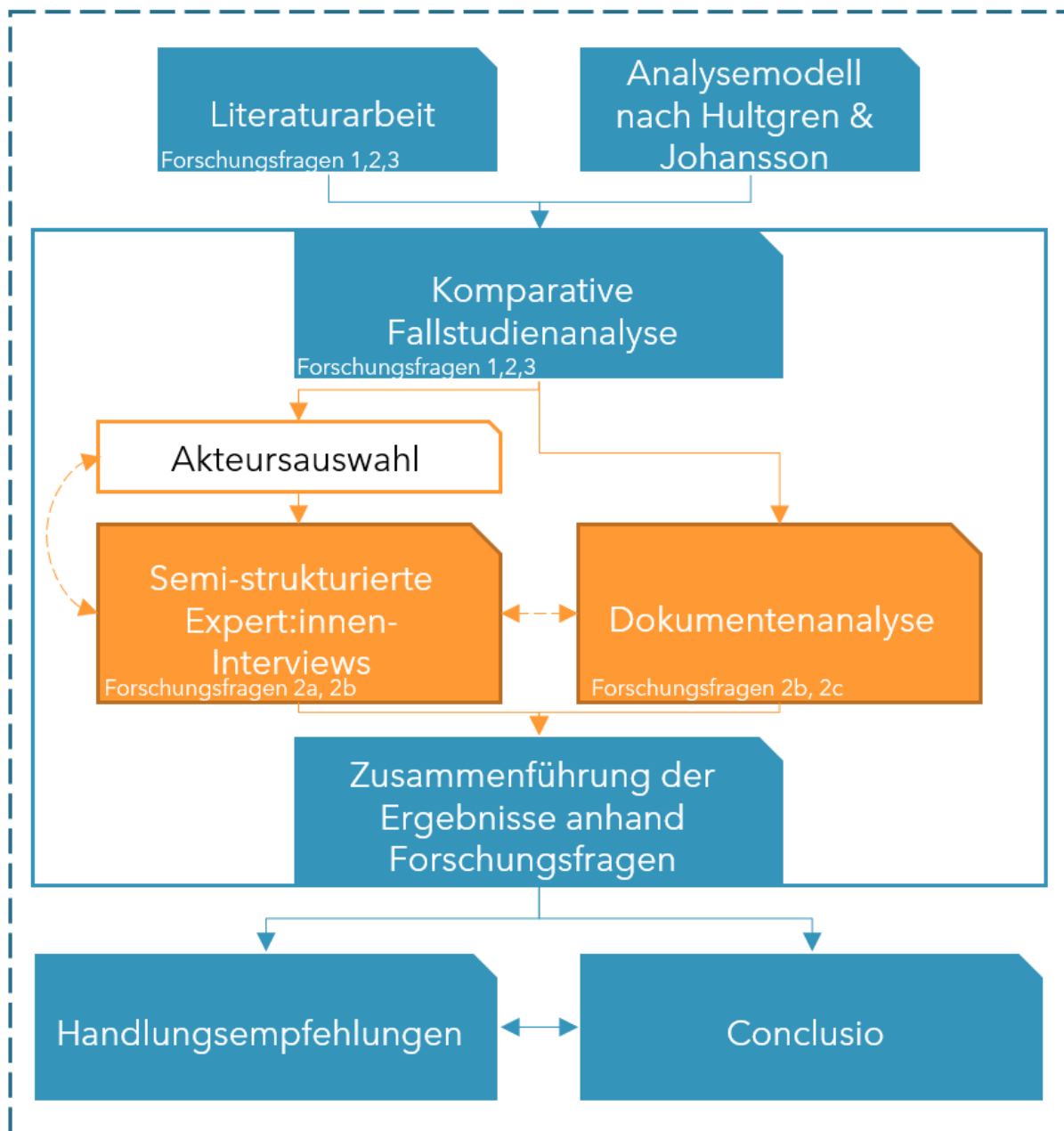


Abbildung 6: Forschungsdesign der vorliegenden Arbeit, eigene Darstellung 2023.

Es handelt sich um einen qualitativ geprägten Mixed-Methods Ansatz. Die Methoden Dokumentenanalyse sowie semi-strukturierte Expert:innen-Interviews werden verwendet, um die Forschungsfragen zu beantworten. Die Ergebnisse beider Methoden ergänzen sich und liefern unterschiedliche Perspektiven, die über den Einsatz einer einzelnen Methode hinausgehen. (KUCKARTZ 2014:35) „Ein Mixed-Methods-Ansatz will immer mehr sein als bloß das additive Zusammentragen von mit unterschiedlichen Methoden erzielten Ergebnissen“ (ebd. 74). Zu dem jeweils einzelnen Vorgehen einer Methode, „kommt noch ein weiterer Analyseabschnitt hinzu, nämlich das Mixing, die Integration, wodurch die beiden Analysestränge und Ergebnistypen miteinander verbunden werden“ (ebd. 101).

Für die vorliegende Arbeit wird ein paralleles Design mit Integration in mehreren Phasen gewählt. Die beiden Methoden werden gleichzeitig eingesetzt. Im Verlauf des Forschungsprojekts gibt es mehrere Querverbindungen zwischen den gewählten

Methodensträngen. Einerseits beeinflussen die Aussagen der Expert:innen die gewählten Dokumente, andererseits werden Inhalte der Dokumente mit den Expert:innen kritisch besprochen. In der Ergebnisdarstellung wird nicht sichtbar, welche Erkenntnis von welcher Methode stammt. Die Ergebnisdarstellung der qualitativen Methoden wird mit zahlenmäßigen Aussagen unterstützt, um den Stellenwert von Kinder- und Jugendpartizipation quantitativ zu veranschaulichen. (KUCKARTZ 2014:68)

Die vorliegende Arbeit verfolgt die Ansätze der Children's Geographies. Aus der geographischen Fachdisziplin kommend, handelt es sich um eine Arbeit der kindzentrierten Stadtforschung. (KÖGLER 2021:123) Der Blickwinkel „Childism“ wird in der Interpretation der Forschungsergebnisse genutzt, um bestehende Normen in Partizipationsprozessen zu hinterfragen und neue „*more age-inclusive social imaginations*“ (WALL 2019:4) bei Partizipation zu entwickeln.

3.4. Methoden

Das Kapitel stellt die in dieser Arbeit genutzten Methoden vor und begründet deren Auswahl für das gewählte qualitativ geprägte Mixed-Methods Vorgehen.

3.4.1. Literaturarbeit

Nach mehr als 100 Jahren der qualitativen empirischen Forschung gibt es wenige noch großteils unerforschte Bereiche. Die systematische Verwendung wissenschaftlicher Literatur, die sich mit dem gewählten Thema einer Forschungsarbeit auseinandersetzt, ist daher notwendige Grundlage einer forschungsgeleiteten Fragestellung. Einerseits um einen Überblick zu Thema und Forschungsstand zu bekommen, andererseits um die eigenen Ergebnisse in Beziehung setzen zu können. (FLICK 2016:73) Der Literaturüberblick ist somit in jeder ausführlichen Forschungsarbeit ein maßgeblicher Schritt. Wichtig ist, dass die Suche nach Literatur systematisch erfolgt. (ebd. 79)

Insbesondere für Fallstudien ist ein Literaturüberblick bedeutend, um einerseits ein gutes Forschungsdesign zu entwickeln. In der Analyse und Interpretation der Fallstudien andererseits hilft die wissenschaftliche Literatur, generalisierende Aussagen vorzunehmen. Generalisierend bedeutet in dem Fall nicht eine statistische Generalisierung einer Stichprobe zur Grundgesamtheit, sondern eine analytische Generalisierung. Das bedeutet, dass mit den Ergebnissen der Fallstudien die theoretischen Grundlagen der wissenschaftlichen Literatur in Beziehung gesetzt, verglichen, abgelehnt oder ergänzt werden. Analytische Generalisierung benötigt immer unterstützende Argumente, die aus dem wissenschaftlichen Literaturüberblick kommen. (YIN 2018:37f.) Eine „theoriegeleitete Vorgehensweise“ bedeutet somit, dass beim Design der eigenen empirischen Arbeit an bereits vorhandenes theoretisches Wissen angeknüpft wird. Die Ergebnisse der eigenen Untersuchung werden anschließend nochmal mit dem theoretischen Kontext in

Verbindung gesetzt. (KAISER 2021:10) Deswegen ist der Anspruch, die Nachvollziehbarkeit und Dokumentation des Forschungsprozesses zu gewährleisten, umso wichtiger.

Der theoretische Teil der Arbeit, welcher die Grundlagen zu Kinder- und Jugendpartizipation beleuchtet, erfolgt mithilfe einer Übersicht zum State-of-the-Art des wissenschaftlichen Diskurses. Um einen Überblick über die Themen dieser Arbeit zu bekommen, wird eine gezielte Recherche mittels der Bibliothek der Universität Wien und deren Datenbanken, der AK Bibliothek Wien für Sozialwissenschaften und Google Scholar nach vorwiegend Zeitschriftenartikeln und Büchern durchgeführt. Bei der Auswahl der Literatur wird auf einige Merkmale geachtet. Es wird nur Literatur in englischer und deutscher Sprache verwendet. Weiters wird darauf geachtet, dass die gewählten Werke nach 2000 veröffentlicht worden sind, um Aktualität zu gewährleisten, besser nur in den letzten fünf Jahren. Ausgangspunkt ist die verknüpfte Suche nach den für die Arbeit wichtigen Begriffen Kinder- und Jugendpartizipation, Kompetenzen, urbane Räume und partizipative Stadtentwicklung sowie den englischen Äquivalenten. Ausgehend von den dadurch gefundenen Werken wird mithilfe der Schneeballmethode weitere Literatur erschlossen. Weiters werden keine Blogbeiträge, unternehmensbasierte Webseiten oder Zeitungsartikel für die theoretische Einbettung verwendet, sondern nur Arbeiten aus dem vorrangig wissenschaftlichen Diskurs, wie etwa Monographien, Sammelbänden, Standardwerken, Artikel aus renommierten peer-reviewed wissenschaftlichen Journals, Konferenzberichte oder Veröffentlichungen von anderen bekannten Akteur:innen.

3.4.2. Komparative Fallstudienanalyse

Die Beantwortung der spezifizierenden Forschungsfragen erfolgt über eine komparative Fallstudienanalyse. Eine Fallstudie ist eine Untersuchung, die sich auf einen einzigen oder einige wenige Fälle bezieht. Das Ziel einer Fallstudie ist somit nicht die Inbezugnahme möglichst aller Fälle zu einer Fragestellung. Vielmehr sollen einige wenige Fälle in ihren Besonderheiten betrachtet werden. Es ist nicht die statistische Generalisierung das Ziel, sondern das Verstehen der Fälle, um theoretische Konzepte zu bestätigen, zu modifizieren oder zu widerlegen. (KAISER 2021:7; YIN 2018:21) Eine Fallstudie ist eine „*opportunity to shed empirical light on some theoretical concepts or principles*“ (YIN 2018:38).

Fallstudien eignen sich vorrangig dann als Bestandteil einer empirischen Arbeit, wenn

- primär nach dem „Warum?“ oder „Wie?“ gefragt wird,
- ein aktuelles Phänomen (der Fall) in seinem Kontext untersucht werden soll,
- der/die Forschend:e keinen Einfluss auf die untersuchten Phänomene hat.

Fallstudien werden vor allem dann als Untersuchungsansatz gewählt, wenn komplexe Phänomene untersucht werden sollen. (ILS 2018:12; YIN 2018:13,15)

In der vorliegenden Arbeit wird eine komparative Fallstudienanalyse (multiple-case design) mit zwei Fällen durchgeführt. Für BOHNSACK et al. (2018:130) haben komparative Analysen deswegen eine große Bedeutung, weil „*die Signifikanz eines empirischen Phänomens doch immer erst vor dem Hintergrund von Vergleichshorizonten evident*“ wird. Mithilfe der vergleichenden Analyse zweier Städte werden Unterschiede auf normativer und

struktureller Ebene sowie der Umsetzung auf lokaler Ebene analysiert, diskutiert und verglichen. Die Fallstudien werden durchgeführt, um darstellen zu können, wie Kinder- und Jugendpartizipation sowie die wahrgenommenen Kompetenzen junger Menschen in unterschiedlichen lokalen Kontexten vorliegen. Um Handlungsempfehlungen und eine Conclusio abzuleiten, die auf den Ergebnissen beider Fallstudienanalysen basiert, erfolgt nach den einzelnen Fallstudien ein Vergleich der Ergebnisse (YIN 2018:226). Durch die vergleichende Fallstudienanalyse werden die spezifischen Rahmenbedingungen in beiden Städten deutlich. Der Vergleich ermöglicht darüber hinaus Aussagen über Differenzen und Parallelitäten.

Diese Arbeit basiert auf einer komparativen Fallstudienanalyse der Städte Wien und Stuttgart. Die Auswahl der beiden Städte ergibt sich einerseits über die Zugänglichkeit zum Forschungsfeld sowie den Expert:innen. Andererseits entspricht die Auswahl Wien-Stuttgart erstens der Fallstudienauswahl anhand des „most-different system“ des Sozialwissenschaftlers Charles Tilly. Es ist dadurch charakterisiert, dass der Untersuchungsgegenstand in unterschiedlichen Kontexten möglichst ähnliche Ergebnisse aufweist. (ILS 2018:14) Zweitens entspricht die Auswahl Wien-Stuttgart dem Grundtyp „differentiating comparative analysis with plural causation“ des Stadtforschers Chris Pickvance, bei dem bei der Beobachtung eines ähnlichen Phänomens plurale Verursachungsmuster vermutet werden (ILS 2018:16).

In den Städten Wien und Stuttgart ist das zu untersuchende Phänomen der Kinder- und Jugendbeteiligung ähnlich ausgeprägt. Beide Städte sind aktuell aktiv, um Kinder- und Jugendbeteiligung verstärkt voranzubringen, und haben jeweils eigene Initiativen dafür am Laufen. Zugleich sind die Städte Wien und Stuttgart von andersartigen Kontexten geprägt. Sie sind unterschiedlich in ein politisches Mehrebenen-System eingebettet, haben unterschiedliche Verwaltungsstrukturen, sind von einer unterschiedlichen Altersstruktur geprägt und haben eine deutlich andere Zahl an Einwohner:innen.

Für die Beantwortung der spezifizierenden Fragen 2a & 2b sind Wien und Stuttgart demnach die zu untersuchenden Fälle. Für die Beantwortung der Forschungsfrage 2c sind zu untersuchende Fälle auf Projekt- bzw. Umsetzungsebene heranzuziehen. Für die Auswahl konkreter Partizipationsprojekte wird eine zwei-phasige Herangehensweise gewählt (YIN 2018:105f.). Zuerst sind alle Beteiligungsprojekte in beiden Städten gelistet, wo die Beteiligungsphase bereits abgeschlossen ist und wo die Planung ein konkretes Projekt betrifft. Strategieentwicklungen werden ausgeschlossen. Danach sind fünf maximal vier Jahre alte Projekte, für die dokumentarische Berichte vorliegen, zufällig auszuwählen. Der Stand der Daten ist Mai 2023.

Eine argumentativ starke komparative Fallstudienanalyse basiert auf mehreren Quellen bzw. Methoden. YIN (2018:113) listet mehrere mögliche „sources of evidence“: Dokumente, Interviews, Archive, Beobachtungen und Gegenstände. Für die vorliegende Arbeit werden die Methoden der semi-strukturierten Expert:innen-Interviews sowie der Dokumentenanalyse ausgewählt, um die Forschungsfragen zu beantworten.

3.4.3. Semi-strukturierte Expert:innen-Interviews

Als erste Methode im Rahmen der komparativen Fallstudienanalyse werden semi-strukturierte Expert:innen-Interviews geführt. Das Ziel ist, *„spezifische Informationen über ein zu untersuchendes Phänomen zu generieren, die anderweitig nicht zu erhalten wären“* (KAISER 2021:36). Welche Informationen erhalten werden sollen, basiert auf den Fragstellungen der Arbeit und deren theoretischer Einbettung der State-of-the-Art Recherche. Die Interviews werden zur Beantwortung der Forschungsfragen 2a & 2b benutzt.

Das Wissen von Expert:innen ist dementsprechend an ihre Funktion und die Rolle, die sie ausüben, gebunden (KAISER 2021:41). In einem Expert:innen-Interview können drei Arten von Wissen abgefragt werden. Erstens Betriebswissen, also Kenntnisse über Prozesse und Routinen einer Organisation. Zweitens geht es um Kontextwissen, also Rahmenbedingungen, die eine Problemstellung umgeben. Drittens Deutungswissen, also Wissen über subjektive Sichtweisen und Interpretationen zu einer Problemstellung. (ebd. 8,50f.)

In der vorliegenden Arbeit werden semi-strukturierte Expert:innen-Interviews mithilfe eines Leitfadens (siehe Anhang 1: Interview-Leitfaden) durchgeführt. In dieser Form der Befragung werden keine Antwortkategorien vorgegeben, sondern die interviewte Person kann die gestellten Fragen mit eigenen Worten beantworten. Die genaue Formulierung und die Reihenfolge der Fragen sind bei dem Leitfaden nicht strikt vorgegeben. (BOHNSACK et al. 2018:152)

Der Leitfaden spielt in der Operationalisierung des Forschungsvorhabens eine wichtige Rolle. Mit Operationalisierung ist gemeint, dass die Forschungsfragen der vorliegenden Arbeit an den Wirkungskontext und die Erfahrungswelt der Expert:innen angepasst werden. Dieser stellt somit eine Übersetzungsleistung dar. Die Operationalisierung gewährleistet außerdem, dass die gewonnenen Informationen aus den Interviews in späterer Folge auf den theoretischen Kontext der Arbeit bezogen werden können. (KAISER 2021:8,68)

Der Leitfaden ist also nicht nur *„das Instrument der Datenerhebung, aber sogleich auch das Ergebnis einer Übersetzung unseres Forschungsproblems und unserer theoretischen Annahmen in konkrete Interviewfragen“* (KAISER 2021:64).

Die Operationalisierung verläuft in zwei Schritten. Erstens (konzeptionelle Operationalisierung) muss das untersuchte Problem konkretisiert werden. In einem zweiten Schritt (instrumentelle Operationalisierung) wird festgelegt, welche Art von Fragen gestellt werden. (KAISER 2021:68) In der konzeptionellen Operationalisierung werden Analysedimensionen und Fragenkomplexe festgelegt. In der instrumentellen Operationalisierung werden unterschiedliche Fragetypen angedacht. Dabei stehen u.a. etwa Einführungsfragen, strukturierende Fragen und interpretierende Fragen zur Auswahl. (ebd. 71ff.,76,81) Deren Ablauf im Leitfaden sollte vor allem einer für die Expert:innen verständlichen Logik folgen (ebd. 64).

Die Kontaktaufnahme mit den Interviewpartner:innen erfolgte per Mail und Telefon zwischen Jänner und März 2023. Die Interviews wurden im April und Mai 2023 für Wien und

im Mai 2023 für Stuttgart durchgeführt. Der Großteil der Interviews fand persönlich in Büroräumlichkeiten statt, einige wenige wurden online über jeweils stadteigene Videogespräch-Plattformen durchgeführt. Die Interviews dauerten jeweils rund eine Stunde mit Schwankungsbreiten von 39 Minuten bis 1 Stunde 18 Minuten. Die Unterschiede in der Länge der Interviews haben zwei Gründe. Einerseits waren bei einigen Interviews zwei zu interviewende Personen anwesend, andererseits haben die Expert:innen über unterschiedlich viele Erfahrungen und Erlebnisse zu berichten.

Die Expert:innen-Interviews werden aufgezeichnet. Die Transkription erfolgt in normales Schriftdeutsch, da die inhaltlich-thematische Ebene der Interviews im Vordergrund steht. Das heißt, Dialekt und Satzbaufehler werden bereinigt. (MAYRING 2023:78)

Bei qualitativen Befragungen, wie auch dem Expert:innen-Interview, kommen in der Datenanalyse interpretative Verfahren mit systematischen Kriterien zum Einsatz (KAISER 2021:5). In dieser Arbeit wird die themenanalytische Inhaltsanalyse (ebd. 106) benutzt. Sie erfolgt auf Basis von zwei Schritten. Im ersten Schritt, der Zusammenfassung, werden alle Passagen der Transkription verworfen, die für die Beantwortung der Forschungsfrage nicht relevant sind. Im zweiten Schritt, Strukturierung, werden die Passagen der Interviews verschiedenen Kategorien zugeordnet. Die Kategorien werden auf Basis des theoretischen Bezugsrahmens deduktiv entwickelt. Das Prinzip der Offenheit der qualitativen Inhaltsanalyse erlaubt es in Fällen, wo sich Passagen nicht den deduktiven Kategorien zuordnen lassen, neue Kategorien aus dem Material zu entwickeln. So entsteht ein Kompromiss zwischen Offenheit und theoriegeleiteter Analyse. (ebd. 107f., 117f.) Vor der kategorialen Kodierung müssen zwei weitere Entscheidungen getroffen werden. Der Umfang des Materials muss festgelegt werden. In dieser Arbeit werden Expert:innen-Interviews gewählt. Die Analyseeinheit wird auf Basis eines Satzes festgelegt.

Damit Expert:innen-Interviews als wissenschaftlich zuverlässiges Verfahren gelten, müssen folgende Gütekriterien eingehalten werden:

- *„Die intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Verfahren der Datenerhebung und Datenauswertung,*
- *Die theoriegeleitete Vorgehensweise,*
- *Die Neutralität und Offenheit des Forschers gegenüber neuen Erkenntnissen sowie anderen Relevanzsystemen und Deutungsmustern.“* (KAISER 2021:13)

Die Nachvollziehbarkeit wird mit einer ausführlichen Beschreibung der Methode gewährleistet. Die theoriegeleitete Vorgehensweise spiegelt sich in der Erstellung des Leitfadens sowie der deduktiven Kategorien wider. Die Neutralität wird gewährleistet, indem die Expert:innen die Möglichkeit haben, Informationen einzubringen, die nicht mit der bisherigen Wahrnehmung der Forschenden übereinstimmen (KAISER 2021:11f.). Der Grundsatz der Offenheit gebietet einerseits ein Abweichen vom Leitfaden in der Interviewsituation (ebd. 66) sowie andererseits die Ergänzung des deduktiven Kategoriensystems im Verlauf der Inhaltsanalyse (ebd. 169).

3.4.4. Auswahl der Expert:innen

Die Auswahl der Expert:innen für die Expert:innen-Interviews hat zentralen Einfluss auf die Güte der Datenerhebung. Da die Durchdringung der Besonderheiten der Fallstudien im Vordergrund steht, ist eine Auswahl durch eine repräsentative Stichprobe nicht erforderlich. Die Interviewpartner:innen werden nach inhaltlichen Überlegungen ausgewählt. Eine allgemeine Definition definiert Expert:innen als jene, die „über extensives Wissen [...] in einem spezifischen Bereich“ verfügen (BOHNSACK et al. 2018:76).

„Die Auswahl der Experten ist insofern ein wesentlicher Aspekt des Forschungsdesigns und als solcher begründungspflichtig.“ (KAISER 2021:84) Um dem Gütekriterium der Nachvollziehbarkeit in qualitativer Forschung zu entsprechen, muss offengelegt werden, welche Überlegungen zur Auswahl der Expert:innen führen und wie diese für Interviews gewonnen werden. Die Auswahl der Expert:innen begründet sich aus der Fragestellung. Die Kriterien zur Auswahl sind:

- „Welcher Experte verfügt über die relevanten Informationen?
- Welcher dieser Experten ist am ehesten in der Lage, präzise Informationen zu geben?
- Welcher dieser Experten ist am ehesten bereit und verfügbar, um diese Informationen zu geben?“ (KAISER 2021:85)

Die Interviewpartner:innen-Auswahl dieser Arbeit basiert auf Erwägungen bezüglich Umsetzungsexpertise in Partizipation und in Kinder- und Jugendbeteiligung. Das Interviewsample besteht aus Akteur:innen der Stadtverwaltung, stadtnahen Einrichtungen sowie der Jugendarbeit und Zivilgesellschaft in Wien und Stuttgart. Die Auswahl der Expert:innen wird weiters um Hinweise aus vorangegangenen Interviews ergänzt. SWYNGEDOUW (2005:1995) bezeichnet solche Akteur:innen im Kontext von Beteiligung einerseits als „status-holders“ (sie partizipieren, weil ihnen von Behörden eine Rolle zugewiesen wird) und „interest-holders“ (sie partizipieren im Namen anderer). Akteur:innen der Stadtverwaltung und stadtnahen Einrichtung gelten als „status-holders“, Expert:innen aus der Jugendarbeit und der Zivilgesellschaft als „interest-holders“.

Die ausgewählten Akteur:innen sind in Tabelle 2 dargestellt.

TABELLE 2: INSTITUTIONEN DER INTERVIEWPARTNER:INNEN, EIGENE DARSTELLUNG 2023.

	Wien	Stuttgart
„Status-holders“: Stadtverwaltung & stadtnahe Einrichtungen	MA 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung (18.04.2023)	Kinderbeauftragte im Amt für Stadtplanung und Wohnen (02.05.2023)
	WienXtra (21.04.2023)	Koordinierungsstelle für die Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen & Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung (03.05.2023)
	Gebietsbetreuung- Stadterneuerung (24.04.2023)	Kinderbüro (04.05.2023)

	MA 13, Landesjugendreferat (25.04.2023)	Jugendamt (12.05.2023)
	MA 21, Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung (15.05.2023)	
„Interest-holders“: Kontext Jugendarbeit / Zivilgesellschaft	Verein Wiener Jugendzentren (14.04.2023)	Stadtjugendring Stuttgart (09.05.2023)
		Stuttgarter Jugendhaus GmbH (11.05.2023)
		Bürgerstiftung Stuttgart (12.05.2023)

3.4.5. Dokumentenanalyse

Als zweite Methode in der komparativen Fallstudienanalyse wird die Dokumentenanalyse durchgeführt. Sie gilt als zentraler Bestandteil der sozialwissenschaftlichen Forschung. Der größte Vorteil bei der Dokumentenanalyse ist, dass die untersuchten Daten bereits vorliegen und nicht in einem eigenen Schritt hervorgebracht werden müssen. (MAYRING 2023:43) Für die Analyse werden Dokumente herangezogen, die ohnehin existieren (FLICK 2016:323). „Because of its overall value, documentation can play a prominent role in any data collection in doing case study research“ (YIN 2018:115). Dokumente gelten als nicht reaktive Daten, mit ihnen gelingt es, sich „von den Perspektiven der Personen im Feld unabhängig zu machen“ (FLICK 2016:330). Des Weiteren sind die Erkenntnisse, die man aus Dokumenten gewinnen kann, immer belegbar, was bei Interviews, bei denen Vertraulichkeit verlangt wird, nicht so ist (KAISER 2021:37).

Die Methode der Dokumentenanalyse wird zur Beantwortung von Forschungsfrage 2b & 2c verwendet.

Eine Dokumentenanalyse lässt sich in vier Schritte gliedern. Die Formulierung der Fragestellung (Schritt 1) erfolgt in Kapitel 3.1. In Schritt 2 wird festgelegt, was als Dokument gilt. (MAYRING 2023:44) In der vorliegenden Arbeit werden offen zugängliche Dokumente zur Analyse gewählt (FLICK 2016:324). YIN listet für Fallstudien eine Vielzahl an möglichen Dokumenten auf, die zur Analyse benutzt werden können. In dieser Arbeit werden administrative Berichte und Dokumente herangezogen. Emails, Zeitungsartikel oder mediale Mitschnitte werden nicht benutzt. (YIN 2018:114f.) Zur Beantwortung von Frage 2b werden aktuell gültige strategische Dokumente der beiden Städte zu Kinder- und Jugendlichen sowie Partizipation ausgewertet, zur Beantwortung von Frage 2c Berichte über Beteiligungsprojekte.

Für die Dokumentenanalyse zur Beantwortung von Forschungsfrage 2b wurden folgende Dokumente ausgewählt, die in Tabelle 3 dargestellt sind:

TABELLE 3: AUSGEWÄHLTE DOKUMENTE DER DOKUMENTENANALYSE (INKL. PUBLIKATIONSJAHR), EIGENE DARSTELLUNG 2023.⁵

Wien	Stuttgart
Smart Klima City Strategie Wien, 2022	Gesamtkonzept Kinderbeteiligung in der Landeshauptstadt Stuttgart, 2022
Wiener Kinder- und Jugendstrategie 2020-2025, 2020	Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune, 2020
Masterplan Partizipative Stadtentwicklung, 2017	Leitlinien für informelle Bürgerbeteiligung, 2017
Stadtentwicklungsplan (= STEP) Wien 2025, 2014	Masterplan Räume für Jugendliche, 2017
Praxisbuch Partizipation, 2012	

Die Auswahl der konkreten Fallbeispiele zur Beantwortung von Forschungsfrage 2c wird in Kapitel 3.4.2. beschrieben. Die Analyse erfolgt anhand online verfügbarer Berichterstattung auf den stadt eigenen Online-Partizipationsplattformen. Für Wien lautet diese Homepage <https://www.wien.gv.at/stadtplanung/vorhaben-und-projekte>, für Stuttgart <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/>.

Schritt 3 ist die Quellenkritik. Für die vorliegende Arbeit sind hier die Intendiertheit und die Herkunft zu beachten, welcher Zielgruppe und zu welchem Zweck ein Dokument dient. (MAYRING 2023:44; YIN 2018:116) Die qualitative Auswertung und Interpretation der Dokumente anhand der Forschungsfragen erfolgt in Schritt 4. Für die Auswertung bezüglich Forschungsfrage 2b kann auf das entwickelte Kategoriensystem der Interviews zugegriffen werden.

3.4.6. Zusammenführung der Daten

In der vorliegenden Arbeit wird der empirische Erkenntnisgewinn des gewählten Mixed-Methods Ansatzes zusammengetragen. In einem gemeinsamen Ergebnisteil werden die Analysen der Expert:innen-Interviews sowie der Dokumente vorgestellt.

Die Methode der Expert:innen-Interviews beantwortet primär Forschungsfragen 2a & 2b, die Methode der Dokumentenanalyse Forschungsfragen 2b & 2c. Die Ergebnisse tagen dazu bei, die Forschungsfragen 1, 2 & 3 über den theoretischen Kontext hinaus zu beantworten. Bei den Forschungsfragen 1, 2, 2b & 3 werden die Ergebnisse somit über die Analyse mehrerer Daten gedeckt (YIN 2018:128).

Die Zusammenführung der Ergebnisse erfolgt theoriegeleitet anhand der Forschungsfragen und der dadurch gebildeten Kategoriensysteme (YIN 2018:168). Die Überprüfung der theoretischen Annahmen wird deduktiv anhand des empirischen Datenmaterials vorgenommen. Das Gütekriterium der Offenheit bietet die Möglichkeit, induktiv neue Kategorien zu entwickeln. Auf dieser Basis können die Informationen aus allen

⁵ Quellenzitationen sind im Quellenverzeichnis inklusive Links ersichtlich.

methodischen Schritten zusammengefasst werden. (KAISER 2021:125) Darüber hinaus gibt es bereits im Verlauf des Forschungsprojekts mehrere Querverbindungen zwischen den gewählten Methodensträngen.

3.5. Ziele & Reichweite der Forschung

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist, das Vorliegen eines „competence bias“ in den Städten Wien und Stuttgart zu ergründen. Nachfolgend sollen Handlungsempfehlungen für eine Institutionalisierung von Kinder- und Jugendpartizipation entwickelt werden. Die formulierten Handlungsempfehlungen und die Conclusio lassen sich aufgrund zweier unterschiedlicher Fallbeispiele zumindest auf Städte unterschiedlicher Größe und ähnlicher Verwaltungsstrukturen abstrahieren. Das trifft auf eine Vielzahl europäischer Großstädte zu.

*„Die Beziehung zwischen Kindern und ihrer Stadt geht mitnichten in formeller Bürger*innenbeteiligung auf. Im Gegenteil: Kinder nehmen die Stadt für ihre Belange in vielen unterschiedlichen Weisen in Anspruch und setzen sich mit den dringlichen Problemen der Gegenwart oft intensiver auseinander, als dies gemeinhin wahrgenommen wird.“* (SCHREIBER & GHAFOR-ZADEH 2023:235)

Teilhabe junger Menschen an stadtgesellschaftlichen Prozessen wird nur am Rande erwähnt. Um das Themengebiet der Partizipation einzugrenzen, liegt der Fokus dieser Arbeit auf Teilhabe in urbanen Planungsprozessen.

Junge Menschen in ländlichen Gebieten sind weniger oft Untersuchungsgegenstand wissenschaftlicher Arbeiten (FREEMAN 2020:114). Diese Arbeit ordnet sich ebenso ein, sie beschränkt sich auf urbane Planungsprozesse. Ob von den vorliegenden Ergebnissen auf Planungsprozesse in ruralen Gebieten abstrahiert werden kann, wird nicht diskutiert.

Weiters muss kritisch erwähnt werden, dass sich diese Arbeit mit der ‚minority world‘ beschäftigt, also städtischen Gebieten in sogenannten „entwickelten Ländern“. Global gesehen lebt der Großteil an jungen Menschen jedoch in anderen Erdteilen. (LE BORGNE & TISDALL 2017:124) Europäische Städte werden aus Gründen der Erreichbarkeit ausgewählt.

3.6. Positionalität & Selbstreflexion

Insbesondere seit den 1990er Jahren mehren sich die Forderungen nach wissenschaftlichen Wissensproduktionen auf Augenhöhe mit diversen Gruppen der Gesellschaft. Nicht, wie davor häufig, aus einem elfenbeinernen Turm heraus über die Gesellschaft urteilend. (TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN 2020) Von der Prämisse ausgehend, dass Wissen und die Produktion von Wissen mit der Position von Macht verknüpft sind, bedarf es geeigneter methodischer Herangehensweisen, einer ständigen Selbstreflexion sowie Reflexion des Forschungsprozesses, um den Einfluss von Machtpositionen im

Forschungsprozess zu minimieren. Forschende sollen insbesondere bestehende Machtungleichheiten nicht unbedacht reproduzieren. (KAUFMANN 2018:38)

Die Positionalität der Autorin beeinflusst Themen- und Methodenwahl der Arbeit. Für die Themenbereiche Partizipation sowie junge Menschen besteht schon lange Interesse, das Engagement für bestimmte Themen ist oft von der eigenen Biografie gefärbt: mangelnde eigene Mitsprachemöglichkeiten in Bildungseinrichtungen sowie ein Leben in der Stadt schärfen die Neugier. Für eine Forschungsarbeit zu Kinder- und Jugendlichen wäre es der aktuellen kindzentrierten Stadtforschung entsprechend angebracht, mit jungen Menschen zu forschen und nicht über sie. Das wird im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit nicht gemacht. Einerseits übersteigt es die zur Verfügung stehenden Ressourcen. Andererseits hat die Autorin eine Verantwortung für ihre Forschungsleistung. Ein Kontaktieren junger Menschen hätte eine Erwartungshaltung für Veränderung erzeugen können, die diese Masterarbeit nicht erfüllen kann. Das Problem wird so versucht zu lösen, dass die Arbeit den „competence bias“ von Erwachsenen im Blick hat. Die gebotene Neutralität wird gewährleistet, indem Expert:innen in den Interviews die Möglichkeit haben, Informationen einzubringen, die nicht mit der bisherigen Wahrnehmung der Forschenden übereinstimmen (KAISER 2021:11f.).

Für die vorliegende Arbeit wird die gesellschaftskritische Denkweise des „Childism“ gewählt, die zu mehr alters-inklusive Ansätzen beitragen soll. Die Wahrnehmungen zu Erfahrungen von jungen Menschen sollen helfen, Kritik an gesellschaftlichen Normen und Praktiken zu äußern und Unterschiede und Vielfalt in der Gesellschaft zu begrüßen.

4. EMPIRISCHE ANALYSE: WIEN UND STUTTGART IM FOKUS

„Children’s participation in planning has been investigated to some extent. There are, however, unexplored topics, particularly concerning what is needed for children’s participation to become a regular process.” (STENBERG & FRYK 2021:1)

Die empirische Untersuchung der Fallstudien soll den „competence bias“ in Wien und Stuttgart erfassen. Dadurch können in weiterer Folge Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, inwiefern eine Institutionalisierung von Kinder- und Jugendpartizipation in urbanen Planungsprozessen gelingen kann.

4.1. Einführung in die Fallstudien

McFARLANE (2010:728) kritisiert die wiederholte Einbeziehung derselben Städte bei Fallstudien. Ein Fokus auf häufig beforschte Fallstudien verhindert, dass Erfahrungen aus anderen Städten Einfluss in die geographische Stadtforschung finden. Die vorliegende Arbeit distanziert sich von dieser Kritik, indem sie als Vergleichsstädte Wien und Stuttgart heranzieht. Oft rezipierte Vergleichsstädte in Bezug auf Kinder- und Jugendpartizipation sind in den USA (z.B. BOTCHWEY et al. 2019; DERR & TARANTINI 2016; FLANDERS CUSHING 2015) oder in Skandinavien (z.B. BEČEVIĆ & DAHLSTEDT 2022; CELE & VAN DER BURGT 2015; HANSSEN 2019; STENBERG & FRYK 2021; RODELA & NORSS 2022) angesiedelt. Über Wien und Stuttgart wurde noch keine vergleichende Analyse zu Kinder- und Jugendpartizipation durchgeführt. Beide gewählte Städte sind jedoch in Bezug auf Partizipation junger Menschen engagiert. Wien will zu einer der „kinder- und jugendfreundlichsten Städte der Welt“ werden (MAGISTRAT DER STADT WIEN 2020:2). Stuttgart wurde 2020 das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“ verliehen (LANDESHAUPTSTADT STUTTGART 2020:3).

Stuttgart und Wien sind als Fallstudien in einem „most-different system“ einzuordnen. Es ist dadurch charakterisiert, dass der Untersuchungsgegenstand in unterschiedlichen Kontexten betrachtet wird. (ILS 2018:14) Die beiden Städte sind voneinander abweichend in ein politisches Mehrebenen-System eingebunden, Stuttgart ist Landeshauptstadt, Wien Hauptstadt, Bundesland und Gemeinde. Die Einwohner:innenzahlen und -entwicklung sind heterogen, ebenso die Altersstruktur.

Für den Fallstudienvergleich werden Expert:innen-Interviews sowie eine Dokumentenanalyse durchgeführt. Die Auswahl der Expert:innen ist in Kapitel 3.4.4. dargestellt. Die Dokumente werden thematisch ausgewählt und um Hinweise der Interviewpartner:innen ergänzt. Es handelt sich um strategisch konzeptionelle Dokumente, die von der jeweiligen Stadt veröffentlicht worden sind. Sowohl die transkribierten Interviews als auch die Dokumente werden anhand eines deduktiven Kategoriensystems

analysiert, welches sich aus den theoretischen Grundlagen ableitet. Die Kategorienbildung ist ein iterativer Zyklus. Die vorab aus der Theorie abgeleiteten Codes konnten anhand des Datenmaterials bestätigt werden. Dem Prinzip der Offenheit folgend, werden induktive Kategorien ergänzt, wenn für die Beantwortung der Forschungsfragen relevante Informationen über das deduktive Kategoriensystem hinausgehen. Um Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, ist das gesamte Kategoriensystem in Abbildung 7 dargestellt. Es ist in sechs Oberkategorien gegliedert. Es handelt sich um „Junge Menschen in der Stadt“, „competence bias“, „Chancen“, „Herausforderungen“ sowie „Case Studies“, welche die Besonderheiten der Fallstudien abbilden sollen. Die Kategorie „Dokumentenanalyse“ bezieht sich auf die Hinweise der Interviewpartner:innen, welche in den nachfolgenden Fallstudien nicht näher beschrieben wird.

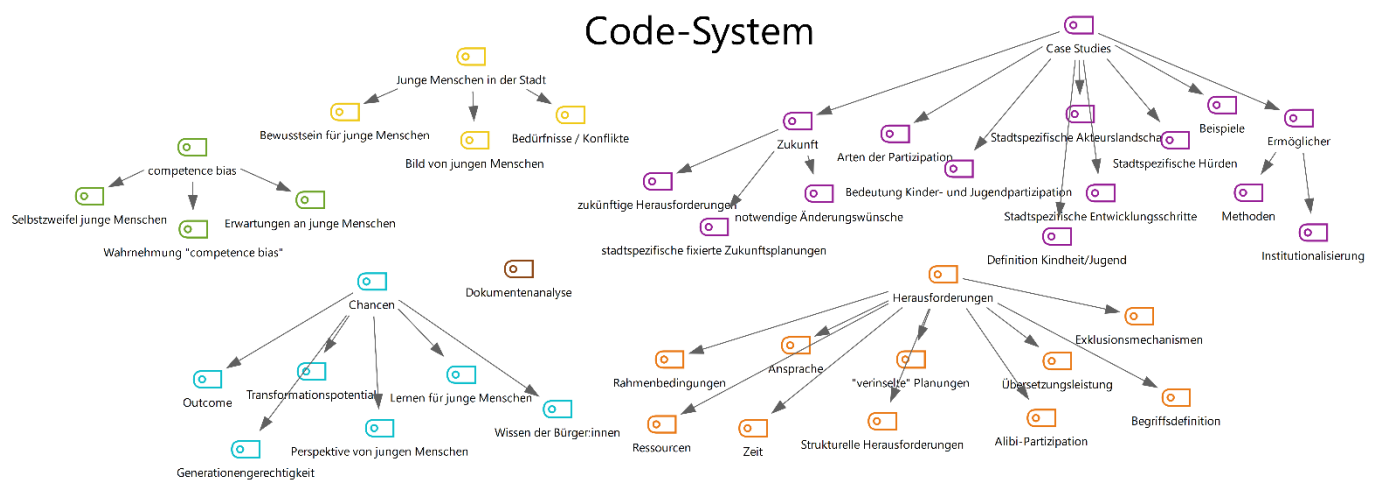


ABBILDUNG 7: CODE-SYSTEM, EIGENE DARSTELLUNG MIT HILFE VON MAXQDA 2023.

Im Anschluss wird auf die Fallstudien Wien und Stuttgart eingegangen. Jede Fallstudienanalyse wird von einer Kontexterläuterung eingeleitet, danach folgt die Darstellung der Daten sowie die Diskussion der Ergebnisse. Abgeschlossen wird mit einer vergleichenden Diskussion der Fallstudien Wien und Stuttgart.



FALLSTUDIE 1: WIENER PARTIZIPATIONS- LANDSCHAFT IM AUFBRUCH

4.2. Fallstudie 1: Wiener Partizipationslandschaft im Aufbruch

Für die Fallstudie Wien werden sechs Interviews durchgeführt sowie fünf Dokumente analysiert, die in Tabelle 4 inklusive der später verwendeten Abkürzungen dargestellt sind.

TABELLE 4: ANALYSEMATERIAL WIEN, EIGENE DARSTELLUNG 2023.

Dokumente Wien	DW1_ Smart Klima City Strategie Wien, 2022
	DW2_ Wiener Kinder- und Jugendstrategie 2020-2025, 2020
	DW3_ Masterplan Partizipative Stadtentwicklung, 2017
	DW4_ Stadtentwicklungsplan (= STEP) Wien 2025, 2014
	DW5_ Praxisbuch Partizipation, 2012
Interviews Wien	IW_INT_ Gebietsbetreuung-Stadterneuerung (24.04.2023)
	IW_JUG1_ Verein Wiener Jugendzentren (14.04.2023)
	IW_JUG2_ WienXtra (21.04.2023)
	IW_VERW1_ MA 13, Landesjugendreferat (25.04.2023)
	IW_VERW2_ MA 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung (18.04.2023)
	IW_VERW3_ MA 21, Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung (15.05.2023)

4.2.1. Kontexterläuterungen

In Wien, Österreichs Hauptstadt, leben im Jahr 2022 rund 1,93 Millionen Menschen. Die Donaumetropole im flachen Osten des Landes wird durch in den letzten Jahren beschleunigtes Bevölkerungswachstum bereits vor dem Jahr 2030 die 2-Millionen-Grenze an Einwohner:innen überschreiten. Wien ist eine der am schnellsten wachsenden Großstädte Europas. Seit Jahren stabil liegt der Anteil der Bevölkerung von 0-19 Jahren bei knapp unter 20%. „Wien ist damit das demografisch gesehen jüngste Bundesland Österreichs.“ (DW2:6) 2019 waren das in Wien 188.856 junge Männer und 177.837 junge Frauen. (DW2:6; MAGISTRAT DER STADT WIEN, STADT WIEN WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK 2022:72)

Rund ein Drittel der in Wien lebenden Personen hat eine andere Staatsbürgerschaft als die österreichische und ist somit ab dem Wahlalter von 16 Jahren von Wahlen und anderen repräsentativen und direktdemokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Dieses Demokratiedefizit hat sich seit den frühen 2000er Jahren verdoppelt. Es betrifft aufgrund einer verstärkten Zuwanderung junger Menschen nach

Wien junge Bevölkerungsgruppen überproportional mit bis zu 42%. Ebenfalls sind die Anteile von nicht wahlberechtigter Bevölkerung in manchen der 23 Bezirken Wiens weitaus höher als im Durchschnitt. In den kommenden Jahren wird zudem die Gruppe der in Wien geborenen Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft und somit ohne Wahlrecht deutlich wachsen. 2020 hatten rund 66.000 in Wien geborene 0-15-Jährige keine österreichische Staatsbürgerschaft. Diese Personengruppe ist in den letzten 15 Jahren kontinuierlich angewachsen. (STADT WIEN 2020)

Die Stadt Wien hat im politischen Mehrebenen-System Österreichs eine Sonderrolle, sie ist Hauptstadt, Gemeinde und Bundesland gleichzeitig. Die Verwaltung der Stadt Wien gliedert sich in mehrere Geschäftsgruppen mit Magistratsabteilungen. Die politischen Vorstehenden der Geschäftsgruppen werden Stadträt:innen genannt. Die geltenden Gemeinderegeln sind in der Stadtverfassung festgehalten. Seit 2022 verfügt die Stadt Wien über ein Doppelbudget, das heißt einen gemeinsamen Budgetbeschluss für die Jahre 2022 und 2023 (STADT WIEN, RATHAUS o.J.b). Seit Beginn der Zweiten Republik 1945 wird Wien von sozialdemokratischen Bürgermeister:innen regiert.

Das regionale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Wien beträgt im Jahr 2020 knapp mehr als 50.000€ (MAGISTRAT DER STADT WIEN, STADT WIEN WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK 2022:197).

In Wien beschäftigen sich diverse Stakeholder mit dem Thema Kinder- und Jugendpartizipation. Begonnen bei alltäglicher Partizipation im Lebensumfeld sind es Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, wie etwa der Verein Wiener Jugendzentren, der größte Wiener Träger in diesem Bereich. Gemeinsam mit anderen Akteur:innen wie der Magistratsabteilung (= MA) 13 (Bildung und Jugend), der MA 11 (Kinder- und Jugendhilfe), der Bundesjugendvertretung, Schüler:innenvertretungen sowie der Kinder- und Jugendanwaltschaft wird versucht, *„den Kinderrechten gemeinsam mit der Politik zum Durchbruch zu verhelfen“* (IW_VERW1:3), auch durch *„klassische Lobbying-Tätigkeit“* (IW_JUG1:7). Darüber hinaus gibt es in jedem Bezirk einen Bezirksrat, der für Sonderagenden zum Thema Jugend zuständig ist. Diese genannten Akteur:innen werden oftmals auch, zusätzlich zu Bildungseinrichtungen, als Stellvertreter:innen für Kinder und Jugendliche in Planungsprozesse eingebunden. (IW_JUG1; IW_JUG2; IW_VERW1; IW_VERW2; DW5)

Auf Seiten der von der Stadtverwaltung betriebenen Stadtplanung gibt es zahlreiche Dienststellen der Verwaltung, die sich mit Beteiligung beschäftigen. Die MA 21 (Stadtteilplanung und Flächennutzung) hat eine Stabsstelle *„Bürger:innenbeteiligung und Kommunikation“*. Die MA 19 (Architektur und Stadtgestaltung) führt Bürger:innenbeteiligung beispielsweise bei Straßenumgestaltungen durch. Engagierte Angestellte der Dienststelle werden als *„super“* beschrieben, da *„sie darauf achten, was die Kinder wollen“*. (IW_INT:10) Die MA 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung) beschäftigt sich mit Stadtentwicklung auf strategischer Ebene.

„Da spielt Partizipation natürlich eine Rolle, weil man nicht von oben sagen kann: Wir entscheiden und so soll das werden. Sondern weil das ein Prozess sein muss, wo einfach alle mitgenommen werden.“ (IW_VERW2:1)

Weitere Anlaufstellen sind die „Wiener Klimateams“, die bei der MA 20 (Energieplanung) angesiedelt sind und Ideen für mehr Klimaschutz in Grätzln sammeln, die „Lokale Agenda 21“, die etwa die Initiativen „Grätzloase“ und „Junges Grätzl“ für mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum umsetzt, sowie die Gebietsbetreuung-Stadterneuerung. Zur Übersicht gibt es zusätzlich eine neue Beteiligungsplattform der Stadt Wien (<https://mitgestalten.wien.gv.at/de-DE/>), wo alle Mitbestimmungsmöglichkeiten online zusammengefasst sind. (IW_INT; IW_VERW2; IW_VERW3; DW1; DW3)

Die Gebietsbetreuung-Stadterneuerung ist eine Wiener Besonderheit, „*ein Riesenluxus, den sich die Stadt Wien leistet.*“ (IW_INT:2) Seit etwa fünfzig Jahren werden Stadterneuerungsprozesse in dicht bebauten Stadtteilen unterstützt, die Einbindung der Bewohner:innen in die Gestaltung ihres Wohnumfelds ist dabei eine wichtige Aufgabe. Die fünf Büros der Gebietsbetreuung-Stadterneuerung decken das gesamte Stadtgebiet ab, es handelt sich um mehr als örtlich begrenzte Quartiersbüros. Die Gebietsbetreuung-Stadterneuerung führt einerseits oft die Beteiligung für städtische Planungsprojekte durch, mit eigenen Modulen für Kinder und Jugendliche, und behält andererseits den Gesamtüberblick über den dicht bebauten und den öffentlichen Raum, da dieser in der Verwaltung bezüglich der jeweiligen Zuständigkeiten der Dienststellen sehr getrennt betrachtet wird. (IW_INT; IW_VERW2)

Darüber hinaus gibt es seit dem Beschluss zur Umsetzung der „Wiener Kinder- und Jugendstrategie“ eine Koordinationsstelle dafür, die bei dem Verein WienXtra angesiedelt ist. Der Auftrag für die Koordinierung der Strategie kommt wiederum von der MA 13 beziehungsweise dem Stadtratsbüro für Jugend. Im Zuge dieser Strategie wurde auch das Format des Wiener Kinder- und Jugendparlaments sowie die Kinder- und Jugendmillion neu beschlossen. (IW_JUG2)

Die Gesamtheit der interviewten Wiener Akteur:innen ist in Abbildung 8 dargestellt.

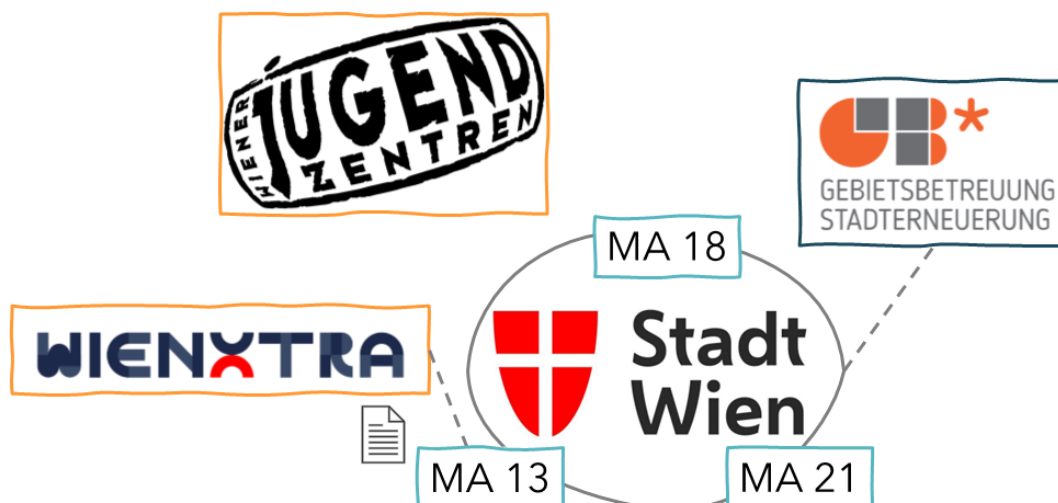


ABBILDUNG 8: WIENER AKTEUR:INNEN-NETZWERK, EIGENE DARSTELLUNG 2023. (LOGOS SIND DEN ENTSPRECHENDEN HOMEPAGES ENTNOMMEN)

4.2.2. Darstellung der Daten: Kinder- und Jugendpartizipation in Wiener Planungsprozessen

Kinder und Jugendliche in Wien

Die Wiener Kinder- und Jugendstrategie definiert Kinder und Jugendliche als Personen unter 19 Jahren (DW2). Eine Unterscheidung zwischen Kindern und Jugendlichen wird nicht getroffen, sie werden gleichermaßen als junge Menschen angesprochen. In den durchgeführten Interviews wurde über verschiedenartige Bedürfnisse unterschiedlicher Altersgruppen gesprochen, diese jedoch nicht genauer definiert.

Es gibt ein Bewusstsein für die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Stadt. Einerseits dass sie Raum und Platz in Wien brauchen, andererseits dass es wichtig ist, dass sie in Stadtplanungsprojekten mitreden dürfen. *„Grundlegende Annahme ist die Überzeugung, dass Kinder und Jugendliche in Wien ein Recht auf Raum und Platz haben.“* (DW2:39) Auch wird explizit festgehalten, dass junge Menschen im urbanen Raum *„genauso wichtig“* sind wie Erwachsene (ebd.). Als besonders wichtig wird der öffentliche Raum in der Nachbarschaft erwähnt. Durch tendenziell kleiner werdende Wohnungen ist dieser besonders für junge Menschen essentiell, um Lebensqualität zu wahren, Grundbedürfnisse zu erfüllen und Identifikation mit dem Wohnumfeld zu erfahren. Momentan kann der öffentliche Raum diese Bedürfnisse jedoch an vielen Stellen nicht befriedigen, da es Verkehr, uneinsichtige Stellen und Parkplätze für den Individualverkehr gibt, die viel Platz beanspruchen. (IW_INT) Als Räume für junge Menschen werden darüber hinaus soziale Infrastrukturen wie Kindergärten, Schulen und Büchereien angesprochen (DW4). Ebenso braucht es Räume, an denen es laut werden kann. Lärm in dicht besiedelten Gebieten erzeugt teilweise soziale Probleme. Junge Menschen müssen Lärm an Orten machen können, für die es eine soziale Akzeptanz gibt, beispielsweise unter U-Bahnbrücken. (IW_JUG1)

Als herausfordernd gilt das Bild von jungen Menschen, insbesondere wenn Nutzungskonflikte über Räume mit anderen Personengruppen hinzukommen. Kleine, jüngere Kinder werden als nett wahrgenommen, jugendliche Gruppen als bedrohlich. Auch wird erwähnt, dass Bestrebungen junger Menschen, sich Räume selbstständig anzueignen, schnell unterbunden werden. (IW_JUG1)

Kinder und Jugendliche werden explizit bei den Auswirkungen der globalen Klimakrise erwähnt. Einerseits sind sie besonders hitzeempfindlich, andererseits müssen sie am längsten mit den geänderten Klimaverhältnissen leben. Die klimafitte Umgestaltung der Stadt ist eine gemeinsame Aufgabe, zu der alle Generationen beitragen sollen. *„Wien will nicht nur eine Stadt für die nächste Generation schaffen, sondern gemeinsam mit ihr.“* (DW1:31)

Es ist wichtig, dass junge Menschen selbst partizipieren *„und nicht von Erwachsenen entschieden oder gemutmaßt wird, was sie brauchen“* (IW_JUG2:2). Es gibt auch auf Seite junger Menschen den Wunsch, registriert und als *„politische Subjekte wahrgenommen und wertgeschätzt zu werden.“* (IW_VERW1:4) Allerdings sind die Beteiligungsformate in Wien nicht darauf ausgerichtet. Sie sind auf *„ältere, mündige Bürger zugeschnitten“* (IW_INT:3).

Kinder- und Jugendpartizipation in Wien

Als grundlegender institutionalisierter Meilenstein auf dem Weg zu Kinder- und Jugendpartizipation in urbanen Planungsprozessen wird die UN-Kinderrechtskonvention genannt, die in Teilen im österreichischen Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern abgebildet ist. Dort ist das Recht auf angemessene Beteiligung festgehalten. (IW_VERW1; DW2)

Als erstes Beispiel für Kinder- und Jugendpartizipation in der Stadtgestaltung werden die Kinder- und Jugendparlamente „Word Up!“, genannt. Gestartet wurden diese Projekte Anfang der 2000er Jahre. Sie werden im Auftrag eines Bezirkes von der außerschulischen Jugendarbeit durchgeführt. Im Zentrum steht ein Planungsprojekt im öffentlichen Raum im persönlichen Lebensumfeld der Teilnehmer:innen. Das Budget im Bereich von 50.000 bis 100.000€ wird von den Bezirken zur Verfügung gestellt, die Projektidee von den Kindern und Jugendlichen entwickelt. „Word Up!“ wird bis heute in diversen Bezirken Wiens durchgeführt. (IW_JUG1; IW_VERW2)

Im Kontext der Stadtplanung ist der „Stadtentwicklungsplan 2005“ ein Meilenstein, da er das erste Mal transparent und offen spezifische Stadtpläne inkludiert (IW_JUG1). In der Verwaltung der Stadt Wien wurde 2010 die erste Geschäftsgruppe geschaffen, die das Wort Beteiligung im Namen trägt. 2013 folgte in der MA 21 die Stabsstelle „Bürger:innenbeteiligung und Kommunikation“. (IW_VERW3)

Zu dieser Zeit wurden die ersten Strategien zum Thema Partizipation in Wien entwickelt. 2012 wurde das „Praxisbuch Partizipation“ veröffentlicht, eine Sammlung von Methoden und good practices. *„Das Praxisbuch Partizipation ist das, worauf wir uns als Stadtplanung geeinigt haben, was für uns Mindeststandards der Partizipation sind.“* (IW_VERW2:2) Danach folgte der „Masterplan Partizipative Stadtentwicklung“, der 2016 vom Gemeinderat beschlossen wurde. Darin ist festgelegt, bei welchen Planungsprojekten welche Formen von Partizipation angewendet werden sollen. Insbesondere ist das Ziel, weg von Frontalveranstaltungen hin zu Ausstellungsformaten, Spaziergängen und Einzelgesprächen zu kommen. (IW_VERW2; IW_VERW3) 2022 wurde die „Smart City Wien Rahmenstrategie“ zur „Smart Klima City Strategie Wien“ weiterentwickelt.

Dort „bekennt sich Wien zu Partizipation, denn smarte Entwicklung braucht nicht nur Verbündete, die Entscheidungen mittragen, sondern auch die Kreativität und das Wissen von möglichst vielen.“ (DW2:10)

„Ein großer Meilenstein ist die Erarbeitung der Kinder- und Jugendstrategie mit dem Vorgängerprozess der Werkstatt Junges Wien, weil da mit Kindern und Jugendlichen ein noch nie dagewesener Beteiligungsprozess stattgefunden hat, an dem über 22.000 Kinder und Jugendliche mitgemacht haben.“ (IW_JUG2:4)

Die in der Strategie enthaltenen Ziele und Maßnahmen wurden auf Basis der eingebrachten Vorschläge von Kindern und Jugendlichen entwickelt. Sie wurde 2020 vom Gemeinderat beschlossen und gilt für fünf Jahre, in denen die Maßnahmen auch mit Beteiligung junger Menschen umgesetzt werden sollen. Die gesamte Strategie wird als Vorzeigeprojekt bezeichnet und *„signalisiert auch die Bereitschaft der ganzen Stadt, das Thema ernst zu*

nehmen“. (IW_JUG2:4) Zu den Maßnahmen in der Kinder- und Jugendstrategie hat sich die Stadt Wien selbst verpflichtet. (IW_JUG2; IW_VERW2; DW2)

2014 hat der Gemeinderat von Wien die Deklaration „Wien – Stadt der Menschenrechte“ beschlossen. Kinderrechte sind Menschenrechte, die *„Kinder- und Jugendstrategie leistet einen Beitrag zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention.“* (DW2:10)

2019 wurde die EU-Jugendstrategie verabschiedet. Sie bildet *„den Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU von 2019 bis 2027.“* (DW2:12) Mit dieser Strategie sollen die Beteiligung und das Engagement Jugendlicher gefördert werden. Eines der elf sogenannten Youth Goals heißt *„Räume und Beteiligung für alle“*. (ebd.)

„Die Wiener Kinder- und Jugendstrategie will in diesem Sinne einen strukturellen Beitrag leisten, um Kinder und Jugendliche zu beteiligen, zu stärken und respektvolle Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen.“ (DW2:12)

„Ein zukunftsorientierter Kinder- und Jugendplan muss den Schwerpunkt auf Selbstermächtigung von Kindern und Jugendlichen legen. Maßnahmen müssen darauf ausgerichtet sein, Kindern und Jugendlichen den bestmöglichen Start ins Leben zu ermöglichen, positive Verhaltensweisen zu fördern, sie in den verschiedenen Phasen ihres Lebens zu begleiten, zu unterstützen und ihnen Fähigkeiten zu vermitteln, die sie brauchen, um ihr Leben zu gestalten und gute Entscheidungen zu treffen.“ (DW2:11)

Zwei umgesetzte Maßnahmen der Kinder- und Jugendstrategie betreffen Partizipation. Erstens das partizipative Kinder- und Jugendbudget, die „Kinder- und Jugendmillion“: Kinder und Jugendliche zwischen fünf und 20 Jahren können Ideen dazu einreichen, was man in der Stadt Wien verbessern kann. Gemeinsam mit zuständigen Angestellten werden in Co-Creation-Workshops an den Ideen gearbeitet und konkrete Projekte entworfen. Abschließend kann online darüber abgestimmt werden, welche Ideen mit einem Gesamtbudget von einer Million Euro umgesetzt werden. 2021 startete der erste Durchgang des partizipativen Budgets, bei dem sich zeigte, dass viele Projekte gewannen, die bauliche Maßnahmen in der Stadt betreffen. (IW_JUG1; IW_JUG2; DW1) Zweitens wurde das wienweite Kinder- und Jugendparlament im Jahr 2022 ins Leben gerufen: Es hatte zu diesem Zeitpunkt die Aufgabe, sich mit der Kinder- und Jugendstrategie auseinanderzusetzen und die dort enthaltenen Maßnahmen zu priorisieren. Eine weitere Aufgabe ist das Monitoring der Strategie, welches beim nächsten wienweiten Kinder- und Jugendparlament im Herbst 2023 Thema sein wird. (IW_JUG2) Dieses findet in getrennten Altersgruppen statt. Für die Teilhabe am wienweiten Kinderparlament können sich Kindergartengruppen im letzten Jahr sowie Schulklassen der 1. bis 8. Schulstufe melden. Für das wienweite Jugendparlament können sich junge Menschen ab 14 Jahren direkt bewerben oder werden von einem Bezirk delegiert. (STADT WIEN o.J.) Die Kinder- und Jugendstrategie wird als Wegbereiterin genannt, die mit den entwickelten Maßnahmen auch in den kommenden Jahren viel ermöglichen kann (IW_VERW2). Als weiterer aktueller Meilenstein im Partizipationsangebot der Stadt Wien werden die „Wiener Klimateams“ erwähnt. Sie haben zwar junge Menschen nicht explizit als Zielgruppe, sind aber ein

besonders breit angelegter Beteiligungsprozess, der zu klimafitten Grätzln führen soll. (IW_JUG1)

Neben konkreten Projektentwicklungen und Strategien wird die vermehrte Unterstützung für Beteiligung von städtischen Stakeholdern beschrieben. Schulen, Direktor:innen, Bezirksvorstehungen, Politiker:innen initiieren Beteiligungsprojekte und bitten etwa die Gebietsbetreuung-Stadterneuerung um Unterstützung. Das Bewusstsein für den Wert von Beteiligung ist in den letzten Jahren gestiegen. *„Sie sehen, was alles möglich ist und dass das was bringt, und schätzen das auch.“* (IW_INT:9) Die Zustimmung für Beteiligung ist gestiegen, mittlerweile ist folgendes Credo in Wien vorherrschend: *„Ich kann kein großes städtebauliches Projekt beginnen, ohne die Leute zu beteiligen.“* (IW_INT:2f.) Dieser Bewusstseinswandel der letzten Jahre bei zahlreichen städtischen Akteur:innen wird mit einem „Lernprozess“ beschrieben, bei dem Vorzeigeprojekte entwickelt werden und auch Strukturen und Routinen aufgebrochen werden, die Partizipationsprozesse erst gar nicht entstehen lassen. In diesem Sinne hat sich auch das Selbstverständnis der Verwaltung verändert, von der Umsetzung von politischen Aufträgen hin zu einer Wechselwirkung zwischen Politik und Bevölkerung. Ebenso hat sich der Zugang zu Beteiligung an sich verändert. Es wird nicht mehr nur für den Teil der Bevölkerung kommuniziert, der sich für Stadtplanung interessiert, sondern tatsächlich zielgruppenorientiert für alle unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Kinder und Jugendliche werden vermehrt als politische Subjekte wahrgenommen. Dadurch gibt es verstärkte Bemühungen, Kinder und Jugendliche entsprechend zu beteiligen. (IW_JUG1; IW_VERW1; IW_VERW3)

Nach den Entwicklungen hin zu Kinder- und Jugendpartizipation in Wien soll die aktuelle Situation der Beteiligung junger Menschen dargestellt werden. Sie wird von den Interviewpartner:innen unterschiedlich beschrieben. *„Je nachdem, wie bereit Dienststellen, Politik, Verwaltung sind, die Ideen ernst zu nehmen, ob das Geld und der Wille und die Bereitschaft, die Zeit da sind, ist alles möglich.“* (IW_INT:7) Honoriert wird jedenfalls die Entwicklung der letzten Jahre in Richtung einer kinder- und jugendgerechten Stadt (IW_JUG1).

Erstens vertreten viele Akteur:innen den Ansatz *„eine Stadt für Kinder ist eine Stadt für alle“* (IW_INT:1). Zweitens ist auch in der Smart Klima City Strategie Wien festgehalten, dass *„Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden soll, die Stadt der Zukunft mitzugestalten“* (IW_VERW2:1). Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Stadtplanung ist allerdings sehr projektbezogen. Kinder und Jugendliche sind bei konkreten, lokalen Planungsgebieten eine wichtige Zielgruppe. Auf welche Art und Weise ihre Einbindung stattfindet, wird jedes Mal neu überlegt und entschieden. (IW_INT; IW_VERW2) Sie besteht größtenteils aus dem Informieren über Planungen. Es gibt etwa Newsletter, Flyer oder speziell aufbereitete Pixi-Bücher, die Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. (IW_VERW2; IW_VERW3) Die Wiener Kinder- und Jugendstrategie hält fest, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Bezirksebene bei der Gestaltung öffentlicher Räume regelmäßig in einer strukturellen und methodischen Vielfalt stattfindet. Dabei handelt es sich meist um spielerische und kreative Methoden, wie Workshopformate, Kartenspiele, Mitmach-Hefte, Spaziergänge, Kartierungen, Bastelstunden, Arbeitsmappen, Stadtteilstefte, Modellbauen, Social-Media-

Formate, Open Space-Formate, World Cafés, Videos oder Zeichnungen. (IW_INT; IW_VERW2; IW_VERW3; DW5) Die Durchführung ist jedoch nicht institutionalisiert und „stark von den unmittelbar handelnden erwachsenen Personen abhängig“ (DW2:44). Das wird auch von Interviewpartner:innen bestätigt (IW_JUG2; IW_VERW1). Bei großen Stadtentwicklungsprojekten oder Konzeptentwicklungen spielen Kinder oder Jugendliche oft keine große Rolle, „da gibt es Leute, die haben eine stärkere Stimme.“ (IW_INT:9)

Deswegen gibt es auch skeptische Stimmen, die über wenig Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Stadtplanung berichten. Kinder- und Jugendpartizipation wird nicht als selbstverständlicher Bestandteil von Planungen gesehen und spielt nur eine untergeordnete Rolle. Manchmal werden stellvertretende Akteur:innen wie Jugendzentren, städtische Dienststellen oder Eltern eingebunden oder Brückenakteur:innen als Multiplikator:innen geschult, da die planenden Stakeholder selbst keinen Zugang zu bestimmten Zielgruppen haben. Selten ist es, dass junge Menschen tatsächlich bei grundlegenden Fragen etwas mitbestimmen können. (IW_INT; IW_JUG1; IW_VERW2; IW_VERW3)

Bei der späteren Ausgestaltung von konkreten Planungsprojekten gibt es teilweise Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche, die allerdings eine untergeordnete Rolle spielen. Hier sind etwa die Grätzl-Oasen zu nennen, bei denen Kinder und Jugendliche bei der Umsetzung mitarbeiten können, Schüler:innenparlamente, die sich mit Planungen im Lebensumfeld beschäftigen, oder Umgestaltungen in Parks, die von der MA 42 (Wiener Stadtgärten) durchgeführt werden. (IW_JUG1; IW_JUG2; IW_VERW1; IW_VERW3)

Es gibt aber durchwegs den Wunsch nach mehr Kinder- und Jugendbeteiligung, ein Vorschlag ist, dass „man auf bestehende Strukturen und Möglichkeiten auch mehr zugreifen würde“ (IW_VERW1:6f.). Für zahlreiche Bedienstete aus Wiener Dienststellen waren die Prozesse der Wiener Kinder- und Jugendmillion der erste Kontakt mit dieser Zielgruppe. (IW_JUG2; IW_VERW1; IW_VERW3) Die Formate der Kinder- und Jugendstrategie, die partizipative Million sowie das Kinder- und Jugendparlament werden als Bereicherung der Wiener Partizipationslandschaft wahrgenommen (IW_JUG2; IW_VERW1).

Um zu überprüfen, inwiefern die Zielsetzungen und Strategien der Stadt Wien bei konkreten Projekten umgesetzt werden, werden fünf zufällig gewählte Projekte genauer beleuchtet. Es handelt sich um das "Zielgebiet Floridsdorf - Achse Brünner Straße"⁶, das Semmelweis-Areal⁷, das Stadtentwicklungsgebiet „Neues Landgut“⁸, das Supergrätzl Favoriten⁹ sowie Verkehrsberuhigung im IKEA-Umfeld beim Westbahnhof¹⁰. Für die drei erstgenannten Projekte wurden keine Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung angeboten (IW_VERW3). Für die Verkehrsberuhigung rund um den Westbahnhof sowie den IKEA - Standort wurde von Seiten der Stadtverwaltung keine Kinder- und Jugendpartizipation durchgeführt. IKEA selbst hat ein Grätzlfest veranstaltet, bei dem es teils kostenpflichtige Angebote für junge Menschen gab (FRIENDSHIP.IS GMBH 2018). Kinder und Jugendliche

⁶ <https://www.wien.gv.at/stadtplanung/zielgebiet-floridsdorf> (Zugriff 15.05.2023)

⁷ <https://www.wien.gv.at/stadtplanung/semmelweis-areal> (Zugriff 15.05.2023)

⁸ <https://www.wien.gv.at/stadtplanung/neues-landgut> (Zugriff 15.05.2023)

⁹ <https://www.wien.gv.at/stadtplanung/supergraetzl-favoriten> (Zugriff 15.05.2023)

¹⁰ <https://www.wien.gv.at/stadtplanung/ikea-westbahnhof> (Zugriff 15.05.2023)

werden klar als Zielgruppe des Supergrätzls erwähnt, sie sollen von der erhöhten Verkehrssicherheit und Lebensqualität profitieren. In einer Beteiligungsphase gab es ein Straßenfest, bei dem auch ein Kinderprogramm angeboten wurde. Ob dieses Programm als Kinder- und Jugendbeteiligung konzipiert war oder als Freizeitprogramm, konnte anhand der zur Verfügung stehenden Quellen nicht nachvollzogen werden. (STADT WIEN, RATHAUS o.J.c)

Für die fehlende institutionalisierte Einbindung von Kindern und Jugendlichen werden zwei Gründe genannt. Einerseits die Geschäftsgruppenlogik in der Wiener Stadtverwaltung, wonach jeweils getrennt budgetiert wird und so das gemeinsame Ziel einer kinder- und jugendgerechten Stadt aus den Augen verloren wird. (IW_JUG1) Andererseits dass viele Dienststellen noch nicht herausgefunden haben, wie sie Kinder und Jugendliche ansprechen können, sodass diese auch teilnehmen wollen (IW_VERW3).

Zusätzlich werden drei weitere wichtige Bereiche der Beteiligung genannt, die zwar keine explizite Beteiligung bei Stadtplanung darstellen, aber genauso einen Ausdruck von Teilhabe an einer Stadtgesellschaft darstellen. Erstens handelt es sich um Beteiligung in Alltagssituationen, wie sie von der offenen Kinder- und Jugendarbeit forciert wird. Das sind partizipative Prozesse im Jugendarbeitsalltag, bei denen man Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe begegnet. Dabei kann es sich um gemeinsames Kochen oder Einkaufen handeln bis hin zur partizipativen Umgestaltung von Jugendzentren. (IW_JUG1; IW_VERW1) Zweitens geht es um Statements bezüglich Stadt, die nicht im Rahmen institutionalisierter Beteiligung vorkommen. Auch ein Graffiti kann etwa eine Aneignung von Stadtraum darstellen und so ein Bewusstsein für öffentlichen Raum schaffen. (IW_VERW1) Drittens geht es um eine übergeordnete Maßstabsebene, wo Beteiligung nicht projekt- oder themenbezogen stattfindet. Einerseits werden unabhängig von Projekten Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung diskutiert, solche Formate führt die MA 18 durch. (IW_VERW2) Andererseits werden bewusstseinsbildende Aktionen mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt, wie es die Gebietsbetreuung-Stadterneuerung macht. Dabei geht es um Identifikation mit dem eigenen Stadtteil, das Kommunizieren von Bedürfnissen, das Verständnis für Funktionen von Stadt und Stadtplanung. Das Schaffen eines Bewusstseins für sein eigenes Wohnumfeld bringt später positive Aspekte, wenn es um die Beteiligung bei einem konkreten Projekt geht. (IW_INT)

Insbesondere durch den Beschluss der Wiener Kinder- und Jugendstrategie gibt es einige Maßnahmen, zu denen sich die Stadt Wien verpflichtet hat und die in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen. So soll die politische Zielvorgabe, Wien als kinder- und jugendfreundliche Stadt zu positionieren, erreicht werden (IW_VERW1; DW1). Folgende Maßnahmen betreffen Kinder- und Jugendbeteiligung:

- Sogenanntes Kinder- und Jugendmainstreaming soll in allen Bereichen der Stadt etabliert werden. Das heißt, dass bei jedem neuen Gesetz, jeder neuen Verordnung geprüft werden soll, ob sie kinder- und jugendverträglich ist. (DW2) *„Das ist eine riesengroße Sache mit sehr vielen Akteur:innen, das wird seine Zeit brauchen, bis es umgesetzt ist.“* (IW_JUG2:5)

- Ein Kinder- und Jugendbeiratsmodell soll je nach Bedürfnissen für jede Dienststelle sowie Betriebe der Stadt Wien erarbeitet werden (IW_JUG2; DW2).
- Sehr weit fortgeschritten ist ein Handbuch für Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte inklusive Standards und Qualitätskriterien. Gemeinsam mit relevanten Stakeholdern werden die Inhalte dieses Leitfadens koordiniert. Das Handbuch soll 2023 veröffentlicht werden. (IW_JUG2; IW_VERW1; DW2)
- Kinder- und Jugendarbeit soll in die Beurteilungsgremien für Bauträgerwettbewerbe integriert werden. Darüber hinaus soll auch die direkte Einbindung junger Menschen in die Beurteilung der eingereichten Beiträge zu Bildungsbauten verstärkt werden. (DW2) Kinder- und Jugendarbeit soll ebenso als Bestandteil der sozialen Infrastruktur, insbesondere in Neubaugebieten, verpflichtend berücksichtigt werden (IW_JUG2).
- Digitale Werkzeuge sollen die Partizipation von Kindern und Jugendlichen unterstützen. Dafür soll eine App inklusive Gamification-Elementen ohne Registrierung zugänglich sein und Anreize dafür schaffen, sich digital zu beteiligen. (DW2)
- Bei der Planung oder Umgestaltung von Spielflächen soll „mit Kinder[n] und Jugendlichen gearbeitet“ (DW2:57) werden.

Unabhängig von der Wiener Kinder- und Jugendstrategie hat die MA 21 kürzlich einen Auftrag vergeben, um ein Handbuch mit konkreten Formaten zu Kinder- und Jugendpartizipation zu erarbeiten. Dabei sollen Partizipationsarten und Zeitpunkte der Beteiligung festgelegt sowie Materialien und Unterlagen formuliert werden. So soll die Ansprache von Kindern und Jugendlichen insbesondere über Schulen einfacher funktionieren. (IW_VERW3)

Argumente für die Partizipation junger Menschen

Von den Interviewpartner:innen werden diverse Gründe für Partizipation beziehungsweise deren Vorteile angeführt. Ein Interviewpartner erwähnt, dass Beteiligung von Kindern und Jugendlichen rechtlich gesichert, also im Grunde nicht verhandelbar sei (IW_VERW1). Insbesondere sind Kinder und Jugendliche eine Bevölkerungsgruppe, die bei sonstigen Mitsprachemöglichkeiten, die wie Wahlen auf dem Alter basieren, ausgeschlossen ist. Beteiligung ist also eine Chance, dass sie Mitsprache unabhängig davon lernen können. (IW_INT) Weil sich die Bedürfnisse junger Menschen so schnell verändern und weil es sie selbst sind, die von vielen urbanen Planungen Jahre nach der Umsetzung betroffen sind, ist es so wichtig, dass sie selbst teilnehmen (IW_JUG2; IW_VERW2; IW_VERW3). *„Im öffentlichen Raum fehlt einem selbst, vom Schreibtisch aus, vielleicht auch die Fantasie, was konkret an einem Ort nötig wäre, damit sich Jugendliche dort aufhalten wollen.“* (IW_VERW2:3) Es ist auffällig, dass bei Beteiligungsveranstaltungen, z.B. Ausstellungen, überwiegend Personen der Altersgruppe über 60 teilnehmen und über die Räume für die künftigen Bewohner:innen mitreden. (IW_VERW3).

„Ich denke, die Jugendlichen sind die Bewohner:innen von morgen. Die suchen sich eine Wohnung, die sollten auch mitbestimmen können, wie ihre Freiräume aussehen in Zukunft oder wie sie wohnen wollen, wie sie die Mobilität gestalten wollen, wie sie

generell ihr Leben gestalten wollen, welche Wohnungsgrundrisse sie brauchen. Ich würde es extrem wichtig finden, wenn sich die einbringen.“ (IW_VERW3:2f.)

„Die aktive Einbindung der next generation ist beim Themenkomplex zu nachhaltiger Stadtentwicklung so wichtig. Da geht es um die Stadt, in der die Menschen, die heute Kinder sind, dann als Erwachsene leben werden. Ziel ist einfach, die Lebensqualität für die heute jungen Generationen hochzuhalten.“ (IW_VERW2:1)

Insbesondere bei einer weitreichenden Transformation der Gesellschaft, die in die Lebensrealitäten der Menschen eingreift, wie sie jetzt bei der Dekarbonisierung und Klimawandelanpassung der Stadt stattfinden soll, ist Partizipation wichtig. So kann die gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen gesteigert und somit sichergestellt werden, dass möglichst viele Bewohner:innen den Wandel mittragen. (IW_JUG1) Gerade der Themenkomplex Klimawandel und Klimagerechtigkeit wird von jungen Menschen ohnehin selbst vermehrt angesprochen und eingefordert, das „kommt [...] eh von den Kindern“ (IW_INT:8).

„Eine tatsächlich nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung setzt voraus, dass sich alle in Wien lebenden Menschen einbringen können und das auch aktiv tun – in Diskussionsprozesse, in die Entwicklung und Umsetzung von Projekten, mit ihrem jeweiligen Wissen.“ (DW2:10)

Jungen Menschen wird Potential zugetraut, transformativ zu wirken. Mit Kinder- und Jugendpartizipation können Strukturen aufgebrochen und Lernprozesse in Gang gesetzt werden. (IW_INT; IW_VERW1) *„Es geht schon darum, wenn wir mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, dass etwas Neues, Innovatives entsteht, neue Wege aufgezeigt werden“ (IW_INT:7).*

Bezüglich des Wissens und der Expertise, die Kinder und Jugendliche selbst in Planungsprozesse einbringen können, werden zwei unterschiedliche Bereiche erwähnt. Einerseits das Wissen über konkrete Orte und was es dort braucht, um ihre Bedürfnisse befriedigen zu können (IW_JUG1; IW_VERW2; IW_VERW3). Bezugnehmend auf dieses Wissen werden junge Menschen als „Expert:innen der Nutzung“ oder „Lokalexpert:innen“ genannt (IW_JUG1:3,7). Andererseits das Wissen über einen kind- oder jugendspezifischen Alltag mit hoher Lebensqualität. Das reicht von Sicherheitsaspekten über Ansprechpartner:innen im Grätzl bis zu Aufenthaltsqualität. (IW_INT; IW_JUG1; IW_JUG2; IW_VERW2; DW1) Das Wissen der Kinder und Jugendlichen soll genauso wie das von anderen Bevölkerungsgruppen abgeholt werden und in Entscheidungen der Stadtverwaltung einfließen (IW_VERW3).

Weiters wird nicht nur das Wissen, sondern auch die Denkweise von Kindern und Jugendlichen geschätzt. Sie entwickeln Ideen, auf die Erwachsene oft nicht kommen würden. (IW_VERW1; IW_VERW2) Junge Menschen werden für diese Ideen aber manchmal immer noch belächelt, *„dabei wäre es für uns alle vielleicht schöner, wenn die Stadt bunter wäre“ (IW_VERW1:2).*

„Ich glaube, dass Kinder auch ganz tolle Ideen haben, an die wir gar nicht denken würden. Es gibt dieses Sprichwort: ‚Eine kindergerechte Stadt ist eine menschengerechte Stadt‘. Das ist auch ein Potential, wenn man Kinder und

Jugendliche miteinbezieht, dass es im Prinzip dann für alle gut nutzbar ist. Kinder denken einfach noch nicht in der Logik wie teilweise zum Beispiel Wirtschaftstreibende, sie haben einfach rein den Wunsch, den Raum möglichst gut zu nutzen und das kommt einfach allen zugute.“ (IW_VERW2:3)

Die von jungen Menschen entwickelten Ideen sind nicht absurd, sondern handfeste, fundierte und konkrete Vorschläge. „Man braucht keine Angst davor zu haben, Kinder und Jugendliche zu beteiligen“ (IW_VERW2:3). Diese nehmen die Stadt anders wahr, Kinder- und Jugendpartizipation ist also auch eine Frage der Sicherheit für junge Menschen in der Stadt. Angsträume oder wahrgenommene Probleme können so in der Stadtplanung berücksichtigt werden. (IW_INT; IW_VERW1)

Darüber hinaus gibt es für Partizipation eine ökonomische Begründung. Auch wenn Teilhabe zu Beginn mehr Ressourcen bindet, spart Beteiligung später oft Finanzmittel. (IW_JUG1; DW2) Kritisch wird angemerkt, dass diese wirtschaftliche Nachhaltigkeit noch nicht stadtweit eine Rolle spielt und dass die Geschäftsgruppen der Verwaltung jeweils getrennt budgetieren (IW_JUG1). Durch Beteiligung können einerseits Fehlplanungen vermieden werden, da die Bevölkerung aus dem Grätzl einbringen kann, was dort gebraucht wird. Durch Partizipation wird Planung also treffsicherer, da mehr Orte entstehen, die tatsächlich den Nutzungsbedürfnissen entsprechen. (IW_JUG1; IW_JUG2; IW_VERW1) Andererseits erfahren Räume, die unter Beteiligung geplant oder umgesetzt worden sind, weniger Devastierungen, da die Identifikation damit und Bindung daran höher sind (IW_JUG1; IW_VERW1; DW2). Beide Gründe führen dazu, dass Beteiligung auf lange Sicht eine Kostenersparnis darstellen kann (IW_JUG1).

Die bisher erwähnten Argumente betreffen den Planungsprozess sowie das Planungsergebnis. Darüber hinaus profitieren auch die teilhabenden Personen von einem Partizipationsprozess. Die Einbindung junger Menschen stärkt die Demokratie sowie ihre Eigen- und Fremdwahrnehmung. Kinder und Jugendliche lernen so politische Prozesse kennen, erleben demokratische Abstimmungsprozesse, erfahren auch Rückschläge, lernen, wie man artikulieren muss, bekommen ein Bewusstsein für Mitgestaltung und erwerben insgesamt Demokratieverständnis. (IW_INT; IW_JUG1; IW_VERW1; IW_VERW2; DW2)

Kinder und Jugendliche „merken, dass sie mitreden können und dass die Stadt auch ihnen gehört. [...] Dass sie merken, der öffentliche Raum gehört genauso ihnen wie allen anderen, die halt so groß und so laut reden können.“ (IW_INT:1)

Junge Menschen werden durch Partizipationsprozesse empowert, weil sie Selbstwirksamkeit erfahren. Sie erleben, dass ihre Handlungen oder ihre Meinungen (Aus-) Wirkungen haben, und können im besten Fall in ihrem Lebensumfeld etwas beeinflussen. Sie lernen auch, entsprechende Partizipationsmöglichkeiten einzufordern. (IW_JUG1; IW_VERW1; DW2)

„Das Empowerment, das für Kinder und Jugendliche so wichtig ist, um sie dann später auch zu mündigen Bürger:innen zu machen, die entsprechend sich im demokratischen Gemeinwesen engagieren.“ (IW_VERW1:3)

Schließlich lernen auch Erwachsene, die mit Kindern und Jugendlichen in einem Partizipationsformat interagieren, die Bedürfnisse und Wünsche junger Menschen kennen. So kann die generationenübergreifende Kommunikation gestärkt werden. (DW2)

Barrieren und Hürden bei der Umsetzung von Kinder- und Jugendpartizipation

Von den Interviewpartner:innen werden zahlreiche Herausforderungen bei der Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligungsformaten angeführt. Eine Schwierigkeit ist die Bedeutung des Wortes Partizipation. Abhängig von Dienststelle, Geschäftsgruppe, Stadtratsbüro oder Einzelperson wird darunter etwas anderes verstanden. Eine allgemeingültige Erklärung, was Partizipation in Wien heißt, gibt es nicht. Es geht darum, dass Menschen, die einen Bezug zu einem bestimmten Gebiet haben, eine Möglichkeit der Mitsprache haben, wenn etwas passiert, was dieses Gebiet anbelangt. Diese Mitsprache kann von Information bis zur Mitbestimmung reichen. (IW_INT; IW_JUG1; IW_VERW1) Im Praxisbuch Partizipation ist festgehalten, welche Mindeststandards an Partizipation die Stadtplanung der Stadt Wien festgelegt hat (IW_VERW2).

„BürgerInnenbeteiligung ist die Möglichkeit aller betroffenen und/oder interessierten BürgerInnen, ihre Interessen und Anliegen bei öffentlichen Vorhaben zu vertreten und einzubringen, mit dem Ziel, Entscheidungen zu beeinflussen. Sowohl Menschen, die in Wien leben, aber (noch) nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben, als auch (noch) nicht Wahlberechtigte, wie Kinder und Jugendliche, gehören dazu“ (DW5:10)

Bei Beteiligungsangeboten der Gebietsbetreuung-Stadterneuerung sowie der lokalen Agenda wird von Mitbestimmungsmöglichkeiten berichtet (IW_VERW3). Bei Formaten, die direkt von Dienststellen der Stadt Wien angeboten werden, geht es um Konsultation und Information (IW_VERW2; IW_VERW3).

Über die Stadtplanung hinaus wird Partizipation in Wien sehr weit aufgefasst, sowohl als Mitsprachemöglichkeit, Ermächtigung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. *„Ich glaube, Partizipation wird in Wien so verstanden, dass sich alle Kinder und Jugendlichen entfalten und mitmachen können, und vor allem in dieser Stadt leben.“ (IW_JUG2:1)*

Beteiligungsangebote für junge Menschen betreffen in Wien oft Umgestaltungen des öffentlichen Raums (IW_INT). Am häufigsten sind Grünflächen und Parkanlagen Thema (IW_INT; IW_JUG1; IW_VERW1). Beteiligung bei konkreten Umgestaltungen von Plätzen kommt auch vor (IW_VERW2). Partizipation bei Projekten, die Straßenflächen betreffen, wird als schwierig erachtet (IW_JUG1).

Das Anbieten von Beteiligungsformaten wird von ressourcentechnischen Diskussionen begleitet. Partizipationsprozesse binden im ersten Schritt Geld, Personal, Zeit und Energie. Es ist ein Aushandlungsprozess innerhalb der Verwaltung, in welche Planungsprozesse diese Ressourcen gesteckt werden. (IW_INT; IW_JUG1; IW_VERW1; IW_VERW3) Allerdings sind Kinder und Jugendliche am Papier genauso eine Zielgruppe der Planung wie alle anderen, für die finanzielle Ressourcen bereitliegen (IW_VERW3). Möglicherweise spielt der Aufwand, Beteiligung durchzuführen, eine Rolle: *„Oftmals ist es einfacher etwas zu planen,*

ohne zusätzlich daran zu denken, die Zielgruppen mitplanen zu lassen oder miteinzubeziehen“ (IW_JUG2:4). Neben Ressourcen gibt es eine zweite Hürde für Beteiligung: gesetzliche Vorgaben, Baunormen oder unterirdische Einbauten, die keinen Aushandlungsspielraum haben (IW_JUG1; IW_JUG2).

Wird ein Beteiligungsformat durchgeführt, ist es ein wichtiger Aspekt, von Beginn an zu definieren, welche Möglichkeiten und Grenzen ein Partizipationsprozess hat. Diese (technischen und finanziellen) Rahmenbedingungen gilt es einerseits mit den unterschiedlichen planenden Dienststellen zu fixieren. Andererseits muss mit den am Partizipationsprozess Teilnehmenden ehrlich und offen kommuniziert werden, auch darüber, warum gewisse Maßnahmen nicht umsetzbar sind, um Enttäuschungen vermeiden zu können. (IW_INT; IW_JUG1; IW_JUG2; IW_VERW1) Häufig sind die Entscheidungen, die in Partizipationsprozessen getroffen werden können, begrenzt (IW_VERW3). Die finale Entscheidung liegt bei der politischen Ebene (IW_VERW2). Die Gebietsbetreuung-Stadterneuerung berichtet aber auch von Beteiligungsprozessen, in denen junge Menschen zwischen unterschiedlichen Gestaltungsmaßnahmen auswählen konnten (IW_INT).

Eine große Herausforderung bei Beteiligung ist sicherzustellen, dass es sich nicht um Scheinpartizipation handelt. Sowohl junge Menschen als auch Erwachsene erwarten sich, dass sie und ihre Anliegen und Meinungen bei Beteiligungsprozessen ernst genommen werden. Scheinpartizipation, bei der die Entscheidung von vornherein feststeht, erzeugt Frustration. (IW_JUG2; IW_VERW1; IW_VERW2) Es wird von einer legitimierenden Wirkung von Beteiligung berichtet (IW_JUG1). Über Beteiligung und Projekte mit Beteiligungsangeboten kann man Maßnahmen anders kommunizieren:

„Wie das aussieht, welche finanziellen und technischen Rahmenbedingungen dahinterstehen, ob es dann wirklich möglich ist, redet man von Mitreden, von Mitentscheiden, von Mitbestimmen? Ich glaube, da gibt es noch sehr große Auffassungsunterschiede, was auf einem Flyer, Poster steht und was dann im Hintergrund wirklich gemacht wird.“ (IW_INT:3)

Ein Problem bei der Umsetzung von Kinder- und Jugendpartizipation ist die zeitliche Komponente von Planungsverfahren. Prozesse in der Stadtplanung wie in der Stadtverwaltung sind langwierig und komplex. Findet Beteiligung statt, ist das meist punktuell. Es kann passieren, dass es von einer Beteiligungsphase bis zur Umsetzung nicht nur lange dauert, sondern während dieser Zeitspanne aufgrund interner Abstimmungen Dinge gestrichen oder verändert werden. So kann es passieren, dass sich die Beteiligten in der Umsetzung nicht wiederfinden und vom Prozess enttäuscht sind. (IW_JUG2; IW_VERW1; IW_VERW2; IW_VERW3) Gleichzeitig ist es insbesondere bei jungen Menschen wichtig, dass die Umsetzung schnell gehen muss, weil sich sonst die Bedarfe und Lebensrealitäten der Kinder und Jugendlichen ändern (IW_JUG1). Eine Strategie mit dieser Herausforderung umzugehen, sind kompakte Prozesse mit regelmäßigen Feedback-Schleifen an die Teilnehmenden. So kann man kommunizieren, was der aktuelle Stand ist, warum etwas nicht funktioniert oder wie lange es noch dauert. (IW_INT; IW_VERW3) Genauso wichtig ist es, den Beteiligungsprozess möglichst früh im Planungsprozess zu

starten, damit aus den Ideen der jungen Menschen tatsächlich umsetzbare Projekte werden (IW_VERW1; IW_VERW3).

Ist die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in einen Planungsprozess fixiert, folgt die Herausforderung, wie diese anzusprechen und einzubinden sind. Es wird von vielen Stakeholdern berichtet, die diesen Schritt als schwierig wahrnehmen. Für die direkte Ansprache junger Menschen wurden noch nicht die richtigen Mittel gefunden. (IW_VERW3) Um trotzdem Kinder und Jugendliche zu erreichen, werden sie über Stakeholder mit Zielgruppenkompetenz eingebunden, das können Bildungseinrichtungen oder Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sein. (IW_INT; IW_JUG1; IW_VERW3; DW5) Die Brücke über die Jugendarbeit wird oft gewählt, wenn es Planungen sind, die den öffentlichen Raum betreffen. In öffentlichen Räumen zählen die Nutzer:innen teilweise nicht zu den Bewohner:innen des Viertels. Jugendarbeiter:innen kennen die Anwesenden und können so Kontakt herstellen. (IW_VERW1; IW_VERW3) Schulen werden angesprochen, wenn Partizipation im Rahmen des Unterrichts stattfinden soll. Das muss frühzeitig geplant werden, damit die Beteiligung mit dem Lehrplan bzw. den Planungen der Lehrpersonen zusammenpasst. (IW_JUG2; IW_VERW2; IW_VERW3) Insbesondere in Volksschulen kann man so einen Querschnitt aller in Wien lebenden jungen Menschen erreichen. *„Im Gymnasium oder irgendwelchen Privatschulen, da ist schon ausgesiebt.“* (IW_INT:10) Darüber hinaus erreicht man über den Kontakt mit Schulen nicht nur die dortigen Schüler:innen, sondern über deren Mundpropaganda auch die Eltern (IW_INT). Ein Weg, um junge Menschen besser zu erreichen und für Beteiligung zu motivieren, ist die Art der Kommunikation. Einerseits die Verwendung kind- und jugendgerechter Formulierungen, andererseits das Entwickeln attraktiver, schnelllebigere Beteiligungsformate. (IW_INT; IW_VERW1; IW_VERW3) Eine weitere Möglichkeit ist, den Beteiligungsprozess möglichst aufsuchend zu gestalten. Man sollte *„direkt auf die Menschen zugehen und sie dort ansprechen, wo sie leben und sich im Alltag aufhalten“* (DW5:39). Beteiligung lässt sich auch mit spielerischem und informellem Rahmenprogramm verknüpfen (IW_VERW1; DW5).

Findet Kinder- und Jugendbeteiligung statt, geht es darum, die Ergebnisse der Partizipation festzuhalten und den planenden Behörden zu vermitteln. Ziel ist, die Formulierungen der Kinder und Jugendlichen zu interpretieren und einzuordnen, da junge Menschen sich manchmal schwer tun, ihre Wünsche präzise auszudrücken. Es braucht eine Übersetzungsleistung, die Vorschläge und Wünsche der Teilnehmenden an eine planerische Ebene anzupassen. Dabei ist es notwendig, aus den Bedürfnissen der jungen Menschen planerische Maßnahmen abzuleiten. So können die Ergebnisse der Kinder- und Jugendpartizipation zu Planungsgrundlagen werden. (IW_INT; IW_JUG1; IW_VERW1; IW_VERW2; IW_VERW3) *„Wir sagen, schaut, da ist das Bedürfnis, das sind die Bedarfe und so schaut das planerisch aus“* (IW_INT:7). Eine Übersetzungsleistung ist genauso in die andere Richtung notwendig. Die komplexen Schritte von Planungsprozessen sowie die vorgestellten Pläne muss man für Kinder und Jugendliche sowie nicht mit der Materie vertraute Personen aufbereiten. (IW_INT; IW_VERW3)

„Und so ein Plan ist selbst für uns schwer lesbar. Und wenn man den Kindern zeigen will, so schaut das aus, so wird das ungefähr, wollt ihr noch etwas dazu sagen? Da kann man denen natürlich diesen Plan nicht zeigen, weil den versteht kein Mensch.“

[...] Wir müssen diesen Plan wieder übersetzen in einen für Kinder leserlichen Plan“ (IW_INT:7).

Eine grundsätzliche Herausforderung ist, Beteiligung so zu gestalten, dass möglichst ein Abbild der Stadtgesellschaft darin vertreten ist und alle gehört werden (IW_INT; IW_VERW2; DW3) Bei Kindern und Jugendlichen *„geht oft unter, was sie sich wünschen“* (IW_INT:9). Beteiligung ist also eine soziale Frage. Sozioökonomisch benachteiligte oder bildungsbenachteiligte Gruppen, Personen mit wenig zeitlichen Ressourcen oder geringen Deutschkenntnissen haben selten Zugang zu Beteiligung. (IW_INT; IW_JUG1; IW_JUG2). *„Da gibt es Leute, die haben eine stärkere Stimme“* (IW_INT:9). Andererseits gibt es Menschen, die ein Interesse für Stadtplanung haben und oft bei Beteiligungsformaten dabei sind (IW_VERW2).

„Man sieht es auch, wenn man sich überlegt: Welche Kinder und Jugendlichen können sich an solchen Planungen und ihre Meinung einbringen, sich ehrenamtlich engagieren? Das sind oft zum Großteil die Kinder und Jugendlichen, die aus sozioökonomisch besser gestellten Familien kommen.“ (IW_JUG2:8)

Online-Partizipation stellt eine Ergänzung der persönlichen Kommunikation in Beteiligungsformaten dar. Das kann für bestimmte Zielgruppen viel Potential bieten. (IW_VERW2) Es gibt aber auch skeptische Stimmen: *„Obwohl die meisten Jugendlichen mit elektronischen Medien gut vertraut sind, erreicht man sie mit Online-Partizipation nicht automatisch“* (DW5:101).

Um einen möglichst genauen Querschnitt der jungen Wiener Bevölkerung abzubilden, ist es wichtig, Beteiligung polyzentral anzubieten (IW_VERW2), mehrsprachige Angebote zu schaffen (IW_JUG2; IW_VERW2), bestimmte Communities über einzelne Multiplikator:innen anzusprechen (IW_INT) sowie Beteiligung vieler Gruppen zu günstigen Zeiten anzubieten (DW5).

„Competence bias“

Kinder und Jugendliche werden nicht von allen Stakeholdern der Wiener Stadtverwaltung als entscheidungs- und einschätzungsfähig wahrgenommen. Insbesondere jüngere Kinder werden in ihren Fähigkeiten unterschätzt und in erster Linie belächelt, wenn sie Ideen zur Gestaltung ihres Lebensumfelds beisteuern wollen. (IW_VERW1) Für die erfolgreiche Durchführung von Kinder- und Jugendbeteiligung ist insbesondere das Schaffen eines attraktiven alters- und sozialadäquaten Settings notwendig. Beteiligungsworkshops müssen von Erwachsenen kompetent durchgeführt und gestaltet werden, dafür sind explizite Kenntnisse und Erfahrungen notwendig. (IW_INT; IW_VERW1; DW2) *„Je länger ich mich damit beschäftige, umso mehr glaube ich, das ist wirklich der Kern und die Essenz dafür, dass gute Ergebnisse herauskommen“* (IW_VERW1:6). Diese Kompetenzen müssen erworben werden. Es geht auch darum, die Wahrnehmung der Bedürfnisse junger Menschen zu schulen sowie unterschiedliche Artikulationsformen von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen (IW_INT; IW_JUG1).

„Immer sind auch Erwachsene (Expertinnen und Experten, Politikerinnen und Politiker ...) beteiligt, die den Umgang mit dieser Gruppe nicht gewohnt sind. Sie müssen mindestens so intensiv gecoacht werden wie die teilnehmenden jungen Menschen.“ (DW2:44)

Dafür ist ein Fortbildungsprogramm der Stadt Wien geplant (DW2).

„In Wien wird die Beteiligungskompetenz (allgemein und mit besonderem Fokus auf Kinder- und Jugendbeteiligung) in den Dienststellen der Stadt gestärkt durch Erweiterung des Ausbildungsprogramms der Wien Akademie, kollegiales und abteilungsübergreifendes Lernen und Beratungstandems zwischen planenden Dienststellen und pädagogischen Dienststellen.“ (DW2:45)

Von an Beteiligungsformaten teilnehmenden jungen Menschen wird viel erwartet. Sie sollen mit Freude und Motivation bei der Sache sein (IW_VERW2), Wissen über Planungsprozesse mitbringen (IW_JUG1), Verbindlichkeit zeigen und regelmäßig erscheinen (IW_JUG2; IW_VERW1) sowie die Beteiligungsprozesse ernst nehmen (IW_VERW3). Die Erwartungen, die an teilnehmende Kinder und Jugendliche gestellt werden, sind oft zu hoch. Teilweise geht man womöglich auch einen Schritt zu weit und drängt jungen Menschen Partizipationsmöglichkeiten auf. Es geht eben auch darum, die Settings an die Zielgruppe anzupassen und nicht nur grenzenlose Begeisterung der jungen Menschen zu erwarten (IW_JUG1; IW_VERW1). Gleichzeitig muss man auch mit jungen Menschen Partizipation erst üben, damit sie sich nicht überfordert fühlen (IW_JUG1).

Blick in die Zukunft

Außer den aktuell zutreffenden Barrieren wurden von den Interviewpartner:innen Herausforderungen genannt, die sie in Zukunft stärker auf den Wiener Kontext zukommen sehen. Erstens ist unklar, ob die Nutzungstransformation der in den letzten Jahren geplanten und gebauten Wiener Neubauviertel gelingen wird. Diese Stadtentwicklungsgebiete werden aktuell häufig von jungen Familien bewohnt, aber in einigen Jahren verändern sich die Demografie und damit auch die Ansprüche an den öffentlichen Raum. (IW_JUG1)

Eine Herausforderung, die Wien besonders betrifft, ist der Zugang zu Staatsbürgerschaft. Österreich hat ein restriktives Staatsbürgerschaftsrecht, was dazu führt, dass aktuell etwa ein Drittel der in Wien lebenden Menschen über 16 Jahren kein Wahlrecht hat. Die Wohnbevölkerung in Wien unterscheidet sich somit immer mehr von der Wahlbevölkerung. Das führt zu einer Delegitimation von Politik und höhlt die Grundlage einer repräsentativen Demokratie aus. Hier ist es darüber hinaus von besonderer Bedeutung, über Nationalstaaten hinauszudenken und ein Ineinandergreifen mehrerer politischer Ebenen zu fördern, damit einem aktuellen Populismus-Problem entgegengewirkt werden kann. (IW_JUG1; IW_VERW1)

„Demokratiepolitisch sehe ich durch den demographischen Wandel, durch Bevölkerungswachstum, durch Stadterweiterung einen irrsinnigen Bedarf, darüber

nachzudenken, wie man Menschen in das demokratische Gemeinwesen einbinden kann.“ (IW_VERW1:10)

Es wird eine Herausforderung sein, die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum bei steigenden Temperaturen aufrechtzuerhalten. *„Dass es im Sommer Zonen gibt, wo es Schatten gibt, Wasser gibt, wo auch die Leute, die nicht ihr Ferienhaus im Speckgürtel haben, sich wohlfühlen können.“ (IW_INT:10)*

Weiters wird die stetige Entwicklung und Etablierung von passenden Partizipationsformaten und die Begeisterungsfähigkeit Jugendlicher als Herausforderung erwähnt (IW_VERW3). Es bestehen Bedenken, dass Kinder und Jugendliche immer mehr familiäre Aufgaben übernehmen werden müssen sowie dass Teuerung die Teilhabechancen beeinflusst:

„Ich glaube, dass Themen wie Armut und Teuerung auch auf Partizipation große Auswirkungen haben werden. Weil immer mehr von den Kindern und Jugendlichen gefordert werden wird, um die Familie über Wasser zu halten. Nicht unbedingt in dem Sinn, dass sie finanziell z.B. mit einem Zuverdienst beitragen werden sollen, aber ich habe den Eindruck, dass sich Einschränkungen und finanzielle Hürden auch auf die Teilhabe auswirken.“ (IW_JUG2:8)

Für die Weiterentwicklung von Kinder- und Jugendpartizipation werden zahlreiche Wünsche genannt. Für die Institutionalisierung braucht es den Willen der Verantwortlichen dafür, solche Beteiligungsprozesse zu ermöglichen. Dafür müssen sich das Bewusstsein und die Haltung der Personen ändern. Um das zu erreichen, sind Lernprozesse notwendig, die in Teilen schon stattfinden. (IW_INT; IW_VERW1) Darüber hinaus sind politische Beschlüsse, Budget- und Ressourcenzusagen und verbindliche Rahmenbedingungen notwendig. So können Kinder- und Jugendpartizipation und das Ernstnehmen der Bedürfnisse junger Menschen zu etwas „Normalem“ werden. (IW_JUG2; IW_VERW1; IW_VERW2; IW_VERW3) Dafür gibt es mehrere Ideen:

- Kinder und Jugendliche als Zielgruppe im Praxisbuch Partizipation zu ergänzen (IW_VERW2)
- Einen Fahrplan für Kinder- und Jugendpartizipation, inklusive Monitoring (IW_VERW2)
- Die Erarbeitung institutionalisierter Formate gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen, um Niederschwelligkeit zu garantieren (IW_JUG2)
- Planungsprozesse zu vereinfachen und zu verkürzen und bürokratische Hürden abzubauen (IW_JUG2)
- Mitdenken von Kinder- und Jugendpartizipation bei den Umbauarbeiten des öffentlichen Raums im Zuge der Initiative „Raus aus Gas“¹¹ (IW_INT)
- Eine Person in der Verwaltung, die sich primär mit Kinder- und Jugendpartizipation beschäftigt („Kümmerer“) (IW_INT)

Darüber hinausgehend werden drei Bereiche genannt, die mit Kinder- und Jugendpartizipation und urbanen Räumen im weiteren Sinn zu tun haben. Erstens die

¹¹ <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/energie/wissen/raus-aus-gas-uebersicht.html> (Zugriff 20.06.2023)

stärkere Einbindung der Bevölkerung bei städtischen Bemühungen hinsichtlich der ökologischen Transformation (IW_JUG1). Zweitens Änderungen der Bauordnung in Bezug auf Freizeitflächenverordnungen für Jugendliche (IW_JUG1). Drittens die Modernisierung des österreichischen Staatsbürgerschafts- beziehungsweise Wahlrechts, sodass mehr Personen an demokratischen Prozessen teilnehmen können (IW_JUG1; IW_VERW1).

4.2.3. Diskussion der Ergebnisse

Die Beteiligung junger Menschen spielt in der Stadtplanung eine untergeordnete Rolle. Die Beteiligung der Bevölkerung wurde vor etwas mehr als zehn Jahren erstmals Thema in der Stadtverwaltung, und sie wird immer noch zurückhaltend behandelt. Das einzige in der Stadtverfassung festgelegte Format der Beteiligung ist die öffentliche Planaufgabe mit der Möglichkeit zur Stellungnahme, die dann ohne verpflichtende Auswirkungen abgewogen werden muss.

Zur Partizipation junger Menschen gibt es einzelne Vorreiter- und Pilotprojekte von Seiten der Stadt sowie einzelne Akteur:innen, die darauf einen Fokus legen. Je nach Interviewpartner:in gehen die Meinungen zur Bedeutung von Kinder- und Jugendpartizipation in Wien auseinander. Institutionalisiert ist Kinder- und Jugendbeteiligung in Wien jedenfalls nicht. In keinem gültigen Rechtsdokument ist sie verankert. Es entsteht der Eindruck, dass nicht die ernsthafte Einbindung junger Menschen aufgrund eines Interesses an ihrer Meinung im Vordergrund steht, sondern diese in solchen Projekten vor allem in demokratische Prozesse hineinschnuppern sollen. Verbindliche Beteiligungsergebnisse gibt es bis auf einzelne Projekte mit Abstimmungsmöglichkeiten nicht.

Die Entwicklung machte 2020 mit der partizipativen Entwicklung der Kinder- und Jugendstrategie einen großen Schritt. Werden die dort enthaltenen Maßnahmen verbindlich umgesetzt, wird in den nächsten Jahren eine starke Veränderung sichtbar werden.

„Mit dem Projekt „Werkstatt junges Wien“ und der darauf aufbauenden Kinder- und Jugendstrategie schaffte es die Stadt im Jahr 2020 sogar unter die sechs Finalisten des European Capital of Innovation (Europäische Kommission 2020)“ (SCHREIBER & GHAFOR-ZADEH 2022:232)

Die Etablierung der Kinder- und Jugendpartizipation in stadtplanerischen Prozessen steht somit wohl erst am Beginn. Es lassen sich zwei strukturelle Herausforderungen beobachten. Erstens die Organisation der Stadtverwaltung in mitunter konkurrierenden Dienststellen und dadurch fehlendem gemeinsamen Ziel. Zweitens der häufig reine Fokus auf Erwachsene in bestehenden Beteiligungsangeboten.

Darüber hinausgehend wird Partizipation in Wien sehr breit gedacht. Es geht um die Bereitstellung von „social services“ (MARTINELLI 2017:12f.), also Sozialleistungen zur Umsetzung sozialer Gerechtigkeit und Inklusion. Das reicht von günstigen Wohnkonditionen, kostenlosen Kindergartenjahren und Schulbildung über Gesundheitsversorgung zu kostenlosen Sommer- und Freizeitangeboten und

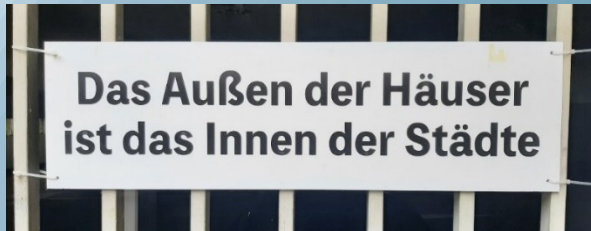
vergünstigtem Eintritt in kulturelle oder sportliche Einrichtungen. So soll eine Teilhabe an Gesellschaft allen ermöglicht werden.

Mit einem Analyserahmen wird in der vorliegenden Arbeit der „competence bias“ (LE BORGNE & TISDALL 2017:123, siehe Kap. 2.6.) erfasst. Die normative Ebene kann nicht eindeutig klassifiziert werden. Die Aussagen der Interviewpartner:innen lassen auf ein Bewusstsein für junge Menschen und den Wert des öffentlichen Stadtraums schließen. „Eine Stadt für Kinder ist eine Stadt für alle“ ist ein oft ausgesprochenes Credo. Allerdings wird über andere Akteur:innen in der Stadt(verwaltung) berichtet, die Kinder und Jugendliche und ihre Ideen für Stadt und Gestaltung wenig ernst nehmen. Bezüglich der strukturellen Ebene zeigt sich ein ähnliches Bild. In Strategien der Stadt Wien wird Partizipation hochgehalten. In Personalstellen werden die dort ausgegebenen Ziele nur selten sichtbar. Seit 2020 gibt es einen Budgetposten für die Kinder- und Jugendstrategie, eine Million Euro wird etwa partizipativ von jungen Menschen vergeben. Die in dem Zuge beschlossenen Projekte betreffen zwar oft den Stadtraum, dazu gibt es aber keine Vorgaben. Explizite Budgetbeschlüsse für Kinder- und Jugendpartizipation in der Stadtplanung gibt es also nicht in großem Rahmen. Auf der Umsetzungsebene wird ein klarer Unterschied zu den in Strategien geäußerten Zielen deutlich. In keinem von fünf ausgewählten Projekten wird von einer dezidierten Kinder- und Jugendpartizipation berichtet. Junge Menschen haben in Wiener Planungsprozessen kaum Agency inne. Sie haben, bis auf Ausnahmen, keine Möglichkeiten, Entscheidungen zu beeinflussen. Zahlreiche Interviewpartner:innen berichten, dass partizipative Planungsprozesse nicht selten nur auf Erwachsene ausgerichtet seien. Vielfach fehlen den erwachsenen Akteur:innen die Kompetenzen, um Partizipationsprozesse für junge Menschen aufzubereiten, gleichzeitig werden die Stimmen junger Menschen seltener gehört als die Erwachsener. Es kann also davon ausgegangen werden, dass in weiten Teilen auf struktureller Ebene im System der Wiener Stadtplanung ein „competence bias“ vorliegt. Das ist auch dann der Fall, wenn es einzelne Handelnde gibt, die sich der Kompetenzen und Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen bewusst sind. Es kann angenommen werden, dass dieser „competence bias“ von der Stadtverwaltung selbst in Grundzügen wahrgenommen wird, da in der Kinder- und Jugendstrategie eine Fortbildung der erwachsenen Akteur:innen als Maßnahme definiert ist.

Mit dem dieser Arbeit zugrundeliegenden Blickwinkel des „Childism“ (WALL 2019:1, siehe Kap. 2.5.) können im Fallbeispiel Wien Formen des „Adultism“ (DERR et al. 2018:36, siehe Kap. 2.5.) nachgewiesen werden. Es wird vor allem in strategischen Dokumenten der Stadt Wien oft erwähnt, dass Kinder und Jugendliche auf den Start in ihr Leben vorbereitet werden sollen. Junge Menschen werden nicht als kompetente soziale Akteur:innen wahrgenommen, sondern als zukünftige Erwachsene. Je jünger die Kinder sind, desto weniger Fähigkeiten werden ihnen zugetraut. Weiters wird erwähnt, dass über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen deren Eltern erreicht werden können. Als Bonus bei ernst gemeinter Beteiligung junger Menschen ist das eine Möglichkeit, mehr Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Ist es das einzige Ziel, Erwachsene über junge Menschen anzusprechen, sind die Meinungen der Erwachsenen offensichtlich wichtiger als die der Kinder und Jugendlichen.

Die im Wiener Kontext am häufigsten erwähnte Herausforderung von Akteur:innen der Verwaltung ist die Ansprache von Kindern und Jugendlichen. Als Chancen werden von allen Akteur:innen gleichermaßen das Wissen der Bevölkerung und die Demokratieerfahrung für junge Menschen angesprochen. Außerdem legitimiert das Resultat den Einsatz von Partizipationsmaßnahmen. Schließlich können durch Vermeidung von Fehlplanungen materielle und finanzielle Ressourcen gespart werden.

Um Kinder- und Jugendpartizipation in der Stadtplanung stärker zu verankern, ist es notwendig, diese strukturell und institutionell abzusichern. Die Interviewpartner:innen haben dazu selbst viele Vorschläge gesammelt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Masterarbeit würde sich der Prozess der STEP-Entwicklung anbieten, um Kinder- und Jugendpartizipation zu diskutieren.



FALLSTUDIE 2: GOOD-PRACTICE BEISPIEL STUTTGART

4.3. Fallstudie 2: Good-Practice Beispiel Stuttgart

Für die Fallstudie Stuttgart werden sieben Interviews durchgeführt sowie vier Dokumente analysiert, die in Tabelle 5 inklusive der später verwendeten Abkürzungen dargestellt sind.

TABELLE 5: ANALYSEMATERIAL STUTTGART, EIGENE DARSTELLUNG 2023

Dokumente Stuttgart	DS1_ Gesamtkonzept Kinderbeteiligung in der Landeshauptstadt Stuttgart, 2022
	DS2_ Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune, 2020
	DS3_ Leitlinien für informelle Bürgerbeteiligung, 2017
	DS4_ Masterplan Räume für Jugendliche, 2017
Interviews Stuttgart	IS_JUG1_ Stadtjugendring Stuttgart (09.05.2023)
	IS_JUG2_ Stuttgarter Jugendhaus GmbH (11.05.2023)
	IS_VERW1_ Amt für Stadtplanung und Wohnen, Kinderbeauftragte (02.05.2023)
	IS_VERW2_ Jugendamt (12.05.2023)
	IS_VERW3_ Kinderbüro (04.05.2023)
	IS_VERW4_ Koordinierungsstelle für die Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen & Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung (03.05.2023)
	IS_Z_ Bürgerstiftung Stuttgart (12.05.2023)

4.3.1. Kontexterläuterungen

In Stuttgart, der Hauptstadt des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg, leben 610.000 Menschen (2023). Die Einwohner:innenzahl ist mit Ausnahme eines Rückgangs während der Corona-Pandemie seit mehreren Jahren stabil. Rund 15% der Bevölkerung sind unter 19 Jahre alt, 2022 waren das knapp über 96.000 Personen. Rund 27% der Bevölkerung in der Stadt am Neckar haben keine deutsche Staatsbürgerschaft und sind somit ab dem Wahlalter von 18 Jahren vom Wahlrecht ausgeschlossen. (STATISTISCHES AMT DER LANDESHAUPTSTADT STUTTGART 2023)

Die Verwaltung Stuttgarts ist in den Geschäftskreis des Oberbürgermeisters sowie sieben Referate gegliedert, denen Ämter, Abteilungen und andere Dienststellen zugeordnet sind. Die politischen Vorsteher der Referate werden Bürgermeister:innen genannt. (LANDESHAUPTSTADT STUTTGART o.J.a) Die Stadt Stuttgart hat einen Doppelhaushalt, der alle zwei Jahre fixiert wird (LANDESHAUPTSTADT STUTTGART o.J.b). Stimmenstärkste Partei bei den letzten Gemeinderatswahlen waren die „Grünen“. Der Oberbürgermeister kommt aktuell

aus der Partei CDU. Seine Position als Chef der Stadtverwaltung wird von der Bevölkerung direkt gewählt, die Amtszeit beträgt acht Jahre. (LANDESHAUPTSTADT STUTTGART o.J.c)

Im Stadtkreis Stuttgart liegt das regionale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2020 bei rund 90.000 € und ist somit eines der höchsten Deutschlands (STUTTGART JUGENDHAUS GGMBH 2023:10). Die Stadt betreibt seit dem Jahr 2013 ein öffentlich einsehbares Sozialraummonitoring mit Daten, unter anderem zu Einkommen, Wohnsituation und Gesundheitsfaktoren. Die Daten stehen auf Stadtbezirk- und Stadtteilebene zur Verfügung. (LANDESHAUPTSTADT STUTTGART o.J.d)

In Stuttgart beschäftigen sich diverse Stakeholder mit dem Thema Kinder- und Jugendpartizipation. Es gibt zahlreiche Träger, die mobile Jugendarbeit anbieten, dazu zählen etwa die evangelische und katholische Kirche, die Caritas und die mobile Jugendarbeit Innenstadt. Die Stuttgarter Jugendhaus Gesellschaft (STJG) ist ebenso im Bereich der mobilen Jugendarbeit tätig und unterhält in vielen Bezirken Jugendhäuser. (IS_VERW1) Die Einrichtungen und Personen der Stuttgarter Jugendhaus Gesellschaft verstehen sich als „Anwälte für junge Menschen“ (IS_JUG2:1). Sie haben ein Mandat inne für die „anwaltschaftliche, parteiliche Interessensvertretung“ für junge Menschen. Die STJG führt in verschiedenen Themenfeldern offene Beteiligungsprozesse durch (IS_JUG2).

Stuttgart ist geprägt von einer aktiven zivilgesellschaftlichen Trägerlandschaft. Dazu zählen etwa der Stadtjugendring, der Internationale Bund, das Team Tomorrow oder die Bürgerstiftung. Sie arbeiten mit der Stadtverwaltung zusammen, um den Interessen der Kinder und Jugendlichen mehr Gehör zu verschaffen. (IS_JUG1) Der Stadtjugendring ist die Interessensvertretung der Jugendvereine in Stuttgart und Fach- und Koordinierungsstelle für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ in der Stadt. Diese Partnerschaft soll einen demokratischen Wertedialog der Stadt begünstigen, (Jugend-)Partizipation fördern und sich gegen Diskriminierung stark machen. (IS_JUG1) Die Bürgerstiftung möchte Menschen zusammenbringen, um die Lebensbedingungen in der Stadt zu verbessern. Um das zu erreichen, gibt es etwa Projekte im Bereich der Demokratieförderung. Damit ist explizit die Beteiligung von vor allem Jugendlichen gemeint. Die Bürgerstiftung initiiert Beteiligungsprojekte, setzt sie um, moderiert Veranstaltungen und leitet Ergebnisse ihrer Arbeit an die Kommunalpolitik weiter. (IS_Z)

Viele der genannten Träger sind seit 2020 in unterschiedlichen Arbeitsgruppen zur „Integrierten Jugendarbeit Innenstadt“ engagiert, um eine jugendgerechte Stuttgarter Innenstadt zu fördern (IS_JUG2; IS_VERW1; IS_VERW2).

Auf Seiten der Stadtverwaltung gibt es zahlreiche Dienststellen, die sich mit Kinder- und Jugendbeteiligung beschäftigen. Das Kinderbüro und die Kinderbeauftragte sind dafür verantwortlich, dass Kinderinteressen in der Stadtverwaltung verfolgt werden, sie sind die „Anwälte der Kinder“ (IS_VERW3:1). Sie sind oft diejenigen, die Kinderbeteiligung bei Projekten jeglicher Art einfordern (IS_VERW3; IS_VERW4). Für die Durchführung von Kinderbeteiligungsprojekten gibt es im Jugendamt der Stadt die Dienststelle „Kinderförderung und Jugendschutz“. Finden Planungsprozesse in Stuttgart statt, kann man auf das Team mit dem Schwerpunkt Kinderbeteiligung und Kinderrechte zugehen und dieses plant gemeinsam mit den Projektverantwortlichen der anderen Ämter den

Kinderbeteiligungsprozess. (IS_VERW1; IS_VERW2; IS_VERW3) Im Jugendamt wird weiters der Projektmittelfonds „Zukunft der Jugend“ abgewickelt, bei dem Träger Anträge stellen können, um Projekte für mehr Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche zu fördern. Das Jugendamt ist im „Beteiligungsbeirat informelle Bürgerbeteiligung der Stadt Stuttgart“ vertreten, der sich aus Bürger:innen, Verwaltung und Politik zusammensetzt, um über Beteiligungskonzepte für große Vorhaben zu beraten. Das Jugendamt möchte dort die Aspekte der Kinder- und Jugendbeteiligung einbringen. (IS_VERW2) Im Haupt- und Personalamt sind die Koordinationsstellen „Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen“ und „Jugendbeteiligung“ angesiedelt, die sich für Jugendbeteiligung in Stuttgart stark machen und die alle zwei Jahre stattfindenden Jugendratswahlen organisieren (IS_VERW4).

In den Dienststellen der Stadt Stuttgart gibt es zudem sogenannte Kinderbeauftragte, die für das Thema Kinderfreundlichkeit in ihrem jeweiligen Bereich zuständig sind. So eine Stelle gibt es im Amt für Stadtplanung und Wohnen, es wird etwa darauf geachtet, dass die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen bei öffentlichen Planungen Einfluss finden. (IS_VERW1) Dort ist weiters die interdisziplinäre Arbeitsgruppe für Sozialverträgliche Planung angesiedelt, in der regelmäßig und frühzeitig Weiterentwicklungsgebiete der Stadt mit den unterschiedlichen Fachämtern diskutiert werden, *„sodass bei dem Wettbewerb für das Gebiet die entsprechenden Bedarfe untergebracht werden können.“* (IS_VERW1:1) Bedarfe schließen neben Nutzungsoptionen auch Partizipationsbedarfe von Zielgruppen ein (DS2). Darüber hinaus werden relevante Strategien und Konzepte vorgestellt, um einen Informationsaustausch der Kolleg:innen zu gewährleisten (IS_VERW1; IS_VERW3; IS_VERW4).

Eine Übersicht der interviewten Stuttgarter Akteur:innen ist in Abbildung 9 dargestellt.

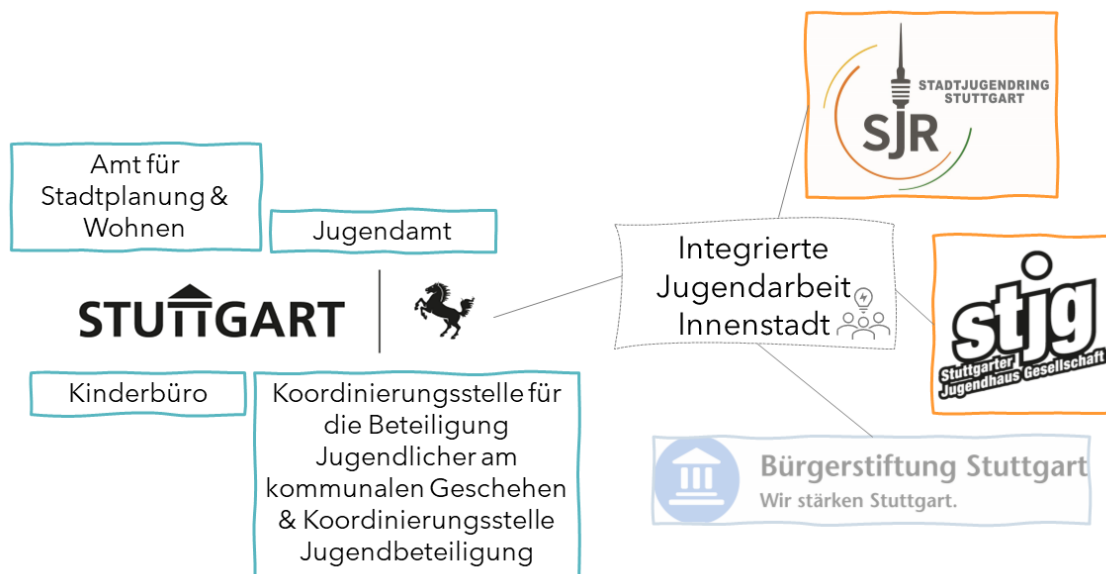


ABBILDUNG 9: NETZWERK DER AKTEUR:INNEN IN STUTTGART, EIGENE DARSTELLUNG 2023. (LOGOS SIND DEN ENTSPRECHENDEN HOMEPAGES ENTNOMMEN)

4.3.2. Darstellung der Daten: Kinder- und Jugendpartizipation in Stuttgarter Planungsprozessen

Kinder und Jugendliche in Stuttgart

Das Stuttgarter Kinderbüro folgt der UN-Kinderrechtskonvention und legt den Fokus auf alle jungen Menschen zwischen null und 18 Jahren (IS_VERW1). Bezüglich der städtischen Beteiligung wird zwischen Kindern und Jugendlichen getrennt, da es unterschiedliche Voraussetzungen bei den Zielgruppen gibt (IS_Z ; DS1).

Das „ist fachlich angemessen, da Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Methoden angesprochen werden. Trotzdem gibt es viele Überschneidungen, da es zwischen Kindheit und Jugendalter fließende Übergänge gibt.“ (DS1:1)

Kinderbeteiligung ist für Kinder bis einschließlich 13 Jahren, wobei es einen Fokus auf die Altersgruppen der Grundschule, Kinder bis zehn Jahren, gibt (IS_VERW2; DS1). Ab 14 Jahren bis 18 Jahren gilt die Jugendbeteiligung. Diese strikte Grenze gilt nur beim Stuttgarter Jugendrat, bei anderen Beteiligungsformaten gibt es keine Altersrestriktionen. (IS_VERW2; IS_VERW4) Als Bindeglied zwischen Kinder- und Jugendbeteiligung gibt es sogenannte Aktionsgruppen, die für junge Menschen zwischen elf und 21 offenstehen (IS_VERW4). Der „Masterplan Räume für Jugendliche“ richtet sich wiederum an die Zielgruppe der 15- bis 25-Jährigen (DS4).

Kinder und Jugendliche werden nicht als eine homogene Bevölkerungsgruppe wahrgenommen. Sie sind divers und vielfältig, es gibt unterschiedliche soziale und Bildungshintergründe, Altersgruppen und Lebenswelten. (IS_JUG2; DS4) Zur Situation Kinder und Jugendlicher gibt es darüber hinaus eine gute Datenlage durch regelmäßiges und detailliertes Sozialmonitoring (DS2). „Genauso wenig wie es ‚die‘ Jugendlichen gibt, gibt es ‚die‘ öffentlichen Räume für Jugendliche“ (DS4:62).

Speziell während der Corona-Pandemie ist die Aufmerksamkeit für die Situation junger Menschen gestiegen (IS_JUG2; IS_VERW2).

„Und Jugend, die wollen aktuell tun, sein und machen. Während Corona gab es das nicht, und das zeigen sie gerade ganz arg, „wir wollen gesehen werden.“ In Helsinki habe ich gelernt, das nennt man lack of joy. [...] Ich glaube, deswegen ist es wichtiger denn je, ihnen schnell im direkten Wohnumfeld Möglichkeiten zu geben, wo sie aktiv werden können, dass sie wieder erleben: Mein Tun hat Sinn.“ (IS_JUG2:6)

Es gibt ein Bewusstsein für die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Stadt (-Planung). Junge Menschen sollen „ausreichenden und geeigneten Raum finden, um sich aufzuhalten, zu spielen und sich zu bewegen“ (DS2:23). Sie und ihre Familien brauchen einerseits bezahlbaren Wohnraum (DS2), andererseits ist vor allem der öffentliche Raum für die Bedarfe junger Menschen essentiell (IS_VERW1). Sie brauchen Grünflächen, Flächen, um Sport zu betreiben, Orte ohne Konsumzwang und Räume, wo sie sehen und gesehen werden (IS_VERW1). Gerade für Spielflächen gab es bereits Untersuchungen, in welcher Quantität Stuttgart mit solchen Flächen versorgt ist (IS_VERW3). Es besteht die Überzeugung, dass es wichtig ist, die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen in Planungen einzubringen (IS_VERW1). Dafür gibt es städtische Zielsetzungen:

„Die Mitbestimmung soll methodisch altersangemessen, transparent und inklusiv durchgeführt werden und so angelegt sein, dass möglichst alle soziokulturellen Aspekte berücksichtigt werden. Eine verbindliche Rückmeldung an die Beteiligten und die Umsetzung sollen zeitnah erfolgen.“ (DS2:38)

Dieses Ziel wird aktuell nicht vollumfänglich erreicht. In der Stadt Stuttgart gibt es eine starke Flächenkonkurrenz (IS_JUG2; IS_VERW4; DS4). *„Stuttgart wird auch immer enger, unser Raum wird weniger“* (IS_JUG2:5). Bei der Abwägung der unterschiedlichen Bedarfe an eine Fläche stehen Kinder in der Hierarchie *„relativ weit unten“* (IS_VERW2:6). Ebenso *„kommen die Jugendlichen in der Regel zu kurz“* (IS_VERW4:3). Es gibt außerdem Gewissheit, dass nicht die gesamte Bandbreite junger Menschen an Beteiligungen teilnimmt (IS_VERW2). *„Trotz manchem gutgemeinten Angebot bleiben junge Menschen sehr oft Beteiligungen fern“* (DS4:53).

Das gesellschaftliche Bild von jungen Menschen gilt als konfliktbehaftet. Es gibt *„immer noch viele Vorurteile gegenüber Jugendlichen“* (DS4:43), sie würden hauptsächlich als Ärger Machende wahrgenommen (IS_VERW1). Insbesondere wenn unterschiedliche Nutzer:innengruppen denselben *„umkämpften öffentlichen Raum“* (DS4:10) beanspruchen, kann es Konflikte geben: *„Gegenüber Treffpunkten für Jugendliche gibt es aus Teilen der Bevölkerung Vorbehalte“* (DS4:5). Vor allem Lautstärke ist das vorherrschende Problem. Während Kinderlärm, gesetzlich betrachtet, nicht als Lärm gilt, ist Jugendlärm eine Lärmemission. (IS_VERW1; IS_VERW4) Jugendliche wollen sich gesellschaftlich akzeptiert fühlen (IS_JUG2), ihr Lärm gilt aber als Störfaktor bei Anwohnenden (IS_VERW1; IS_VERW4; DS4).

Gesamtheitlich betrachtet wird *„jugendtypisches Verhalten im öffentlichen Raum [...] mega stark problematisiert. [...] Auffällig war aber, dass ältere Menschen immer über, aber nicht mit jungen Menschen über diese Themen sprechen.“* (IS_Z:8)

Kinder- und Jugendpartizipation in Stuttgart

Als ersten Anstoß steigenden Bewusstseins für Kinder- und Jugendpartizipation wird die UN-Kinderrechtskonvention genannt, die in Deutschland 1992 ratifiziert wurde und seit 2010 Status eines einfachen Bundesgesetzes hat. Aus dem Ferienprogramm der Stadt kommend, wurden erste Beteiligungsprojekte auf Spielplätzen durchgeführt. Anfang der 1990er Jahren hat sich in der Stadtverwaltung Stuttgarts die Interessensbeteiligung Kinderbeteiligung gebildet, ein Zusammenschluss aller Interessierten zum Thema Kinderbeteiligung. (IS_VERW2; IS_VERW4) Sie ist bis heute ein *„stadtweites Netzwerk für Austausch und Qualifizierung der Kinderbeteiligung“* (DS2:40). 1995 gab es in einigen Stadtbezirken die erste Jugendratswahl. Eine 1999 dem Gemeinderat vorgelegte Studie empfahl zusätzlich einen Partizipationsmix mit offenen und projektorientierten Beteiligungsformaten sowie einen gesamtstädtischen Jugendgemeinderat. In Zuge dessen wurde die Koordinierungsstelle für Jugendbeteiligung begründet. (IS_VERW4) 2003 folgte die Stelle der Kinderbeauftragten, 2004 die Kinderbeauftragten in den städtischen Dienststellen, die damals ehrenamtlich waren und heute 10%-Stellen sind. Der damalige

Bürgermeister Wolfgang Schuster setzte sich für die Kinderfreundlichkeit der Stadt Stuttgart ein. (IS_VERW2; IS_VERW4; DS2)

2014, mit dem Einstieg der jetzigen Kinderbeauftragten Maria Haller-Kindler, vergrößerte sich das Kinderbüro stark und hat seitdem mehrere Angestellte. Das Kinderbüro betreibt Vernetzung zwischen den städtischen Dienststellen und betrachtet die Partizipation junger Menschen als Querschnittsaufgabe. Als Türöffner für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird die 2014 und 2015 erarbeitete „Konzeption Kinderfreundliche Kommune 2015-2020“ beschrieben, die ein Handlungsfeld Kinderbeteiligung beinhaltet. (IS_JUG2; IS_VERW1; IS_VERW2; IS_VERW3; DS2) In dieser *„hat der Gemeinderat auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Ziele und Maßnahmen in neun kinderrelevanten Handlungsfeldern beschlossen, die seitdem umgesetzt werden“* (DS2:5). 2017 beschloss der Gemeinderat, sich für das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“, der von Unicef und dem Deutschen Kinderhilfswerk getragen wird, zu bewerben. Das Siegel orientiert sich an Vorgaben der „Child Friendly Cities“-Initiative. (IS_VERW1; DS2) *„Ziel ist die systematische und verlässliche Verankerung der Kinderrechte in der Landeshauptstadt Stuttgart“* (DS2:3). 2020 wurde auf Grundlage der Konzeption der „Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune“ vom Gemeinderat verabschiedet. Er ist um Maßnahmen und Bereiche ergänzt, die für den Erhalt des Siegels als notwendig erachtet wurden. (IS_VERW3; DS2)

„Entwicklungsbedarf sehen Verein und Sachverständige im Hinblick auf mehr Verbindlichkeit und systematische Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen bei allen kommunalen Maßnahmen.“ (DS2:10f.)

Im Rahmen des Aktionsplans wurden etwa Schulungen der Kinderbeauftragten zum Thema Kinderrechte im Verwaltungshandeln und Fortbildungen für Schlüsselpersonen sowohl stadtintern als auch für externe Akteur:innen zum Thema Kinder- und Jugendpartizipation eingeführt. Außerdem wurden die Kinderrechte in die Hauptsatzung der Stadt aufgenommen. (IS_VERW3; DS2) Ebenso 2020 erhielt Stuttgart das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ für ihre Bemühungen. Ab dem Zeitpunkt sind drei Jahre Zeit, um den Aktionsplan zu einem bestimmten Prozentsatz umzusetzen. Sind die Maßnahmen entsprechend umgesetzt, wird das Siegel verlängert und nach einem erfolgreichen zweiten Aktionsplan und Plänen für die zukünftige Sicherung der Kinderrechte entfristet. (IS_VERW3)

2016 trat eine Änderung der Gemeindeordnung Baden-Württemberg in Kraft, die Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendpartizipation in Stuttgart hat. Paragraph 41a wurde novelliert, darin ist seitdem angeführt, dass eine Gemeinde Jugendliche bei Belangen, die sie betreffen, beteiligen muss und Kinder beteiligen soll. (IS_VERW2; IS_VERW4; IS_Z) *„Ich habe das Gefühl, hier in Stuttgart wird das sehr ernst genommen. Es ist der Kommunalpolitik auf jeden Fall ein Anliegen, dass diese Verordnung auch aktiv umgesetzt wird“* (IS_Z:6). Seit dieser Gesetzesänderung hat es einen „Riesenantrieb“ (IS_VERW2:8) für die Beteiligung junger Menschen gegeben.

2017 wurde der Masterplan Räume für Jugendliche veröffentlicht. Darin ist herausgearbeitet, was Jugendliche in der Stadt brauchen, was sie machen und wo sie sich

gerne aufhalten. (IS_VERW1) Der Masterplan enthält Handlungsempfehlungen: „[V]erschiedene Möglichkeiten, Jugendliche und junge Erwachsene mehr als bisher in Planungen, bei Bauvorhaben und der Gestaltung des öffentlichen Raums einzubeziehen“ (DS4:49).

„Ein negativer Meilenstein, aus dem sich sehr viel Positives entwickelt hat“ (IS_Z:6), ist die sogenannte Stuttgarter Krawallnacht im Juni 2020, in der randalierende Jugendliche durch die Innenstadt zogen. Statt reiner ordnungspolitischer Maßnahmen wurde nachfolgend das Strukturmodell für die integrierte Jugendarbeit Innenstadt entwickelt und vom Gemeinderat beschlossen, wo unterschiedliche Stakeholder träger- und ressortübergreifend thematisch zusammenarbeiten, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Wissen transparent zu machen. (IS_JUG2; IS_VERW1; IS_VERW2; IS_Z)

„Die Reaktion der Jugendarbeitspolitik war superschnell, plötzlich sind Dinge schnell passiert, es ist Geld in die Hand genommen worden, man hat sich überlegt, wie reagieren wir darauf, es ging zack, zack, zack.“ (IS_JUG2:4)

Ziel ist: „Nicht nur reden, sondern ins Tun kommen“ (IS_Z:5). Die Arbeitsgemeinschaft Jugendbeteiligung des Strukturmodells hat in Folge der Krawallnacht das Projekt „Stuttgart 0711 Wohnzimmer“ entwickelt: ein pop-up Wohnzimmer der Jugendarbeit, welches durch die Stadt tourte, um mit Jugendlichen über Sicherheit zu reden (IS_JUG2; IS_Z). Ein anderer Arbeitskreis hat das Projekt „Mein Schlossplatz“ entwickelt, ein in den Sommermonaten stattfindendes vielfältiges und konsumfreies Programm mitten in der Stadt, „wo unterschiedliche Jugendlichen sich treffen“ (IS_JUG2:2) können (IS_JUG2; IS_VERW1). Außerdem wurde nach der Krawallnacht eine Jugendbefragung von der Stadt durchgeführt, um bessere Kenntnis über die Lebenswelt der Jugendlichen zu erlangen (IS_VERW2).

2022 folgte der Gemeinderatsbeschluss zum „Gesamtkonzept Kinderbeteiligung“ sowie zur Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung. Das Gesamtkonzept Kinderbeteiligung ist ähnlich einem Haus mit zwei Säulen dargestellt und soll vor allem zu den SDGs 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) sowie 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) beitragen. (IS_VERW3; DS1; DS2)

„Da sieht man auf der einen Seite die regelmäßige Kinderbeteiligung, die findet alle fünf bis sieben Jahre in den Stadtbezirken statt. Und auf der anderen Seite sind die Projekte zu mehr Kinderbeteiligung, was Spielflächen und städtebauliche Prozesse angeht, aber auch zu weiteren Themen, die in der Stadtverwaltung bearbeitet werden. Es gibt oben drüber so einen Balken, das ist die Kinderversammlung, [...] ein Instrument, das seit 2020 in Stuttgart etabliert ist. Und darüber kommen die Kinderbeauftragten, also wir alle in der Verwaltung, die diese gesamten Interessen an die Politik wiederum weitervermitteln.“ (IS_VERW3:4)

Die Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung umfasst u.a. die Beantragung und Schaffung einer 100%-Stelle für die Entwicklung und Betreuung „offener Jugendbeteiligungsformate für Projekte der Planungsämter“ (IS_VERW4:5) mit dem nächsten Doppelhaushalt 2024/2025. (IS_VERW1; IS_VERW4) Es handelt sich also um ein „Pendant zu den Kolleg:innen im Jugendamt für das Thema Jugendliche“ (IS_VERW1:6). Ziel ist es, aus dem

„Haus der Kinderbeteiligung einen Palast der Kinder- und Jugendbeteiligung zu machen“ (IS_VERW3:6). Kinder- und Jugendpartizipation soll stärker verzahnt werden. Als Bindeglied zwischen Kinder- und Jugendbeteiligung wurden sogenannte Aktionsgruppen als offenes Beteiligungsformat entwickelt, die für junge Menschen zwischen elf und 21 Jahren offenstehen. (IS_VERW2; IS_VERW3; IS_VERW4)

Als weitere wichtige Entwicklungsschritte im Bereich Partizipation wurden außerdem die Proteste im Rahmen des Bahninfrastrukturprojekts „Stuttgart 21“ (IS_JUG1), die „Internationale Bauausstellung (IBA) 2027 StadtRegion Stuttgart“ (IS_JUG1) sowie das in Stuttgart ansässige Masterstudium „Planung und Partizipation“ (IS_Z) genannt.

Die Beteiligung junger Menschen ist in Stuttgart zum Teil also gesetzlich geregelt. *„Die Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen ist im Stadtrecht verankert“* (IS_VERW4:8). Einerseits gibt es die Gemeindeordnung mit Paragraph 41a, der die Beteiligung Jugendlicher verpflichtend vorschreibt (IS_VERW1; IS_VERW2; IS_VERW3; IS_VERW4; DS4). Andererseits gibt es auf Bundesebene das Baugesetzbuch, welches in Paragraph 3 die Bürger:innenbeteiligung bei Planungsverfahren regelt, sowie in Paragraphen 1 und 137 die Beteiligung junger Menschen erwähnt (IS_Z; DS4). Ferner ist im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (Sozialgesetzbuch – Achtes Buch, Kinder- und Jugendhilfe) Partizipation gesetzlich verankert (IS_VERW2; IS_VERW3; DS1; DS4). Diese Gesetzgebungen sind *„ein großer Schub gewesen, um zu sagen: Wir binden Kinder und Jugendliche jetzt stärker ein“* (IS_VERW2:8). Institutionalisiert ist ebenso die Kinderbeteiligung bei der Neu- oder Umgestaltung von Spielflächen. Zwischen dem für Spielplätze zuständigen Garten-, Friedhofs- und Forstamt sowie dem Jugendamt gibt es eine Vereinbarung, wie Kinderbeteiligung umzusetzen ist und wer für welche Schritte zuständig ist. (IS_VERW2)

Die Kinder- und Jugendbeteiligung in Stuttgart ist aktuell ein Bereich in Bewegung. Es gibt zahlreiche positive Kommentare über die Bemühungen in der Stadt. *„Da muss man sagen, da ist in der Stadt gerade ein Vibe: Wir müssen zusammenarbeiten, alle Jugendlichen haben ihre Berechtigung“* (IS_JUG2:5). Es gibt *„eine große Aufgeschlossenheit dem Thema Kinder- und Jugendbeteiligung gegenüber“* (IS_VERW2:7). Man spürt den Willen der Verwaltung, das Thema zu unterstützen. *„Es gibt eine Verpflichtung“* (IS_VERW4:4) der Verwaltung, den Paragraphen 41a der Gemeindeordnung umzusetzen. Darüber hinaus gibt es Bemühungen zur Kooperation und Vernetzung zwischen Stadtplanung und Jugendarbeit (IS_Z). Allgemein ist der Stellenwert von Partizipation in Baden-Württemberg in den letzten Jahren größer geworden:

„Da wurden ja dann auch ganz neue Kompetenzen ausgebildet und neue Professionen sind entstanden. Das heißt, diese Bewegung ist in der Form auch noch nicht so alt. Das passiert alles gerade mal so seit zehn, zwölf, 15 Jahren. Das heißt, das ist einfach auch ein Bereich, der unheimlich in Entwicklung befindlich ist.“ (IS_Z:6)

Inzwischen soll ein Umdenken stattgefunden haben, wonach Kinder- und Jugendpartizipation teilweise als Bereicherung wahrgenommen wird (IS_VERW2). Für diese Bemühungen werden schon seit mehreren Jahren Stellen geschaffen. Es gibt das Kinderbüro, die Kinderbeauftragten der Ämter sowie die Koordinationsstelle für

Jugendbeteiligung. (IS_VERW3; DS1) Auch abgesehen davon ist Stuttgart von einer großen Vielfalt an Akteur:innen im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung geprägt (IS_Z).

Trotz allem gibt es auch zahlreiche skeptische Stimmen bezüglich des Stellenwertes der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Es fehlt teilweise noch ein Bewusstseinswandel in folgende Richtung: *„Kinder und Jugendliche [zu] beteiligen, ist ein Mehrwert und nicht ein Mehraufwand“* (IS_VERW2:5). Die Bemühungen zur Einbindung Kinder und Jugendlicher werden als personenabhängig beschrieben (IS_JUG2; IS_VERW2; IS_VERW3). *„Je mehr sie selbst in Kontakt kommen mit Kindern, desto eher finden die das als Bereicherung“* (IS_VERW2:6). Um diese Bewusstseinsänderung zu bewirken, sind Fortbildungen im Aktionsplan festgelegt (IS_VERW3).

„Dass Bürgerbeteiligung mittlerweile obligatorisch ist, ist, glaube ich, so gut wie überall angekommen und wird auch durchgeführt. Aber Kinderbeteiligung steht da leider noch ein bisschen hinten an. Unsere Aufgabe ist es, der genauso eine Wichtigkeit zu geben wie auch der Bürgerbeteiligung von Erwachsenen.“ (IS_VERW3:6)

In manchen Bereichen, wie der Spielflächenplanung, ist die Einbindung junger Menschen *„auf jeden Fall ein fixer Bestandteil“* (IS_VERW3:3), bei Prozessen auf anderen Flächen fehlt dieser Schritt noch. Da werden die Meinungen junger Menschen zwar wahrgenommen, aber Partizipation nicht überall umgesetzt. (IS_VERW1; IS_VERW2) Weiters wird angesprochen, dass sich die Beteiligungsbemühungen in der Stadtplanung auf Kinder fokussieren, für Jugendliche gibt es – in Widerspruch zu der Gemeindeordnung – noch weniger (IS_VERW1).

In Stuttgart gibt es also einen Partizipationsmix für Kinder- und Jugendbeteiligung. Einerseits existieren formalisierte Formate, andererseits anlassbezogene Beteiligung. Bei dieser kann zwischen projektbezogener Partizipation und strategischer Beteiligung unterschieden werden, bei der junge Menschen allgemein ihre Meinung zur Stadtentwicklung einbringen. (IS_VERW2; IS_VERW3; IS_VERW4; IS_Z) Im Bereich der formalisierten Beteiligung gibt es die Jugendräte der Bezirke und den Jugendgemeinderat. Der Jugendgemeinderat verfolgt gesamtstädtische Projekte, etwa Klimaschutz oder öffentlichen Personennahverkehr. Vertreter:innen des Jugendgemeinderats sitzen außerdem im Gemeinderat, im Jugendhilfeausschuss und im Fahrgastbeirat. Die Jugendräte in den Bezirken beschäftigen sich mit bezirksspezifischen Projekten und Ideen, auch dort haben Vertreter:innen seit 2023 einen Sitz im Bezirksbeirat. (IS_VERW4) Das sind beides hochschwellige institutionalisierte Partizipationsformen und die Wahlbeteiligung unter den Stuttgarter Jugendlichen beträgt nur etwa 30% (IS_VERW1; IS_Z). Für projektbezogenes Engagement Jugendlicher gibt es die Aktionsgruppen (IS_Z).

„Es gibt keinen vorgegebenen Weg, wie Jugendpartizipation aussehen muss. [...] Der Unterschied zwischen Kinder- und Jugendbeteiligung ist der, dass wir unseren Jugendlichen die Chance geben wollen, die ganze Veranstaltung selbst zu besuchen, und sie entsprechend auch zu motivieren und zu unterstützen.“ (IS_VERW4:5)

Das Haus der Kinderbeteiligung beruht auf zwei Säulen. *„Ich glaube, es gibt eine riesengroße Vielfalt, die es dann ausmacht, wie Kinderbeteiligung wirklich aussieht“*

(IS_VERW3:6). Kinderforen sollen alle fünf bis sieben Jahre in den Stadtbezirken stattfinden. „Sie haben sich als Instrument bewährt, Bedürfnisse, Ideen und Anregungen von Kindern von ca. 5 bis 13 Jahren für den Stadtbezirk“ (DS1:5) zu sammeln. Dort können Kinder ihre Bedarfe präsentieren, diese werden einem Paten oder einer Patin aus der Stadtverwaltung zugeteilt, der:die in der Folge versucht, ihre Anliegen voranzubringen. (IS_VERW2; DS1) Seit 2020 gibt es einmal pro Jahr die Kinderversammlung für alle Kinder zwischen acht und zehn Jahren. Via Grundschulen können Kinder ihre Bedarfe an die Stadt melden, bei der Kinderversammlung treffen sie mit handelnden Personen aus der Verwaltung zusammen. Ihre Anträge sollen nachfolgend rasch bearbeitet werden und eine Antwort mit Umsetzungsmöglichkeit erhalten. (IS_VERW4; DS1) Die anlassbezogene Kinderbeteiligung wird vom Jugendamt durchgeführt. Sie findet außer bei Spielflächen auch bei Projekten zu Rahmenplanungen, vorbereitenden Untersuchungen für Sanierungsgebiete, Maßnahmen der Sozialen Stadt oder Verkehrsplanungen statt. (IS_VERW2) Bei Projekten im Bereich der Stadtplanung gibt es, anders als bei den Spielflächen, allerdings kein Standardverfahren der Beteiligung, junge Menschen werden projektbezogen unterschiedlich eingebunden (DS1; DS2). Dafür existiert ein großer Methodenbaukasten mit verschiedenen „Erforschungs- und Ideensammel-Methoden“ (IS_VERW2:13), es werden Begehungen und Fußverkehrschecks für Kinder durchgeführt, Mental Maps gezeichnet, das „Spielgeräteerfinderspiel“ (IS_VERW2:13) gespielt oder Zukunftswerkstätten abgehalten. (IS_VERW4; IS_VERW2; DS1; DS2)

Über die Stadtplanung hinausgehend gibt es weitere Formen der Beteiligung junger Menschen. Beim Projektmittelfonds „Zukunft der Jugend“ können Stuttgarter Träger Anträge stellen, um finanzielle Förderung für „Beteiligung im Stadtteil, Partizipation, Demokratiebildung“ (IS_VERW2:1) zu erhalten. (ebd.) Außerdem ist ein Beteiligungsbeirat vorhanden, in dem Beteiligungsprojekte vorgestellt und Kinder- und Jugendbeteiligung angeregt werden können. Darüber hinaus, nicht kinder- und jugendspezifisch, gibt es eine Website mit einer Beteiligungsübersicht, Beschwerdezeitel, einen Bürgerhaushalt, der Vorschläge in den Gemeinderat einbringen kann, Einwohner:innenversammlungen in den Bezirken sowie Ausstellungen bei großen Projekten wie „Stuttgart Rosenstein“ oder der „IBA 2027“. (IS_VERW1)

Um zu überprüfen, inwiefern die Zielsetzungen und Strategien der Stadt Stuttgart bei konkreten Projekten umgesetzt werden, werden fünf zufällig gewählte Projekte genauer beleuchtet. Es handelt sich dabei um „Step: Umgestaltung Untere Straße“¹², Untersuchungen im Zielgebiet „Neckartalstraße“¹³, den „Superblock Augustenstraße“¹⁴, Quartiersentwicklung im Bereich „Logauweg“¹⁵ sowie die Weiterentwicklung von „Heumaden Süd“¹⁶.

Bei den zwei erstgenannten Projekten fand eine explizite Kinder- und Jugendbeteiligung statt. Bei beiden Projekten wurden sowohl Kinder als auch Jugendliche mit eigenen

¹² <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/185> (Zugriff 16.05.2023)

¹³ <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/395> (Zugriff 16.05.2023)

¹⁴ <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/418> (Zugriff 16.05.2023)

¹⁵ <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/381> (Zugriff 16.05.2023)

¹⁶ <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/407> (Zugriff 16.05.2023)

Formaten, wie einem Stadtteilspaziergang, einer Schatzkarte und einem Planungsworkshop, eingebunden. Darüber hinaus haben auch Ansprechpartner:innen aus Schulen und Jugendarbeit teilgenommen. Beide Partizipationsformate hat das Jugendamt der Stadt Stuttgart durchgeführt. (LANDESHAUPTSTADT STUTTGART o.J.e; LANDESHAUPTSTADT STUTTGART o.J.f) Bei den vorbereitenden Untersuchungen zum „Superblock Augustenstraße“ gab es keine explizite Kinderbeteiligung, diese soll es allerdings während des Verkehrsversuchs geben, der – vermutlich – 2024 stattfinden soll (LANDESHAUPTSTADT STUTTGART o.J.g). Zur Quartierentwicklung „Logauweg“ gab es keine explizit auf Kinder und Jugendliche bezogenen Beteiligungsformate oder einen Einbezug von Brückenakteur:innen. Das Gebiet „Logauweg“ ist in das größere Projekt „Fasanenhof“ eingebettet, bei dem Kinder und Jugendliche einbezogen werden sollen. Daher ist keine parallele Kinder- und Jugendbeteiligung für Einzelvorhaben vorgesehen. (LANDESHAUPTSTADT STUTTGART o.J.h) Beim Projekt „Heumaden Süd“ gab es bis jetzt keine Kinder- und Jugendbeteiligung, da es sich erst um die Konzeptentwicklung handelt. Es gab eine Einladung an Brückenakteur:innen aus der Jugendarbeit (LANDESHAUPTSTADT STUTTGART o.J.i). In Summe wurde also bei zwei von fünf Projekten Kinder- und Jugendbeteiligung angeboten, bei zwei weiteren ist diese zu einem späteren Zeitpunkt geplant und bei einem Projekt wurden Brückenakteur:innen eingeladen.

Als Hürden für die stärkere Institutionalisierung der Kinder- und Jugendpartizipation werden die komplexe Verwaltungsstruktur (IS_JUG2; IS_VERW3), die lange Reaktionsdauer der Verwaltung (IS_JUG2), die bis vor einigen Jahren fehlende Vernetzung der Akteur:innen (IS_Z) sowie die fehlende kindgerechte Aufarbeitung von Informationen auf Verwaltungsebene (IS_VERW3) erwähnt.

Für die Weiterentwicklung der Stuttgarter Kinder- und Jugendbeteiligung gibt es bereits einige beschlossene Vorhaben:

- Die Kinderversammlung soll über ein eigenes Budget entscheiden können (DS1).
- Standardisierte Beteiligungsformate beim Bau und der Sanierung von Kindergärten und Schulen sollen entwickelt werden (DS1).
- Eine Checkliste für soziale Bedarfe und die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen soll in der Stadtplanung systematisch verwendet werden, um die Kinderverträglichkeit von Maßnahmen zu überprüfen (IS_VERW1; IS_VERW3; DS2).
- Der Spielflächenleitplan mit Aussagen über den Versorgungsgrad von Spielflächen wird fortgeschrieben und soll bindend werden (IS_VERW3; DS2).
- Die Fortschreibung des Aktionsplans muss vom Gemeinderat genehmigt werden und soll 2024 gültig werden. Darin geht es auch darum, *„den öffentlichen und den Straßenraum für Kinder zurückzuerobern und nicht dem Individualverkehr zu widmen. [...] Da Strategien zu finden, wie der wieder den Menschen und den Kindern zur Verfügung gestellt werden kann“* (IS_VERW3:7) sowie Kinderstadtpläne zu erarbeiten. (IS_VERW3)
- Inklusive Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung werden gemeinsam mit der IBA 2027 entwickelt (IS_VERW3).

Argumente für die Partizipation junger Menschen

Von den Interviewpartner:innen werden diverse Gründe für bzw. Vorteile von Partizipation angeführt. Planung kann zwar ohne die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfolgen, ihre Einbindung macht jedoch einen Unterschied (IS_JUG1). Sie sind *„Experten und Expertinnen für ihre Themen“* (IS_VERW2:11) und haben einen anderen Blickwinkel auf städtische Räume, der die Stadtplanung positiv beeinflussen kann. Findet dieser andere Blickwinkel Eingang in die Planung, profitieren nicht nur Kinder und Jugendliche selbst, sondern auch andere vulnerable Zielgruppen, die etwa im Straßenverkehr gefährdet sind. (IS_VERW1; IS_VERW2) Junge Menschen werden als eine wichtige Zielgruppe von Planung benannt: *„Für die macht man ja auch Stadtplanungsprojekte, das sind die, die dann tatsächlich in der Stadt leben“* (IS_VERW4:3), sie können die Sichtweise der zukünftigen Bewohner:innen einbringen (ebd.)

„Grundsätzlich ist es eine Stadt, und eine Stadt ist für alle da. Unabhängig davon welches Einkommen ich habe, welche Lebenssituation, welche Herkunft. Ich glaube, wenn man für Kinder und Jugendliche plant, gibt es auch Mehrwert für andere.“ (IS_VERW1:5)

Junge Menschen interessieren sich insbesondere für die Themen Klima- und Umweltschutz in der Stadt, mitunter mehr als Erwachsene (IS_VERW4). Kinder und Jugendliche haben eine *„ganz losgelöste Denkweise“* (IS_JUG2:6), die *„viel Innovationskraft“* (IS_VERW3:2) mit sich bringt. Sie können Impulse und Ideen für Veränderung liefern, weil sie anders als Politik nicht im Rhythmus von Legislaturperioden denken (IS_JUG2). So können bestehende Systeme und Regelungen hinterfragt werden, die Partizipation womöglich auch behindern:

„Das ist für mich ein klassisches Beispiel, da kann ich Partizipation so arg fördern, wie ich will, aber wenn wir Regularien und Gesetze haben, die zu einem bestimmten Grad gesellschaftliche Gruppen auch ausschließen, dann können wir nicht partizipativ in der letzten Konsequenz sein.“ (IS_JUG2:3f.)

Durch partizipative Planungen werden meist Projekte entwickelt, die tatsächlich von allen Zielgruppen genutzt werden. Werden Kinder und Jugendliche bei der Planung eingebunden, fühlen sie sich ihrer Stadt zugehörig. (IS_JUG2; IS_VERW3; IS_VERW4) Das spart finanzielle Ressourcen, da man nicht *„für eine Maßnahme viel Geld ausgibt, und dann nutzt sie niemand“* (IS_VERW4:3). Orte oder Installationen, zu denen ein Bezug besteht, sind außerdem weniger häufig von Vandalismus betroffen (IS_VERW1).

Partizipation hat für alle Beteiligten einen Lerneffekt. Kinder und Jugendliche lernen, dass ihre Meinung eine Rolle spielt und sie gehört werden. Sie erleben dadurch Handlungsfähigkeit, Selbstwirksamkeit und Mündigkeit in Entscheidungsprozessen. (IS_JUG1; IS_VERW3; IS_Z) Junge Menschen lernen Verantwortung zu übernehmen, erfahren Identifikation mit ihrem Lebensumfeld, stärken ihr Selbstbewusstsein und erlernen kommunikative Kompetenzen (IS_VERW3; IS_Z; DS4). Partizipation ist ebenfalls eine Art von Demokratiebildung (IS_JUG1; DS1). Beteiligung ist also *„eine Chance, Bildung zu schaffen. Wer beteiligt wird, bildet sich dadurch auch“* (IS_Z:4). Es kann gelingen, Chancengerechtigkeit zu fördern (IS_Z).

Barrieren und Hürden bei der Umsetzung von Kinder- und Jugendpartizipation

Von den Interviewpartner:innen werden zahlreiche Herausforderungen bei der Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung angeführt. Eine davon ist der Begriff der Partizipation an sich. Grundsätzlich gilt Partizipation als „eine der Grundsäulen einer funktionierenden Demokratie“ (IS_Z:2). Die konkrete Ausgestaltung kann sehr breit gefächert sein, da Partizipation ein „Sammelbegriff“ (IS_Z:2) und eine „Blackbox“ (IS_JUG2:1) ist. Die Bedeutung unterscheidet sich vor allem hinsichtlich der Organisationslogik (IS_Z). In der Jugendarbeit gibt es ein prozesshaftes Bild von Partizipation, um junge Menschen zu Teilhabe hinzuführen und ihnen Teilhabe an Gesellschaft zu ermöglichen (IS_JUG2). Bei vielen anderen Personen sowie Organisationen geht es bei dem Verständnis von Partizipation darum, bei Entscheidungen auf eine vielfältige Art und Weise mitwirken zu dürfen (IS_VERW2; IS_VERW3). Es geht um unterschiedliche Stufen der Beteiligung, informelle und formelle Formate, Beschwerdemöglichkeiten, quartiersbezogene Formate und die Umsetzung der Gemeindeordnung §41a (IS_JUG1; IS_JUG2; IS_VERW1; IS_VERW4). Seit der Krawallnacht ist ein Verständniswandel eingetreten:

„Doch erfreulicherweise ist die Entwicklung zu beobachten, dass man sagt ‚wir nehmen euch als Expert:innen in eigener Sache ernst und fragen euch, was ihr wollt und was ihr braucht, und wir hören euch zu‘. Ich finde, diesen Perspektivenwechsel kann man in dieser Stadt beobachten. Dass Partizipation immer mehr so gedeutet wird, wie es tatsächlich in der Definition festgelegt ist.“ (IS_VERW2:4)

Es gibt strukturelle Herausforderungen, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen erschweren. Es ist eine gesicherte Lebensgrundlage notwendig. Bei finanziellen Problemen oder Schwierigkeiten mit dem Aufenthaltsstatus wird Partizipation in urbaner Planung kein relevantes Thema in der Lebensrealität junger Menschen sein. (IS_Z) Kinder und Jugendliche haben außerdem keine große Lobby in der Gesellschaft. Ihre Interessen sind ein weicher Faktor, auf den nicht an erster Stelle geachtet wird. Kinder haben in dieser Hinsicht noch eine größere Lobby, da ihre Eltern für ihre Belange eintreten. Jugendliche müssen ihre Bedürfnisse meist laut selbst einfordern. (IS_VERW1; IS_VERW3; DS1)

Partizipation ist eine „ganz krasse Ressourcenfrage“ (IS_JUG2:7), es braucht Budget, Zeit und Personal (IS_JUG2; IS_VERW4; IS_Z). In Stuttgart hat zwar „Geld lange keine Rolle gespielt“ (IS_VERW2:5), aber inzwischen steht ressourcenintensive optimale Partizipation zur Debatte (ebd.) Gleichzeitig ist in der Stadt „gerade so viel Energie da“ (IS_JUG2:7), dass es viele Doppelstrukturen gibt. Eine Vernetzung der Akteur:innen kann also Ressourcen einsparen. (IS_JUG2)

Essentiell für Beteiligung ist, die Rahmenbedingungen der Partizipation transparent zu machen. So kann Frustration vorgebeugt werden. (IS_VERW1; IS_Z) Es geht darum, zu kommunizieren, um welche Art von Beteiligung es sich handelt (IS_VERW2), wie lange Prozesse voraussichtlich dauern werden (IS_VERW1), welchen Entscheidungsspielraum es gibt (IS_JUG1; IS_VERW3; IS_Z; DS4) und wie schlussendlich Entscheidungen außerhalb des Partizipationsprozesses getroffen werden (IS_JUG1; IS_VERW1; DS4). Wichtig ist, den Mehrwert des Beteiligungsprozesses zu kommunizieren, sowohl den Teilnehmenden als

auch der Verwaltung (IS_VERW1). Von Belang ist, die Grenzen von Beteiligung zu erkennen, etwa rechtliche oder ökologische Aspekte in der Stadtentwicklung (IS_Z).

„Es ist nicht ein unendlicher Entwicklungshorizont, den es gibt. Weil es gibt auch einfach gewisse Rahmungen, gewisse Leitplanken, die einfach vorgegeben sind. Ich denke schon, dass es noch viel Entwicklungspotential gibt, aber Partizipation ist auch nicht das Allheilmittel für alles.“ (IS_Z:10)

Großes Thema der Kinder- und Jugendbeteiligung ist die Ansprache und Aktivierung junger Menschen. Es gibt Verbesserungsbedarf darin, möglichst viele Gruppen anzusprechen. (IS_VERW3; IS_VERW4) Oftmals werden die Ansprache Kinder und Jugendlicher bzw. die Kommunikation von Angeboten bei der Planung von Beteiligungsprozessen nicht prioritär behandelt (IS_JUG2). Klar ist, dass bei der Aktivierung von Kindern und Jugendlichen die Stadtverwaltung auf externe Partner:innen angewiesen ist (IS_VERW4). Eine Möglichkeit ist die Ansprache über Bildungseinrichtungen. Insbesondere via Kindergärten und Grundschulen erreicht man eine große Bandbreite an Kindern mit unterschiedlichen Hintergründen. (IS_VERW1; IS_VERW2) Eine andere Möglichkeit ist die Ansprache via Multiplikator:innen, wie die mobile Jugendarbeit oder Jugendhäuser. Teilweise werden auch nur Jugendarbeiter:innen als „anwaltschaftliche Vertretung“ (IS_JUG2:10) zu Beteiligungsprozessen eingeladen. (IS_JUG2; IS_VERW4; DS4)

Es braucht unterschiedliche zielgruppenorientierte Zugänge (IS_JUG2; IS_VERW1). Wichtig ist, als Stadtverwaltung nicht ohne die Hilfe von anderen Akteur:innen oder vielfältige Kanäle zu Veranstaltungen einzuladen:

Sonst „hat man eine bestimmte Klientel dasitzen, wo die Eltern halt auch zu so Beteiligungsformaten gehen. Da sind die sozial schwächeren Schichten, die vielleicht keinen Garten hinter dem Haus und keinen Balkon haben, gerade diejenigen, die die Freiflächen nutzen, dann nicht dabei.“ (IS_VERW4:4)

Damit möglichst viele junge Menschen erreicht werden können, sind niederschwellige (IS_VERW2) und aufsuchende (IS_JUG1; IS_VERW1; IS_VERW2) Formate eine gute Option.

Eine Herausforderung für Kinder- und Jugendpartizipation ist die Langwierigkeit von Planungsprozessen (IS_VERW1; IS_VERW2; IS_VERW3; IS_VERW4; IS_Z). Gleichzeitig findet Beteiligung oft nur in kurzen Zeitfenstern und stichpunktartig statt (IS_JUG2; IS_VERW4). Dieser Schwierigkeit folgen zwei Problembereiche. Einerseits ändert sich die Lebensrealität junger Menschen schnell (IS_JUG2; DS4), andererseits kann durch die langen und behäbigen Planungsprozesse keine schnelle Rückmeldung an die Beteiligten erfolgen, was die Leitlinien der Kinder- und Jugendbeteiligung aber fordern würden. Die große Frage ist also, in welcher Phase junge Menschen in Planungsprozessen eingebunden werden sollen. (IS_VERW1; IS_VERW2) Dafür werden drei Möglichkeiten skizziert. Erstens eine Beteiligung an strategischen Überlegungen, die Ergebnisse können die beteiligten jungen Menschen zwar nicht mehr selbst nutzen, aber die nachfolgenden Generationen. Zweitens die Beteiligung zu einem späteren Zeitpunkt, wenn eine konkrete Ausgestaltung entschieden werden kann. Drittens die Beteiligung an einer temporären Zwischennutzung einer Fläche, um frühzeitig Identifikation mit einem Ort zu schaffen. (IS_JUG2; IS_VERW1; IS_VERW2; IS_VERW4)

„Das ist der Konflikt: Möchte man die Jugendlichen möglichst frei einbeziehen, dann hat man aber die langen Zeiträume, oder bezieht man sie zu einem späten Zeitpunkt ein und hat dann das Problem, dass nur noch ganz wenig möglich ist, weil es schon ziemlich stark verplant ist.“ (IS_VERW4:4)

Institutionalisiert ist Beteiligung in Stuttgart nur auf öffentlichen Spielflächen (IS_VERW1; IS_VERW2; IS_VERW3). Bei anderen Themen, die junge Menschen nicht ausdrücklich betreffen, fehlt die Sensibilisierung, dass ihre Beteiligung Relevanz hat. Das wird kritisch gesehen: *„[D]ie Umgestaltungen von Straßen betreffen die Kinder und Jugendlichen auch direkt, weil sie ja die nutzen“.* (IS_VERW1:3)

Mit Skepsis wird betrachtet, dass zahlreiche Beteiligungsformate beim Anhören von Kindern und Jugendlichen verbleiben. Entscheidungsspielräume sind mitunter sehr eingeschränkt vorhanden. Mitspracherecht bei kleinteiligen Planungen gibt es durchaus, aber dass junge Menschen Entscheidungen in großen Zusammenhängen treffen können, ist selten der Fall. (IS_JUG2; IS_VERW1; IS_VERW2) Wichtig ist, dass Beteiligungsangebote keine Alibi-Angebote oder pädagogische Formate, um Mitsprache zu üben, sind (IS_JUG1; IS_VERW1; DS4). *„Es sollte schon eine[s] sein, wo man auch wirklich etwas mitmachen kann“* (IS_VERW1:6). Alibi-Beteiligung kostet sonst vor allem Geld, ohne Nutzen (IS_VERW1). Wichtig ist bei all dem, dass man Kindern und Jugendlichen mit solchen Formaten nicht die Freude an Beteiligung nimmt. *„Ich denke, gerade diese Partizipationsmöglichkeiten, das ist ein wahnsinnig hohes Gut. Das haben ja viele Länder gar nicht, das ist ein Glück, dass wir das hier haben.“* (IS_VERW1:10)

Eine Aufgabe ist es, Kindern und Jugendlichen Planungsgrundlagen zu erklären. Aktuell gibt es wenig Mittel, diese *„kindgerecht zu vermitteln“* (IS_VERW3:7). Insbesondere herausfordernd ist in dieser Hinsicht die Diversität junger Menschen. Unterschiedliche Altersgruppen und Bildungshintergründe haben andere Voraussetzungen, um etwa Bebauungsplanprozesse zu erfassen. Ohne eine kindgerechte Aufbereitung können sie sich keine Meinung zu den Problemstellungen der Stadtplanung bilden. (IS_VERW3; IS_VERW4)

Partizipation kann exkludierend wirken, dem gilt es gegenzusteuern. Der Jugendrat (IS_JUG2; IS_VERW3) oder Online-Formate (IS_VERW1) werden als recht hochschwellige Beteiligungsformen wahrgenommen. Damit unterschiedliche Jugendlichen erreicht werden, braucht es also unterschiedliche Zugänge (IS_JUG2). Ziel muss sein, den Querschnitt (Alter, Sprache, Bildung etc.) der jungen Menschen abzubilden und vor allem die sogenannten *„stillen Gruppen“* (IS_VERW1:11) zu erreichen (IS_VERW1; IS_VERW4). Beteiligen sich immer dieselben, geht die Schere der Kompetenzen, die man durch Partizipation erfährt, immer weiter auseinander (IS_Z). Um möglichst viele junge Menschen zu beteiligen, ist es wichtig, offene und unkonventionelle Formate anzubieten (IS_Z), Partizipationsprojekte an unterschiedlichen Orten durchzuführen (IS_VERW2), inklusive Beteiligung zu gestalten (IS_VERW2; IS_VERW3; IS_VERW4) sowie Informationen verständlich aufzubereiten (IS_VERW4).

„Competence bias“

Es bestehen Vorurteile gegenüber den Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen. Es wird berichtet, dass die Meinungen junger Menschen zum Teil nicht ernst genommen werden (IS_VERW2; DS4) beziehungsweise ihr Blickwinkel auf urbane Räume als defizitär wahrgenommen wird (IS_VERW3). Die Stimmen junger Menschen werden *„oftmals als zu klein, zu jung, zu unerfahren abgetan“* (DS2:3). Insbesondere bezüglich unterschiedlicher Bildungshintergründe gibt es Vorurteile:

„Was ich schon sagen würde, ist, dass gewisse Gruppen als sehr defizitär wahrgenommen werden. Ein geringeres formales Bildungsniveau, also einfach welchen Schulabschluss die Person anstrebt, da gibt es schon eine gewisse Stigmatisierung, die damit einhergeht.“ (IS_Z:3) *„Das wird immer so als individueller Mangel interpretiert, aber das glaube ich eigentlich nicht. Das liegt oftmals an den Zugängen und den Formaten, an der Haltung von denen, die diese Prozesse gestalten.“* (ebd.)

Es geht darum, ansprechende Konditionen zu schaffen, damit alle unterschiedlichen Kinder und Jugendlichen teilhaben können. Es liegt in der *„Verantwortung der jeweils Planenden“* (IS_VERW1:10), entsprechende Bedingungen und Settings zu schaffen. (IS_VERW1; IS_VERW2; IS_Z)

„Ich finde, wir Erwachsenen sind Türöffner:innen und in der Bringschuld für Kinder und Jugendliche. Ich glaube, das wird oft unterschätzt. Wenn wir uns mal ernsthaft überlegen würden, wie kann das funktionieren, was brauchen sie für Instrumente, um ein Verständnis dafür zu bekommen, dann hätten wir superschnell gute Ideen und Möglichkeiten.“ (IS_JUG2:12)

Die dafür nötigen Kompetenzen und Wissensbestände fehlen teilweise. *„Verantwortliche in Politik und Stadtverwaltung müssen besser für das Thema Jugendbeteiligung sensibilisiert werden“* (DS4:45). *„Vielleicht fehlt manchmal auch Wissen darüber, was junge Menschen brauchen und können“* (IS_JUG2:7). Wichtig ist etwa, Informationen verständlich aufbereiten zu können (IS_VERW1) sowie altersgerechte Sprache zu verwenden (IS_Z).

Von den Erwartungen an teilnehmende Kinder und Jugendliche in Beteiligungsprozessen gibt es zahlreiche Vorstellungen und Wahrnehmungen der Interviewpartner:innen. Sie sollen bereits Vorwissen zum Thema haben (IS_VERW4), vom Planungs- und Beteiligungsprojekt begeistert sein (IS_JUG2; IS_VERW1) und Verantwortung übernehmen (IS_JUG1). Diese Erwartungshaltungen können Beteiligungsprojekte vor Probleme stellen: *„Ich sage es mit einer sozialpädagogischen Haltung, wir müssen Kinder und Jugendliche dort abholen, wo sie stehen, auch in der Beteiligung“* (IS_VERW4:9). Es gilt, Projekte an die Lebensrealität der jungen Menschen anzupassen (IS_Z). Andere Interviewpartner:innen berichten nicht von wahrgenommenen Erwartungshaltungen (IS_VERW2; IS_VERW3). Die Koordinationsstelle Jugendbeteiligung erwartet sich vor allem authentische junge Menschen:

„Vielleicht eine Erwartung, die ich dann nicht sage: Ihr seid Jugendliche und keine Erwachsene. Also bringt nicht die Sicht von Erwachsenen oder möglicherweise

Senioren ein. Das kommt leider oft, an die müsse man auch denken. Die Jugendlichen sind ja sehr sozial. Da müssen wir dann sagen, nein, an die wird schon gedacht von anderen. Denkt an eure Zielgruppen, an eure Altersgruppe.“ (IS_VERW4:9)

Kinder und Jugendliche müssen teilweise auch erst lernen, dass ihre Beteiligung ernst genommen wird und sie ein Recht haben, sich zu beteiligen (IS_JUG1; IS_VERW2).

Blick in die Zukunft

Außer den aktuellen Barrieren wurden von den Interviewpartner:innen Herausforderungen genannt, die sie in Zukunft stärker auf den Stuttgarter Kontext zukommen sehen. Eine große Frage ist, wie es gelingen kann, Kinder- und Jugendpartizipation vollständig und langfristig zu institutionalisieren und nicht personenabhängig zu machen (IS_JUG2; IS_VERW2; IS_VERW3). Problematisch wird die Ressourcenverteilung in der Stadtverwaltung gesehen. Einerseits können Ressourcen allgemein weniger werden, andererseits gibt es noch kein Beteiligungsformat, welches Planungsprozesse nicht verlängert. (IS_VERW2; IS_VERW3) Es gilt, die Lobby für Kinder- und Jugendinteressen zu stärken (IS_VERW1; IS_Z). Gerade die Einbindung junger Menschen wird gegen die Interessen von Senior:innen ausgespielt (IS_Z). Problematisch ist die steigende soziale Ungleichheit. Junge Menschen gehören zu den am stärksten von Armut betroffenen Gruppen. *„Da wächst immer mehr die Gefahr ihrer sozialen Exklusion sozusagen, was sich dann auch widerspiegelt, wie sehr sie in Prozessen partizipieren können oder dürfen.“* (IS_Z:11) Außerdem werden die Mediennutzung sowie die Einbindung digitaler Beteiligungsformate als Herausforderungen von wachsender Bedeutung wahrgenommen (IS_JUG1).

Für die Weiterentwicklung von Kinder- und Jugendpartizipation in Stuttgart werden zahlreiche Änderungspotentiale genannt. Es braucht einen umfassenden Bewusstseinswandel dahingehend, dass Kinder und Jugendliche jedenfalls zu beteiligen sind, damit dies zu einem selbstverständlichen Baustein in Planungsprozessen wird (IS_VERW2; IS_VERW3).

„Kinderinteressen sind ja doch ein weicher Faktor, und oft sind es vielfältige andere Interessen Erwachsener, die leider höher wiegen. So ein Wunschdenken wäre, die Kinderinteressen gesellschaftlich an erster Stelle zu sehen.“ (IS_VERW3:8)

Ebenfalls besteht der Wunsch, dass das Verständnis für offene Beteiligungsformate und Beteiligung durch Aneignung steigt. *„Kann Beteiligung nicht auch sein, dass ich an einem Ort aktiv bin und dass ich zeige, was ich brauche?“* (IS_JUG2:8) Dafür ist es notwendig, dass Planende lernen, aus Aneignung junger Menschen ihre Bedarfe an Räume abzulesen.

„Die zeigen uns ja was. Ich sag immer gern, die sind wie ein Seismograf der Gesellschaft. Wenn wir Jugend angucken, können wir uns ganz genau angucken, was gerade gesellschaftlich passiert.“ (IS_JUG2:4)

Es geht darum, die vorhandenen Wissensressourcen vor Ort zu nutzen und effizienter zusammenzuarbeiten. Insbesondere wird angesprochen, dass für die Beteiligung junger Menschen keine externen Büros beauftragt werden sollen, *„die nichts von diesem*

Sozialraum hier wissen und die x-te Befragung machen, die es gar nicht braucht“ (IS_Z:5). Die Stuttgarter Träger, die alltäglich mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, sollen aktiv mit der Stadtplanung und Stadtentwicklung vernetzt werden, um so einen Mehrwert für Beteiligungsprojekte zu schaffen. (IS_JUG2; IS_VERW3; IS_Z)

Der Anspruch an Beteiligung soll realistischer werden. Mehrere offene kleinteilige Beteiligungsformate können viele Zielgruppen erreichen. *„Dass man nicht immer diesen Anspruch hat, eines muss alles erreichen“ (IS_JUG2:14). Verschiedenartige Formate profitieren von unterschiedlichen Zugängen, sodass viele Stuttgarter Jugendlichen erreicht werden können. (IS_JUG2)*

Für verbesserte Kinder- und Jugendbeteiligung gibt es zahlreiche Ideen:

- Eine Verzahnung von Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbeteiligung in Konzeption und Auswertung, sodass alle Interessen gleichberechtigt wahrgenommen werden (IS_JUG1; IS_VERW2)
- Institutionalisierte und schnellere Beteiligungsprozesse für Kinder und Jugendliche in allen Planungsprozessen, damit Partizipation nicht personenabhängig ist (IS_JUG1; IS_JUG2; IS_VERW1; IS_VERW2)
- Insbesondere gilt es, Partizipation bei Projekten, die Kinder und Jugendliche nicht offensichtlich betreffen, zu fördern (IS_VERW1)
- Austausch Tage zwischen Verwaltung und Jugendarbeit bzw. Sozialer Arbeit einzuführen, damit die handelnden Akteur:innen die unterschiedlichen Systemlogiken kennenlernen (IS_JUG2)
- Informationen zu Planungs- und Beteiligungsprojekten kind- und jugendgerecht aufarbeiten (IS_JUG2; IS_VERW3)

Darüber hinausgehend werden drei Bereiche genannt, die mit Kinder- und Jugendpartizipation und urbanen Räumen im weiteren Sinn zu tun haben. Es besteht der Wunsch, gesetzliche Rahmenbedingungen so zu ändern, dass Jugendlärm genauso wie Kinderlärm zu tolerieren ist. Das würde den Weg zu mehr urbanen Flächen für junge Menschen bereiten. (IS_VERW1; IS_VERW4) Planungskulturelle Bildung sollte im Schulsystem verankert werden, damit Kinder und Jugendliche zu *„Stadtgestalter:innen“* werden können (IS_JUG2:12). Das Wahlalter allgemein auf 16 Jahre zu senken, würde die Politik in Zugzwang bringen, *„sich stärker dem Thema Jugendliche und deren Belange zuwenden zu müssen und das in ihre Überlegungen einzubinden“ (IS_JUG1:5).*

4.3.3. Diskussion der Ergebnisse

Kinder- und Jugendpartizipation in der Stadtplanung ist in Stuttgart kein neues Phänomen. Seit den 1990er Jahren gibt es sowohl Kinderbeteiligungsformate als auch Jugendbeteiligungsmöglichkeiten in bestimmten Kontexten. Die deliberative Welle der 1990er Jahre hat sich in der Stadt manifestiert. Kinderbeteiligung ist bei „verinselten“ Spielflächen institutionalisiert, Jugendbeteiligung ist mit unterschiedlichen Jugendratsformaten strukturell in der Stadtverwaltung abgesichert. Die Teilhabe Jugendlicher am kommunalen Geschehen, damit auch Stadtentwicklung, ist im Stadtrecht

verankert. Ebenso ist in der in Baden-Württemberg gültigen Gemeindeordnung (§41a) die Beteiligung Jugendlicher vorgeschrieben. Sie gilt „im bundesweiten Vergleich [als] besonders weitreichend“ (SCHILLER 2021:87). Kinderpartizipation ist in der Gemeindeordnung zwar empfohlen, aber nicht rechtlich normiert, aber hat aufgrund diverser engagierter Akteur:innen in Stuttgart einen hohen Stellenwert. Mit dem Modell des Stuttgarter Jugendrats hat die Stadt eine besondere Teilhabeform. Es handelt sich um ein formelles, numerisches Format, bei der junge Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft nicht ausgeschlossen werden. Einzige Voraussetzung ist ein Wohnsitz im jeweiligen Bezirk seit drei Monaten.

Obwohl Partizipation in Planungsprozessen im Bundesland erst seit rund 15 Jahren in der Öffentlichkeit Thema geworden ist, hat Kinder- und Jugendbeteiligung in Stuttgart selbst also schon eine längere Geschichte. Insbesondere seit der Covid-19-Pandemie gibt es sowohl in Zivilgesellschaft, Politik als auch Verwaltung einen verstärkten Fokus auf die Bedürfnisse junger Menschen in der Stadt.

Partizipation in Stuttgart folgt in erster Linie einem rechtlichen Anspruch. Darüber hinaus ist der Eindruck zu gewinnen, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen von allen Interviewpartner:innen als unabdingbar wahrgenommen wird: Junge Menschen sind als Expert:innen einzubinden. Bei Flächen, bei denen Kinder und Jugendliche nicht die offensichtliche Hauptnutzer:innengruppen darstellen, wird allerdings noch Verbesserungspotential erkannt. Das betrifft etwa die Gestaltung von Straßen oder die Planung von Wohngebieten.

Mit einem Analyserahmen wird in der vorliegenden Arbeit der „competence bias“ (LE BORGNE & TISDALL 2017:123, siehe Kap. 2.6.) erfasst. Die normative Ebene deutet auf einen hohen Stellenwert von Kinder- und Jugendpartizipation hin. Die geäußerten Wahrnehmungen von Beteiligung junger Menschen sind durchwegs positiv, auch wenn einige wenige Stimmen davon berichten, dass Denkweisen von Kindern bei manchen handelnden Akteur:innen in der Stadtentwicklung als defizitär wahrgenommen werden und Stimmen junger Menschen mitunter als zu unerfahren abgetan werden. Trotz aller Vorteile von Partizipation wird angesprochen, dass man sich der (z.B. ökologischen) Grenzen von Beteiligung bewusst sein müsse. Die Analyse der strukturellen Ebene zeigt die institutionelle Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung. In strategischen Dokumenten oder Berichten der Stadt werden der Wert von Kinder- und Jugendpartizipation und das Wissen und die Erfahrungen, die junge Menschen beitragen können, angesprochen. Die Bedeutung von Kinder- und Jugendpartizipation zeigt sich an mehreren Jobstellen zum Thema. Es gibt ein Kinderbüro, Kinderbeauftragte in städtischen Dienststellen, einen Bereich für Kinderbeteiligung im Jugendamt sowie eine Koordinationsstelle Jugendbeteiligung. Eine weitere Stelle für Koordination von Jugendbeteiligung in Planungsprozessen soll mit dem nächsten Doppelhaushalt geschaffen werden. Für diverse Partizipationsprojekte wie etwa den Jugendrat oder Projektfonds für Beteiligung sind Budgetposten vorbehalten. Die Kinderversammlung soll ebenfalls in Zukunft über ein eigenes Budget entscheiden können. Die Umsetzungsebene spiegelt in ihrer Gesamtheit die darüberliegenden Ebenen wider, verschiedene Arten der Beteiligung werden vorgefunden. In zwei von fünf Projekten gab es bereits Kinder- und

Jugendbeteiligung, bei zwei Projekten ist diese erst geplant, bei einem Projekt wurden Brückenakteur:innen eingeladen, um die Perspektive junger Menschen einfließen zu lassen. Es gibt trotzdem zahlreiche kritische Stimmen, wonach der Entscheidungsspielraum von Kindern und Jugendlichen eng gehalten sei. Junge Menschen haben demnach in Stuttgarter Planungsprozessen Agency inne, aber können diese nicht mit großer Reichweite ausleben. Das Vorliegen eines „competence bias“ wird strukturell verneint. Es wird sehr wohl davon berichtet, dass einzelne handelnde Akteur:innen die Kompetenzen junger Menschen unterschätzen und etwa auch in der Stadtverwaltung noch kein geeigneter Weg gefunden wurde, um Informationen kindgerecht aufzubereiten. Es entsteht jedoch der Eindruck, dass der Großteil der in der Stadtplanung handelnden Personen die Kompetenzen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen adäquat einordnet.

Der dieser Arbeit zugrundeliegende Blickwinkel des „Childism“ (WALL 2019:1, siehe Kap. 2.5.) hilft, um einen kritischen Blick auf Partizipation und Stadtplanung im Fallbeispiel Stuttgart zu legen. Formen des „Adultism“ (DERR et al. 2018:36, siehe Kap. 2.5.) werden nicht nachgewiesen. Kinder und Jugendliche werden in ihrer Identität als junge Menschen eingebunden. Ihre Zukunft als Erwachsene wird nur angesprochen, wenn es um Planungsprojekte geht, die Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Der Blickwinkel „Childism“ ist nützlich, um breite Kritik an städtebaulichen Maßnahmen zu äußern. Vielfach wird berichtet, dass die Stadt Stuttgart zu sehr auf Autofahrer:innen ausgerichtet sei, wodurch alle anderen Verkehrsteilnehmer:innen eingeschränkt würden. Wirtschaftsinteressen sind oftmals wichtiger als weiche Interessen von marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen.

Zwei im Stuttgarter Kontext von allen Interviewpartner:innen am häufigsten erwähnte Herausforderungen sind der Zeitpunkt der Kinder- und Jugendbeteiligung sowie die Langwierigkeit von Planungsprozessen. Als Chance wird insbesondere die innovative Denkweise junger Menschen angesprochen sowie die Möglichkeit, durch Beteiligung Kompetenzen auszubilden.

Um Kinder- und Jugendpartizipation in der Stadtplanung stärker zu verankern, ist eine Erweiterung der Institutionalisierung notwendig. Dazu gehören etwa die gesetzliche Sicherung von Kinderbeteiligung sowie die Ausdehnung der Kinder- und Jugendbeteiligung auf mehr als „verinselte“ Bereiche. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Masterarbeit würden sich die Prozesse der IBA sowie die Fortschreibung des Aktionsplans anbieten, um Kinder- und Jugendpartizipation zu diskutieren.

4.4. Vergleichende Diskussion der Fallstudienresultate: Was Wien und Stuttgart voneinander lernen können

Ziel der vergleichenden Fallstudie ist es, herauszufinden, wie das Phänomen der Kinder- und Jugendbeteiligung in urbanen Planungsprozessen in Wien und Stuttgart ausgeprägt ist. Es ähnelt sich insofern, dass in beiden Städten Bemühungen laufen, um jeweils stadteigene Zielsetzungen in dem Feld zu erreichen. Es steht fest, dass es plurale

Verursachungsmuster bzw. Begründungen gibt, die erklären, weshalb die Städte an ihrem jeweiligen Status Quo angekommen sind.

Status Quo: Kinder- und Jugendpartizipation sowie „competence bias“

Die Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen unterscheiden sich in beiden Städten. Stuttgart ist von einer bereits 30-jährigen Entwicklung im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung geprägt. Im Laufe der Jahre sind unterschiedliche Beteiligungsformen entwickelt worden, die zu einem aktuell vielfältigen, großteils institutionalisierten Angebot an Partizipation für unterschiedliche Altersgruppen junger Menschen geführt haben. Insbesondere bei Formaten, die über die Beteiligung an der Planung von „verinselten“ Flächen hinausgehen, gibt es Lücken. Es gibt zahlreiche Stellen in der Stadtverwaltung, die sich mit der Beteiligung junger Menschen beschäftigen und diese auch durchführen. Ebenso gibt es eine Vielzahl an aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen, denen das Thema ein Anliegen ist.

In Wien gibt es einzelne Vorreiter- und Pilotprojekte zu Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadtplanung, jedoch keine institutionalisierten Formen der Partizipation. Engagierte Einzelpersonen bemühen sich, das Thema in ihrem Wirkungskreis voranzubringen. Seit 2020 gibt es mit der Entwicklung einer Kinder- und Jugendstrategie, die zahlreiche Maßnahmen zu Kinder- und Jugendpartizipation, auch in der Stadtplanung, enthält, einen großen Schub. Die Stadtverwaltung hat sich zur Umsetzung dieser Strategie selbst verpflichtet. Partizipation wird in Wien darüber hinaus sehr breit gedacht, es geht um die Beteiligungsmöglichkeiten an gesellschaftlichen Prozessen.

Über das Vorliegen eines „competence bias“ (LE BORGNE & TISDALL 2017:123, siehe Kap. 2.6.) gibt es unterschiedliche Befunde. In Wien kann davon ausgegangen werden, dass ein solcher vorliegt. Es macht ebenfalls den Anschein, als wäre sich die Stadtverwaltung dessen in Teilen bewusst. In Stuttgart liegt ein „competence bias“ strukturell nicht vor, auch wenn einzelne Personen, die Handlungsfähigkeiten junger Menschen nicht adäquat einordnen können. Die konkreten Beispiele der Planungsprojekte zeigen eine Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligung in Planungsprojekten in Stuttgart.

Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten

Die Analyse der Fallstudien ergibt in einigen Bereichen ein ähnliches Ergebnis. So auch bei den Zielsetzungen der Städte, beide wollen eine lebenswerte Stadt für junge Menschen sein. Wien will zu den „*kinder- und jugendfreundlichsten Städte der Welt*“ (MAGISTRAT DER STADT WIEN 2020:2) gehören, Stuttgart möchte das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ verlängern. Aber es gibt aus beiden Städten Berichte, dass die Anliegen junger Menschen in der Stadtplanung (trotz Beteiligungsmöglichkeiten) zu wenig berücksichtigt werden. Kinder und Jugendliche haben eine strukturell schlechte Lobby, sodass die Interessen von Erwachsenen, Wirtschaftstreibenden oder auch dem Individualverkehr höher eingeordnet und eher verfolgt werden. Dabei gibt es aus beiden Städten Bekräftigungen, dass von einer kinder- und jugendfreundlichen Stadt zahlreiche Bevölkerungsgruppen profitieren würden: Bedürfnissen von jungen Menschen zu folgen, dient nicht dem Partikularinteresse einer

kleinen Gruppe. Sowohl in Wien (zu einem großen Teil) als auch in Stuttgart (etwa bei Beteiligung auf nicht „verinselten“ Flächen) wird Kinder- und Jugendpartizipation von engagierten Akteur:innen verfolgt und ist somit personenabhängig. In beiden Städten ist es ein Thema, das viele Interviewpartner:innen beschäftigt, wie man solche Formen von Beteiligung institutionalisiert.

Unterschiede und Gegensätze

In vielen Bereichen zeigt die Fallstudienanalyse unterschiedliche Gegebenheiten in Wien und Stuttgart. Die auseinandergehenden Ergebnisse der Analysen bieten einen Erklärungsansatz für die jeweils andersartigen Partizipationsmöglichkeiten in den Städten.

Stuttgart beschäftigt sich schon deutlich länger auf breiter Ebene mit Kinder- und Jugendpartizipation. Die deutsche Stadtverwaltung hat also bereits deutlich mehr Zeit investiert, um die vielfältigen Beteiligungsangebote zu entwickeln. In Wien bringen engagierte Einzelpersonen das Thema Kinder- und Jugendpartizipation auf das Tapet. In Stuttgart sind zwar einige Beteiligungsangebote noch personenabhängig, es gibt aber eine vielfältige Landschaft an Akteur:innen, die das Thema allgemein vorantreibt. Diese reicht über Träger der Jugendarbeit zu Initiativen der Zivilgesellschaft bis zu Stiftungen. Kinder- und Jugendbeteiligung ist in Stuttgart in zahlreichen Formaten institutionalisiert. Das wird nicht nur über Stadtrecht und andere Gesetze wie die Gemeindeordnung gesichert, sondern auch mit Personalressourcen gefördert. Das kann dadurch beeinflusst sein, dass das Bruttoinlandsprodukt in Stuttgart fast doppelt so hoch ist wie in Wien und der Stadtverwaltung etwa aufgrund diverser Firmensitze verhältnismäßig viel Geld zur Verfügung steht. Die Stadt Wien legt hingegen einen Fokus auf die Bereitstellung von „social services“, um Partizipation an der Gesellschaft zu ermöglichen. Das entspricht dem jahrzehntelangen Selbstbild als sozialdemokratische Stadt. Die Interessen junger Menschen finden aufgrund eines Wahlalters ab 16 eher in die Politik als in Stuttgart mit einem Wahlalter ab 18.

Chancen und Herausforderungen der Partizipation junger Menschen

Der Status Quo der Kinder- und Jugendbeteiligung spiegelt sich in den erwähnten Chancen und Herausforderungen wider.

Wie in Abbildung 10 sichtbar, ist die Herausforderung der Ansprache in der Wiener Fallstudie präsenter als in Stuttgart. Überhaupt junge Menschen zu erreichen und für Partizipation zu begeistern, ist aktuell ein wichtiges Thema in Wien. In der Fallstudie zu Stuttgart ist die Thematik des Zeitpunkts der Einbindung stärker vertreten. Die bereits durchgeführten Beteiligungsformate erzeugten ein Bewusstsein für diese Problematik. Bedenken über mögliche Exklusionsmechanismen bestehen in beiden Städten.

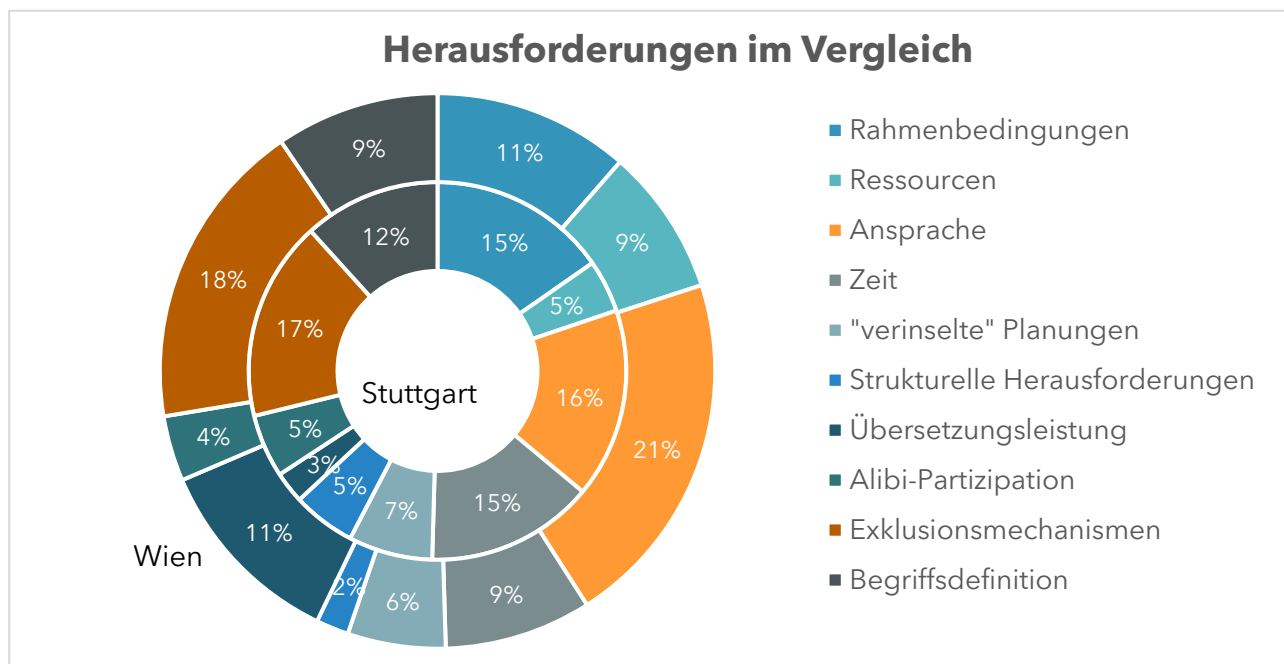


ABBILDUNG 10: HERAUSFORDERUNGEN IM VERGLEICH, EIGENE DARSTELLUNG 2023.

Abbildung 11 zeigt Unterschiede in den erwähnten Chancen von Kinder- und Jugendpartizipation in den untersuchten Städten. In Wien ist es wichtig, dass das Wissen junger Menschen über ihren Alltag und die Orte, die sie nutzen, Eingang in die Planung findet. In Stuttgart steht ihre Perspektive im Vordergrund, also wie sie urbane Räume und Situationen wahrnehmen. In beiden Städten eine relevante Chance ist, dass Kinder und Jugendliche bei Partizipationsprozessen etwas lernen sowie dass durch Beteiligung zielgruppengerechter geplant wird (Outcome).

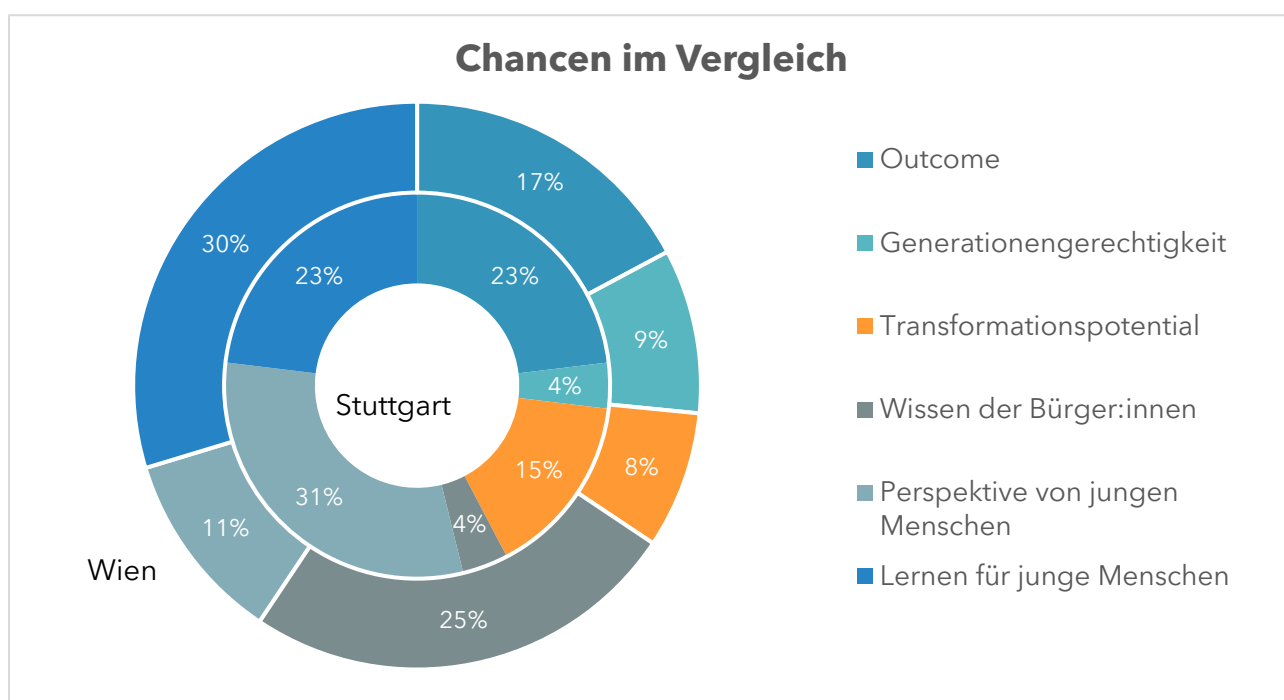


ABBILDUNG 11: CHANCEN IM VERGLEICH, EIGENE DARSTELLUNG 2023.

Meilensteine der Kinder- und Jugendpartizipation

Damit Stuttgart die aktuelle Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen erreichen konnte, war eine Vielzahl an Meilensteinen ausschlaggebend. Erst das Engagement von Einzelpersonen und später die rechtliche Absicherung von Kinder- und Jugendpartizipation bzw. die Sicherstellung von Bedürfnissen junger Menschen in der Stadtplanung waren impulsgebend. Die Bereitstellung von Personal und Budget für die Beteiligung junger Menschen ermöglicht eine Fokussierung auf das Thema. In den letzten Jahren bewirkten Fortbildungen zum Thema Kinderrechte einerseits und Kinder- und Jugendpartizipation andererseits, dass möglichst viele Akteur:innen stadtweit an einem Strang ziehen. Die Etablierung Kinder- und Jugendpartizipation in der Wiener Stadtplanung steht am erst am Beginn. Wichtig für das Bewusstsein von jungen Menschen in der Stadt, ist ihre gesellschaftliche Einbettung sowie die vermehrte Unterstützung für Beteiligung von städtischen Stakeholdern. Einen starken Impuls gab die Entwicklung der Kinder- und Jugendstrategie. Sie folgt nicht nur einer politischen Zielsetzung, sondern war auch Chance für Bedienstete der Stadt Wien, in das Thema der Kinder- und Jugendbeteiligung erstmal einzutauchen. In beiden Städten besonders wichtig, sind also engagierte Vorkämpfer:innen für Beteiligung sowie politische und strategische Beschlüsse.

Ein zusammenfassender Vergleich der Fallstudien Stuttgart und Wien ist in Tabelle 6 dargestellt.

TABELLE 6: WIEN UND STUTTGART IM VERGLEICH, EIGENE DARSTELLUNG 2023.

		Stuttgart	Wien
Städtische Zielsetzung		Verlängerung des Siegels „Kinderfreundliche Kommune“	Wien als eine der kinder- und jugendfreundlichsten Städte der Welt
Wegbereiter		▪ Einzelpersonen ▪ Gesetzliche Lage	Entwicklung Kinder- und Jugendstrategie
Institutionalisierte Partizipationsformate für junge Menschen in stadtplanerischen Prozessen		Ja	Nein
Phänomen der „Verinselung“ bei Partizipationsformaten erkennbar		Ja (Spielplätze)	Keine Aussage möglich (keine Formate)
Top 3 Herausforderungen		Exklusionsmechanismen, Ansprache (möglichst diverser Gruppen), Rahmenbedingungen	Ansprache (Kinder und Jugendliche grundsätzlich erreichen),

			Exklusionsmechanismen, Übersetzungsleistung
Top 3 Chancen		Lernen, Wissen, Outcome	Perspektive, Lernen, Outcome
Wahlalter		Ab 18 Jahren	Ab 16 Jahren

Nach Betrachtung der beiden Fallstädte zeigt sich, dass der Blickwinkel des „Childism“ mit dem Anspruch einer Stadtplanung für nutzer:innenfreundliche Städte mit hoher Lebensqualität harmoniert. Eine Stadt für alle schätzt die Vielfalt der Gesellschaft und nimmt unterschiedliche Kindheiten und Jugenden wahr. Bestehende gesellschaftliche Normen (z.B. Fokus auf motorisierten Individualverkehr und Ein-Wege-Ketten) zu hinterfragen und urbane Räume für diverse Bedarfe zu entwickeln; davon profitieren alle Einwohner:innen.

5. DISKUSSION: KINDER- UND JUGENDPARTIZIPATION IN THEORIE UND PRAXIS

„Young people not only have a right to contribute to the places they inhabit and will ultimately inherit, but their involvement also can lead to greater dialogue and discussion about the livability of a city and can offer fresh perspectives for how to address urban issues.“ (DERR & KOVÁCS 2017:31)

In diesem Kapitel sollen die empirischen Erkenntnisse zum Thema Kinder- und Jugendpartizipation diskutiert werden. Ziel ist die Verknüpfung der empirischen Ergebnisse mit den Konzepten, die aus der State-of-the-Art Recherche gewonnen werden konnten. So sollen die sechs Forschungsfragen dieser Arbeit beantwortet werden. Im Anschluss werden Handlungsempfehlungen und Maßnahmen besprochen, die zu einer besseren Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligung in urbanen Planungsprozessen führen.

5.1. Theoriegeleitete Diskussion: Zwischen Bestätigen, Erweitern und Widerlegen

Ziel dieser Arbeit ist es, die Mitsprachemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in urbanen Planungsprozessen anhand des „competence bias“ zu ergründen. Dafür werden die Fallbeispiele Wien und Stuttgart untersucht. Absicht ist, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Kinder und Jugendliche in Planungsprozesse urbaner Gebiete strukturell eingebunden werden können. Diese Arbeit folgt dem Paradigma der „Children’s Geographies“ insofern, da sie mit der Untersuchung des „competence bias“ dazu beitragen möchte, Ursachen der Exklusion von Kindern und Jugendlichen aus partizipativen Planungsprozessen zu beleuchten. SKELTON (2009:1443) folgend ist das Ziel, *„to improve their environments, their living conditions, their opportunities of play, learning and joy.“*

Für Kinder- und Jugendpartizipation gibt es diverse Begründungen. Diese reichen von rechtlichen Vorgaben über den Anspruch, so Generationengerechtigkeit näher zu kommen, bis zu einer Outcome-Legitimität: Das Einsparen von Ressourcen nach erfolgter partizipativer Planung argumentiert die Durchführung dieser. Ein weiterer in Theorie und Empirie häufig genannter Grund ist die innovative und spezielle Perspektive junger Menschen, die mittels Partizipation Eingang in die Planung finden kann. Insbesondere im Fokus der partizipativen Planungen mit Kindern und Jugendlichen steht der öffentliche Raum. Er ist für junge Menschen relevant, um sich etwa zu bewegen, miteinander zu interagieren, zu spielen und sich zu präsentieren. Der öffentliche Raum ist für junge Menschen der relevanteste Raumtyp der Stadt. Der im State-of-the-Art erwähnte Kampf um Raum findet in beiden Fallstädten statt. Wirtschaftsinteressen spielen in der Gestaltung urbaner Orte oft eine größere Rolle als die von Kindern und Jugendlichen. Das manifestiert sich im öffentlichen Raum vor allem durch die zunehmende Kommerzialisierung sowie die Vorherrschaft des motorisierten Individualverkehrs. Partizipation von Kindern und Jugendlichen und das Erfahren und Berücksichtigen ihrer Bedürfnisse kann den

Unterschied zwischen den gelebten Bedarfen und der gebauten Wirklichkeit verringern. (**Forschungsfrage #1:** Warum spielt Partizipation, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, in städtischen Planungsprozessen eine Rolle?)

Kinder und Jugendliche sind im Großteil aller urbanen Planungsprozesse nicht integriert, Kinder- und Jugendpartizipation ist selten institutionalisiert. Das spiegelt den „theory to practice gap“ (MICHAIL et al. 2023:2) wider. Dem „Civic Voluntarism Model“ (HELLER et al. 2020:18) folgend können sich junge Menschen nicht beteiligen, weil sie keine Angebote und Formate dazu vorfinden. In den untersuchten Städten tritt Kinder- und Jugendbeteiligung gehäuft bei der Planung „verinselter“ Orte auf. Die Klassifikation bzw. Definition von Partizipation (Harts Leiter) spielt in der Praxis keine Rolle. Beteiligung wird anlass- und projektbezogen entwickelt. In den untersuchten Städten spielt Online-Partizipation, anders als im State-of-the-Art diskutiert, nur eine untergeordnete Rolle. Die hauptsächliche Erwartung an Partizipationsprozesse ist ein bedarfsorientierteres Planungsergebnis als es ohne Beteiligung entstehen würde. Weitere Chancen von Partizipation sind Lernerfahrungen für Kinder und Jugendliche, demokratische Bildung, eine bessere Kommunikation zwischen den Generationen, neue Perspektiven in der Planung sowie innovative Denkweisen, um urbane Transformationen anzustoßen. In der Praxis spielt die Outcome-Legitimität eine höhere Rolle als im State-of-the-Art beschrieben. Die Erwartungen an teilnehmende Kinder und Jugendliche sind zahlreich und reichen von Planungswissen bis zu kindlichem Alltagswissen. Sie sollen motiviert und begeistert sein, verbindlich teilnehmen, regelmäßig erscheinen, Prozesse ernst nehmen, Verantwortung übernehmen und Vorwissen mitbringen. Neben diesen sehr hochschwelligen Erwartungen, die Kinder und Jugendliche nicht in ihrer Lebensrealität abholen, gibt es die Hoffnung, dass junge Menschen ihren einzigartigen und authentischen Blickwinkel und ihr Einfühlungsvermögen einbringen, da davon viele Bevölkerungsgruppen profitieren. Im State-of-the-Art wird deutlich, dass jüngere Kinder besonders von Ausgrenzungen aus Planungsprozessen betroffen sind. Das kann empirisch nicht bestätigt werden. Bei einigen Planungsprozessen gibt es mehr Kinder- als Jugendbeteiligung. Das kann daran liegen, dass ein Querschnitt der Kinder bis 10 Jahren gut über Bildungseinrichtungen zu erreichen ist. Hindernisse bei der Umsetzung von partizipativen Planungsprozessen mit jungen Menschen sind der Ressourcenmangel der Verwaltung, Partizipationsangebote, die vorrangig auf Erwachsene zugeschnitten sind, fehlendes Wissen bzw. Zweifel der Verantwortlichen über die Bedarfe und Fähigkeiten junger Menschen, das gesellschaftliche Bild von Kindern und Jugendlichen, die Übersetzungsleistungen zwischen Planwissen und Alltagserfahrungen, die Beteiligung nur an Planungen „verinselter“ Orte, Beteiligung junger Menschen als Dekorations-Element/Alibi-Beteiligung, die Exklusionsmechanismen, die mit Partizipation einhergehen können sowie die Langwierigkeit von Planungsprozessen. Als Abhilfe für die lange Dauer von Planungsprozessen wird im State-of-the-Art ein Budgettopf für die kurzfristige Umsetzung von Projekten vorgeschlagen. In der Praxis wird vor allem von der Chance der Zwischennutzung berichtet. In den untersuchten Städten treten zwei weitere Herausforderungen auf, die im State-of-the-Art nicht erwähnt werden: Der Zeitpunkt der Beteiligung sowie die Ansprache junger Menschen. (**Forschungsfrage #2:** Inwiefern sind Kinder und Jugendliche in Partizipationsprozessen integriert? Worin liegen Erwartungen, Chancen und Hindernisse im Partizipationsprozess?)

Kinder- und Jugendpartizipation hat in Stuttgart einen hohen Stellenwert. Die Aussagen der Interviewpartner:innen lassen auf ein hohes Verständnis für die Bedürfnisse junger Menschen schließen. Einige wenige Stimmen berichten davon, dass die Denkweisen von Kindern bei manchen handelnden Akteur:innen der Stadtentwicklung als defizitär wahrgenommen werden und Stimmen junger Menschen mitunter als zu unerfahren abgetan werden. In Wien hat die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen allgemein keinen hohen Stellenwert, nur selten werden sie in urbane Planungsprozesse integriert. Die Aussagen der Interviewpartner:innen lassen jedoch auf ein Bewusstsein für junge Menschen und den Wert des öffentlichen Stadtraums schließen. Ihre Ideen für Stadt und Gestaltung werden von Entscheidungsträger:innen dahingegen meist wenig ernst genommen. Aus beiden Städten gibt es Berichte, dass die Wahrnehmung der Kompetenzen adäquat ist, die Erwartungen an junge Menschen allerdings zu hoch sind bzw. an ihrer Lebensrealität vorbeigehen. (**Forschungsfrage #2a:** Welchen Stellenwert hat Kinder- und Jugendpartizipation in Wien/Stuttgart? Inwiefern werden die Kompetenzen junger Menschen von Stakeholdern wahrgenommen?)

Bestimmte Formate der Partizipation junger Menschen sind in Stuttgart institutionell verankert und teilweise verrechtlicht. In strategischen Dokumenten werden der Wert von Kinder- und Jugendpartizipation sowie das Wissen und die Erfahrungen, die junge Menschen beitragen können, angesprochen. Es gibt mehrere Personalstellen, die sich ausschließlich mit Kinder- und Jugendbeteiligung beschäftigen. Für diverse Formate sind Budgetposten gegeben. In Strategien der Stadt Wien wird Partizipation hochgehalten. In Personal oder Budget schlägt sich das jedoch kaum nieder. Kinder und Jugendliche werden in beiden Städten vor allem wegen ihrer losgelösten und innovativen Denkweise geschätzt. Sie sollen ihre Erfahrungen und ihr Alltagswissen beisteuern. Aus beiden Städten gibt es Berichte, dass besonders geschätzt wird, dass junge Menschen nicht nur an sich selbst denken, sondern das Wohlergehen aller im Blick haben. (**Forschungsfrage #2b:** Wie ist Kinder- und Jugendpartizipation strategisch & institutionell in Wien/Stuttgart verankert? Welche Kompetenzen werden jungen Menschen von Stakeholdern zugeschrieben?)

In den Partizipationsprojekten in Stuttgart kommen verschiedene Formate der Beteiligung vor: Kinderbeteiligung, Jugendbeteiligung oder auch die Einbindung von Brückenakteur:innen. So haben junge Menschen zwar keine unmittelbaren Handlungsmöglichkeiten, aber ihre Perspektiven können in die Planung einfließen. In Wien gibt es bei keinem der untersuchten Projekte eine dezidierte Kinder- und Jugendpartizipation. Daraus folgend können junge Menschen hier keine Agency innehaben. (**Forschungsfrage #2c:** Welche Handlungsmöglichkeiten erfahren junge Menschen in Wien/Stuttgart in konkreten Partizipationsprojekten der letzten fünf Jahre?)

Die vollständige Analyse des „competence bias“ (LE BORGNE & TISDALL 2017:123, siehe Kap. 2.6.) zeigt, dass die Gesetzeslage der entscheidende Faktor ist. Geltende Gesetze sind somit der wichtigste Wegbereiter, um Kinder- und Jugendpartizipation durchzuführen, neue Formate zu entwickeln und ressourcentechnische Schwerpunkte zu setzen. Was Stakeholder:innen über Beteiligung denken, ist vor allem auf der Ebene wichtig, auf der Gesetze oder politische Strategien beschlossen werden. Das Vorliegen eines „competence bias“ ist insbesondere dort von Relevanz, wo Kinder- und Jugendbeteiligung nicht

verrechtlicht ist. Die Existenz eines „competence bias“ und die fehlende Verrechtlichung der Partizipation junger Menschen stehen in Zusammenhang. Das Konzept des „competence bias“ muss für die Planungspraxis um diesen Faktor ergänzt werden: Das Vorliegen eines „competence bias“ entscheidet über sinnvolle Partizipationsangebote für junge Menschen. Die Gesetzeslage bedingt, ob ein „competence bias“ tragend werden kann oder nicht.

Die Beantwortungen der Forschungsfragen 2a, 2b und 2c zum „competence bias“ zeigen: Geltende Gesetze sind die wirkungsvollste Maßnahme, um Kinder- und Jugendpartizipation voranzubringen. Die Beteiligung junger Menschen sollte nicht von Meinungen Einzelner abhängen, sondern durch rechtliche Bestimmungen gesichert sein. Beteiligung muss von einem Projektstatus zu einer Partizipationsroutine werden. Im State-of-the-Art wird die Meinung von Angestellten der Verwaltung als entscheidend angesehen, ob Beteiligung regelmäßig durchgeführt wird. Wesentlicher ist die Einstellung von politischen Entscheidungsträger:innen. Die untersuchten Städte zeigen: Werden politische Beschlüsse gefasst, haben die oftmals ein Mehr an Budget und Stellen zur Folge, mit dem Kinder- und Jugendpartizipation wirkungsvoll betrieben werden kann. In Wien ist die Wahrnehmung über die Herausforderungen von Partizipation ausgeprägt. Wie im State-of-the-Art erwähnt, wirkt sich das negativ auf eine mögliche Institutionalisierung von Kinder- und Jugendbeteiligung aus. Das gesellschaftliche Bild der Fähigkeiten und Bedürfnisse junger Menschen muss sich ändern, damit das konstruktive Potential von Partizipation erkannt wird. Es gilt, die Interessen junger Menschen ernst zu nehmen, ihre Bedürfnisse zu erkennen und Partizipationskompetenzen zu entwickeln. Wichtig ist, ein Augenmerk auf mögliche Exklusionsmechanismen von Beteiligung zu legen, sie soll keine Waffe der Starken werden. (**Forschungsfrage #3:** Inwiefern sind Änderungen in Planungssystemen notwendig, um Kinder- und Jugendpartizipation in urbanen Planungsprozessen verbindlich zu verankern?)

5.2. Handlungsempfehlungen für die Praxis der Kinder- und Jugendpartizipation

Um Kinder- und Jugendbeteiligung in einer Stadtgesellschaft zu verankern, ist es notwendig, an mehreren Stellschrauben zu drehen. Es geht darum Partizipation als ein demokratisches Prinzip zu verankern. Beteiligungsangebote funktionieren besonders dann, wenn sie keine Besonderheit mehr, sondern in vielen Bereichen etabliert sind. Fest steht, dass es im besten Fall eine Vielzahl an unterschiedlichen Formaten gibt. Nicht nur, um möglichst viele Personen anzusprechen, sondern auch, um dem Grundsatz zu folgen: Jene, die partizipieren, partizipieren mehrfach.

Bei Kinder- und Jugendpartizipation in der Stadtplanung geht es insbesondere darum, von einem Projektstatus zu einem Programmstatus zu gelangen: Es gilt eine Routine der Partizipationsangebote zu schaffen. Demokratiepoltik, wozu das Etablieren von Partizipationsroutine gehört, ist keine punktuelle Aufgabe. Es braucht Zeit, um

Gewohnheiten und Automatismen zu bilden. Darum ist es notwendig, jetzt Änderungen in Gang zu setzen.

Für die Verwirklichung von Partizipationsroutinen gibt es kein Patentrezept, das in jedem urbanen Kontext funktioniert. Jede Stadt(-Gesellschaft) muss die für sich passende Kombination finden. Die untenstehenden Handlungsempfehlungen (Tabelle 7) haben sich in diversen Fällen als nützlich erwiesen, um Kinder- und Jugendpartizipation zu verankern. Es ist wichtig, Grenzen von Partizipation zu kennen. Deliberative Partizipation an Stadtgestaltung kann demokratiepolitische Probleme nicht lösen, wenn Gesetze und Richtlinien Beteiligung in anderen Bereichen verhindern. Gleichzeitig gibt es rechtliche Rahmenbedingungen aus z.B. Naturschutz, die Restriktionen festlegen. Eine realistische Sichtweise auf Beteiligung hilft, das Ziel vor Auge zu behalten und mit Hilfe kontinuierlicher Fortschritte Kinder- und Jugendpartizipation zu stärken.

TABELLE 7: HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN, UM KINDER- UND JUGENDPARTIZIPATION VORANZUBRINGEN (NICHT STADTSPEZIFISCH), EIGENE DARSTELLUNG 2023.

Adressaten: Stadtverwaltung Stadtpolitik Jugendarbeit Zivilgesellschaft Bundespolitik	
→ Bewusstsein schaffen	
	Kennenlertage mit Verwaltung und Jugendarbeit, um Organisationslogiken vorzustellen
	Informationen der Verwaltung & Stadtplanung für junge Menschen verständlich aufbereiten: Welche Beteiligungsangebote gibt es? Was sind aktuelle Projekte der Stadtplanung? → Transparenz der Abläufe und Entscheidungen vermitteln (z.B. via Social Media)
	Partizipationswissen in Unterrichtsfächer integrieren: Moderation, Rhetorik, Arbeitstechniken, Sachwissen und Verfahrenskenntnisse, Verwaltungswissen, Baukultur, Stadtplanung
→ Ressourcen bereitstellen	
	Stadtinterne Schulungen bzw. Fortbildungen zu Kinderrechten bzw. Kinder- und Jugendpartizipation
	Partizipationskompetenzen erlernen (Stadtbedienstete): z.B. kind- und jugendgerechte Kommunikation & Formate, Übersetzungsleistung
	Austauschtage innerhalb der Stadtverwaltung: Zusammenarbeit stärken, an einem Strang ziehen
	Stelle schaffen: „Kümmerer“ (für z.B. Kinderrechte)
	Stelle schaffen: Koordination der Kinder- und Jugendbeteiligung (wichtig: organisatorische Unterstützung für junge Menschen; keine inhaltliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, da Gefahr der Manipulation besteht)

Adressaten: Stadtverwaltung Stadtpolitik Jugendarbeit Zivilgesellschaft Bundespolitik	
→ Formate entwickeln	
	Beteiligungsleitfäden und -standards entwickeln: Regeln für die Partizipation an urbaner Planung; Richtlinien zur regelmäßigen Einbindung; inkl. Umsetzungsschritte.
	Kinder- und Jugendbeteiligung rechtlich und budgetär absichern: z.B. in Stadtverfassung, Stadtrecht
	Kindersprechstunde in Ämtern etablieren
	Lokale Kinder- und Jugendbeteiligungsangebote schaffen: Das Wohnumfeld ist die wichtigste Bezugsebene für junge Menschen
	Formate mit partizipativem Budget entwickeln
	Regelmäßige Evaluation der Formate durchführen Welche Gruppen erreicht man? Wichtig: Nicht Schere weiter aufmachen zwischen „Beteiligungsprofis“ und anderen jungen Menschen. Auf die Einbindung bestimmter Gruppen achten: Mädchen, unterschiedliche Bildungshintergründe, junge Menschen in schwierigen Lebenslagen, Lehrlinge, Kinder und Jugendliche mit nicht-deutscher Muttersprache, finanziell benachteiligte Personen, junge Menschen mit Behinderung, Schutzsuchende
→ Kontext gestalten	
	Wahlalter herabsetzen
	Grundsicherung junger Menschen sicherstellen: z.B. leistbares Wohnen, Ganztagschulen, Abschaffen der Kinderarmut etc.
	Wertigkeit von Bedarfen junger Menschen in rechtlich normierter Stadtplanung erhöhen: z.B. Recht auf Spiel in Bauordnung, Lärmemissionsschutz etc.
	Dialog und Mitbestimmung in Bildungseinrichtungen fördern: Partizipationswissen & -routine fördern
	Urbane Räume für Aneignung schaffen und akzeptieren
	Kinder- und Jugendbeteiligung sowie Kinderrechte in Ausbildungen auf Verwaltungshochschulen und Studiengängen der Planungswissenschaften integrieren
	Gesellschaftliches Bewusstsein für Bedürfnisse junger Menschen schärfen

6. CONCLUSIO: ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

„Denn wie heißt es im Arabischen: ‚Willst Du Dein Land verändern, verändere Deine Stadt. Willst Du Deine Stadt verändern, verändere Deine Straße. Willst Du Deine Straße verändern, verändere Dein Haus. Willst Du Dein Haus verändern, verändere Dich selbst.‘“ (HELLER et al. 2020:6)

Die vorliegende Arbeit leistet einen Beitrag, um Exklusionsmechanismen zu verstehen, die dazu beitragen, Kinder und Jugendliche aus urbanen Planungsprozessen auszuschließen. Der Fallstudienvergleich bietet erstmals eine Untersuchung des „competence bias“ in partizipativer Planung. Daran anschließend kann nicht nur dieses Konzept für die partizipative Planungspraxis angepasst werden, sondern es können auch Vorschläge für Änderungen gemacht werden, die nötig sind, um Kinder- und Jugendpartizipation in urbanen Planungssystemen zu integrieren. Die Masterarbeit greift somit zwei von drei aktuellen wissenschaftlichen Diskurssträngen der Kinder- und Jugendbeteiligung auf. Die Masterarbeit erweitert die Konzepte der Kinder- und Jugendbeteiligung um die Kombination von „competence bias“ und urbane Planung. Die Partizipation junger Menschen wird in dieser Arbeit in zwei unterschiedlichen urbanen Kontexten (Wien & Stuttgart) diskutiert, die ein gemeinsames Mosaik der Beteiligung darstellen. Neben einem Vergleich der Fallstudien steht insbesondere das Ableiten von Handlungsempfehlungen für die Beteiligungspraxis im Vordergrund. Wie jede Untersuchung hat auch die vorliegende Forschungsarbeit ihre Grenzen: Inwiefern der „competence bias“ etwa auf die Partizipation von Kindern mit Behinderung oder Schutzsuchenden wirkt, wird nicht untersucht. Exklusionsmechanismen von Partizipation werden zwar erwähnt, inwiefern diese aber bestehende Ungleichheiten verstärken, wird nicht erkundet. Es ist festzuhalten, dass viele Bereiche der Kinder- und Jugendpartizipation ein wenig beforschtes Feld sind. Das trifft insbesondere auf Gründe der fehlenden Implementierung in urbanen Planungsprozessen zu. Das bietet Raum für viele andere theoretische und konzeptionelle Zugänge, um das Phänomen der Kinder- und Jugendbeteiligung besser zu beleuchten.

Junge Menschen als „zukünftige Erwachsene“

Ein Diskursstrang befasst sich mit dem gesellschaftlichen Bild von jungen Menschen.

Es „muss sich vor allem die gesellschaftliche Einstellung gegenüber Kindern ändern. Junge Menschen sind als Subjekte (nicht nur) der Stadt anzuerkennen. Sie nehmen Veränderungen städtischer Entwicklung nicht weniger wahr als Erwachsene, artikulieren ihre Sorgen und Ängste oft deutlicher und setzen sich in ihrem Lebensalltag, in ihren Familien und Freundeskreisen, Stadtteilen und darüber hinaus mit gesellschaftlichen Problemen und Herausforderungen auseinander.“ (SCHREIBER & GHAFOR-ZADEH 2023:245)

Kinder und Jugendliche werden nur als zukünftige Erwachsene wahrgenommen, ihre Erfahrungen und Erlebnisse als junge Menschen wenig ernst genommen. Das liegt an der weit verbreiteten Wahrnehmung, dass Kindheit eine „*period of supported transition from irrationality to rationality*“ (MORAN ELLIS & SÜNKER 2018:281) ist. Wie Kinder und Jugendliche wahrgenommen werden hat viele Auswirkungen. Neben der möglichen Einbindung in

partizipative Planungsprozesse, geht es um die Exklusion junger Menschen aus vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei, und das zeigt auch diese Arbeit, ist es von Relevanz, Kinder und Jugendliche möglichst früh in demokratische Prozesse einzubinden: „[d]emocracy begins with children“ (MORAN ELLIS & SÜNKER 2018:285).

Exklusion aus demokratischen Prozessen

Der wissenschaftliche Diskurs, der sich mit der Exklusion von Kindern und Jugendlichen aufgrund ihrer vermeintlich fehlenden Fähigkeiten beschäftigt, fokussiert auf zwei Themenbereiche. Ein Diskursstrang debattiert das fehlende Wahlrecht junger Menschen, das mit dem Alter und daraus folgenden Fähigkeiten argumentiert wird. Nicht jeder Erwachsene hat aber automatisch politische Kompetenz (GIESINGER 2022:93). Im Zentrum der Debatte steht ein Gerechtigkeitsproblem: Kinder und Jugendliche sind von staatlichen Maßnahmen betroffen, können über diese jedoch nicht mitbestimmen. (GIESINGER 2022:86ff.; MORAN ELLIS & SÜNKER 2018:282ff.)

„Kinder sollten als ‚aktive‘ politische Personen gesehen werden, die sich mit ihren Werthaltungen und ihrem Erfahrungswissen in die politische Diskussion einbringen und Stellung beziehen können.“ (GIESINGER 2022:96)

Ein zweiter Diskursstrang beschäftigt sich mit der Art und Weise, wie Kinder und Jugendliche ihre Rechte als Staatsbürger:innen ausleben können. Das Verhältnis von jungen Menschen zur Staatsbürgerschaft ist unklar: Manche Rechte, Möglichkeiten und Verantwortungen werden ihnen zugestanden, andere, wie das Wahlrecht, noch nicht. Mitunter wird folgender Begriff für diese unvollständige Staatsbürgerschaft verwendet: „*‘semi-citizenship’, to show that children ‘are citizens by certain standards and not by others’*“ (COHEN 2005:222 nach LARKINS 2014:9). Insbesondere die Verbindung zwischen Handlungsfähigkeit und Staatsbürgerschaftsrechten steht im Vordergrund des Diskurses. Dabei wird festgehalten, dass junge Menschen vor allem in ihrer Wohnumgebung, ihrem Quartier bzw. ihrer Nachbarschaft die meiste Handlungsfähigkeit ausüben können. (LARKINS 2014:7ff.)

„We seek to understand them as contributing citizens in the present, building and exercising their citizenship capabilities through inter-generational relations of care and solidarity that are generally invisible in adult-centered frameworks.“ (DEVINE & COCKBURN 2018:154)

Gerechte Städte

Das Phänomen der Kinder- und Jugendpartizipation sowie Partizipation an sich hängt immer auch mit dem Diskurs der sozialen Ungleichheit zusammen. Jeder soll mitreden dürfen, wenn es um die Gestaltung der gemeinsamen Stadt geht. Ziel ist es, eine gerechte Stadt („just city“) für alle zu entwerfen. In den Planungswissenschaften findet die Debatte zur (Verteilungs-)Gerechtigkeit in der Stadtplanung zum Beispiel unter den Schlagwörtern des Rechts auf Stadt sowie der Grünraum- oder Klimagerechtigkeit statt. Kinder- und jugendgerechte Städte zu planen und umzusetzen, soll heißen, die Bedürfnisse junger Menschen gleichwertig in die Gestaltung der v.a. öffentlichen Räume einfließen zu lassen (KEMPER & HERZOG 2015:173) und nicht urbane und gesellschaftliche Ungleichheitstendenzen durch Planung zu verstärken.

LITERATURVERZEICHNIS

- Aldridge Jo (2017): Introduction to the Issue: "Promoting Children's Participation in Research, Policy and Practice". - In: *Social Inclusion*, 5(3), 89-92, <https://doi.org/10.17645/si.v5i3.1157>
- Ariès Philippe (1985⁷): *Die Geschichte der Kindheit*. - München: Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG.
- Bečević Zulmir & Dahlstedt Magnus (2022): On the margins of citizenship: youth participation and youth exclusion in times of neoliberal urbanism. - In: *Journal of Youth Studies*, 25(3), 362-379, <https://doi.org/10.1080/13676261.2021.1886261>
- Behnken Imbke & Zinnecker Jürgen (2019): Straße. - In: Hasse Jürgen & Schreiber Verena (Hrsg.): *Räume der Kindheit*. - Bielefeld: transcript Verlag, 315-321, <https://doi.org/10.14361/9783839444245>
- Behnken Imbke (2021): „Es geht darum, Mittel und Wege zu finden, daß die Stadt dem Kind zugänglicher, verwertbarer und sinnvoller erscheint“. Kommentar zu Colin Ward „Das Kind in der Stadt (Auszüge)“ (2021 [1978]). - In: *suburban*, 9(3/4), 263-276, <https://doi.org/10.36900/suburban.v9i3/4.719>
- Biswas Tanu (2021): Zur Misopädie von Urbanisierung und schulischer Bildung: Eine Würdigung Colin Wards. Kommentar zu Colin Ward „Das Kind in der Stadt (Auszüge)“ (2021 [1978]). - In: *suburban*, 9(3/4), 281-288, <https://doi.org/10.36900/suburban.v9i3/4.718>
- Bohnsack Ralf, Geimer Alexander, Meuser Michael (2018): *Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung*. - Opladen, Toronto: Verlag Barbara Budrich, utb, <https://doi.org/10.36198/9783838587479>
- Botchwey Nisha D., Johnson Nick, O'Connell L. Katie & Kim Anna J. (2019): Including Youth in the Ladder of Citizen Participation. - In: *Journal of the American Planning Association*, 85(3), 255-270, <https://doi.org/10.1080/01944363.2019.1616319>
- Cele Sofia & van der Burgt Danielle (2015): Participation, consultation, confusion: professionals' understandings of children's participation in physical planning. - In: *Children's Geographies*, 13(1), 14-29, <https://doi.org/10.1080/14733285.2013.827873>
- David Nina Palmy & Buchanan Adria (2020): Planning Our Future: Institutionalizing Youth Participation in Local Government Planning Efforts. - In: *Planning Theory & Practice*, 21(1), 9-38, <https://doi.org/10.1080/14649357.2019.1696981>
- Derr Victoria & Kovács Ildikó G. (2017): How participatory processes impact children and contribute to planning: a case study of neighborhood design from Boulder, Colorado, USA. - In: *Journal of Urbanism: International Research on Placemaking and Urban Sustainability*, 10(1), 29-48, <https://doi.org/10.1080/17549175.2015.1111925>
- Derr Victoria & Tarantini Emily (2016): "Because we are all people": outcomes and reflections from young people's participation in the planning and design of child-friendly public

- spaces. – In: *Local Environment*, 21(12), 1534-1556,
<https://doi.org/10.1080/13549839.2016.1145643>
- Derr Victoria (2015): Integrating community engagement and children's voices into design and planning education. – In: *CoDesign*, 11(2), 119-133,
<https://doi.org/10.1080/15710882.2015.1054842>
- Derr Victoria, Chawla Louise & Mintzer Mara (2018): *Placemaking with children and youth: participatory practices for planning sustainable communities*. – New Village Press: New York, <https://doi.org/10.1080/14733285.2021.1934979>
- Derr Victoria, Chawla Louise, Mintzer Mara, Flanders Cushing Debra & Van Vliet Willem (2013): *A City for All Citizens: Integrating Children and Youth from Marginalized Populations into City Planning*. – In: *Buildings* 2013(3), 482-505, <https://doi.org/10.3390/buildings3030482>
- Devine Dymrna & Cockburn Tom (2018): Theorizing children's social citizenship: New welfare states and inter-generational justice. – In: *Childhood* 25(2), 142-157,
<https://doi.org/10.1177/0907568218759787>
- Duveneck Anika (2021): Vom Fangspiel auf der Straße zum Tanzvideo auf TikTok – Wards Plädoyer für kindliche Freiräume Reloaded. Kommentar zu Colin Ward „Das Kind in der Stadt (Auszüge)“ (2021 [1978]). – In: *suburban*, 9(3/4), 277-280,
<https://doi.org/10.36900/suburban.v9i3/4.723>
- Edelhoff Silke & Million Angela (2021): Kinderrechte in der Stadtplanung verwirklichen. – In: Bär Dominik, Roth Roland & Csaki Friderike (Hrsg.): *Handbuch Kinderfreundliche Kommunen. Kinderrechte kommunal verwirklichen*. – Frankfurt am Main: debus pädagogik, 505-517,
<https://doi.org/10.46499/1502>
- Fischer Frank (2000): *Citizens, Experts, and the Environment*. – New York: Duke University Press,
<https://doi.org/10.1515/9780822380283>
- Flanders Cushing Debra (2015): Promoting youth participation in communities through youth master planning. – In: *Community Development*, 46(1), 43-55,
<https://doi.org/10.1080/15575330.2014.975139>
- Flick Uwe (2016): *Qualitative Sozialforschung*. – Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag GmbH.
- Freeman Claire (2020): Twenty-five years of children's geographies: a planner's perspective. – In: *Children's Geographies*, 18(1), 110-121,
<https://doi.org/10.1080/14733285.2019.1598547>
- Ghafoor-Zadeh Dana & Schreiber Verena (2021): Smarte Kindheiten. Wenn junge Menschen in das Blickfeld städtischer Regierungsweisen rücken. – In: *suburban*, 9(3/4), 57-82,
<https://doi.org/10.36900/suburban.v9i3/4.727>
- Giesinger Johannes (2022): *Wahlrecht – auch für Kinder?* – Berlin, Heidelberg: J.B. Metzler,
<https://doi.org/10.1007/978-3-662-64699-1>
- Gill Tim (2021): *Urban Playground. How child-friendly planning and design can save cities*. – London: RIBA Publishing, <https://doi.org/10.4324/9781003108658>

- Hanssen Gro Sandkjaer (2019): The Social Sustainable City: How to Involve Children in Designing and Planning for Urban Childhoods? - In: Urban Planning, 4(1), 53-66, <https://doi.org/10.17645/up.v4i1.1719>
- Hasse Jürgen (2019): Spielplatz. - In: Hasse Jürgen & Schreiber Verena (Hrsg.): Räume der Kindheit. - Bielefeld: transcript Verlag, 315-321, <https://doi.org/10.14361/9783839444245>
- Heinrich Anna Juliane & Million Angela (2016): Young People as City Builders. - In: disP - The Planning Review, 52(1), 56-71, <https://doi.org/10.1080/02513625.2016.1171049>
- Heller Ilke, von Andrian Stefanie, Stahmann David & Gehrmann-Linnerth Verena (2020): Quartiersentwicklung mit Design Thinking. Methodik und Fallbeispiel zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. - Wiesbaden: Springer Gabler, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-29840-1>
- Holloway Sarah & Valentine Gill (2000): Spatiality and the New Social Studies of Childhood. - In: Sociology, 34(4), 763-783, <https://doi.org/10.1177/S0038038500000468>
- Holloway Sarah (2014): Changing children's geographies. - In: Children's Geographies, 12(4), 377-392, <https://doi.org/10.1080/14733285.2014.930414>
- Holt Louise, Blazek Matej, Benwell Matthew C. & Van Blerk Lorraine (2020): Editorial introduction to Children's Geographies Sponsored lecture section: generational orderings and Geographies of Children and youth. - In: Children's Geographies, 18(2), 125-127, <https://doi.org/10.1080/14733285.2019.1694221>
- Huffmann Johann-Friedrich, Pesch Ludger & Scheffler Armin (Hrsg.) (2022): Gelingende Partizipation. Ein Praxisbuch zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. - Frankfurt am Main: debos pädagogik.
- Hultgren Frances & Johansson Barbro (2019): Including babies and toddlers: a new model of participation. - In: Children's Geographies, 17(4), 375-387, <https://doi.org/10.1080/14733285.2018.1527016>
- Kaiser Robert (2021): Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung. - Wiesbaden: Springer VS, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-02479-6>
- Katsavounidou Garyfallia (2021): Child, play, and urban space: a historical overview and a holistic paradigm for child-centered urbanism. - In: Journal of Urbanism: International Research on Placemaking and Urban Sustainability, <https://doi.org/10.1080/17549175.2021.2005120>
- Kaufmann Fabienne (2018): Positionalität in Forschungsprozessen. Eine (selbst-)reflexive Beobachtung. - In: Wintzer Jeannine (Hrsg.): Sozialraum erforschen: Qualitative Methoden in der Geographie. - Berlin: Springer Spektrum, 37-47, https://doi.org/10.1007/978-3-662-56277-2_3
- Kemper Raimund & Herzog Victoria (2015): Prinzipien einer jugendgerechten Planung öffentlicher Räume. - In: Kemper Raimund & Reutlinger Christian (Hrsg.): Umkämpfter

- öffentlicher Raum. – Wiesbaden: Springer VS (= Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit Volume 12), 169-184, https://doi.org/10.1007/978-3-658-03437-5_9
- Kersting Norbert (2017): Demokratische Innovation. Qualifizierung und Anreicherung der lokalen repräsentativen Demokratie. – In: Kersting Norbert (Hrsg.): Urbane Innovation. – Wiesbaden: Springer VS, 81-120, https://doi.org/10.1007/978-3-658-07321-3_4
- Kersting Norbert (2019): Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status quo und Zukunft. – In: Hofmann Jeanette, Kersting Norbert, Ritzi Claudia & Schünemann Wolf (Hrsg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven. – Bielefeld: transcript Verlag, 105-112, <https://doi.org/10.1515/9783839448649-006>
- Kogler Raphaela (2021): (Un-)Sichtbarkeit von Kind(heit) in der Stadtforschung. Sozialräumliche Kindheitsforschung und urbane Raumanerkennung. – In: Kogler Raphaela & Hamedinger Alexander (Hrsg.): Interdisziplinäre Stadtforschung. Themen und Perspektiven. – Bielefeld: transcript Verlag, 117-140, <https://doi.org/10.1515/9783839452967-006>
- Kuckartz Udo (2014): Mixed Methods. Methodologie, Forschungsdesigns und Analyseverfahren. – Wiesbaden: Springer VS, <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93267-5>
- Larkins Cath (2014): Enacting children's citizenship: Developing understandings of how children enact themselves as citizens through actions and Acts of citizenship. – In: Childhood, 21(1), 7-21, <https://doi.org/10.1177/0907568213481815>
- Le Borgne Carine & Tisdall E. Kay M. (2017): Children's Participation: Questioning Competence and Competencies? – In: Social Inclusion, 5(3), 122-130, <https://doi.org/10.17645/si.v5i3.986>
- Mansfield Robyn G., Batagol Becky & Raven Rob (2021): "Critical Agents of Change?": Opportunities and Limits to Children's Participation in Urban Planning. – In: Journal of Planning Literature, 36(2), 170-186, <https://doi.org/10.1177/0885412220988645>
- Martinelli Flavia (2017): Social services, welfare states and places: an overview. – In: Martinelli Flavia, Anttonen Anneli & Mätzke Margitta (Hrsg.): Social Services Disrupted. Changes, Challenges and Policy Implications for Europe in Times of Austerity. – Cheltenham, UK & Northampton, MA, USA: Edward Elgar Publishing, 11-48, <https://doi.org/10.4337/9781786432117>
- Mayring Philipp (2023): Einführung in die qualitative Sozialforschung. – Weinheim: Beltz.
- McFarlane Colin (2010): The Comparative City: Knowledge, Learning, Urbanism. – In: International Journal of Urban and Regional Research, 34(4), 725-742, <https://doi.org/10.1111/j.1468-2427.2010.00917.x>
- Meier Gino (2018): Stadt und Partizipation – eine Analyse zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung. – Heidelberg: Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Heidelberg. (=Heidelberger Geographische Arbeiten Heft 136).

- Michail Samia, Baird Kelly, Fattore Tobia & Grace Rebekah (2023): Operationalising children's participation: Competing understandings of the policy to practice 'gap'. – In: *Children & Society*, 00, 1-20, <https://doi.org/10.1111/chso.12708>
- Moran-Ellis Jo & Sünker Heinz (2018): Childhood studies, children's politics and participation: perspectives for processes of democratization. – In: *International Review of Sociology*, 28(2), 277-297, <https://doi.org/10.1080/03906701.2018.1477106>
- Nelischer Claire & Loukaitou-Sideris Anastasia (2022): Intergenerational Public Space Design and Policy: A Review of the Literature. – In: *Journal of Planning Literature*, 38(1), 1-14, <https://doi.org/10.1177/08854122221092175>
- Nordström Maria & Wales Mark (2019): Enhancing urban transformative capacity through children's participation in planning. – In: *Ambio*, 2019(48), 507-514, <https://doi.org/10.1007/s13280-019-01146-5>
- Oswald Christian (2018): Kinder auf der Straße - ein historischer Streifzug. – In: *Sozialmagazin*, 43(1-2), 14-20.
- Oswell David (2016): Re-aligning children's agency and re-socialising children in Childhood Studies. – In: Esser Florian, Baader Meike, Betz Tanja & Hungerland Beatrice (Hrsg.): *Reconceptualising Agency and Childhood. New perspectives in Childhood Studies*. – New York: Routledge, 19-33, <https://doi.org/10.4324/9781315722245>
- Percy-Smith Barry (2010): Councils, consultations and community: rethinking the spaces for children and young people's participation. – In: *Children's Geographies*, 8(2), 107-122, <https://doi.org/10.1080/14733281003691368>
- Renner Regina (2022): Soziale Ungleichheiten in der politischen Partizipation junger Menschen und die Rolle der Digitalisierung. – Wiesbaden: Springer VS, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-39527-8>
- Rodela Romina & Norss Emma (2022): Opening up spatial planning to the participation of children and youth: the Swedish experience. – In: *European Planning Studies*, <https://doi.org/10.1080/09654313.2022.2041557>
- Ryan Patrick (2008): How New Is the "New" Social Study of Childhood? The Myth of a Paradigm Shift. – In: *Journal of Interdisciplinary History*, 38(4), 553-576, <https://doi.org/10.1162/jinh.2008.38.4.553>
- Schier Michaela (2019): Unterwegssein. – In: Hasse Jürgen & Schreiber Verena (Hrsg.): *Räume der Kindheit*. – Bielefeld: transcript Verlag, 342-347, <https://doi.org/10.14361/9783839444245>
- Schiller Sebastian (2021): Beteiligungsrechte in den Kommunalverfassungen im Vergleich. In: Bär Dominik, Roth Roland & Csaki Friderike (Hrsg.): *Handbuch Kinderfreundliche Kommunen. Kinderrechte kommunal verwirklichen*. – Frankfurt am Main: debus pädagogik, 82-99, <https://doi.org/10.46499/1502>
- Schreiber Verena & Ghafoor-Zadeh Dana (2023): Stadt entdecken – Kindheit, Bildung und Ungleichheit. – In: Franz Yvonne & Strüver Anke (Hrsg.): *Stadtgeographie. Aktuelle*

Themen und Ansätze. – Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum, 223 – 251,
https://doi.org/10.1007/978-3-662-65382-1_9

Silby Alison & Watts Mike (2015): Making the tacit explicit: children's strategies for classroom writing. – In: British Educational Research Journal, 41(5), 801-819,
<https://doi.org/10.1002/berj.3176>

Skelton Tracey (2009): Children's Geographies/Geographies of Children: Play, Work, Mobilities and Migration. – In: Geography Compass, 3(4), 1430-1448,
<https://doi.org/10.1111/j.1749-8198.2009.00240.x>

Stenberg Jenny & Fryk Lasse (2021): Making School Children's Participation in Planning Processes a Routine Practice. – In: Societies, 11(3), <https://doi.org/10.3390/soc11010003>

Swyngedouw Erik (2005): Governance Innovation and the Citizen: The Janus Face of Governance-beyond-the-State. – In: Urban Studies, 42(11), 1991-2006,
<https://doi.org/10.1080/00420980500279869>

Tisdall E. Kay M. & Punch Samantha (2012): Not so 'new'? Looking critically at childhood studies. – In: Children's Geographies, 10(3), 249-264,
<https://doi.org/10.1080/14733285.2012.693376>

Wall John (2019): From childhood studies to childism: reconstructing the scholarly and social imaginations. – In: Children's Geographies, 20(3), 257-270,
<https://doi.org/10.1080/14733285.2019.1668912>

Ward Colin (2021): Das Kind in der Stadt (2021 [1978]). (Auszüge). – In: suburban, 9(3/4), 241-262, <https://doi.org/10.36900/suburban.v9i3/4.750>

Wolff Mechthild (2022): Beteiligung und Machtreflexion als Grundprinzipien pädagogischen Handelns. – In: Huffmann Johann-Friedrich, Pesch Ludger & Scheffler Armin (Hrsg.): Gelingende Partizipation. Ein Praxisbuch zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. – Frankfurt am Main: debus pädagogik, 33-43.

Wood Jenny (2015): Children and Planning: To What Extent Does the Scottish Town Planning System Facilitate the UN Convention on the Rights of the Child? – In: Planning Practice and Research, 30(2), 139-159, <https://doi.org/10.1080/02697459.2015.1014222>

Yin Robert (2018): Case Study Research and Applications. Design and Methods. – Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington, Melbourne: SAGE.

Zimmermann Karsten (2010): Der veränderte Stellenwert von Wissen in der Planung. Ein Beitrag zu einem wissensbasierten Verständnis von Planung. – In: Raumforschung und Raumordnung, 68(2), 115-125, <https://doi.org/10.1007/s13147-009-0010-1>

QUELLENVERZEICHNIS

- Borkowska-Waszak Sylwia, Diamantopoulos Stavros Errikos, Lavelle Patrick & Martinello Ornella (2020): Good Practices of Youth Participation. Midterm Deliverable Report of the project 'Youth for a Just Transition'. – o.A. Online verfügbar unter: https://commission.europa.eu/system/files/2020-11/youth_for_a_just_transition_mid-term_deliverable_report_final.pdf (20.03.2023).
- Bundeskanzleramt Österreich (Hrsg.) (2023): Ziele der Agenda 2030; <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030/ziele-der-agenda-2030.html> (04.03.2023).
- Bundesministerium für Finanzen (Hrsg.) (2023): Kinder und Jugendliche, <https://www.oesterreich.gv.at/themen/jugendliche/jugendrechte/4/1/Seite.1740210.html> (28.03.2023).
- Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hrsg.) (2004): Nationaler Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Jugendlichen. Ein kindgerechtes Österreich. – Wien. Online verfügbar unter: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXII/III/153/imfname_043882.pdf (28.03.2023).
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992): Agenda 21. – Bonn. Online verfügbar unter: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nachhaltige_Entwicklung/agenda21.pdf (03.03.2023).
- dejure.org Rechtsinformationssysteme GmbH (Hrsg.) (o.J.): Aches Buch Sozialgesetzbuch. Kinder- und Jugendhilfe, https://dejure.org/gesetze/SGB_VIII/7.html (28.03.2023).
- Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.) (2020): Kinderreport Deutschland 2020. Rechte von Kindern in Deutschland: Die Bedeutung des Draußenspielens für Kinder. – Berlin. Online verfügbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/2_Kinderrechte/2.2_Kinderreport_aktuell_und_aeltere/Kinderreport_2020/DKHW_Kinderreport_2020_Web.pdf (25.06.2023).
- Deutsches Komitee für UNICEF e.V. (Hrsg.) (2022): Konvention über die Rechte des Kindes. – Köln. Online verfügbar unter: https://www.unicef.de/_cae/resource/blob/194402/3828b8c72fa8129171290d21f3de9c37/d0006-kinderkonvention-neu-data.pdf (02.02.2023).
- Europäische Kommission (Hrsg.) (o.J.): Die EU-Kinderrechtsstrategie und die Europäische Kindergarantie, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/rights-child/eu-strategy-rights-child-and-european-child-guarantee_de (28.03.2023).
- Europäische Kommission (Hrsg.) (o.J.): EU-Jugendstrategie, https://youth.europa.eu/strategy_de (28.03.2023).

- European Committee of the Regions (Hrsg.) (2022): Charter on Youth and Democracy. – Brüssel. Online verfügbar unter: https://www.youthforum.org/files/EU-Charter-on-Youth-and-Democracy_signed.pdf (23.06.2023).
- friendship.is GmbH (Hrsg.) (2018): hej 1150 – dein IKEA Grätzlfest, <https://www.hej1150.at/> (22.06.2023).
- GABU Heindl Architektur (2022): Gerechte Stadt muss sein! Studie zur Bestandsanalyse und Zukunftsorientierung einer gerecht(er)en Stadtplanung mit Schwerpunkt Wien. – Wien: ÖGB-Verlag. (=Stadtunkte Nr.42). Online verfügbar unter: <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-5831599> (07.03.2023).
- Hammer Katharina (2018): Öffentlicher Raum – Chancen und Risiken von Beteiligungsverfahren. – In: Fritz Judith & Tomaschek Nino (Hrsg.): In Bewegung – Beiträge zur Dynamik von Städten, Gesellschaften und Strukturen. – Münster, New York: Waxmann Verlag GmbH, 39-55.
- ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung GmbH (Hrsg.) (2018): International vergleichende Stadtforschung. Eine Handreichung für die wissenschaftliche Praxis im ILS. – Dortmund. Online verfügbar unter: https://www.ils-forschung.de/files/publikationen/pdfs/handreichung_intern_vergleichende_stadtforschung.pdf (26.01.2023).
- Jonas Michael & Hassemer Simeon (2020): Formen und Praktiken der Partizipation im kommunalen Wien. AkteurInnen, Beteiligungslagen und sozioökonomische Hintergründe. – Wien: AK Wien. (=Stadtunkte Nr.33). Online verfügbar unter: <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC15767311> (10.03.2023).
- Klöti Tanja & Drilling Matthias (2014): „Warum eigentlich Partizipation?“. Sozialwissenschaftliche Analyse aktueller Partizipationsverständnisse in der Planung, Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume. – Windisch. (=Forschungsbericht zum ZORA-Projekt "Mitwirkung in der Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume"). Online verfügbar unter: https://zora-cep.ch/cmsfiles/ZORA_Forschungsbericht_FHNW-ISS_Nov2014_def_1.pdf (20.02.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (2015): Konzeption Kinderfreundliches Stuttgart 2015-2020. – Stuttgart. Online verfügbar unter: <https://www.stuttgart.de/buergerinnen-und-buerger/kinder-und-jugendliche/kinderfreundliches-stuttgart/konzeption-kinderfreundliches-stuttgart.php> (28.03.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (2017): Leitlinie für informelle Bürgerbeteiligung in der Landeshauptstadt Stuttgart. – Stuttgart. Online verfügbar unter: <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/file/58e67d24d5f3db911628aad1> (10.04.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (2020): Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune. Lokale Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention 2020 bis 2022. – Stuttgart. Online verfügbar unter: <https://www.stuttgart.de/medien/ibs/Kinderfreundliche-Kommune.pdf> (30.03.2023).

- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (2022): Gesamtkonzept Kinderbeteiligung in der Landeshauptstadt Stuttgart. – Stuttgart. Online verfügbar unter: <https://www.stuttgart.de/medien/ibs/398-2022-anhang-end.pdf> (05.05.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (o.J.a): Organigramm, <https://www.stuttgart.de/organigramm/> (18.06.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (o.J.b): Haushalt, <https://www.stuttgart.de/rathaus/finanzen/haushalt/> (18.06.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (o.J.c): Oberbürgermeister, <https://www.stuttgart.de/oberbuergmeister> (20.06.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (o.J.d): Stuttgarter Sozialmonitoring, <https://statistik.stuttgart.de/statistiken/sozialmonitoring/atlas/> (20.06.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (o.J.e): Step: Umgestaltung "Untere Straße", <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/185?tab=0> (16.05.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (o.J.f): Vorbereitende Untersuchungen Bad Cannstatt 21 - Neckartalstrasse-, <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/395> (16.05.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (o.J.g): Superblock Augustenstraße, <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/418?tab=0> (16.05.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (o.J.h): Entwicklung des Bereichs Logauweg, <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/381> (16.05.2023).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (o.J.i): Entwicklungskonzept Heumaden Süd, <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/407?tab=0> (16.05.2023).
- Lisney John (2021): "Youth Progress Report 2021". Commissioned by the European Youth Forum. – Brussels. Online verfügbar unter: <https://youthprogressindex.org/wp-content/uploads/2021/06/YPI-report-10062021.pdf> (23.06.2023).
- Magistrat der Stadt Wien (Hrsg.) (2020): Die Wiener Kinder- und Jugendstrategie 2020 – 2025. – Wien. Online verfügbar unter: https://junges.wien.gv.at/wp-content/uploads/sites/48/2022/08/Strategie_DE_Download_neuesVW.pdf (28.03.2023).
- Magistrat der Stadt Wien (Hrsg.) (2022): Smart Klima City Strategie Wien. Der Weg zur Klimamusterstadt. – Wien. Online verfügbar unter: https://smartcity.wien.gv.at/wp-content/uploads/sites/3/2022/03/scwr_klima_2022_web-neu.pdf (20.04.2023).
- Magistrat der Stadt Wien, MA 21 – Stadtteilplanung und Flächennutzung (Hrsg.) (2017): Masterplan Partizipative Stadtentwicklung. Frühzeitiges Beteiligen der Bevölkerung an städtebaulichen Planungs- und Widmungsprozessen. – Wien. Online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/partizipation/masterplan/index.html> (21.04.2023).
- Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.) (2012): Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln. – Wien. Online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/partizipation/praxisbuch.html> (10.05.2023).

- Magistrat der Stadt Wien, Stadt Wien Wirtschaft, Arbeit und Statistik (Hrsg.) (2022): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2022. – Wien. Online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/statistik/publikationen/jahrbuch.html> (25.03.2023).
- Österreichischer Rundfunk (ORF) (Hrsg.) (2023): Hier findest du alle Ergebnisse, <https://www.oe3jugendstudie.at/ergebnisse.php> (25.06.2023)
- Stadt Wien – Integration und Diversität (Hrsg.) (2020): Integrations- & Diversitätsmonitor Wien 2020. – Wien. Online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/spezial/integrationsmonitor2020/> (06.02.2023).
- Stadt Wien (Hrsg.) (2020): 2.6 Fehlendes Wahlrecht führt zu steigendem Demokratiedefizit, https://www.wien.gv.at/spezial/integrationsmonitor2020/gleichstellung-und-partizipation/fehlendes-wahlrecht-fuehrt-zu-steigendem-demokratiedefizit/#chart_id1 (18.06.2023).
- Stadt Wien (Hrsg.) (o.J.): Die partizipative Kinder- und Jugendmillion. Kinder und Jugendliche gestalten mit ihren Ideen die Stadt, <https://junges.wien.gv.at/jungeswien/> (16.06.2023).
- Stadt Wien, Rathaus (Hrsg.) (o.J.a): Menschenrechtsstadt Wien, <https://www.wien.gv.at/menschen/integration/menschenrechtsstadt/prozess.html> (23.06.2023).
- Stadt Wien, Rathaus (Hrsg.) (o.J.b): Wiens erstes Doppelbudget 2022/2023, <https://www.wien.gv.at/politik-verwaltung/wiener-haushalt-2022-2023.html> (18.06.2023).
- Stadt Wien, Rathaus (Hrsg.) (o.J.c): Supergrätzl Favoriten, <https://www.wien.gv.at/stadtplanung/supergraetzel-favoriten> (22.06.2023).
- Stadtentwicklung Wien Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.) (2014): STEP 2025. Stadtentwicklungsplan Wien. – Wien. Online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008379a.pdf> (29.04.2023).
- Statistisches Amt der Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (2023): Informationen zur Einwohnerentwicklung Mai 2023. – Stuttgart. Online verfügbar unter: [https://www.domino1.stuttgart.de/web/komunis/komunissde.nsf/fc223e09e4cb691ac125723c003bfb31/4e6620005e228f76c12584d300483532/\\$FILE/bs701_.PDF](https://www.domino1.stuttgart.de/web/komunis/komunissde.nsf/fc223e09e4cb691ac125723c003bfb31/4e6620005e228f76c12584d300483532/$FILE/bs701_.PDF) (14.06.2023).
- Stuttgart Jugendhaus gGmbH (Hrsg.) (2023): Jugend im öffentlichen Raum. Veränderungen vor und durch die Covid-19 Pandemie, Handlungsempfehlungen für Stadtverwaltung und Jugendarbeit. Stuttgart Edition. – Wien. Online verfügbar unter: <https://www.jugendzentren.at/media/223923/yus-stuttgart.pdf> (20.06.2023).
- Technische Universität Berlin (Hrsg.) (2020): Positionality Reloaded. Dimensionen von Reflexivität im Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft, https://fg-staedtebau.de/positionality-reloaded_de/ (18.06.2023).
- TUI Stiftung (Hrsg.) (2023): Junges Europa 2023. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahre – Hannover. Online verfügbar unter: https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/06/2023_06_02-YouGov_Ergebnisbericht_TUI-Stiftung_Junges-Europa.pdf (25.06.2023).
- United Nations (Hrsg.) (o.J.): Youth, <https://www.un.org/en/global-issues/youth> (28.03.2023).
- Vereinte Nationen (Hrsg.) (2023): 75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, <https://unric.org/de/75-jahre-allgemeine-erklaerung-der-menschenrechte/> (23.06.2023).

Weeber + Partner Institut für Stadtplanung und Sozialforschung (Hrsg.) (2017): Masterplan Räume für Jugendliche. – Stuttgart, Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.stuttgart.de/medien/ibs/masterplan-raeume-fuer-jugendliche-bericht.pdf> (12.05.2023).

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Wenn nicht anders angegeben: Eigene Abbildungen Mai & Juni 2023.

Abbildung 1: Autogerechte Stadt, Quelle: pixabay.com, "Pexels".....	26
Abbildung 2: "verinselter" Spielplatz, Quelle: pixabay.com, "MemoryCatcher".	27
Abbildung 3: Suburbs, Quelle: pixabay.com, "PublicCo"	28
Abbildung 4: „Model of Participation“, nach Hultgren & Johansson 2019, eigene Darstellung 2023.	53
Abbildung 5: Analyserahmen der vorliegenden Arbeit, eigene Darstellung 2023.	53
Abbildung 6: Forschungsdesign der vorliegenden Arbeit, eigene Darstellung 2023.	54
Abbildung 7: Code-System, eigene Darstellung mithilfe von MAXQDA 2023.	66
Abbildung 8: Wiener Akteur:innen-Netzwerk, eigene Darstellung 2023. (Logos sind den entsprechenden Homepages entnommen).....	70
Abbildung 9: Netzwerk der Akteur:innen in Stuttgart, eigene Darstellung 2023. (Logos sind den entsprechenden Homepages entnommen)	92
Abbildung 10: Herausforderungen im Vergleich, eigene Darstellung 2023.	112
Abbildung 11: Chancen im Vergleich, eigene Darstellung 2023.	112

Tabelle 1: Definitionen zu den Begrifflichkeiten Kinder und Jugendliche, eigene Darstellung 2023.	33
Tabelle 2: Institutionen der Interviewpartner:innen, eigene Darstellung 2023.....	60
Tabelle 3: Ausgewählte Dokumente der Dokumentenanalyse (inkl. Publikationsjahr), eigene Darstellung 2023.	62
Tabelle 4: Analysematerial Wien, eigene Darstellung 2023.	68
Tabelle 5: Analysematerial Stuttgart, eigene Darstellung 2023	90
Tabelle 6: Wien und Stuttgart im Vergleich, eigene Darstellung 2023.	113
Tabelle 7: Handlungsempfehlungen, um Kinder- und Jugendpartizipation voranzubringen (nicht stadtspezifisch), eigene Darstellung 2023.....	119

ANHANG 1: INTERVIEW-LEITFADEN

(Anpassung / Auswahl der konkreten Fragestellungen je nach Interviewpartner:in)

EINFÜHRUNG

- Bedanken für die Zeit und Bereitschaft, kurze Erklärung wie das Gespräch ablaufen soll und wozu es genützt wird
- Liegt informed consent vor? Ja / Nein (erneute Betonung etwaiger Besonderheiten bspw. Anonymisierung etc.)
- Kurzer Bericht über Kontext der Masterarbeit / welche Institutionen bislang interviewt wurden und noch werden

Einführungsfrage: Welchen Bezug haben Sie in Ihrem Berufskontext zu Partizipation?

TEIL A: GRUNDLAGEN ZU PARTIZIPATION

1a Was wird Ihrer Meinung nach unter Partizipation in Wien / Stuttgart verstanden?

2a Welche Rolle spielt Partizipation, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, Ihrer persönlichen Meinung nach in Planungsprozessen in Wien / Stuttgart?

> Wenn positive Rückmeldung: Warum sind Kinder und Jugendliche Teil partizipativer Planungsprozesse? Was sind die Erwartungen an solche Partizipationsprozesse?

3a Welche Potentiale sehen Sie im Hinblick auf Kinder- und Jugendpartizipation in Planungsprozessen? (für Prozess, für Teilhabende)

4a Welche Limitationen / Schwierigkeiten / Herausforderungen gibt es bei Kinder- und Jugendpartizipation? (heute)

TEIL B: ENTWICKLUNGSSCHRITTE & AKTUELLE SITUATION IN WIEN/STUTTGART

1b Ist Kinder- und Jugendpartizipation ein fixer (juristisch und/oder verwaltungsorganisatorisch) Bestandteil in Wien / Stuttgart?

> Wenn ja: Was (wer) sind oder waren Wegbereiter, um Partizipation zu verankern?

> Wenn nein: Was (wer) sind oder waren Hürden, um Partizipation zu verankern?

2b Was waren wichtige (institutionelle) Meilensteine, um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen voranzubringen?

3b Abgesehen von Programmen (Wiener Kinder- & Jugendstrategie, Kinderfreundliches Stuttgart etc.): Welche kommunalen Programme / Strategien zu Kinder- und Jugendpartizipation sind für Sie in Ihrem Berufskontext relevant?

TEIL C: ABLAUF VON PARTIZIPATIONSPROZESSEN

1c Wie werden Kinder und Jugendliche in Partizipationsprozessen integriert? Bei Prozessen zu welchen Projekten?

2c Zu welchem Zeitpunkt des Planungsprozesses werden junge Menschen beteiligt? Warum?

3c Welche Methoden der Partizipation werden angewandt? Warum?

4c Welche Handlungsmöglichkeiten haben Kinder und Jugendliche in Beteiligungsprojekten? Welche Entscheidungen können sie in städtischen Planungen treffen? Warum?

5c Was wird von Kindern und Jugendlichen erwartet, wenn sie an Beteiligungsprojekten teilnehmen?

TEIL D: BLICK IN DIE ZUKUNFT

1d Gibt es bereits beschlossene strategische Vorhaben?

2d Welche Änderungen sind notwendig, um Kinder- und Jugendpartizipation weiter zu stärken?

3d Welche Limitationen / Schwierigkeiten / Herausforderungen gibt es bei der Kinder- und Jugendpartizipation? (künftig)

4d Was tun Sie in ihrer Institution/Organisation, damit alle jungen Menschen mitgenommen werden?

ABSCHLUSS

- Kurze Zusammenfassung Interview
- Information zu weiterem Verlauf der Forschung
- Möglichkeit zu Rückfragen klären
- Ggf. Zusendung direkter Zitate für Autorisierung
- Ggf. Hinweis/Tipp für weitere:n passende:n Interviewpartner:in
- Dank für die Unterstützung

INFORMATIONEN ZUM INTERVIEW / GESPRÄCHSPROTOKOLL

- Datum
- Ort
- Dauer
- Gesprächspartner:innen (Name & Funktion, weitere Infos zur Person)
- Kontaktmöglichkeit
- Kurze Beschreibung der Gesprächssituation (Gesprächsatmosphäre, Reaktionen, Umfang der Beantwortung, Interviewverlauf)
- Weitere erhaltene Informationen
- Informed consent (Name oder Funktion)

ANHANG 2: LISTE DER INTERVIEWPARTNER:INNEN

STUTTGART:

- Amt für Stadtplanung und Wohnen, Kinderbeauftragte: Birgit Kastner (02.05.2023)
- Koordinationsstelle für Jugendbeteiligung / Koordinationsstelle für die Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen: Roland Kelm & Sabine Patzer (03.05.2023)
- Kinderbüro: Sina Doukas (04.05.2023)
- Stadtjugendring: Mathias Mauz (09.05.2023)
- Stuttgarter Jugendhaus Gesellschaft: Vanessa Fritz (11.05.2023)
- Bürgerstiftung Stuttgart: Niclas Dycke (12.05.2023)
- Jugendamt: Katrin Hanczuch-Hilt & Ulrike Tamme (12.05.2023)

WIEN:

- Verein Wiener Jugendzentren: Christian Holzhacker (14.04.2023)
- MA 18 – Referat Transdisziplinäre urbane Themen: Christina Lengauer & Marlies Fellingner (18.04.2023)
- WienXtra: Nada Taha Ali Mohamed (21.04.2023)
- Gebietsbetreuung-Stadterneuerung: Daniel Dutkowski & Beatrix Vogler-Kautz (24.04.2023)
- MA 13 – Fachbereich Jugend: Christina Pantucek-Eisenbacher & Christian Fischer (25.04.2023)
- MA 21 – Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung und Kommunikation: Alexandra Rupp-Ebenspanger (15.05.2023)

ANHANG 3: ZUSTIMMUNGSERKLÄRUNG

Zustimmungserklärung/Datenschutzmitteilung

Herzlichen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, als Expert/in für ein Gespräch für die Abfassung einer Masterarbeit an der Universität Wien zur Verfügung zu stehen.

Gemäß Datenschutzgesetz (§ 7 Abs 2 Ziffer 2 DS1) muss für ein derartiges Interview Ihre Zustimmung eingeholt werden, da die Aussagen unter Nennung Ihres Namens/Ihrer Position in der Masterarbeit verwendet (zitiert) werden.

Die Inhalte des Interviews werden transkribiert. Abschlussarbeiten müssen laut Universitätsgesetz veröffentlicht werden (durch Aufstellen in der National- und Universitätsbibliothek), sie sind üblicherweise auch online zugänglich.

Die Daten können von der Betreuerin bzw. der/dem Begutachter/in der wissenschaftlichen Arbeit für Zwecke der Leistungsbeurteilung eingesehen werden. Die erhobenen Daten dürfen gemäß Art 89 Abs 1 DSGVO grundsätzlich unbeschränkt gespeichert werden.

Sie können die Zustimmung zur Verwendung dieses Interviews jederzeit widerrufen, alle Aussagen, die bis zu diesem Zeitpunkt in der wissenschaftlichen Arbeit verwendet wurden, sind allerdings rechtskonform und müssen nicht aus der Arbeit entfernt werden.

Weiters besteht das Recht auf Auskunft durch den/die Verantwortlichen an dieser Studie über die erhobenen personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit.

Wenn Sie Fragen zu dieser Erhebung haben, wenden Sie sich bitte gern an den Verantwortlichen dieser Untersuchung: Malena HAAS (malena.haas@univie.ac.at), Studentin der Studienrichtung Raumforschung und Raumordnung des Instituts für Geographie und Regionalforschung an der Universität Wien.

Für grundsätzliche juristische Fragen im Zusammenhang mit der DSGVO/FOG und studentischer Forschung wenden Sie sich an den Datenschutzbeauftragten der Universität Wien, Dr. Daniel Stanonik, LL.M. (verarbeitungsverzeichnis@univie.ac.at). Zudem besteht das Recht der Beschwerde bei der Datenschutzbehörde (bspw. über dsb@dsb.gv.at).

Ich stimme der Verwendung meiner personenbezogenen Daten im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit hiermit zu.

Ort, Datum, Name